

Zeitschrift: Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern
Herausgeber: Historischer Verein des Kantons Bern
Band: 79 (1996)

Artikel: Geschichte des Kantons Bern seit 1798. Band 3, Tradition und Aufbruch 1881-1995
Autor: Junker, Beat
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1070982>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

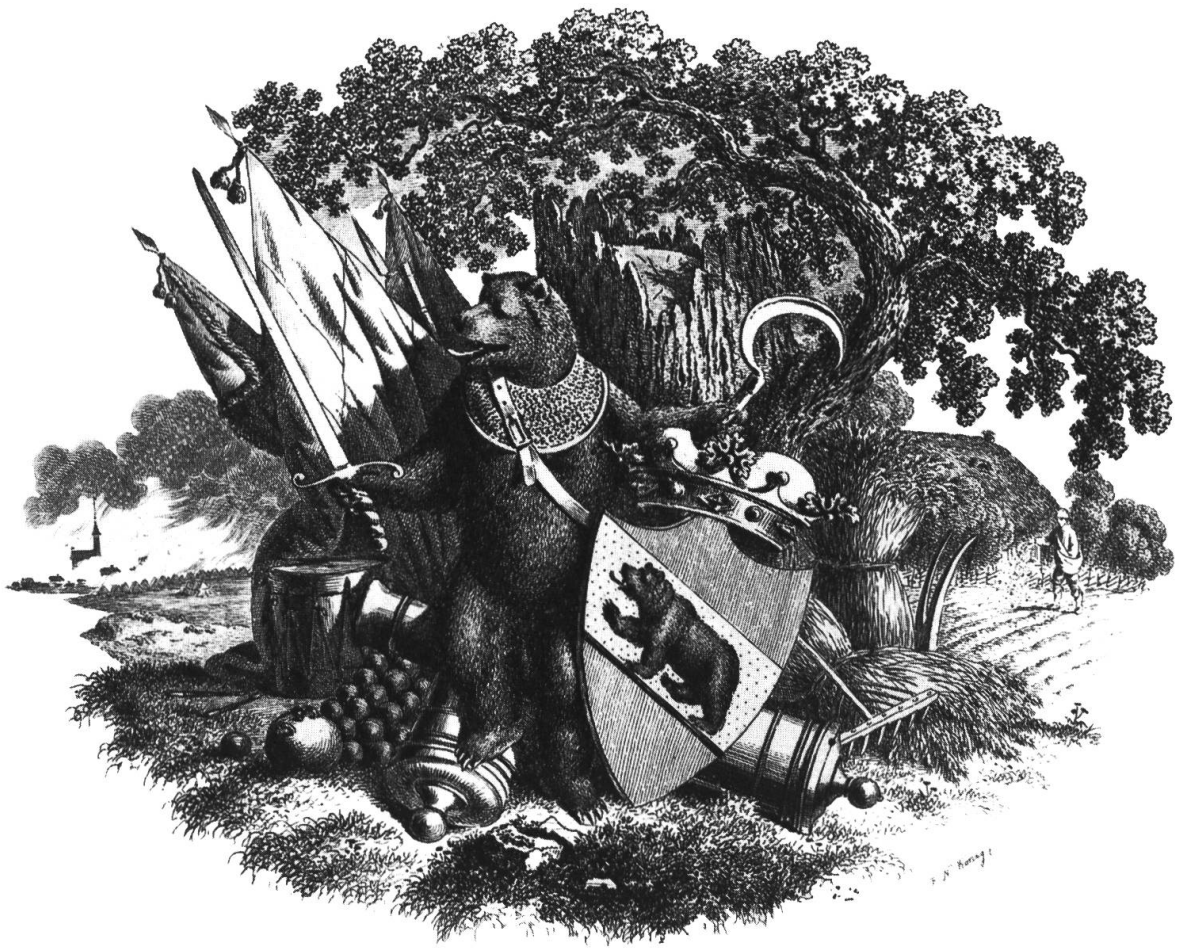
BEAT JUNKER
GESCHICHTE DES
KANTONS BERN SEIT 1798

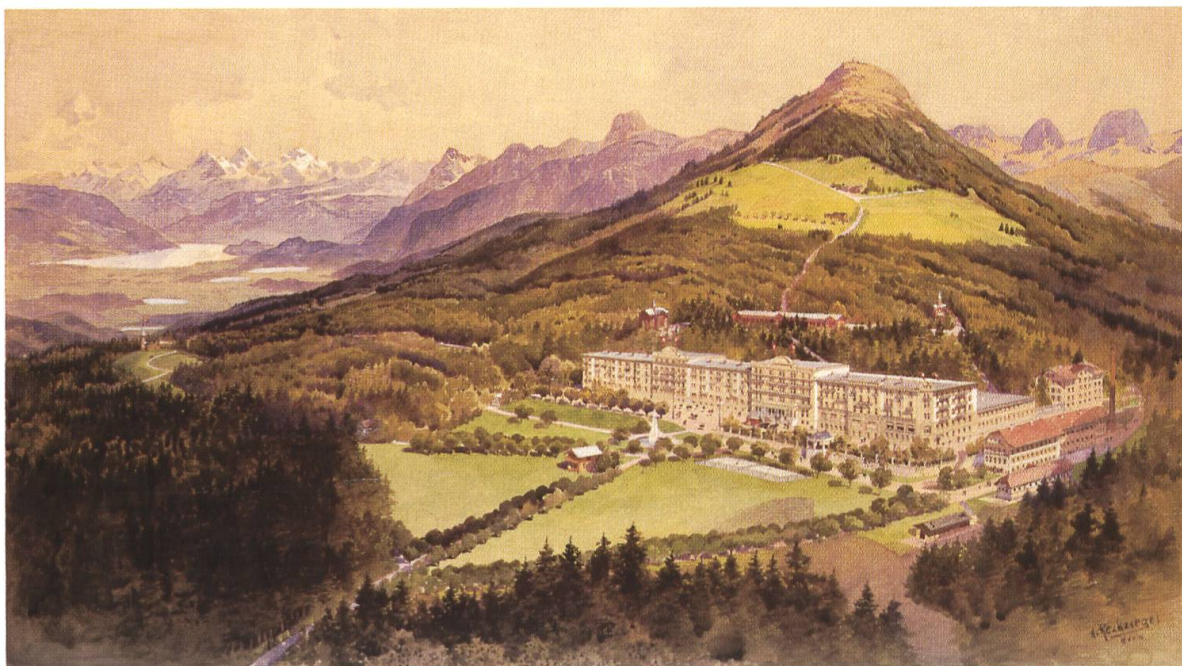
BAND III
TRADITION UND AUFBRUCH
1881–1995

HISTORISCHER VEREIN DES KANTONS BERN

GESCHICHTE DES KANTONS BERN SEIT 1798

BAND III: 1881–1995





Hotel Gurnigelbad nach dem Wiederaufbau von 1905
Anton Reckziegel (1865–1936)

Aquarell/Bleistift
Bildgrösse: 55×98,5 cm
Schweizerisches Alpines Museum, Bern

BEAT JUNKER

GESCHICHTE
DES KANTONS BERN
SEIT 1798

BAND III

TRADITION
UND
AUFBRUCH
1881–1995

UNTER DEM PATRONAT DES
REGIERUNGSRATES

HERAUSGEGEBEN VOM
HISTORISCHEN VEREIN DES KANTONS BERN

Redaktion: Emil Erne



HISTORISCHER VEREIN DES KANTONS BERN, BERN 1996

ARCHIV DES HISTORISCHEN VEREINS
DES KANTONS BERN, 79. BAND 1996

GESAMTHERSTELLUNG:
STÄMPFLI+CIE AG, BERN
PHOTOLITHOS: DENZ AG, BERN
GEDRUCKT AUF CHLORFREI GEBLEICHTES,
ALTERUNGSBESTÄNDIGES PAPIER

ISSN 0250-5673
ISBN 3-85731-0018-7

INHALTSVERZEICHNIS

Geleitwort	9
Vorwort des Verfassers	10

ERSTER TEIL: ZAGHAFTER WANDEL AM ENDE DES 19. JAHRHUNDERTS

I. Kapitel

<i>Die Ausgangslage</i>	13
1. Die politischen Parteien	13
2. Bevölkerung und Wirtschaft.	19
3. Glaubensleben und Schule	26

II. Kapitel

<i>Bewahrung und Erneuerung in Konflikten zu Stadt und Land</i> . . .	31
1. Ulrich Dürrenmatt und die Gründung der Volkspartei . . .	31
2. Politische und bauliche Änderungen in der Stadt Bern . . .	36
3. Der Kampf um den Christoffelturm	39
4. Die Erweiterung der Stadt Bern um die Jahrhundert- wende	42

III. Kapitel

<i>Der mühsame Weg zu einer neuen Kantonsverfassung</i>	46
1. Ablenkungsversuche der Radikalen während der Staatskrise	46
2. Der Revisionsversuch von 1883/85 scheitert	48
3. Der Kompromiss von 1893 als Ausweg.	52
4. Ein Nachspiel: Der Übergang zur Volkswahl des Regierungsrates 1906	61

IV. Kapitel

<i>Die Anfänge der Arbeiterbewegung im Kanton Bern</i>	66
1. Die Ablösung der Arbeiter von den Radikalen.	66
2. Partei und Führer der Berner Sozialdemokraten.	71
3. Der Käfigturmkravall von 1893.	75

V. Kapitel

<i>Kultur und Bildung.</i>	80
1. Bern verliert den Kampf um das Landesmuseum	80
2. Das Jubiläum von 1891	83
3. Der Kampf um die höhere Bildung im Kanton Bern .	88
4. Das internationale Bern	91

ZWEITER TEIL: AUFBRUCH ZU NEUEM UM DIE JAHRHUNDERTWENDE

I. Kapitel

<i>Der Staat Bern und der Verkehr</i>	97
1. Der Bau der Lötschbergbahn	97
2. Die Einführung der mitteleuropäischen Zeit	106
3. Der Verkehr auf den Strassen.	108
4. Die Fremdenindustrie	111
5. Der Kanton Bern und die Elektrizität	115

II. Kapitel

<i>Bern und die Ausländer</i>	124
1. Studentinnen und Ausländer an der Universität	124
2. Bern und die Deutschen	126
3. Die Furcht vor einer Germanisierung im Jura	130

III. Kapitel

<i>Der Appell an heimische Werte</i>	134
1. Heimatschutz	134
2. Die Landesausstellung von 1914.	138

3. Bern und die Welschschweizer.	144
4. Umstrittene Lehrerbildung.	147

DRITTER TEIL: POLITISCHER UMBRUCH NACH DEM ERSTEN WELTKRIEG

I. Kapitel

<i>Arbeiterschaft und Landesstreik</i>	155
1. Die Berner Sozialdemokraten.	155
2. Lenin in Bern und die Konferenzen von Zimmerwald und Kiental	159
3. Der Landesstreik	162
4. Die Grippewelle	169

II. Kapitel

<i>Umsturz der herkömmlichen Parteienordnung.</i>	171
1. Eingemeindungen	171
2. Die Gründung der Bauern-, Gewerbe- und Bürger- partei (BGB)	174
3. Der Grossrats-Proporz	183
4. Wahlen der Zwischenkriegszeit	187

III. Kapitel

<i>Erneuerung und Beharren</i>	194
1. Die Jungbauern	194
2. Die Schweizer Heimatwehr und andere Bewegungen.	199
3. Bern während des Zweiten Weltkrieges	203

IV. Kapitel

<i>Der lange Weg zum Frauenstimmrecht</i>	207
---	-----

VIERTER TEIL: KRISEN DER KANTONALEN POLITIK IM SPÄTEREN 20. JAHRHUNDERT

I. Kapitel

<i>Die Trennung des Nordjuras vom Kanton Bern</i>	213
1. Von der «Affäre Moeckli» zum Jura-Statut von 1950 .	213
2. Das Ringen um den Stimmbürger bis zum Plebiszit von 1959	218
3. In der Sackgasse von Gewalt und Konfrontation	221
4. Die «Kaskade» der Volksabstimmungen	228

II. Kapitel

<i>Die «Finanzaffäre» und ihr Umfeld</i>	234
1. Regierung und Opposition im Kanton Bern	234
2. Rudolf Hafners Enthüllungen	237
3. Die kantonalen Wahlen von 1986 und ihre Folgen . .	241

III. Kapitel

<i>Abschluss und Ausblick</i>	245
1. Der Kantonswechsel des Laufentals	245
2. Die Verfassungsrevision von 1993	246
<i>Bildteil</i>	251

ANHANG

<i>Anmerkungen</i>	297
<i>Quellen- und Literaturverzeichnis</i>	302
<i>Erläuterungen zu den Abbildungen</i>	313
<i>Personen- und Ortsregister</i>	360

GELEITWORT

Im Hinblick auf das hundertjährige Bestehen des Historischen Vereins des Kantons Bern (1946) hat dessen Vorstand im Jahre 1942 den damaligen Präsidenten, Prof. Richard Feller, dafür gewinnen können, eine «Geschichte Berns» zu verfassen. Als dieses – heute als klassische Darstellung der politischen Entwicklung Berns geltende – Werk im Band IV bis zum Jahre 1798 vorgerückt war, nahm der Tod 1958 Richard Feller die Feder aus der Hand. Es darf als glückliche Fügung bezeichnet werden, dass auf das 150jährige Bestehen des Historischen Vereins hin mit dem dritten Band von Beat Junkers «Geschichte des Kantons Bern seit 1798» erstmals eine bis in die Gegenwart reichende «lesbare Darstellung der politischen Geschichte des Kantons Bern» vorliegt, wie sie schon 1942 die Zielsetzung des Vereinsvorstandes gewesen war!

Zum Text, für den allein der Autor verantwortlich ist, steuerte das Staatsarchiv (Peter Martig, Karl F. Wälchli) den Bildteil bei; die Redaktion lag in den Händen von Emil Erne.

Dem Vorstand des Historischen Vereins liegt daran, Prof. Beat Junker grossen Dank und hohe Anerkennung zu bezeugen für die nun abgeschlossene Darstellung der politischen Geschichte des Kantons Bern zwischen 1798 und 1995. Er ist sich bewusst, dass jetzt zwar ein lang erstrebtes Ziel erreicht ist, dass dieses aber gleichzeitig Ausgangspunkt für neue Bemühungen sein muss. Mit dem als Band IV der Kantonsgeschichte bezeichneten Werk von Prof. Christian Pfister weist der Vorstand darauf hin, dass zur politischen Geschichte hinzu auch andere Aspekte der bernischen Geschichte Gegenstand kompetenter Darstellungen werden sollen.

Historischer Verein des Kantons Bern
Arbeitsgruppe Kantonsgeschichte

K. F. Wälchli
H.-R. Egli
C. M. Merki

J. Segesser
R. Cornioley
E. Erne

VORWORT DES VERFASSERS

Mit diesem Band kommt die «Geschichte des Kantons Bern seit 1798» zu einem vorläufigen Abschluss, obwohl darin manches erwähnenswerte Ereignis nicht genannt und manche gewichtige Quelle nicht ausgeschöpft ist. Es bleibt also noch genug zu tun für künftige Bearbeiterinnen und Bearbeiter von Zeitraum und Themenkreis.

Der Verfasser ist herzlich dankbar dafür, dass «Im Strom der Modernisierung – Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt 1700–1914» von Christian Pfister ebenfalls in der Reihe der «Geschichte des Kantons Bern seit 1798» erscheint, entlastet doch dieses Werk den vorliegenden Band und seinen Verfasser gewaltig.

Wer Zeitgeschichte erforscht und darstellt, weiss um die Bedingtheit von Wertungen. Besonders in den gegenwartsnäheren Kapiteln treten sie deshalb zurück hinter das Bestreben, den Ablauf des Geschehens so klar wie möglich zu erfassen, was oft noch Schwierigkeiten genug bot.

Selbst ein Band, der unter dem Namen eines einzigen Autors veröffentlicht wird, ist im Grunde stets das Erzeugnis vieler, die den Verfasser mit Hinweisen, Anregungen und auch mit Aufmunterung unterstützt haben. All diesen Helfern sei hier aufrichtig gedankt, besonders herzlich Redaktor Emil Erne sowie dem Staatsarchiv des Kantons Bern. In dessen Räumen und in der sorglichen Betreuung durch sein Personal hat die «Geschichte des Kantons Bern seit 1798» ideale Bedingungen für ihr Entstehen gefunden. *Beat Junker*

ERSTER TEIL

ZAGHAFTER WANDEL AM ENDE DES 19. JAHRHUNDERTS

I. KAPITEL

DIE AUSGANGSLAGE

1. DIE POLITISCHEN PARTEIEN

Nach der Niederlage im Grauholz am 5. März 1798 fiel das Alte Bern, und an die Stelle des politischen Ancien régime trat die Ordnung der Helvetik, die von den Ideen der Französischen Revolution geprägt war. Sie bestand aber nur so kurze Zeit, dass sie von ihren vielen Reformplänen beinahe nichts verwirklichen konnte. Die Mediation näherte sich dann wieder stärker früheren Zuständen, und erst recht regierten nach Napoleons Sturz, während der Restauration, die Stadt Bern und ihr Patriziat erneut fast allein über die anderen Gesellschaftsschichten und Regionen. Bern hatte nun den Aargau und die Waadt endgültig verloren, erhielt aber dafür den grössten Teil des ehemaligen Fürstbistums Basel, das fortan den jurassischen Landesteil bildete.

Die Herrschaft des Patriziates fand ein Ende, als am 13. Januar 1831 die bisherige Regierung zurücktrat und neuen Männern Platz machte. Diese stammten vor allem aus dem vermöglichen und gebildeten Bürgertum der Landstädte. Damals entstand die erste eigentliche Verfassung des Kantons Bern. Sie wagte zwar Schritte zur Demokratie hin, brachte aber nicht die Gleichberechtigung, da ein Zensus nur den Reichen das volle Wahlrecht gewährte. Auch schuf sie bloss eine repräsentative Demokratie, in welcher der Grosse Rat endgültig über Gesetze beschloss, ohne dass das Volk noch in einer Abstimmung darüber entscheiden konnte. Immerhin kehrte von nun an die Vorherrschaft der Stadt Bern und ihres Patriziates nie mehr zurück.

Viele Berner hatten sich vom neuen Regime Erleichterungen besonders bei den Abgaben erhofft. Als ihre Erwartungen sich nicht sogleich erfüllten, wandten sie ihre Gunst den Radikalen zu, die – getragen von einer Welle der Veränderung auch in der übrigen Eidgenossenschaft und in weiten Teilen Europas – 1846 eine neue

Kantonsverfassung durchsetzten, in welcher das Zensuswahlrecht beseitigt und der Aufbau der Behörden vereinfacht wurden. Zudem kam sie den Wünschen der verschiedenen Landesteile weit entgegen, namentlich durch die völlige Abschaffung des Zehntens, die Linderung der Armenlasten, die auf die Gemeinden drückten, und die Erhaltung der überlieferten eigenen Vorschriften des Juras im Gesetzeswesen, bei den Steuern und in der Armenfürsorge.

Aber auch diesmal stellten sich Erfolge nur langsam ein, so dass die Radikalen in den Grossratswahlen von 1850 den konservativen «Schwarzen» unterlagen, welche nun für vier Jahre allein die Kantonsregierung stellten. Dann kam es 1854 zur «Fusion», das heisst, der Exekutive des Kantons gehörten fortan stets Konservative und Radikale gleichzeitig an, wobei die Radikalen bald wieder das Übergewicht gewannen und den politischen Kurs bestimmten. Allerdings verliefen die Fronten immer weniger genau den Parteigrenzen entlang. Beim Bau der Eisenbahnen zum Beispiel standen sich weit eher Regionen oder Wirtschaftsgruppen gegenüber, und bei der Einführung des Gesetzesreferendums 1869 traten Männer gegeneinander an, die man bisher gewöhnlich derselben Parteirichtung zugerechnet hatte.

Kurz vor 1880 erschütterten dann Ereignisse den Kanton Bern, für die seither die Bezeichnung Staatskrise üblich geworden ist. Damals kam zutage, dass kurz zuvor der Regierungsrat seine Befugnisse weit überschritten und hinter dem Rücken von Grosse Rat und Öffentlichkeit der serbelnden Eisenbahngesellschaft Bern–Luzern die sogenannte «Vorschussmillion» vorgestreckt hatte. Der Volkszorn entlud sich, als die Behörden dem Bürger zumuteten, er solle an der Urne diesen Kredit nachträglich billigen. Mit gewaltigem Mehr schickte das Stimmvolk die Vorlage bachab und gab kund, dass es kein Vertrauen zu seiner Kantonsregierung mehr besass. Deren Mitglieder traten darauf alle zurück, und während Jahren gelang es nicht, sämtliche neun Sitze wieder zu besetzen, so dass die Exekutive bis 1886 den Vorschriften der Verfassung nicht mehr entsprach.

Bedeutete das eine Wende und lief die bernische Politik fortan in eine andere Richtung als bisher? Es fällt auf, dass Zeitgenossen selten so urteilten und dass die Vorgänge von 1877 und 1878

überhaupt weniger Bewegung auslösten, als die Nachwelt vielleicht erwarten würde. Längere Vakanzen in der Exekutive sowie die Ablehnung einer Wahl durch Erkorrene waren für das spätere 19. Jahrhundert weniger aussergewöhnlich als für unsere Zeit, und zudem hatten einige Demissionäre ihren Rücktritt wohl eher als Demonstration betrachtet und gehofft, der Grosse Rat werde sie gleich wieder in ihr altes Amt wählen.

Konnten nun die Konservativen neu erstarken und – wie vor Jahrzehnten – wieder zum Partner gleichen Gewichtes aufsteigen, nachdem sie seit der «Fusion» von 1854 meist bloss noch einen oder zwei der neun Regierungsräte gestellt hatten? Derartige Spekulationen erhielten Auftrieb, als ungefähr zur selben Zeit die Radikalen auch anderswo in der Eidgenossenschaft und im übrigen Europa Rückschläge erlitten.

So entfernte sich Bismarck mit dem Auslaufen des Kulturkampfes von den Liberalen und ihren Freihandelsideen und näherte sich den Konservativen, um gemeinsam mit ihnen die Sozialisten zu bekämpfen, in denen er jetzt die gefährlicheren Feinde sah. In Grossbritannien lösten Mitte der 1870er Jahre die Tories unter Benjamin Disraeli die Whigs William Gladstones in der Regierung ab, und Frankreich verabschiedete zwar um 1875 die Monarchie endgültig, doch der Präsident der Republik, General MacMahon, war geprägt von konservativen Ideen. Wenig später folgte in Russland der reaktionäre Zar Alexander III. auf seinen ermordeten, liberaleren Vorgänger Alexander II., und in Österreich–Ungarn stützte sich Ministerpräsident Taaffe mehr und mehr auf Klerikale und Konservative statt auf Liberale wie zuvor.

In der Eidgenossenschaft gewannen die Konservativen in den späten 1870er Jahren wie in Bern auch in Basel-Stadt und in Genf bei Grossratswahlen Sitze und drängten die bisher vorherrschenden Radikalen zurück, aber in beiden Kantonen verloren sie ihr Übergewicht bald wieder.

Im Bund als Ganzem hatte die Revision der Verfassung von 1874 zwar Neuerungen im Sinne der Linken gebracht, doch gingen sie schliesslich längst nicht so weit, wie es die Radikalen ursprünglich gewünscht hatten.

Zudem nützte das damals in die Landespolitik eingeführte fakultative Referendum eher den Konservativen, wie es sich bald zeigte. Sie brachten an der Urne eine Reihe von Vorlagen zu Fall, welche Bundesrat und Parlament mit ihrer freisinnigen Mehrheit ausgearbeitet hatten. Am spektakulärsten geschah das im November 1882 beim «Schulvogt»-Projekt, das den Einfluss des Bundes im Erziehungswesen auf Kosten der Kantone hätte verstärken wollen. Bei einzelnen derartigen Abstimmungskämpfen spannten katholische und protestantische Konservative zusammen in der Abwehr gegen zentralistische Vorhaben der Radikalen. Organisatorisch blieben sie jedoch getrennt, der Zusammenschluss zu einer einzigen Partei über die Konfessionsgrenzen hinweg gelang nicht. Bei den Protestanten sammelte der «Eidgenössische Verein» von 1875 an Konservative aus der ganzen Schweiz, doch hielt er sich nur wenig über das Jahrhundertende hinaus und vereinigte eher hervorragende einzelne als ein Fussvolk, das durch seine Zahl Wahlen oder Abstimmungen hätte entscheiden können.

Aber international wie in der Eidgenossenschaft fehlte dem Erfolg der Konservativen die Dauer, und auch im Bernbiet brachten die Grossrats- und die Nationalratswahlen der nächsten Zeit keine Veränderungen, welche die freisinnige Vorherrschaft gefährdet hätten.

Dafür wandelten sich die traditionellen Parteien innerlich, wie es sich schon 1869 bei der Einführung des Gesetzesreferendums gezeigt hatte. Damals traten beim Kampf um diese Neuerung Männer gegeneinander an, die man bisher gewöhnlich mit derselben politischen Etikette versehen hatte. Immer deutlicher hoben sich nämlich jetzt bei den Radikalen die Altradikalen und die Junge Schule voneinander ab. Gemeinsames Anliegen war ihnen die Verteidigung der überkommenen Machtposition und die Abwehr von allem, was sie als Übergriffe der Kirche und anderer Mächte der Tradition empfanden. Dagegen gingen ihre Meinungen in wirtschaftlichen und sozialen Fragen oft weit auseinander. Die Altradikalen waren geprägt vom Kulturkampf und fühlten sich der Kantonsverfassung von 1846, die sie zum Teil noch selbst erkämpft hatten, zutiefst verpflichtet. Ihnen schwebte ein Volksstaat vor, den

sie freilich nicht genauer umschreiben konnten. Ihr Haupt war Jakob Stämpfli, der 1863 als Bundesrat zurückgetreten und in die bernische Politik zurückgekehrt war. Er starb aber bereits 1879 und wirkte so nicht mehr persönlich auf die Zeit der Staatskrise. Seinen Auffassungen standen mehrere Berner nahe, die oft über Jahrzehnte hinweg im Nationalrat (und gewöhnlich zur gleichen Zeit auch im Grossen Rat) ihre heimatliche Region vertraten, so die Fürsprecher Gottlieb Berger von Langnau, Fritz Bühlmann von Grosshöchstetten, Karl Karrer aus Sumiswald oder Jakob Scherz von Aeschi. Ähnlich wie sie dachten die beiden «Eisenbahnbarone» Eduard Marti aus Biel und Pierre Jolissaint aus dem Südjura.

Dieser Alten Garde stand die Junge Schule gegenüber, welche die Verfassung von 1846 nicht als unabänderlich betrachtete und glaubte, es sei Sache des Staates, den wirtschaftlich Benachteiligten zu helfen. Überhaupt wollte sie, dass der Kanton neue Aufgaben anpacke und dass er dem Volk weitere politische Rechte gewähre. Ihr führender Kopf war der Stadtberner Jurist Rudolf Brunner. Weiter rechnete man diesem Kreis den Sohn Jeremias Gotthelfs zu, Regierungsrat Albert Bitzios, der allerdings schon 1882 starb, ferner später Regierungsrat Albert Gobat aus dem Jura. Zwischen den verschiedenen Gruppen stand Regierungsrat und Finanzdirektor Alfred Scheurer, der vor allem zu vermitteln und auszugleichen suchte.

Für die Radikalen bürgerte sich mehr und mehr die Bezeichnung «Freisinnige» ein. «Freisinnig» war bis ins frühe 19. Jahrhundert nicht auf eine politische Partei gemünzt, sondern hatte etwa «geistig unabhängig» bedeutet und ursprünglich einfach Personen und Auffassungen benannt, die nicht Autoritäten und überlieferten Meinungen folgten.

Noch nicht klar voneinander getrennt waren um 1880 in Bern Freisinn und Sozialismus, doch stand eine deutlichere Ausscheidung bevor. Nach dem Sprachgebrauch der Zeit gehörten die Berner Freisinnigen zur politischen Linken. Dennoch war bei vielen von ihnen der Hang zum Herkömmlichen und das Misstrauen gegen Neuerungen grösser, als es Presse und Prominente der Partei wahrhaben wollten. Besonders bei Volksabstimmungen entschieden Be-

zirke, in denen der Freisinn dominierte, oft gleich wie konservative. Die Freisinnigen konnten also wohl auf eine sichere Mehrheit im Grossen Rat bauen, besaßen aber bei Volksentscheidungen keinen Freipass für radikale Neuerungen.

Weniger geschlossen als der Freisinn traten die Konservativen auf. Sie hatten mindestens seit der Jahrhundertmitte stets aus mehreren Gruppen bestanden, welche fast nur in der Abwehrhaltung gegen die Radikalen übereinstimmten. Sie wollten an den Grundsätzen der christlichen Moral und überhaupt am Überlieferten festhalten, soweit es sich in ihren Augen bewährt hatte. Dagegen fehlte ihnen eine Vision der Zukunft oder auch nur ein in ihren Reihen allseits anerkanntes Programm, das Gegenwartsprobleme wirksam angepackt oder breitere Schichten als bisher angesprochen hätte.

Eine der konservativen Gruppen war das stadtbernische Patriziat, dessen Vertreter nun nicht mehr die Wiederherstellung früherer Standesprivilegien anstrebten, sondern namentlich in Politik und Verwaltung der Stadtgemeinde Bern nützliche Arbeit zu leisten suchten. Freilich wird bald zu zeigen sein, wie sie auch in diesem Bereich ihre Führerrolle noch vor der Jahrhundertwende abgeben mussten. Der Freisinn beschwor also eher Gespenster als wirkliche Gefahren, wenn er in seiner Wahlpropaganda jeweilen den Teufel politischer Reaktion und der Rückkehr zur Aristokratenherrschaft an die Wand malte.

Unwirksam blieben derartige Warnungen trotzdem nicht, und die Konservativen hatten oft Mühe, fähige Kandidaten patrizischer Herkunft durchzusetzen. Immerhin sassen der Berner Stadtpräsident Otto von Büren und August von Gonzenbach, der aus einer alten St. Galler Familie stammte und seit 1847 auf einem Landgut in Muri lebte, ungefähr zwei Jahrzehnte lang im Nationalrat. Aus dem Patriziat kamen ferner Edmund von Steiger und Albert von Wattenwyl, die beide 1878 in den Regierungsrat gewählt worden waren. Sie vertraten den an Zahl eher kleinen, liberalen linken Flügel der Konservativen, der sich nicht jeder Fortschrittsidee verschloss und sich auch an neue Aufgaben wagen wollte, namentlich im wirtschaftlichen und im sozialen Bereich.

Andere konservativ Denkende lassen sich weniger leicht in Gruppen zusammenfassen. Das geistige Haupt der Berner Konservativen um die Jahrhundertmitte, Eduard Blösch, war bereits 1868 gestorben. Ulrich Ochsenbein hatte seit 1850 eine mittlere Stellung zwischen Radikalen und «Schwarzen» gesucht und galt deshalb nun als Konservativer. Er wurde 1854 als Bundesrat nicht bestätigt, und als er später versuchte, wieder in den Nationalrat einzuziehen, versagte ihm das Bernervolk den Erfolg.

Bei Wahlen gewannen die Konservativen ihre Stimmen um 1880 vor allem bei der Bauernsamen von Mittelland und Oberland, seltener im Emmental und noch weniger im Seeland. Ein Schwerpunkt bildete sich zudem im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts im Oberaargau um Redaktor Ulrich Dürrenmatt.

Bei Volksabstimmungen zogen die Konservativen öfters die «Stillen im Lande» auf ihre Seite, besonders wenn sie zum Misstrauen gegen den dominierenden Freisinn aufriefen oder sich grossen neuen Aufgaben widersetzen. Beim Kampf gegen den Freisinn spannten sie mehrmals zusammen mit den Katholiken im Nordjura, doch kam es auch im Kanton Bern, wie in der Eidgenossenschaft als Ganzem, zu keinem dauerhaften Zusammenschluss aller konservativen Kräfte¹.

2. BEVÖLKERUNG UND WIRTSCHAFT

Wie im übrigen Europa stieg auch im Kanton Bern im 19. Jahrhundert die Einwohnerzahl gewaltig, hier allerdings in der zweiten Hälfte etwas weniger stark als in der ersten.

Mit seinen 536 700 Einwohnern war Bern 1888 immer noch mit Abstand der volkreichste Kanton der Eidgenossenschaft und stellte rund einen Sechstel (18,4 %) der Gesamtbevölkerung von 2,9 Millionen, vor Zürich mit 337 000 (11,6 %) und der Waadt mit 247 000 (8,5 %). Damit standen Bern 27 von 147 Nationalräten zu, zehn mehr als Zürich und fünfzehn mehr als der Waadt.

Die Bevölkerungsdichte des Kantons lag um 1900 bei 78,4 Einwohnern auf einen Quadratkilometer, in der Gesamteidgenos-

senschaft bei 70,9. Bei den Landesteilen war sie am höchsten im Oberaargau (152). Mittelland (149) und Seeland (142) standen nur wenig zurück. Deutlich tiefer lag sie im Emmental (95), im Jura (71) und erst recht im Oberland (32).

Von den Amtsbezirken zählten Biel (1062) und Bern (310) am meisten Einwohner pro Quadratkilometer. Bei den zehn grössten Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern finden wir Ortschaften ganz verschiedener Art, nämlich Bern (46 000), Biel (15 300), St-Imier (7600), Langnau (7600), Burgdorf (6800), Pruntrut (6800), Köniz (6400), Sumiswald (5700), Thun (5300) und Wärleren (5100).

In anderen Kantonen lebten um 1888 gut 112 000 Menschen mit bernischem Bürgerrecht, und zwar waren namentlich Personen im erwerbsfähigen Alter ausgewandert. Deshalb wies Bern damals von sämtlichen Ständen den niedrigsten Anteil an Berufstätigen auf, nämlich bloss 37,6 % der Einwohnerschaft, und ein Statistiker klagte: «Wir erziehen die Erwerbskräfte für andere Kantone und das Ausland, anstatt sie uns selber nutzbar zu machen.»²

1860 fanden fast 46 % der berufstätigen Berner ihren Erwerb in der Landwirtschaft, 1888 noch 41 %. Damit lag Bern deutlich über dem eidgenössischen Durchschnitt von 37 %, und der Leiter des kantonalen statistischen Bureaus konnte 1905 schreiben, die landwirtschaftliche Bevölkerung bleibe «der Kern der Volks- und Wehrkraft und somit auch der eigentliche Hort des Staates».

Dabei verlegte sich das Schwergewicht der bäuerlichen Tätigkeit immer stärker zur Milch- und Viehwirtschaft hin. Im Jura hielten sich da und dort noch altertümliche Methoden wie die Anwendung der Brache, aber anderswo tauchten mehr und mehr Landmaschinen auf, freilich noch solche, welche die Dampf- oder Pferdekraft trieb. Dazu vermehrte nun Kunstdünger die Erträge, dessen Einsatz durch die modernen Verkehrsmittel erleichtert wurde. Zur Beschaffung solcher Hilfen brauchte der Bauer Geld, während er einst weitgehend Selbstversorger gewesen war. Das nötige Kapital lieferten ihm die Banken, von denen er stärker abhing als früher.

Die bernische Landwirtschaft war also im Umbruch. Der Staat unterstützte den Übergang zu Neuem behutsam durch eine land-

wirtschaftliche Schule, die er 1860 auf der Rüti bei Zollikofen errichtete, einem Gut, das einst Philipp Emanuel von Fellenberg gehört hatte. Zudem suchte er die Viehzucht zu heben durch Prämien, die freilich in erster Linie den Haltern grosser Viehbestände zugute kamen. Noch bedeutsamer war auf diesem Gebiet das Wirken eines Privaten: der Patrizier Jean von Wattenwil, Besitzer des Landgutes Elfenau bei Bern, förderte unermüdlich Gründung und Tätigkeit von Viehzuchtgenossenschaften. Ferner trug die Direktion des Inneren, der die Landwirtschaft unterstand, zur bäuerlichen Weiterbildung bei durch Wandervorträge von Fachleuten.

Gleich wie der Bund und die übrigen Kantone hielt Bern zurück mit direkten Schutzmassnahmen für die Landwirtschaft, etwa Subventionen oder Preisvorschriften. Noch herrschte die Auffassung vor, es sei Sache jedes Einzelnen und jeder Berufsgruppe, sich selber Hilfe zu verschaffen. Den Berner Bauern fehlten jedoch Standesorganisationen, welche für ihre wirtschaftlichen Anliegen in der Öffentlichkeit gekämpft hätten. Die schon über hundert Jahre alte Ökonomische Gesellschaft sowie die landwirtschaftlichen Genossenschaften dienten wohl der Weiterbildung oder beschafften gemeinsam Samen, Dünger und anderes, aber sie betrieben keine Standespolitik. Dafür war die geistige Grundlage noch nicht vorhanden, nämlich ein gemeinsames Standesbewusstsein aller Bauern³.

Die Kantonsverfassungen von 1831 und 1846 bekannten sich zur Handels- und Gewerbefreiheit, welche in der Praxis durch den «Vorbehalt gesetzlicher Bestimmungen, welche das allgemeine Wohl und erworbene Rechte fordern», kaum eingeschränkt wurde. Seit die Zünfte aufgehoben waren, mangelte es an Handhaben, um Unfähige auszuschalten oder um eine Überzahl von Betrieben in einer Branche und damit die Unterbietung durch Schmutzkonkurrenz zu vermeiden.

Änderungen ergaben sich allerdings durch den Wandel äusserer Bedingungen. So brachte die Technik Neuerungen wie die Dampfkraft, die Maschine und später die Elektrizität, ferner Verkehrsmittel wie die Eisenbahn oder Möglichkeiten rascherer Nachrichtenüber-

mittlung wie den Telegrafen, auf welchen der bernische Regierungsrat den Bundesrat in einem Schreiben von 1850 zum ersten Mal aufmerksam gemacht hatte.

Direkte Hilfe vom Staat durfte das Gewerbe ebensowenig erhoffen wie die Bauernsamen, denn auch hier galt meist noch die Meinung, jeder Betroffene müsse sich aus eigener Kraft wieder emporarbeiten. Nur die gewerblichen Fach- und Fortbildungsschulen genossen eine bescheidene staatliche Unterstützung. Einzelne Wirtschaftszweige hatten freilich schon von sich aus Ansehnliches erreicht, etwa mit den Uhrmacherschulen in Biel und in St-Imier, der Zeichnungsschule in Brienz oder der Kunstschule in Bern. Dazu legten die bernischen Behörden 1869 eine gewerbliche Muster- und Modellsammlung an, aus der sich später das kantonale Gewerbemuseum entwickelte. Dagegen entstand vorerst noch keine Vereinigung zur Vertretung der Standesinteressen, denn ein 1865 gegründeter bernischer Gewerbeverband ging bald wieder ein.

Massgebend war immer noch das Gewerbegesetz von 1849. Es hätte dringend einer Gesamtrevision bedurft, etwa für eine zeitgemässe Ordnung des Lehrlingswesens oder des Arbeiterschutzes. Aber die zuständige Direktion des Innern zog es vor, einzelne Teilmaterien in Spezialgesetzen zu regeln; denn «der Referendumsstaat ist kein günstiger Boden für breit angelegte, ein weites Gebiet und viele Interessen umfassende Gesetze; denn je grösser das Gebiet, je zahlreicher die berührten Interessen, desto zahlreicher auch die Gegner, desto grösser die Gefahr einer Koalition von Bürgern, welche, der eine um dieses, der andere um jenes Punktes willen, vielleicht aus ganz entgegengesetzten Beweggründen, dem Gesetzeswerk das Grab schaufeln».

Gewerbe, Heimarbeit und Dienstleistungen grenzten sich noch nicht scharf voneinander ab, und eine Studie über die bernische Wirtschaft behandelte kurz nach 1900 im Industriekapitel auch die Hotellerie und die Holzschnitzerei, während sie die Uhrenherstellung einen «Gewerbszweig» nannte. Tatsächlich herrschte in dieser Branche noch lange Heimarbeit vor, bis der zunehmende Einsatz von Maschinen und die steigende Arbeitsteilung zur Konzentration der Arbeiter unter einem Dache führten.

Eigentliche Grossunternehmen erweckten eher Misstrauen. Schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts hatte die Zusammenballung von Wirtschaftsmacht und grossen Vermögen Argwohn ausgelöst, und noch um 1900 sah der Kantonsstatistiker im Umstand, dass Bern «noch kein Industriekanton par excellence» sei, auch Vorteile. Bei breiterer Streuung der Betriebe und Branchen bestehe weniger die «Gefahr plötzlicher allgemeiner Geschäftsstokungen und -krisen, wie sie in den einseitig auf ein- und denselben Zweig konzentrierten Grossindustrien nur zu leicht vorkommen können».

Für die Industrie-Statistik lieferten manche Unternehmer keine Auskünfte und verkehrten überhaupt nicht mehr als nötig mit den Behörden, «so dass man zu dem Schlusse berechtigt ist, die Besitzer von Fabriken und anderen grösseren Etablissements im Kanton Bern seien zum grössten Theile nicht geneigt, den Staatsbehörden über ihre industrielle Thätigkeit und die Ausdehnung ihrer Etablissements sichere Mittheilungen zu machen», wie der Staatsverwaltungsbericht für 1857 feststellt. Erst allmählich verstärkte sich die Zusammenarbeit, namentlich beim Vollzug der Vorschriften des eidgenössischen Fabrikgesetzes von 1877⁴.

Eine Besonderheit des Frutiglandes war die Zündholzindustrie, die hier Fuss gefasst hatte, nachdem in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die überlieferte Tuchherstellung eingegangen war. Um 1865 boten elf Fabriken ungefähr 330 Arbeitern einen bescheidenen Verdienst, und darüber hinaus gewannen Heimarbeiter und ihre Familien durch Anfertigung von Streichholzschachteln einen kargen Nebenerwerb. Der als Zündmasse verwendete giftige gelbe Phosphor setzte die Beschäftigten einer heimtückischen Krankheit aus, der Phosphornekrose, die ihre Opfer oft grässlich entstellte, bevor sie ihren Tod herbeiführte. Weil es den Fabrikanten nicht gelang, diese Gefahren zu beseitigen, stellte 1898 ein Bundesgesetz die Zündholzfabriken unter die Kontrolle der Eidgenossenschaft. Das Verbot von Zündhölzern mit gelbem Phosphor und das Ausgreifen ausländischer Zündholztrusts brachten dann im zwanzigsten Jahrhundert Niedergang und Ende dieses Industriezweigs im Amt Frutigen⁵.

Fabrikanten wie Gewerbetreibende hatten sich in kantonalen Vereinen zusammengeschlossen, deren Bedeutung allerdings abnahm, sobald gesamtschweizerische Verbände entstanden, die sich für die Interessen dieser Wirtschaftsgruppen einsetzten, etwa bei Verhandlungen über Zolltarife oder bei der Ausarbeitung eidgenössischer Gesetze.

Entsprechende Vereinigungen der Arbeiterschaft begegneten eher einem gewissen Misstrauen. Zwar hatten gerade im Kanton Bern die Radikalen und die ihnen nahestehende Studentenverbindung «Helvetia» seit langem von Fall zu Fall zusammengearbeitet mit dem Grütliverein, der in den Dreissigerjahren in der Westschweiz entstanden war, auf nationalem Boden stand und über eine bessere Bildung den sozialen Aufstieg der Arbeiter und die Mehrung ihres politischen Gewichtes anstrebte. Der Kanton sah eine Aufgabe des Staates darin, «solche vaterländischen Vereine, die sich die Belehrung ihrer Mitglieder zum Ziel setzen, in ihren Bestrebungen durch angemessene Beiträge zu unterstützen, indem gerade diese Bestrebungen das beste Mittel gegen das Umsichgreifen kommunistischer Tendenzen sind, wie sie gewisse internationale Vereinigungen verfolgen».

Weniger Verständnis fanden Organisationen, welche Verbesserungen für die Arbeiter durch politischen oder wirtschaftlichen Kampf zu erreichen suchten, etwa durch Arbeitsniederlegungen, «Stricke», wie sie das kantonale statistische Jahrbuch nannte. Überhaupt vermutete der Kantonsstatistiker hinter solch kämpferischer Haltung Handwerker- und Gewerbefeindlichkeit. Obwohl er Missbräuche und Auswüchse der Wirtschaftsfreiheit und unheilvolle Folgen des bisher herrschenden «laissez faire» nicht leugnete, sah er doch hinter den Lohnforderungen der Arbeiterorganisationen als Ziel «den Ruin des gewerblichen Mittelstandes, des Handwerks». Nach seiner Auffassung liess sich das Verteilungsproblem lösen durch «wirksame Massnahmen zur Beseitigung von Übelständen auf dem Boden eines gesunden, vernünftigen Individualismus respektive einer weisen Mittelstandspolitik nach den Prinzipien der solidarischen Volksgemeinschaft und gegenseitigen Hülfeleistung, wie sie schon die alten Germanen vortrefflich

verwirklicht hatten». «Es kann dies geschehen, ohne in das Fahrwasser gewisser utopischer Schwärmer und Volksbeglucker oder Vertreter revolutionärer Richtungen zu geraten, somit auch ohne einer Vermögensteilung in kommunistischem Sinne oder einer Verstaatlichung bzw. Vergesellschaftung der Produktionsmittel nach sozialistischem Plane Vorschub leisten». Denn es sei «ein grosser Fehler der Theoretiker und Apostel aus der Schule von Marx, dass sie nur immer die äussern wirtschaftlichen Verhältnisse und Interessen, also rein materielle Dinge und Bedürfnisse in's Auge fassen, einer höhern Bedürfnisbefriedigung des Geistes und der Seele gegenüber aber sozusagen völlig blind sind».

Dabei war der Verfasser dieser Zeilen durchaus kein kritikloser Lobredner hemmungsloser Industrialisierung, und er hielt gesetzliche Bestimmungen zugunsten der Arbeiter für berechtigt, «sofern sich diese Arbeiterschutzbestrebungen gegen wirkliche kapitalistische Ausbeutung der Arbeiter richten und dieselben unverschuldet in ihren Rechten oder Ansprüchen verkürzt oder herzlos behandelt werden». Über Bern, Biel und Burgdorf schrieb er befriedigt, «dass keine der drei Haupt-Städte unseres Kantons den vielgerühmten Namen einer Industriestadt im modernen Sinne verdient – eine Eigenschaft, die übrigens nicht immer gesunde sociale Verhältnisse mit sich bringt». Das Gewerbe sah er ebensosehr wie durch die Arbeiter gefährdet durch Warenhäuser und kapitalkräftige Grossbetriebe, welchen Erfindungen und technische Hilfsmittel vor allem zugute kämen. Bei bloss 53 Privatpersonen, die im Kanton ein Vermögen von über einer Million Franken versteuerten, sei «die Verteilung des Volksvermögens und -einkommens derart gestaltet, dass sie einstweilen noch als eine gesunde und günstige bezeichnet werden kann, indem die breiten Schichten des bürgerlichen Mittelstandes die Grundpfeiler und Träger der ökonomischen Wohlfahrt bilden und auch die untern Klassen der Segnungen der wirtschaftlichen Entwicklung, der Kultur überhaupt» teilhaftig würden, und er glaubt, dass die wirtschaftliche Entwicklung «zur Zeit noch keinen triftigen Grund zu ernsthaften Besorgnissen bezüglich Kapitalanhäufung in den Händen weniger Sterblicher bietet», doch drohe für die Zukunft «auch im Kanton Bern die Gefahr einer einseitigen

Gütervermehrung und Kapitalkonzentration nach oben, d. h. zu Gunsten der obern Zehntausend». Der Kantonsstatistiker sah also hinter Vermögensunterschieden und Notlagen ebenso das Wirken höherer Mächte wie das Wirken des Individuums und der Behörden.

Ausführlicher hat diesen Themenkreis um Bevölkerung und Wirtschaft Christian Pfister in Band IV dieser Reihe dargestellt, der den Kanton Bern im «Strom der Modernisierung» zwischen 1700 und 1914 behandelt⁶.

3. GLAUBENSLEBEN UND SCHULE

Seit der Aufklärung und der Französischen Revolution hatten Christentum und Kirche wie im übrigen Europa so auch in der Eidgenossenschaft an Bedeutung als weithin sichtbare und bestimmende Ordnungsmächte im öffentlichen Leben eingebüsst. Zwar fühlten sich die Patrizier, die bis 1831 in Bern das Heft in der Hand hielten, von Gott in ihren Rang und in ihre Ämter eingesetzt und vor ihm verantwortlich für ihr Wirken, auch in der Politik. Ihnen zur Seite stand eine Kirche, die ebenfalls durch die Tradition geprägt war und vorerst kaum Neues in die überlieferten Formen und Lehrmeinungen einfliessen liess. Auf dieser starren Haltung beharrte sie auch, als im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts unter dem Einfluss von Erweckungsbewegungen aus der Westschweiz namentlich jüngere Patrizierinnen und Patrizier sich dagegen auflehnten und sich zum Teil als sogenannte Freie Evangelische Gemeinden von der Landeskirche lossagten. Manche von ihnen gaben um ihrer religiösen Überzeugungen willen sogar eine aussichtsreiche Karriere preis und nahmen die Verbannung aus dem Bernbiet auf sich.

Stärker auf dem Lande verwurzelt war die «Evangelische Gesellschaft», die seit 1831 Christen vereinigte, denen schien, die offizielle Kirche spreche zu sehr den Verstand und zu wenig das Gemüt an und sie verlange zu wenig Glaubensernst. Sie wollten in dieser Hinsicht ein Mehreres tun, ohne indessen den Schoss der Landeskirche zu verlassen.

Mit der politischen Wende von 1831 lockerten sich die Fronten etwas, und Berner, die zuvor ihres Glaubens wegen aus dem Kanton vertrieben worden waren, durften wieder dorthin zurückkehren. Auch schützte die Verfassung nun ausdrücklich die Religionsfreiheit. Die neuen Führer im Staate, etwa die Brüder Schnell aus Burgdorf, verstanden sich zwar als Liberale, aber zugleich auch als Christen, während dann ihre Nachfolger an der Macht um die Mitte des 19. Jahrhunderts, die Radikalen, Feindschaft gegen Glauben, Kirche und Tradition auf ihre Fahne schrieben.

In Bern kam es dabei zu einem Kräftemessen namentlich beim «Zellerhandel» von 1847 um die Berufung eines Dozenten aus Tübingen an die theologische Fakultät der Hochschule. Anhänger eines traditionellen Christentums lehnten ihn als zu freigeistig ab, konnten aber die Wahl nicht verhindern, doch stärkte die Auseinandersetzung die Widerstandskraft der Unterlegenen. Das zeigte sich in der Gründung betont christlicher, privater Schulen kurz danach: 1851 entstand die «Neue Mädchenschule», ursprünglich nur für Mädchen innerhalb der obligatorischen Schulzeit, von 1853 an auch zur Ausbildung von Primarlehrerinnen, 1854 ein evangelisches Lehrerseminar, das nach Anfängen in Aarwangen und in der Berner Altstadt auf dem Muristalden eine bleibende Stätte fand, und 1859 ein Gymnasium, nach seinem Gründer Theoderich von Lerber zuerst Lerberschule genannt, später «Freies Gymnasium».

Politisch spaltete sich das Bernervolk im 19. Jahrhundert in Radikale und Konservative. Im Bereich des Glaubens- und Kirchenlebens entsprachen diesen beiden Lagern ungefähr die «Reformer» und die «Positiven». Zwar traten die «Reformer» keineswegs aus der Kirche aus. Aber sie betonten die Autonomie des Individuums, das sich nicht der Autorität der Bibel zu unterwerfen brauche. Denn die Bibel sei ein Erzeugnis ihrer Zeit und nicht der unumstössliche Ausdruck von Gottes Willen. In Christus sahen sie einen reinen, gotterfüllten Menschen, und sie zweifelten an der Unsterblichkeit der Seele und an ihrer Auferstehung. So suchten sie die Lehren des Christentums in Einklang zu bringen mit der Vernunft und mit der Idee des Fortschrittes. Das Hauptgewicht legten sie nicht auf den Glauben, sondern auf das Tun in christlichem Sinne.

Für die «Positiven» dagegen stand im Mittelpunkt ein klares Bekenntnis zum Christentum, wie es in der Heiligen Schrift niedergelegt sei. Es solle nicht durch Bibelkritik relativiert werden. Erlösung aus der Sündenschuld des Menschen gebe es nur durch den Glauben an Christus, den Sohn Gottes. Dazu legten die «Positiven» viel Gewicht auf christliche Lebensformen wie den regelmäßigen Besuch von Gottesdienst und Abendmahl, auf Gebet, Bibellektüre und Sonntagsheiligung.

Zu den Führern der «Reformer» zählte Albert Bitzios, der Sohn Jeremias Gotthelfs, der zuerst als Pfarrer namentlich in Twann und dann als Regierungsrat wirkte. Als schärfere Kämpfer an seiner Seite galten die Brüder Friedrich und Eduard Langhans, Professoren für Dogmen- und Religionsgeschichte beziehungsweise für systematische Theologie an der Berner Universität. Eduard Langhans hatte zuvor jahrzehntelang am Staatsseminar in Münchenbuchsee gewirkt, dessen Direktor sein Vater früher gewesen war. Seine Streitschrift von 1865 «Die Heilige Schrift, ein Leitfadens für den Religionsunterricht in höhern Lehranstalten wie auch zum Privatgebrauch für denkende Christen» erbitterte die «Positiven» und verstärkte bei ihnen den Eindruck, die Schule und namentlich die Lehrerbildung stünden in Bern ganz unter dem Eindruck der «Reformer» und rücke immer weiter von der traditionellen Christlichkeit weg zu betonter Weltlichkeit hin. So blieben Spannungen und Misstrauen zwischen den beiden Gruppen erhalten.

Immerhin gab es auch Kräfte, die dem entgegenwirkten. So war Albert Bitzios 1878 Leiter der Erziehungsdirektion geworden, und ausgerechnet er als «Reformer» setzte nun Zeichen der Versöhnlichkeit, indem er an die theologische Fakultät auch «positive» Professoren berief, die dort bisher gefehlt hatten. Dämpfend wirkten zudem Einflüsse von der gesamteidgenössischen Politik her. Dort hatte Bundesrat Karl Schenk das Schulwesen stärker zentralisieren und überhaupt den Einfluss der freisinnigen Bundesbehörden in diesem Bereich verstärken wollen. Am 26. November 1882, dem Konraditag, unterlag aber seine von den Gegnern so getaufte «Schulvogt»-Vorlage in der eidgenössischen Volksabstimmung derart deutlich – auch im Kanton Bern –, dass die Konservativen und die

«Positiven» sich für die nächste Zukunft vor ähnlichen Übergriffen sicher fühlten.

Zwischen diesen beiden Gruppen stand die an Zahl kleine Schar der «Vermittler» um Edmund von Steiger, der als Pfarrer wirkte, bevor er nach der Staatskrise von 1878 zum Regierungsrat gewählt wurde. Sie suchte einen Weg zwischen dem religiösen Gefühl des Individuums und dem dogmatischen Beharren auf der Autorität Christi hindurch, fand aber bei beiden Hauptrichtungen wenig Verständnis und galt ihnen als lau und «halbbatzig».

Das neue Kirchengesetz, das 1874 vom Volke angenommen wurde, war geprägt vom Kulturkampf und vom Bestreben der radikalen Regierung und besonders des Kirchendirektors Wilhelm Teuscher, Macht und Einfluss der Kurie besonders im katholischen Nordjura einzudämmen. Für die Reformierten blieb zwar eine Landeskirche bestehen, die nach aussen hin geschlossen erschien, deren Autorität aber stark eingeschränkt war. Immerhin zerfiel sie nicht in einzelne Religionsgemeinschaften, wie es ein Entwurf vorgesehen hatte, und sie löste sich auch nicht auf in eine Staats- und eine Freie Kirche wie in einigen Kantonen der Westschweiz. Der Einfluss der Landeskirche nahm aber fortan ab, auch wenn die konservative Grundhaltung des Bernervolkes diesen Rückgang bremste und ihn nicht sofort augenfällig werden liess. Neues Leben ging eher aus von freikirchlichen Vereinigungen. Gruppen, die mehr Aufsehen erregten, wie die Heilsarmee, waren um 1880 noch nicht bis nach Bern vorgedrungen, und auch neue kirchliche Richtungen wie die Religiös-Sozialen bildeten sich erst später.⁷

Die Gegensätze um Fragen von Kirche und Glauben waren mannigfach verhängt mit jenen von Bildung und Erziehung, wie es die Beispiele der Gründung betont evangelischer Schulen in den 1850er Jahren oder der Streit um das Wirken der Brüder Langhans bereits gezeigt haben. Konservative und kirchlich «Positive» fürchteten, die herrschenden Radikalen würden die öffentliche Schule im Sinne ihrer Weltanschauung gestalten und für die Durchsetzung ihrer politischen Zwecke missbrauchen. Tatsächlich war in den Augen der Radikalen die moderne, von Einflüssen der Kirche möglichst ganz befreite Schule ein Indikator für Zivilisation und

Fortschritt. Sie prägte die Heranwachsenden stärker als früher, denn der Schulzwang setzte sich im grossen und ganzen allmählich durch und überliess die Kinder damit länger als zuvor dem Einfluss der Schule, die nicht nur Kenntnisse vermittelte, sondern auch disziplinierend wirkte. Zwar war die Welle der Neugründungen von staatlichen Lehrerseminarien und der Universität während der Regeneration nun ausgelaufen in eine Phase der Konsolidierung, die namentlich die Zahl der Sekundarschulen mehrte und die Klassengrössen allmählich senkte. Aber bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts beanspruchten die Kosten der Bildungspolitik immerhin rund 20 % der Ausgaben der öffentlichen Hand im Kanton.

Es geschah also einiges im bernischen Schulwesen. Deshalb waren Überraschung und Enttäuschung gross, als die 1875 eingeführten pädagogischen Rekrutenprüfungen des Bundes erlaubten, Kenntnisse und Fähigkeiten der angehenden Wehrmänner im Lesen, Schreiben, Rechnen und in der Vaterlandskunde kantonsweise miteinander zu vergleichen. Die Publikation der Ergebnisse schloss jeweilen eine Rangliste der Kantone ein, auf der Bern regelmässig weit hinten landete. 1876 war es sogar der 21. von 25 Kantonen, hinter Ständen wie Obwalden, Schwyz, Freiburg, Tessin und Uri, in denen zum Teil noch geistliche Lehrschwestern wirkten, denen die bernische Regierung im Kulturkampf die Fähigkeit, einen genügenden Unterricht zu erteilen, kurzerhand abgesprochen hatte. Innerhalb des Kantons fanden sich die städtischen Bezirke Bern und Biel, aber gewöhnlich auch Wangen, Aarwangen und Neuenstadt bis 1880 weit vorne, Schwarzenburg, die Freiberge und Frutigen dagegen meist hinten. Zwar zeugten starke Abweichungen von Jahr zu Jahr von Unzulänglichkeiten der Statistik. Dennoch galt sie als Gradmesser für Schulerfolg und Bildung. Abhilfe suchte Bern mit der Schaffung von Nachhilfeunterricht für Schulentlassene, aus dem später die Fortbildungsschulen erwuchsen. Rabiater ging der frühere radikale Regierungsrat Weingart vor: als eidgenössischer Oberexperte bei den Prüfungen überschritt er seine Kompetenzen weit, indem er Noten aus anderen Kantonen senkte, worauf Bern dann etwas besser dastehen sollte. So schwer trug Bern am Verlust seines Prestiges im Erziehungswesen!⁸

II. KAPITEL

BEWAHRUNG UND ERNEUERUNG IN KONFLIKTEN ZU STADT UND LAND

1. ULRICH DÜRRENMATT UND DIE GRÜNDUNG DER VOLKSPARTEI

Beim Abstimmungskampf von 1877 um die nachträgliche Genehmigung der «Vorschussmillion» war den Gegnern der freisinnig dominierten Kantonsregierung unerwartete Hilfe erwachsen durch die Flugschrift «Mutz, wach' uf! Brief vo Chrischte Frymueth a's Bärner Volch: Isch's Bärner Regiment 935 000 Fränkli wärth?» Ihr Verfasser distanzierte sich zwar von den «Ultramontanen und den Herren vom Eidgenössischen Verein» sowie von den «katholischen und konservativen Blättern», aber er selber feuerte in seiner dreissigseitigen Broschüre Breitseiten gegen die bisherige Exekutive wie auch gegen den Grossen Rat und die Radikalen überhaupt, obwohl er sich an die «freisinnigen und freidenkenden und freiglaubenden Berner» wandte. Für seine Argumente griff er erstaunlicherweise viel stärker auf die Ereignisse beim Kulturkampf im Nordjura zurück als auf die Eisenbahnaffäre. Wirkte die Prosa von «Mutz, wach' uf!» gelegentlich noch etwas weitschweifig, so fielen die Hiebe des gleichen Verfassers 1878 wuchtiger und zielsicherer, als er mit dem Bändchen «Bärentalpen» nochmals in den politischen Tageskampf eingriff. Es vereinigte knappe, prägnante Gedichte, teils in Mundart, teils in Hochdeutsch, oft als Parodien den Texten oder Melodien bekannter Volkslieder und Balladen nachgestaltet, die den Gegner mit ätzendem Spott und sicheren Pointen trafen. Erst die «Neuen Bärentalpen» von 1882 löfteten das Geheimnis um den Autor: «Chrischte Frymueth» war Ulrich Dürrenmatt.

Er war am 20. April 1849 als jüngstes von neun Kindern einer Kleinbauernfamilie in Guggisberg geboren worden. Der Dorflehrer entdeckte und förderte die Talente des Knaben, und so trat Dürrenmatt 1865 ins Lehrerseminar ein – nicht etwa in das betont

evangelisch-christliche am Muristalden, wie man es von seiner späteren Entwicklung her vielleicht vermutet hätte, sondern in das staatliche in Münchenbuchsee. Hier übernahm er liberale Ideen für die Politik bereitwillig, während er im Bereich des Glaubens den positiv-christlichen Traditionen seines Elternhauses treu blieb.

Von 1868 an wirkte Dürrenmatt an verschiedenen Schulen und studierte daneben als Autodidakt unter anderem alte Sprachen. Entsprechend dem Geist, in dem er im Lehrerseminar erzogen worden war, gehörte er dem radikalen Lehrerklub und dem Grütliverein an.

Von 1873 an unterrichtete er (in französischer Sprache) am Progymnasium in Delsberg und veröffentlichte hier als «U. Présec» einzelne Artikel in der Presse. In Gemeindefragen stritt er sich mit dem späteren Regierungsrat Albert Gobat, und die beiden gerieten auch später immer wieder aneinander.

Der Kulturkampf trieb Dürrenmatt in eine kritische Haltung der Berner Kantonsregierung gegenüber. Deshalb wurde seine Stellung nach und nach unerquicklich, und so zog er (mit kurzen weiteren Zwischenstationen) nach Thun ans Progymnasium. Daneben betätigte er sich immer stärker als Politiker und Journalist, und bald führte sein Tadel an der bernischen Eisenbahnpolitik und an den Behörden überhaupt zum Bruch mit den Freisinnigen und zum Übertritt zu den Konservativen.

Zu seinem Parteiwechsel dichtete er:

«Den glänzend schwarzen Kirschen,
Seht, Freunde und gewahrt's:
Ist's just wie mir gegangen –
Erst röthlich und dann schwarz.

Und also geht's im Leben,
Ich glaub'es fest und steif:
Wer roth, ist noch nicht zeitig,
Wer schwarz ist, der ist reif.»

Sein alter Freund Hans Nydegger erwarb 1877 Verlag und Redaktion der bisher liberalen «Berner Volkszeitung» in Herzogen-

buchsee, an der auch Dürrenmatt mitarbeitete. Das sagte ihm immer besser zu, und da ihm auch in Thun politisch begründeter Widerstand erwuchs, gab er 1880 die Schule auf, übernahm den Posten eines alleinverantwortlichen Redaktors und erwarb 1882 auch das Eigentum an der «Berner Volkszeitung» und ihrer Druckerei.

Mit den Konservativen aus der Stadt Bern hatten Dürrenmatt und sein Anhang den Hauptgegner gemeinsam, nämlich die Radikalen. Sonst aber verband die beiden Gruppen wenig, und es gelang nie, Animositäten und ein gewisses Misstrauen zwischen ihnen völlig auszuräumen, nicht einmal für die Zeit, während der sie bei Abstimmungs- und Wahlkämpfen enger zusammenarbeiteten⁹.

Nach der Staatskrise von 1877/78 war es die dringendste Aufgabe der Politiker, die Löcher bei den Staatsfinanzen so gut wie möglich zu stopfen und eine tragfähige Basis für die künftige Entwicklung zu suchen. Finanzdirektor Alfred Scheurer war zwar freisinnig, aber nicht doktrinär und strebte sein Ziel auch durch Massnahmen an, wie sie die Konservativen immer wieder verlangt hatten, nämlich durch strenge Sparsamkeit. Darüber hinaus suchte er zusätzliche Einnahmen durch eine Stempelsteuer, höhere Gebühren für Wirtschaftspatente und höhere Tarife für mancherlei Amtshandlungen, doch fiel ein guter Teil dieses Programms im Mai 1879 bei der Volksabstimmung durch. Ein Jahr später fand dann eine gemilderte Vorlage Gnade, die sich zum Teil mit Anleihen behelf.

Bis diese Zwischenlösung gefunden war, traten die politischen Kämpfe etwas in den Hintergrund. Aber diese Atempause ging spätestens mit den Nationalratswahlen von 1881 zu Ende. Damals konnten die Konservativen als einzigen Sitz jenen des Berner Stadtpräsidenten Otto von Büren halten. Von Büren siegte gegen den Freisinnigen Gottlieb Ott, einen «Eisenbahnbaron», den Ulrich Dürrenmatt schon 1878 in seinen «Bärentalpen» verspottet hatte:

«Wer nur den lieben Ott lässt walten
und hoffet auf ihn allezeit,
dem wird er wunderbar entfalten
der Staatsfinanzen Herrlichkeit.»

Den Wahlkampf führte Ulrich Dürrenmatt in seiner «Berner Volkszeitung» aggressiv und mit grobem Geschütz. Er war 1881 Redaktor, aber noch nicht Eigentümer des Blattes. Seine Geldgeber waren Stadtberner Patrizier, denen Ott nun vorwarf, sie hätten Dürrenmatt zurückbinden müssen. Damit löste er eine Kaskade halb lächerlicher, halb tragischer Vorfälle aus: Verschiedene Politiker, teils im Grade von Obersten, forderten einander zu Duellen heraus, von denen dann aber doch keines stattfand. Wenig später starb Ott auf ungeklärte Weise, als er Ende November 1882, nach der Verwerfung der «Schulvogt»-Vorlage in der eidgenössischen Volksabstimmung, eine Siegesfeier der Stadtberner Konservativen im Kasino durch Radau stören wollte. Er musste nach kurzem Handgemenge weichen und ertrank darauf in einem Seitenkanal der Aare, weil er, nach Angaben der Polizei, betrunken den Weg verfehlt hatte.

Diese Ereignisse liessen zwischen Ulrich Dürrenmatt und den konservativen Patriziern Verstimmung zurück. Der streitbare Journalist sah in der Haltung seiner bisherigen Gönner Schwächlichkeit und begegnete ihnen fortan mit distanzierterem Misstrauen. Durch den Erwerb von Verlag und Druckerei der «Volkszeitung» machte er sich 1882 finanziell von ihnen unabhängig. Umgekehrt empfanden die Patrizier Dürrenmatts Schreib- und Kampfweise als grobschlächtig und polemisch. So zeichnete sich die Trennung der beiden Gruppen ab, und es bestand wenig Aussicht auf eine gedeihliche Zusammenarbeit und ein wohlwollendes Einvernehmen zwischen ihnen.

Vorfälle wie die Affären um Gottlieb Ott erregten Aufsehen und förderten die Abneigung gegen derart unritterlich ausgetragene Kämpfe. Dem suchte Regierungsrat Edmund von Steiger entgegenzuwirken, indem er Männer um sich sammelte, die für mehr Fairness, wie man heute sagen würde, in der Politik eintraten. Es waren teils Linkskonservative, teils betont christlich Denkende, namentlich Lehrer an der sogenannten Lerberschule, dem späteren Freien Gymnasium. Aber die beiden Gruppen fanden sich nicht zusammen, weil sie sich nicht darüber einigen konnten, ob ein Parteiprogramm sich ausdrücklich zu pietistisch-orthodoxen

Grundwerten bekennen müsse. Deshalb bildete sich ein «christlich-sozialer Verein», der später in der bernischen Volkspartei aufging, und – um Edmund von Steiger – ein «Verein der Unabhängigen», dessen Anhang jedoch bescheiden blieb und der bei seinem Bemühen um Vermittlung zwischen den traditionellen Parteien wenig eigenes Profil gewann.

Aber schon kurz nach der Staatskrise von 1877/78 brachten die Nationalratswahlen von 1881 und die Grossratswahlen von 1882 dem Freisinn wieder Gewinne und seinen Gegnern Enttäuschungen. Neuen Auftrieb erhielten die Konservativen dafür, als im November 1882 bei einer eidgenössischen Volksabstimmung die «Schulvogt»-Vorlage (auch im Kanton Bern) eine böse Abfuhr erlebte. Sie wollte dem Bund im Bildungswesen auf Kosten der Kantone mehr Einfluss geben. Die Berner Stadtkonservativen kämpften dagegen, weil sie ihre christlichen Bekenntnisschulen wie die Neue Mädchenschule oder das Lerbergymnasium gefährdet glaubten. An ihrer Seite stand Ulrich Dürrenmatt als Föderalist und als Gegner des Urhebers des Plans, des radikalen Bundesrates Karl Schenk.

Nach ihrem Sieg hofften die beiden Gruppen, bei der verbreiteten Missstimmung das freisinnige «System» im Kanton Bern entscheidend zu schwächen, und gründeten in dieser Absicht nach Vorberatungen in Oberburg um den Jahreswechsel 1882/83 die «Bernische Volkspartei». Ihr Programm zielte nicht auf langfristige Lösungen der Probleme von Staat und Wirtschaft, sondern auf rasche Erfolge im politischen Tageskampf. Deshalb appellierte es an die Unzufriedenheit über hohe Staatsausgaben und Steuerlasten, über die Herrschaft von Beamten und Advokaten, über Verarmung namentlich bei Handwerkern und Kleinbauern. Materialistischer Gesinnung, wie sie im Freisinn herrsche, setzte es traditionelle Werte wie Glauben, Arbeitsfleiss und Achtung vor Sitte und Herkommen entgegen, und es schreckte auch nicht zurück vor dem Ruf nach Wiedereinführung der Todesstrafe. Zu den Patriziern hielt es allerdings Distanz, damit die Volkspartei nicht als «Herrenpartei» gelte und auf dem Lande an Zugkraft verliere.

Daneben erhob das Programm auch Forderungen, die in die Zukunft wiesen, etwa das Begehren nach Volkswahl der Regie-

rungs- und der Ständeräte, nach der Gesetzesinitiative im Kanton und dem obligatorischen Gesetzesreferendum im Bund sowie nach einer gerechteren Einteilung der Wahlkreise.

In den einzelnen Landesteilen erschienen neue Zeitungen als Organe der Volkspartei, doch gingen die meisten davon bald wieder ein. Einzig die «Emmenthaler Nachrichten» in Münsingen hielten sich länger, entfernten sich aber allmählich von der Linie der Partei. So blieb ihr nur die «Berner Volkszeitung» als einflussreiche Stimme. Ihr Redaktor Ulrich Dürrenmatt gehörte den leitenden Gremien der Kantonspartei zwar erst seit 1885 an. Trotzdem galt er schon vorher als Verkörperung der Partei und wurden ihre Anhänger als «Dürremätteler» bezeichnet. 1891 trat er dann als Präsident an ihre Spitze und blieb bis zu seinem Tod 1908 auf diesem Posten.

Beim Aufbau der Volkspartei wirkte manches improvisiert, und bei den leitenden Organen herrschte ständiger Wechsel. Anstelle des schwerfälligen Apparates leisteten bei Wahl- und Abstimmungskämpfen oft «engere Komitees» die eigentliche Arbeit. In manchen Gegenden gewann die Partei nur mit Mühe Persönlichkeiten, die sich in der Öffentlichkeit exponierten und die neben Ansehen auch organisatorisches Talent mitbrachten. Finanziert wurde die Partei weniger durch regelmässige Mitgliederbeiträge als durch Zuschüsse einzelner von Fall zu Fall, namentlich für Wahl- und Abstimmungskämpfe. So hatte sie trotz Dürrenmatts Popularität wenig Aussicht, auf die Länge eine ebenbürtige Rivalin der Freisinnigen zu werden¹⁰.

2. POLITISCHE UND BAULICHE ÄNDERUNGEN IN DER STADT BERN

Eine Verschiebung der Gewichte im konservativen Lager ergab sich um den Jahreswechsel 1887/88 durch Vorgänge in der stadtberni-schen Politik. Die Einwohnergemeinde Bern war als selbständige politische Einheit mit eigener Verwaltung 1832 entstanden und mehr als ein halbes Jahrhundert später im wesentlichen immer noch gleich geordnet wie damals. Patrizier versahen viele der meist

unbesoldeten Gemeindeämter und hatten dadurch bedeutenden Einfluss bewahrt. Doch der Zuzug von aussen her senkte den Anteil der Konservativen an der Bevölkerung und hob jenen der Freisinnigen. Diese riefen nach Reformen, drangen aber nicht in einem einzigen Anlauf durch. 1871 war neben dem Gemeinderat und der Gemeindeversammlung als vorberatendem Organ ein «Grosser Stadtrat», amtlich «erweiterter Gemeinderat» genannt, eingeführt worden. Die Entscheide fällte aber weiterhin die Gemeindeversammlung mit Handmehr, und der Gemeinderat umfasste immer noch 17 ehrenamtliche Mitglieder, welche die Geschäfte in Kommissionen leiteten und nicht in Direktionen, die einzelnen zugeteilt gewesen wären. Die Exekutive der Stadt war also damals ähnlich organisiert wie jene des Gesamtkantons zwischen 1831 und 1846.

Eine weitere Änderung des Gemeindereglementes nahm das Stimmvolk im Dezember 1887 an. Sie brachte das Stimm- und Wahlrecht für alle Einwohner, das Urnensystem anstelle der Gemeindeversammlung und einen 80köpfigen Stadtrat, der vor allem beriet und beaufsichtigte, endgültig aber nur in einem recht engen Finanzrahmen entscheiden durfte. Weitergehendes unterlag der Volksabstimmung. Als Exekutive diente fortan ein Gemeinderat, bestehend aus dem Stadtpräsidenten und 3 ständigen sowie 5 nebenamtlichen Mitgliedern.

Die Neuwahlen vom Jahr 1888 brachten einen Sieg der Freisinnigen. Aus ihren Reihen wurde der Jurist Eduard Müller Stadtpräsident, der dann 1895 für Karl Schenk in den Bundesrat nachrückte. Der «rote Müller» trug seinen Beinamen, weil er als Gerichtspräsident 1877 bürgerliche Angreifer gegen einen Demonstrationzug für ihre Tätlichkeiten empfindlich bestraft hatte. Müller löste als Stadtpräsident den konservativen Otto von Büren ab, der die Stadt 24 Jahre lang vorbildlich geleitet und verkörpert hatte.

Das neue Gemeindereglement sah Wahlen mit gedruckten Parteiwahlzetteln vor und erforderte damit von den politischen Gruppen eine straffere Organisation. Das bewog die alten Stadtkonservativen, den «Christlich-sozialen Verein» um Dr. Gottlieb Beck und andere Lehrer des Lerbergymnasiums sowie die «Unabhängigen» um Regierungsrat Edmund von Steiger, sich im Januar 1888 zusammen-

zuschliessen zum «Verein der Vereinigten Konservativen», meist kurz die «Vereinigten Konservativen» genannt. So entstand neben dem Anhang Dürrenmatts im Oberraargau ein weiterer Schwerpunkt konservativer Politik im alten Kantonsteil.

Eine Frucht der Fusion in der Stadt Bern war die Gründung des «Berner Tagblatts» Ende 1888, dessen Redaktion recht gegensätzlichen Erwartungen genügen sollte, welche die verschiedenen Gruppen der «Vereinigten Konservativen» in ihre neue Zeitung setzten.

Der Gegensatz zwischen Radikalen und Konservativen verlor allerdings in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an Schärfe, und statt weltanschaulicher Unterschiede traten wirtschaftliche Interessen stärker in den Vordergrund. Das hatte sich bereits bei der Eisenbahnpolitik gezeigt, wo die Grossräte einer Partei durchaus nicht immer gleich stimmten. Bei Urnengängen entschied der Souverän auch in traditionell freisinnigen Gegenden öfters gegen die radikalen Kantonalbehörden und damit gemäss der Parole der Konservativen. Umgekehrt gaben bei den Konservativen namentlich die Männer um Regierungsrat Edmund von Steiger die reine Oppositionspolitik gegen den modernen Staat auf und versuchten, mit den Mitteln der Demokratie mitzuhelfen bei der Lösung der neuen wirtschaftlichen und sozialen Probleme.

Aber auch im Freisinn erwarteten Berufs- und andere Interessengruppen immer deutlicher, dass die Partei ihre materiellen Anliegen verfechte, selbst wenn sie damit andere ihrer Mitglieder vor den Kopf stosse. Hatte man solche interne Spannungen und Konflikte bisher innerhalb der Partei ausgetragen, so deuteten sich nun einzelne Abspaltungen an, welche den Verlauf der innenpolitischen Fronten ändern konnten¹¹.

Wie im Kanton, so nahm die Bevölkerung auch in der Stadt Bern zwischen 1800 und 1900 stark zu, doch rührte hier der Zuwachs von der Zuwanderung her und nicht von einem Geburtenüberschuss, und er erfolgte namentlich in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts mit einem Schwerpunkt kurz vor dessen Ende. Um 1818 hatten erst 18 000 Personen in der Stadt Bern gewohnt, 1831 knapp 20 000, 1846 dann 25 000, 1870 rund 35 000 und 1880 gut 43 000.

Ein deutlicher Ruck ergab sich nicht etwa nach der Wahl zur Bundesstadt, sondern später, nach dem Anschluss an das Eisenbahnnetz. Zwischen 1850 und 1860 wuchs die Bevölkerung im Jahr um 0,5 %, zwischen 1860 und 1880 dann aber durchschnittlich um 2 %.

Dieser Bevölkerungsvermehrung entsprach vorerst keine ähnliche Vergrösserung der überbauten Fläche. Um 1818 zählte die Stadt 1612 Häuser, um 1860 erst 1667. Zu den ersten grösseren Bauschüben kam es 1860 bis 1870 (von 1667 auf 2051 Häuser) und 1870 bis 1880 (von 2051 auf 2688). Eine Erweiterung war vorerst nur gegen Westen möglich und wurde erleichtert, als vor allem in den 1830er Jahren die Stadtmauern und Schanzen fielen. So bildete sich allmählich das Länggassquartier. Im Osten, Norden und Süden stiess die Stadt an die Aare, über welche am Jahrhundertanfang nur die Untertorbrücke führte. Als erste Hochbrücke wurde dann 1844 die Nydeggbücke eröffnet, die dem Verkehr diente, aber im Raum des heutigen Schosshalden- und Obstbergquartiers noch keine stärkere Bautätigkeit auslöste, sieht man ab von einzelnen Villen begüterter Berner, zwischen denen viel Land frei blieb.

Als Professor Wilhelm Snell sich 1834 in der Lorraine niederliess, galt das noch als Wohnsitz ausserhalb der Stadt. Erschlossen wurde jene Gegend, seit von den 1850er Jahren an die Eisenbahn dort durchführte. Man erreichte sie über den damals erstellten Altenbergsteg zwar weniger bequem als heute, aber doch einfacher als zuvor. Damit war die Lorraine zum Aussenquartier der Stadt geworden, wo vor allem Arbeiterwohnungen entstanden¹².

3. DER KAMPF UM DEN CHRISTOFFELTURM

Als Bern zur Bundesstadt aufstieg und kurz darauf an die Eisenbahn angeschlossen wurde, änderte sich sein Aussehen nicht auf einen Schlag. Das Bundesratshaus – das heutige Bundeshaus-West – wurde 1857 seiner Bestimmung übergeben, und ungefähr zur gleichen Zeit entstanden auch der Berna-Brunnen davor und der Bernerhof, ein Hotel, das seit 1923 der Bundesverwaltung dient. Vor diesen Gebäuden zog sich nun die Bundesgasse hin, die aber noch nicht über

den alten Mauerring hinausreichte und an der Christoffelgasse bei der «Kleinen Schanze» ihr Ende fand. Dieser Park erstreckte sich damals noch viel weiter nach Norden als heute und umfasste mehr Raum als die gegenwärtige Anlage.

Zwischen Nydegg und Käfigturm verliefen die Strassenzüge ungefähr wie heute. Zwischen Käfigturm und Christoffelturm dagegen gab es manche Plätze und Gassen, die – anders als jetzt – nicht rechtwinklig aufeinandertrafen, manche Höfe, Werkstätten und verwahrloste Gärten offenliessen und auch wenig vermöglichen Bevölkerungsschichten eine Behausung boten. Damit stand die Rückseite der alten Schauplatzgasse in grellem Kontrast zu den neuen Monumentalbauten für Behörden und Verwaltung der Eidgenossenschaft, und sie schien manchem Anhänger eines «fortschrittlichen» Zeitgeistes zu unansehnlich und zu wenig repräsentativ für die Stadt in ihrer neuen Würde. Solche Kreise wünschten das Prestige Berns zu heben durch imposante Sandsteinbauten auch vis-à-vis der Bundeshäuser und durch eine Verlängerung der Bundesgasse über die «Kleine Schanze» hinaus. So sollte das Stadtbild gegen Westen hin an Eindrücklichkeit gewinnen.

Doch fand auch die alte Form von Bauten und Strassenzügen ihre Verteidiger. Der Streit spitzte sich zu beim Kampf um Erhaltung oder Zerstörung des Christoffelturms, bei dem keineswegs nur Fragen von Architektur, Städtebau und Verkehrsführung mitspielten, sondern ebenso Politik und Weltanschauung, wie es ähnlich schon bei der Schleifung der Grossen Schanze zur Regenerationszeit oder bei Polemiken um den Fall der Stadtmauern von Basel und von Genf geschehen war.

Zu den unversöhnlichsten Feinden des Christoffelturmes zählte Jakob Stämpfli, erst recht, nachdem er 1863 als Bundesrat zurückgetreten war und die Leitung der Eidgenössischen Bank übernommen hatte, deren Gebäude an der Christoffelgasse durch den Turm Licht und Helle einbüsste. An Stämpflis Seite fochten der freisinnige Kantonsbaumeister Friedrich Salvisberg, aber auch Oberst Albert Kurz, der noch 1850 auf der «Leuenmatte» in Münsingen zu den «schwarzen» Führern gezählt und 1854 die «Fusion» gefördert hatte. Erst nachher rückte er allmählich von den Konservativen weg und

näher zu den Radikalen hin. Er starb im Frühjahr 1864 an einem Herzschlag gut ein halbes Jahr vor dem Abschluss des Kampfes um den Christoffelturm. Die letzte Entscheidung fiel am Donnerstag, den 15. Dezember 1864, von 9 Uhr morgens an bei der Versammlung der Einwohnergemeinde in der Heiliggeistkirche, nachdem jahrelange Debatten und Polemiken mit widersprüchlichen Zwischenergebnissen vorausgegangen waren. Nun sprachen 415 Stimmen für und 411 gegen den Abbruch. Das war um so verwunderlicher, als bei einem vorangehenden Wahlgeschäft der konservative Kandidat mit 351 gegen 318 Stimmen über seinen freisinnigen Rivalen gesiegt hatte. Zwar empfand mancher Zeitgenosse die Angelegenheit als einen Kampf um Alt- oder Neu-Bern, doch schieden sich die Fronten nicht säuberlich nach den politischen Parteien der Konservativen und der Radikalen.

Jedenfalls setzten sich keineswegs alle Bürger, nicht einmal alle Patrizier geschlossen und mit voller Kraft für den Christoffelturm ein. Manchen von ihnen schien der Bau eines neuen «Museumsgebäudes» für Konzerte und gesellige Anlässe – das heutige Haus der Kantonalbank am Bundesplatz – dringlicher und der finanziellen Unterstützung eher würdig. Andere waren bereit, den Christoffelturm zu opfern, um im Gegenzug vielleicht einen grösseren Teil der «Kleinen Schanze» erhalten zu können. Übrigens hatten ungefähr zur selben Zeit andere Verluste wertvoller Bauten kaum Aufsehen oder Widerstand ausgelöst, etwa der Abbruch des Marzilitores 1855 oder die Zerstörung des Chorlettners im Münster für die Errichtung einer Tribüne beim eidgenössischen Sängerfest 1864. Dazu kam, dass just damals innere Gegensätze die Bürgerschaft spalteten. Aus ihrer Mitte hatte eine Gruppe reformfreudiger Männer um den freisinnigen Nationalrat Rudolf Brunner die Auflösung der Burgergemeinden und ihre Verschmelzung mit den Einwohnergemeinden vorgeschlagen. Zwar scheiterte dieser «Bürgersturm» an mannigfachem Widerstand, aber er band Kräfte, die dann bei anderen Auseinandersetzungen fehlten.

Dazu schwand überhaupt der Respekt vor dem Überlieferten, wollten doch zum Beispiel kritische Historiker ungefähr zur gleichen Zeit auch die Führerschaft Rudolf von Erlachs in der Schlacht

bei Laupen ins Reich der Legende verweisen. Und schliesslich war wenig vorher das Hauptwerk Charles Darwins erschienen, aus dem Traditionsgegner ableiten konnten, auch an Bauten sei nicht erhaltenswert, was im «Kampf ums Dasein» unterliege.

Der Abbruch des Christoffelturms wurde sofort vollzogen und war bereits Mitte Januar 1865 abgeschlossen¹³.

4. DIE ERWEITERUNG DER STADT BERN UM DIE JAHRHUNDERTWENDE

Das Wachstum der Stadtbevölkerung von Bern forderte zusätzlichen Wohnraum, der Rang als Bundesstadt Gebäude für Verwaltung, Wirtschaft und Repräsentation. Diese Bedürfnisse sprengten mehr und mehr den Raum des Aarebogens. Zu ihrer Befriedigung bot sich vor allem die Entwicklung gegen Westen an, die nach dem Fall des Christoffelturmes noch leichter wurde als zuvor. In den anderen Richtungen bot der Fluss ein Hindernis, über das zuerst nur die alte Untertorbrücke, dann die niedrigen Übergänge im Altenberg und – seit 1872 – im Dalmazi sowie von 1844 an Berns erste Hochbrücke, die Nydeggbücke aus Stein, führten.

Ideen für Brücken auch in der Nord-Süd-Richtung tauchten schon kurz nach der Mitte des 19. Jahrhunderts auf, namentlich gegen das Kirchenfeld südlich der Altstadt hin. Pläne einheimischer Unternehmer und Architekten scheiterten vorerst. Doch dann kaufte 1881 die englische «Berne-Land-Company Ltd.» das Kirchenfeld von der Burgergemeinde Bern und verpflichtete sich, auf der unbebauten Weite Strassen nach einem vereinbarten Plan zu erstellen und gratis eine Hochbrücke zu bauen. Die Wahl fiel, auch aus finanziellen Gründen, auf eine Eisenkonstruktion, die erste für eine Hochbrücke über die Aare. Die bernische Firma Ott schuf in weniger als zwei Jahren das Werk, das den Fluss in zwei weiten Bogen überspannte. Im September 1883 wurde es mit einem Volksfest und mit dem ersten bernischen Velorennen eröffnet. Es gab den Zugang frei zu einem Quartier, das vor allem Villen oder Wohnungen für Wohlhabende umfasste, aber auch markante Bundesgebäude

wie die eidgenössische Münzwerkstätte, die eidgenössische Landestopographie und das Bundesarchiv, das ursprünglich zugleich der Landesbibliothek Unterschlupf bot.

Das Kirchenfeld ist von allen Teilen der Stadt Bern am klarsten nach einem Gesamtplan entstanden und hat mehr gute Bauten aus seiner Entstehungszeit in die Gegenwart retten können als andere, obwohl das Historische Museum am Helvetiaplatz in den 1890er Jahren einen Akzent setzte, der schlecht zu den originalen Ideen passte, die wohl von Architekt Horace Edouard Davinet ausgegangen waren.

Rund ein Jahrzehnt später erhielt auch die Nordseite der Aareschleife eine eiserne Hochbrücke, diesmal auf Rechnung der Stadt selber. Beim zähen Ringen um ihren Brückenkopf über dem linken Ufer siegte schliesslich der Standort beim Kornhaus über jenen beim Waisenhaus. Die neu erschlossenen Gebiete im Spitalacker und im Breitenrain folgten weit weniger einer einheitlichen Bauplanung als zuvor jene im Kirchenfeld. Nun strömte der Verkehr ebenso sehr in der Nord-Süd- wie bisher in der Ost-West-Richtung und schuf sich neue Bahnen, aber auch neue Engpässe und Verwicklungen, namentlich in der Gegend des Zeitglockens.

1910 wurde der Wettbewerb für eine weitere Hochbrücke ausgeschrieben, diesmal zur Lorraine hinüber. Es dauerte jedoch nachher zwanzig Jahre, bis das Projekt von Ingenieur Robert Maillart – in Stein – ausgeführt wurde.

Von der Ausbreitung Berns zeugte es zudem, dass ausserhalb der Altstadt Kirchgemeinden und Kirchen errichtet wurden, 1893 die Johanneskirche für Lorraine und Breitenrain, 1905 die Pauluskirche in der Länggasse und, nach dem Ersten Weltkrieg, die Friedenskirche für Holligen und Fischermätteli.

Die Stadt wuchs also weiter hinaus als zuvor und bedeckte grössere Flächen. Zur gleichen Zeit entwickelte sich auch die Infrastruktur, welche half, die neuen Räume wohnlicher zu gestalten und die grösseren Distanzen zu bewältigen.

1843 entstand im Marzili das erste Gaswerk der Schweiz. Es diente der Gasbeleuchtung, die fortan die Gassen erhellte, bis vom Jahrhundertende an allmählich das elektrische Licht an ihre Stelle

trat. Von den 1860er Jahren an fassten vorerst private Gesellschaften Quellen in der weiteren Umgebung Berns und später auch im Emmental und ermöglichten es, fliessendes Wasser bis in die einzelnen Haushaltungen zu leiten.

Auch bei der Erschliessung von Aussenquartieren für den Verkehr gingen Private voran. Sie eröffneten von den 1880er Jahren an Tramlinien, deren Wagen zuerst von Pferden gezogen wurden, bevor man zur pneumatischen, dann zur Dampftraktion überging. 1899 übernahm schliesslich die Stadt die Tramway-Gesellschaft und begann mit der Umstellung auf elektrischen Betrieb.

Direkter als solche Neuerungen für Versorgung und Verkehr fielen dem Beschauer Wandlungen im Stadtbild und in der Silhouette ins Auge, die den Anblick Berns namentlich gegen Süden hin veränderten.

Schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war – angeregt auch durch den damaligen Ausbau des Kölner Doms – der Gedanke aufgetaucht, Bern möge den Turm seines Münsters ebenfalls vollenden und ihn statt mit der bisherigen «Nebelkappe» mit einem Spitzhelm krönen. Dieses Projekt schien just jenen Zeitgenossen angemessen, die den Abbruch des Christoffelturmes als einer Verkörperung von Veraltetem und «Verzopftem» durchgesetzt hatten. Ein Münsterbauverein nahm sich der Aufgabe an, und Ende November 1893 konnte der Schlussstein eingesetzt werden. Der Turm war nach dem Plan von Münsterbaumeister August Beyer in Ulm auf eine Höhe von hundert Metern gewachsen und dominierte nun die Altstadt weit markanter als sein Vorgänger, der sich diskret in ihr Ganzes eingefügt hatte.

Ein ähnlich augenfälliger Blickpunkt erhob sich zehn Jahre später etwas weiter westlich. Hier war an die Stelle des alten Casinos und des alten Inselspitals das Bundeshaus-Ost getreten, und die Lücke zwischen ihm und dem Bundeshaus-West schloss seit 1902 das Parlamentsgebäude mit seiner monumentalen Kuppel, errichtet nach den Plänen des Wiener Architekten Hans Wilhelm Auer.

Die Front der Bundeshäuser schloss seit 1911 das Hotel Bellevue gegen die Kirchenfeldbrücke hin ab, und auf der anderen Seite ihres

stadtseitigen Brückenkopfs gegen das Münster hin erhob sich das 1908 vollendete neue Casino, das weit massiver wirkte als vorher die alte Hochschule am gleichen Ort.

Nicht zur Südfront der Stadt gehörten zwei Repräsentationsbauten, die beide 1903 eingeweiht wurden, das Stadttheater am Kornhausplatz und das Universitätsgebäude auf der Grossen Schanze. Sie spiegelten noch einmal die Fülle bernischen Selbstbewusstseins und bernischer Prestigepflege, die nach dem Bericht der «Basler Nachrichten» auch die Einweihungsfeier für die Universität prägten. Danach formierte sich am 5. Juni 1903 «der überaus malerische Festzug, in dem nichts von eidgenössischem Staatsgedanken zu verspüren war, sondern der Berner Mutz einzig und allein herrschte. [...] Weder die Bundesbureaukratie, noch jemand aus den Räten oder gar aus dem Bundesrat hatte einen Unterschlupf gefunden, ein echt bernischer Föderalismus, der einem offen gestanden imponierte, namentlich in einer Stadt, wo die 'Bundesindustrie' doch die hervorragendste ist, die es überhaupt gibt. Berner Regierungsrat, Berner akademischer Senat, Berner Gemeinderat, Zünfte der Stadt Bern, nur Berner Behörden marschierten, abgesehen von akademischen Ehrengästen, an der Spitze des Zuges. Nous sommes de Berne, das war Trumpf heute und mit Recht»¹⁴.

III. KAPITEL

DER MÜHSAME WEG ZU EINER NEUEN KANTONSVERFASSUNG

1. ABLENKUNGSVERSUCHE DER RADIKALEN WÄHREND DER STAATSKRISE

Während manche andere Kantone der Eidgenossenschaft im 19. Jahrhundert ihre Verfassungen sehr häufig neuen Verhältnissen anpassten, blieb in Bern der Text von 1846 unangetastet, auch als die Umstände ihn längst überholt hatten, etwa als die Schweiz 1848 ein Bundesstaat wurde und sich 1874 eine neue Bundesverfassung gab, oder als der Kanton 1869 – ohne Verfassungsänderung – das Referendum für Gesetze und grössere Finanzbeschlüsse einführte. Diese Beständigkeit des Verfassungsbuchstabens konnte eine Ruhe vortäuschen, die keineswegs bestand, erst recht nicht, seit der Kulturkampf die Beziehungen Altberns zum Jura und namentlich zu seinem Norden erneut belastet hatte. Solche Spannungen der Tagespolitik wendeten die Gedanken von den grundsätzlichen Fragen eher ab und schufen ungünstige Voraussetzungen für eine gründliche, wohlüberlegte Gesamterneuerung der Kantonsverfassung.

Besonders ungeeignet für eine Verfassungsrevision war die Zeit der Staatskrise. Dennoch schlugen just damals Freisinnige ein derartiges Vorhaben vor, um abzulenken von der Finanzmisere und vom Vertrauensschwund zwischen Volk und Behörden im Zusammenhang mit der «Vorschussmillion».

Der Grütliverein und der freisinnige «Volksverein» in der Stadt Bern unterstützten ein Volksbegehren für eine Verfassungsrevision, und im Südjura sammelte man bereits Unterschriften dafür. Nötig wären deren 8000 gewesen, doch noch bevor diese Zahl erreicht war, suchten freisinnige Grossräte den Initianten ihre Arbeit abzunehmen. Ihrer 22 empfahlen im September 1877 in einem «Anzug», die Legislative selber möge dem Volk die Frage der Verfassungsre-

vision zur Abstimmung vorlegen, und der Grosse Rat stimmte am 19. September 1877 diesem Begehren unter Namensaufruf mit 96 gegen 81 Stimmen zu.

Eine Kommission erarbeitete einen Bericht zu dem Antrag, und während sie tagte, liefen weitere Unterschriften ein. Als ihre Zahl 8000 überschritten hatte, setzte der Grosse Rat die Volksabstimmung zur Frage «Verfassungsrevision Ja oder Nein?» auf den 13. Januar 1878 fest, nicht auf Grund seines eigenen Vorstosses, sondern wegen der eingegangenen Unterschriften. Doch gab man dem Begehren wenig Chancen.

Am vorgesehenen Termin – also mitten in der Staatskrise – verwarf das Volk die Verfassungsrevision mit 28 468 gegen 12 355 Stimmen. Von den Bezirken nahmen einzig Biel, Nidau, Neuenstadt, Courtelary und Laufen (dieses mit bloss zwei Stimmen Mehrheit) an, und im Amt Erlach hielten sich je 173 Ja und Nein die Waage. Die übrigen Gebiete lehnten ab, am deutlichsten das Emmental und am massivsten dabei das Amt Trachselwald. Der Unwille richtete sich anscheinend weniger gegen das Vorhaben einer Verfassungsrevision. Eher zeugte er von Verärgerung und Misstrauen. Als erstes wollte man die Finanzlage geklärt sehen, und zudem fehlte der Glaube, mit den Politikern, die bisher den Ton angegeben hatten, liessen sich echte Verbesserungen und Lösungen der Probleme erreichen¹⁵.

Damit war das Problem der Verfassungsrevision für den Augenblick in den Hintergrund gedrängt, aber nicht gelöst, und es tauchte fast von selber wieder auf, als sich die Frage stellte, ob man die Zahl der Regierungsräte von 9 auf 7 senken wolle, nachdem es jahrelang nicht gelungen war, genug Kandidaten für alle Sitze zu finden. Sollten damit noch weitere Reformen verbunden werden?

Bereits im Spätjahr 1879 ertönte im Grossen Rat von neuem der Ruf nach einer Revision der Kantonsverfassung. Darauf legte die Exekutive im November 1880 einen Bericht über mögliche Inhalte einer Verfassungsänderung vor, doch lehnte es die Legislative Ende Januar 1881 unter Namensaufruf mit 49 gegen 154 Stimmen ab, das Geschäft im gegenwärtigen Moment weiter zu verfolgen. Namentlich Grossräte aus dem alten, traditionellen Freisinn sträubten sich

gegen Änderungen, weil ihnen die bisherige Ordnung eine solide Machtstellung garantierte. Hingegen setzten sich die sogenannten Jungfreisinnigen für zusätzliche politische Volksrechte ein. Auch die Konservativen verhielten sich nicht einheitlich, und ebensowenig taten es die Vertreter der einzelnen Landesteile¹⁶.

2. DER REVISIONSVERSUCH VON 1883/85 SCHEITERT

Wieder war die Erneuerung der Kantonsverfassung hinausgeschoben worden. Doch nun griff die oppositionelle Volkspartei Ulrich Dürrenmatts die Frage auf und sammelte im Frühjahr 1883 Unterschriften für eine Verfassungsrevision, beflügelt von ihrem Erfolg bei der eidgenössischen Volksabstimmung über den «Schulvogt» am «Konraditag», dem 26. November 1882.

«Jitze wei mir revidiere! Ja es ist die höchsti Zyt!
Und ke Stund ist meh z'verliere, wil der Find am Bode lyt!
Grad jitz nam Konraditag wei mir führe Schlag uf Schlag,
Keine söll vom Schlachtfäld furt, Kari, s'het no nid versurt!»

Einerseits erstrebte die Volkspartei Verbesserungen für die Minderheit, etwa durch neue politische Volksrechte und durch ein anderes Wahlverfahren. Andererseits aber hoffte sie, vor allem die momentane Schwäche des Freisinns auszunützen, ihm neue Wunden zu schlagen und die eigene Stellung in der kantonalen Politik zu stärken. Einzelne Freisinnige wollten dem Vorhaben des Gegners den Wind aus den Segeln nehmen, indem sie verlangten, dass der Grosse Rat von sich aus und sofort dem Volk die Revisionsfrage zur Abstimmung vorlege. Damit wäre man der Volkspartei zuvor gekommen und hätte – bei einer Verwerfung – ihr Begehren gegenstandslos gemacht. Der Grosse Rat ging aber auf dieses Manöver nicht ein, und im April 1883 konnte die Volkspartei die in kurzer Zeit gesammelten nötigen 8000 Unterschriften einreichen. Damit war die Regierung verpflichtet, das Volk erneut anzufragen, ob es eine Verfassungsrevision wünsche, und – wenn ja – ob der

Grosse Rat oder ein eigens gewählter Verfassungsrat sie vorzunehmen habe. Bereits am 3. Juni 1883 sollten die Berner darüber entscheiden.

Freisinnige wie Konservative traten beide für eine Revision ein, freilich mit ganz verschiedenen Zielvorstellungen. So kam es, dass das Volk – bei verhältnismässig geringer Beteiligung – den Vorschlag mit rund 27 000 Ja gegen 12 000 Nein begrüsst. Von den Amtsbirken verwarfen einzig Neuenstadt und Schwarzenburg. Erarbeitet werden sollte der neue Text durch einen Verfassungsrat, dessen 184 Mitglieder das Volk am 12. August 1883 wählte, bei einer Beteiligung, die deutlich höher lag als bei der Grundsatzabstimmung vom 3. Juni.

Die Konservativen schnitten gut ab und eroberten 74 Sitze, blieben aber damit immer noch in der Minderzahl gegen die 110 Freisinnigen. Es waren eher Konservative aus der Stadt Bern als ländliche Vertreter aus dem Umkreis Dürrenmatts. Dieser selber gehörte dem Verfassungsrat nicht an. Unter den Gewählten fand sich ein Grossteil der politischen Prominenz des Kantons, alle Regierungsräte, viele Grossräte, manche National- und beide Ständeräte sowie eine Anzahl von Lehrern und Pfarrern, darunter als bekanntester Gottfried Strasser, der Dichter des Grindelwaldnerliedes¹⁷.

Dieser Verfassungsrat trat am 3. September 1883 im Rathaus des Äusseren Standes in Bern zum ersten Mal zusammen und wählte den freisinnigen Jurabahn-Direktor Eduard Marti zu seinem Präsidenten. Dann bestimmte er eine «Vorberatungskommission» unter dem Vorsitz des freisinnigen Stadtberner Nationalrates Rudolf Brunner. In dieser «Vorberatungskommission» war – anders als 1831 und 1846 – auch die Minderheit vertreten, freilich mit bloss 8 von 33 Sitzen nicht entsprechend ihrer Stärke im Plenum des Verfassungsrates.

Die «Vorberatungskommission» ermunterte am 6. September in einer knappen Kundgebung die Öffentlichkeit, bis zum 15. Oktober Wünsche und Vorschläge für die neue Kantonsverfassung einzusenden. Trotz der knappen Frist folgten zahlreiche Gruppen der politischen Rechten wie der Linken dem Aufruf, ebenso Behörden von Einwohner- und Burgergemeinden, nicht genauer bezeichnete Ver-

sammlungen bestimmter Ortschaften oder Gegenden sowie Einzelpersonen. Viele der Eingaben nannten einfach Begehren, ohne die Forderungen näher zu begründen.

Die «Vorberatungskommission» erörterte auf Grund der Vorarbeiten eines fünfköpfigen Redaktionsausschusses vom 5. bis zum 30. November 1883 und vom 4. bis zum 23. Februar 1884 einen Entwurf zuhanden des Plenums des Verfassungsrates. Dieser behandelte die Vorlage vom 5. bis zum 24. Mai und vom 10. bis zum 28. November 1884.

Hauptstreitpunkte waren die Ausweitung der politischen Volksrechte, etwa mit der Wahl der Regierungs- und der Ständeräte sowie der Regierungsstatthalter durch das Volk – statt durch den Grossen Rat wie bisher –, der Übergang zur Steuerprogression, die Weiterführung der geltenden Sonderregelung für den Jura bei der Armenfürsorge und überhaupt Probleme des Armen- und des Gemeindewesens, die sich zuspitzten bei der Frage, ob die Bürgergemeinden und ihre Bürgergüter beizubehalten oder den Einwohnergemeinden zuzuschlagen seien.

Entscheide über Anträge fielen oft knapp und mit wechselnder Tendenz, da namentlich der Freisinn in der Frage der Volksrechte gespalten war. Bei den Bürgergemeinden entschieden die Verfassungsräte ohnehin eher nach der Stimmung in ihrer engeren Heimat als nach der Parteifarbe. Am auffälligsten trat das Hin und Her der Meinungsbildung zu Tage beim Wahlverfahren für Regierungsräte, Ständeräte und Regierungsstatthalter. Während die «Vorberatungskommission» diese Befugnis immer noch dem Grossen Rat zuwies, entschied sich der Verfassungsrat als Ganzes in der ersten Lesung am 12. Mai 1884 knapp für die Volkswahl, schwenkte dann aber in der zweiten Lesung, am 12. November 1884, auf die alte Linie ein, nachdem die «Vorberatungskommission» auf ihrer Meinung beharrt hatte.

Für die Bürgergemeinden und ihr Vermögen drängten Radikale wie Regierungsrat Gobat oder Rudolf Brunner – obwohl er selber Bernburger war – auf eine Lösung, welche die Bürgergemeinden entweder beseitigen oder sie jedenfalls auf bereits lebende Personen beschränken und ihnen so den Nachwuchs abschneiden wollte.

Nach verschiedenen Wandlungen verlangte Artikel 39 des Entwurfes schliesslich: «Die Gemeinde ist der Verband aller in ihrem Bezirk wohnhaften Personen. In einem und demselben Gemeindebezirk besteht nur eine Gemeinde.» Das öffnete den Weg zur Abschaffung der Burgergemeinden und weckte deshalb leidenschaftlichen Widerstand.

Namentlich im Steuerwesen verwies das Projekt für viele Neuerungen auf künftige Gesetze, da sich manche Einzelheiten nicht in der Verfassung lösen liessen. Beim misstrauischen Bürger wuchs dadurch der Verdacht, die Behörden würden nicht mit offenen Karten spielen, und es entstünden später finanzielle Lasten, die man jetzt noch verheimliche.

Ähnlicher Argwohn verbreitete sich im Jura, dessen besondere Wünsche, speziell in Gemeinde- und in Armenfragen, hoch abgelehnt worden waren. Hier fürchtete man, der Landesteil werde durch die neu vorgesehene Möglichkeit einer Partialrevision der Kantonsverfassung noch stärker dem Diktat der zahlreicheren Stimmbürgerschaft Altberns ausgeliefert.

Umgekehrt bot die Vorlage wenig Mitreissendes, das zur Annahme ermuntert hätte, erweiterte sie doch die politischen Volksrechte nur bescheiden durch die Einführung der Initiative für Gesetze und Dekrete¹⁸.

Auf solchen Missmut in der Öffentlichkeit wies der Präsident der «Vorberatungskommission», Rudolf Brunner, bereits am 23. Februar 1884 hin, also noch bevor im Plenum des Verfassungsrates die Verhandlungen überhaupt begonnen hatten. Ähnlich pessimistisch klang die Predigt an der religiösen Feier für alle Konfessionen vom 5. Mai 1884 im Berner Münster, mit welcher Pfarrer Ammann aus Lotzwil die Session des Verfassungsrates einleitete, dem er selber angehörte. Er sprach über den Text «Werfet das Vertrauen nicht weg, welches eine grosse Belohnung hat» (Hebräer 15,35) und klagte: «Das Volk, nächst Gott unser höchster Souverain, verhält sich kühl bis an's Herz hinan gegenüber dem Werk, dessen Anhandnahme es selbst beschlossen und mit dessen Ausführung es uns betraut. Man sagt uns laut genug, dass wir nur in's Blaue laufen, und dass die Möglichkeit der Verwerfung unserer Arbeit näher liege, als

ihre Billigung. [...] Eine gedrückte Stimmung legt sich wie trüber, dichter Nebel über unser Land; man ist in verschiedenen Beziehungen an einer fortschreitenden Entwicklung irre geworden; viele sonst wohlgesinnte Bürger glauben, dass zur Stunde die grösste politische Weisheit sich zusammenfassen lasse in dem Wörtlein: Nein!»

Schliesslich war es kein gutes Vorzeichen für den Entwurf, dass sich in der Schlussabstimmung vom 27. November 1884 nur 96 Verfassungsräte zu ihm bekannten, 63 ihn aber verwarfen, unter ihnen auch die Regierungsräte von Steiger, von Wattenwil und Scheurer.

Um zu retten, was zu retten war, schlug die «Vorberatungskommission» vor, das Volk solle über die Verfassung nicht als Ganzes in einem einzigen Urnengang entscheiden, sondern sozusagen portionenweise, nämlich in fünf Teilabstimmungen über einzelne Sachbereiche; doch lehnte der Verfassungsrat diesen Ausweg ab. Namentlich Jurassier fürchteten, bei einem solchen Verfahren werde ihr Landesteil vom übrigen Kanton majorisiert.

In der Volksabstimmung vom 1. März 1885 verwarfen die Berner bei einer ausserordentlich hohen Beteiligung von über 80 % den Verfassungsentwurf mit rund 56 000 Nein gegen 31 000 Ja. Von den Amtsbezirken nahmen nur Bern, Biel, Laupen, Signau, das Ober- und Nid-Simmmental und (knapp) Saanen an. Alle übrigen lehnten ab, besonders massiv der Nordjura, aber auch der Ob- und Nid-Aargau, wo die Burgergemeinden stark verwurzelt waren¹⁹.

3. DER KOMPROMISS VON 1893 ALS AUSWEG

Gegen aussen hin schien die Volkspartei zu triumphieren, welche ihre Anhänger vorwiegend unter den Eingesessenen auf dem Lande fand. Gegen ihren Willen liess sich offensichtlich kaum eine Neuerung durchsetzen, jedenfalls nicht eine, welche die Burgergemeinden antastete. Aber just die Volkspartei hatte ja 1883 die Verfassungsrevision ausgelöst, die nun gescheitert war. Damit blieb ihr Begehren nach mehr politischen Volksrechten unerfüllt. Sie selber

war nicht stark genug, um eigene Anliegen gegen den Freisinn durchzusetzen.

Von einem vorübergehenden Aufschwung der Konservativen zeugten ungefähr zur gleichen Zeit Erfolge auch bei Wahlen, die aber mit Niederlagen abwechselten. Bei den Nationalratswahlen vom Herbst 1884 verloren die bernischen Konservativen zwar ihren letzten Vertreter, bei den Grossratswahlen vom Frühjahr 1886 jedoch gewannen sie immerhin 90 Mandate – die Freisinnigen allerdings fast doppelt so viele. Damals zog Ulrich Dürrenmatt in die bernische Legislative ein und blieb darin bis in sein Todesjahr 1908. Bei Ersatzwahlen in den Nationalrat nach 1886 eroberten die Berner Konservativen – freilich nur für kurze Zeit – drei Sitze. Als Zeichen der Kräftigung konnte auch gelten, dass sich die Berner konservativen Grossräte von 1886 an organisatorisch in einer Fraktion zusammenschlossen.

Dieses Auf und Ab der Stärke beider Hauptparteien und Dürrenmatts Geschick, bei Volksabstimmungen mit Verwerfungsparolen breite Schichten hinter sich zu scharen, erschwerten die Lösung der dringenden Sachprobleme des Kantons. Vor allem die Finanzen, das Armen- und das Gemeindewesen und das Verhältnis Altberns zum Jura duldeten kaum mehr weiteren Aufschub.

Sollte eine Reform aber Chancen auf Annahme durch das Volk besitzen, so mussten die Politiker viel menschliches, allzumenschliches Parteiengezänk hinter sich lassen und überdies mit einer Schwierigkeit des Verfahrens fertig werden: die immer noch geltende Kantonsverfassung von 1846 sah nur ihre Total-, nicht aber eine Teilrevision vor. Doch hatte man diese Vorschrift auch schon früher weitherzig ausgelegt.

So geriet viel Kontroverses wieder in Bewegung, als der freisinnige Grossrat Johann Burkhardt aus Köniz Ende 1887 beantragte: «Da eine Abhülfe der Missstände im Armenwesen nicht möglich ist ohne eine Revision der Verfassung, so ist der Regierungsrath eingeladen, Bericht und Antrag einzubringen, ob nicht die Frage der Verfassungsrevision neuerdings dem Volke vorgelegt werden soll.» Hinter diesem Begehren stand ein Komitee aus Angehörigen beider grossen Parteien. Freilich fand es auch in beiden Parteien

In der Abstimmung vom 25. November 1888 verwarf dann das Bernervolk erneut die Einleitung einer Verfassungsrevision mit rund 29 000 Nein gegen 23 000 Ja. Die Zahl der zustimmenden und der ablehnenden Bezirke hielt sich fast die Waage. Wieder überwog das Nein in allen Ämtern des Juras (im Süden wie im Norden) und im Oberaargau. Die übrigen Landesteile zeigten kein einheitliches Bild. Am gleichen Tag wiesen übrigens die Berner auch ein neues Wirtschaftsgesetz noch weit deutlicher zurück, was auch auf die Verfassungsabstimmung abgefärbt haben mag.

Auf diesen Ansatz zur Harmonie folgte freilich als Zwischenspiel eine Posse, in der Rechthaberei und Machtgefühl den Ton angaben. Am 3. Juni 1890 hatte Ulrich Dürrenmatt eine Motion eingereicht, die den Regierungsrat einlud, «in der nächsten Grossratssession Bericht und Antrag vorzulegen über die Erweiterung der Volksrechte

auf dem Wege der Gesetzgebung». Dabei dachte er vor allem an die Gesetzesinitiative und an die Wahl der Ständeräte durch das Volk.

Die Freisinnigen waren damals erbittert und gereizt wegen ihrer schweren Niederlage vom Mai 1890 bei der kantonalen Volksabstimmung über ein neues Steuergesetz, die sie Dürrenmatt zuschrieben. Deshalb verlangte der freisinnige Grossrat Fritz Bühlmann aus Grosshöchstetten am 28. Juli 1890 – also fast zwei Monate später als Dürrenmatt – seinerseits in einer Motion «Bericht und Antrag über die einzuleitende Revision der Staatsverfassung». Die freisinnige Mehrheit des Rates setzte sich nun über die geltenden Fristen-Vorschriften hinweg, traktandierte beide Vorstösse für dieselbe Sitzung und beschloss dann, denjenigen Dürrenmatts gar nicht zu behandeln, damit die Volkspartei bei einer künftigen Lösung der Verfassungsprobleme keine Lorbeeren für sich beanspruchen könne²¹.

Es war vor allem das Verdienst des Regierungsrates, dass sich aus dieser verfuhrwerkten Situation heraus schliesslich doch noch ein Weg öffnete, der zu einer neuen Kantonsverfassung führte. Die Exekutive nahm an, das Volk habe die bisherigen Vorlagen auch deshalb verworfen, weil es deren Auswirkungen – besonders für die Finanzen – nicht abzuschätzen vermochte.

Deshalb solle man nun anders vorgehen und das Verfahren nicht mit dem Volksentscheid «Verfassungsrevision – ja oder nein?» eröffnen. Vielmehr möge der Grosse Rat vorweg ein Programm zusammenstellen, das den ungefähren Inhalt der vorgesehenen Neuerungen erkennen lasse. Damit lief man zwar Gefahr, Arbeit zu leisten, die sich hinterher – bei einem Volksnein – als vergeblich erweisen konnte, doch gab die weitere Entwicklung den Überlegungen der Exekutive recht.

Sie schlug zudem vor, die Verfassungsrevision sei auf das Allerdringlichste zu beschränken, nämlich auf das Armen- und auf das Steuerwesen, auf die Ausdehnung der Volksrechte (Partialrevision der Verfassung und Initiative) sowie auf die Beseitigung der zwischen altem und neuem Kanton noch bestehenden Ungleichheiten. Damit zog sie die Lehre aus dem Misserfolg von 1883/85, bei dem man sich «im vollen Sinne des Wortes 'überlüpft'» habe, wie Nationalrat Brunner später bekannte.

Mit seinem Revisionsprogramm vom Herbst 1891 blieb der Regierungsrat im eben genannten Rahmen und stellte nur vereinzelte weitere Details zur Diskussion, etwa eine Reduktion der Zahl der Grossräte.

Schon bevor dieser Text vorlag, ernannte das Bureau des Grossen Rates im Mai 1891 eine 15köpfige Kommission. Im Herbst des gleichen Jahres erweiterte es sie auf 40 Mitglieder, damit darin «alle Landestheile und Parteirichtungen, von der äussersten Rechten bis zur äussersten Linken, und vom äussersten Jura bis zum äussersten Oberhasli» vertreten seien. Tatsächlich fanden sich unter den Gewählten Koryphäen des Freisinns wie Rudolf Brunner und Eduard Müller aus der Stadt Bern, Fritz Bühlmann aus Grosshöchstetten und Arnold G. Bühler aus Frutigen, Führer der Volkspartei wie Ulrich Dürrenmatt, der nordjurassische Katholik Casimir Folletête sowie der Bieler Grütlianner Hans Mettier. Dieses Entgegenkommen an die Opposition ging anscheinend vor allem auf Rudolf Brunner zurück, der die Kommission präsidierte und – anders als andere Radikale – einsah, dass sich eine Verfassungsrevision allein mit den Kräften des Freisinns beim Volk nicht durchsetzen liess.

Die Kommission wies einzelne Themen Unterausschüssen zu und erarbeitete dann in sechs Gesamtsitzungen vom 28. März 1891 an Anträge, die zumeist mit jenen des Regierungsrates übereinstimmten oder wenigstens in ihrer Nähe lagen.

Sie empfahl die Einführung der Volksinitiative für Gesetze und Dekrete (mit 12 000 Unterschriften), die Möglichkeit der Partialrevision der Kantonsverfassung, die Verkleinerung des Grossen Rates von ungefähr 270 auf rund 180 Mitglieder und die Wahl der Regierungstatthalter und der Gerichtspräsidenten durch die Stimmbürger der betreffenden Amtsbezirke (statt wie bisher durch den Grossen Rat).

Reformen im Armen-, Gemeinde- und Steuerwesen sollten durch Gesetze erfolgen. Dabei würden die Unterschiede zwischen Altbern und dem Jura dahinfallen, die Burgergemeinden und ihre Güter aber nicht angegriffen werden. Beibehalten wollte die Kommission jene Bestimmungen des Kirchengesetzes von 1874, welche

der Nordjura als Angriff gegen seine römisch-katholische Konfession empfunden hatte.

Dagegen schob sie einiges für später auf, um das Gesamtwerk nicht zu gefährden, um so mehr, als ja nach einer Annahme der Neuerungen künftige Revisionen leichter erfolgen konnten als bisher.

So verzichtete man vorderhand auf die Wahl der Ständeräte und der Regierungsräte durch das Volk und auf den Proporz für die Grossratswahlen. Der Kommissionsbericht schwieg zur Frage der Steuerprogression, und er forderte auch keine Stimmpflicht bei Volksabstimmungen oder zusätzliche Staatsbefugnisse zur Förderung von Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe, wie sie das Programm des Regierungsrates verlangt hatte.

Wie Präsident Brunner vor dem Grossen Rat hervorhob, fielen innerhalb der Kommission «die Abstimmungen in den meisten Fällen nicht nach den beiden Hauptparteien, der mehr vorwärts schreitenden und der mehr beharrenden, wenn Sie wollen der liberalen und der konservativen Partei, [...] vielmehr haben sich die Vertreter dieser Parteien sehr häufig gemischt». Schliesslich verweigerten nur gerade Ulrich Dürrenmatt und ein weiteres Mitglied dem Projekt ihre Zustimmung, und auch diese nicht aus grundsätzlicher Opposition gegen eine neue Verfassung, sondern weil sie zusätzliche Verbesserungen wünschten²².

Damit war ein Entwurf entstanden, hinter den sich auch die meisten Grossräte stellen konnten. In nur zwei Sitzungen berieten sie im Plenum das Programm am 23. und am 24. Mai 1892. Bedenken aus dem Jura zum Armen- und zum Steuerwesen suchten sie durch beruhigende Erklärungen im Protokoll zu dämpfen, hielten aber fest an den Bestimmungen gegen die katholischen Orden und gegen den Einfluss Geistlicher in Schulen.

In der Schlussabstimmung unter Namensaufruf sagten 190 Grossräte ja, 9 lehnten ab, nämlich drei katholische konservative Nordjurassier, Ulrich Dürrenmatt und vier weitere Obergeraargauer sowie der Patrizier Arnold von Steiger aus Kirchdorf.

So war der Weg bereitet für die Volksabstimmung vom 20. November 1892 zur Grundsatzfrage, ob überhaupt eine Gesamterneue-

rung der Kantonsverfassung stattfinden solle, wobei die Botschaft die Bürger ausdrücklich darauf hinwies, der Grosse Rat werde – falls man ihn mit der Aufgabe betraue – «dieselbe nach dem vom Regierungsrath aufgestellten und durch die Vierzigerkommission modifizierten und ergänzten Programm ausführen».

Nun trugen die sorgfältigen, breit abgestützten Vorarbeiten Früchte. 25 000 gegen 17 000 Bürger und 19 gegen 11 Amtsbezirke stimmten zu. Widerstand zeigte sich besonders deutlich im Nordjura und im Oberaargau, aber auch im Südjura. Noch war nicht alles Misstrauen geschwunden.

Dass man die Weiterführung der Revision nicht einem besonderen Verfassungsrat überwies, sondern dem Grossen Rat, verstand sich fast von selbst, nachdem die Legislative das Geschäft ja schon bisher betreut und bis nahe zur Reife geführt hatte.

Die Beratungen über den eigentlichen Verfassungstext begannen im Grossen Rat am 10. Januar 1893 für die erste und am 25. April 1893 für die zweite Lesung. Beide Male dauerten sie nur kurz, denn man konnte ja nicht wesentlich abweichen vom Programm, das man dem Volk als Plattform und Leitschnur für die Revision präsentiert hatte. Das war wohl auch ein Grund dafür, dass nun weit weniger Petitionen die Ratsarbeit begleiteten, als bei den Verfassungsarbeiten von 1831 und 1846.

In der zweiten Lesung drang ein Antrag durch, es sei je ein Grossrat zu wählen auf 2500 Einwohner (statt auf 2000 wie in der bisherigen Verfassung oder auf 3000 wie in den früheren Entwürfen). Neu eingefügt wurde ferner ein Artikel: «Der Staat anerkennt den Grundsatz der Sonntagsruhe und trifft schützende Bestimmungen gegen gesundheitsschädliche Arbeitsüberlastung», an dem besonders Regierungsrat von Steiger viel lag²³.

Zu heftigen Auseinandersetzungen kam es fast nur bei Fragen, die den jurassischen Landesteil besonders nahe berührten, wobei jeweilen weniger der Wortlaut der betreffenden Paragraphen die Zungen löste als die Befürchtungen, die man daraus ableitete. Der Jura hatte bisher ein eigenes Armenwesen gekannt, das im Norden wie im Süden im wesentlichen auf der Betreuung der einheimischen

Armen durch die Burgergemeinden ruhte. Zuzüger von aussen fielen den Einwohnergemeinden zur Last. Diese fürchteten angesichts der immer stärkeren Zuwanderung von Altbernern um ihr finanzielles Gleichgewicht, wenn nun im gesamten Kanton die örtliche Armenpflege durch die Einwohnergemeinden besorgt werden sollte, wie es der Verfassungsentwurf vorsah. Höhere Armenleistungen als bisher zu erbringen, lehnten namentlich die Burgergemeinden des Oberaargaus ab, und auf ihre Stimmkraft musste man nach den Erfahrungen von 1885 Rücksicht nehmen. So blieb es bei dehnbaren Formulierungen, welche zur Hauptsache auf künftige Gesetze verwiesen, aber daran festhielten, dass auch der Jura das bisherige altbernische System der Armenpflege übernehme. Als kleine Beschwichtigung für den Jura sollte Artikel 107 der Übergangsbestimmungen dienen: «Der Staat wird im französischen Staatsgebiet mit thunlicher Beförderung und je nach Massgabe des Bedürfnisses folgende Anstalten errichten: eine Rettungsanstalt für Knaben, eine Arbeitsanstalt für Männer, eine Rettungsanstalt für Mädchen, eine Arbeitsanstalt für Weiber».

Minim war das Entgegenkommen an den katholischen Nordjura bei Kirchen- und Schulfragen: Die verschwindend kleine christkatholische Kirche blieb Landeskirche im gleichen Rang wie die römisch-katholische, und das Niederlassungsverbot für fremde Orden und das Verbot für das Wirken von Geistlichen in Schulen – auch privaten – ging viel weiter als die entsprechenden Vorschriften der Bundesverfassung.

Als einziges Zugeständnis verzichtete der Grosse Rat ganz knapp auf das leicht umgehbare «Plazet», das «Genehmigungsrecht des Staates für Erlasse und Verordnungen kirchlicher Oberbehörden».

In der Schlussabstimmung vom 26. April 1893 stimmten 179 Grossräte der neuen Kantonsverfassung zu, darunter rund zwei Dutzend Jurassier. Die neun Ablehnenden stammten – mit Ausnahme des sozialistischen Stadtberner Schriftsetzers Siebenmann – alle aus dem Nordjura. Die Grossräte der Volkspartei, die rund ein Jahr zuvor das Programm der Vierzigerkommission noch verworfen hatten, nahmen nun an, weil sie die Burgergemeinden jetzt für genügend geschützt hielten.

Am 4. Juni 1893 gingen bei der Volksabstimmung von den rund 114 000 Stimmberechtigten etwa 72 000 zur Urne: gut 56 000 davon sagten ja, nicht ganz 16 000 nein. Doch verteilten sich die Stimmen ungleich: alle altbernischen Bezirke nahmen an, alle jurassischen verwarfen, auch jene des Südens, und das deutschsprachige Laufental, der Süden im Verhältnis von 1 zu 3, der Norden sogar mit 1 zu 7²⁴.

So einheitlich hatte sich der Jura in all den Verfassungsabstimmungen der letzten fünfzehn Jahre noch gar nie verhalten. Offensichtlich herrschte in diesem ganzen Landesteil die Meinung vor, mit der Vereinheitlichung des Rechts-, Steuer- und Armenwesens im Kanton beschere die neue Verfassung dem Jura mehr Nach- als Vorteile.

Die Verfassung von 1893 ist kein Wendepunkt in der Geschichte des Kantons Bern. Sie bereitete, namentlich indem sie die Partialrevision ermöglichte, den Weg zu künftigen Reformen. Was sie daneben an bedeutsameren Neuerungen brachte, war bescheiden: die Gesetzesinitiative und die Volkswahl von Regierungstatthaltern und Gerichtspräsidenten. Anderes schob sie auf die lange Bank, damit man das Fuder nicht überlade, namentlich die Volkswahl der Regierungsräte und der Ständeräte und den Proporz für die Grossratswahlen. Nur halbherzig hatte man die Sitzzahl im Grossen Rat reduziert, und von sieben statt neun Regierungsräten war nicht mehr die Rede, obwohl dieses Begehren seinerzeit die Verfassungsrevision ausgelöst hatte. Auch vom Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft seit 1846 zeugten höchstens vereinzelte Stellen des Verfassungstextes, sieht man ab von der offenen Formulierung des Wortlauts über das Steuerwesen, welcher – anders als bisher – die Einführung der Progression nicht mehr verhinderte. Sicher fühlen konnten sich fortan die Burgergemeinden. Rufe nach ihrer Auflösung galten künftig als aussichtslos.

Anders als 1846 gab es 1893 keinen «grossen Märtyrer», bei dem die einzelnen Landesteile mit Zugeständnissen für die Annahme der Verfassung geködert worden wären. Im alten Kanton traten die Landesteile ohnehin wenig mehr mit Sonderanliegen hervor, ausser dass das Emmental immer noch über seine Armenlast klagte. So war

es praktisch allein der Jura, dem man zumutete, seine bisherigen Besonderheiten im Armen- und im Steuerwesen aufzugeben, ohne dass er dafür andere Vorteile gewonnen hätte. Den Nordjura stiess man zusätzlich vor den Kopf durch die Bestätigung der meisten antikatholischen Bestimmungen aus der Zeit des Radikalismus und aus dem Kulturkampf.

So gewann der Kanton wohl eine äussere Einheit, erkaufte sie aber mit inneren Spannungen in der Zukunft.

Ebenfalls anders als 1831 und 1846 prägte 1893 nicht einfach die Mehrheitspartei der Verfassung ihren Stempel auf, sondern sie arbeitete mit den Minderheiten zusammen, soweit sie für den schliesslichen Volksentscheid auf ihre Stimmkraft angewiesen war – also eher aus einer gewissen Notlage heraus und auf der Suche nach dem Weg des geringsten Widerstandes. Die Nachwelt erkennt deutlicher als die Zeitgenossen, dass man damals ohnehin vor einer Wendung der Fronten stand: nicht mehr Konservative und Freisinnige führten künftig den Kampf gegeneinander, sondern Bürgerliche und Arbeiterschaft.

4. EIN NACHSPIEL: DER ÜBERGANG ZUR VOLKSWAHL DES REGIERUNGSRATES 1906

Bei der Totalrevision der Kantonsverfassung von 1893 wollte man unbestrittene Neuerungen nicht gefährden durch weitere Reformen, die zwar in der Luft lagen, deren Annahme aber nicht sicher schien. Man verschob sie deshalb auf spätere Partialrevisionen, die ja nun möglich wurden.

Dazu gehörte die Wahl des Regierungsrates durch das Volk. Diese Forderung war schon bei der demokratischen Bewegung von 1869 aufgetaucht und hatte sich in verschiedenen Phasen der Verfassungsrevision vorübergehend durchgesetzt. Zuletzt verwies man sie aber doch auf die Wartebank. Erledigt war das Problem nicht. Bereits 1896 befasste sich der Grosse Rat wieder damit, denn ein Volksbegehren des Grütlivereins verlangte die Wahl des Regierungsrates und der beiden Ständeräte durch das Volk, jene des

Regierungsrates und des Grossen Rates zudem nach dem Proporzverfahren. Die rund 17 000 Unterschriften für die Initiative – 15 000 wären nötig gewesen – kamen mehrheitlich aus den Städten Bern und Biel und ihrer Umgebung sowie aus dem Nordjura, während das Oberland nur sehr wenige beigesteuert hatte.

Die Initiative war als eine Einheit eingereicht worden, doch zerlegte die Legislative sie auf Antrag der Exekutive in drei Teilvorlagen (je eine für die Wahl des Grossen Rates, des Regierungsrates und der Ständeräte). Im Grossen Rat überwog bei der Debatte die Abneigung gegen den Proporz jene gegen die Volkswahl, doch verzichtete er auf eine Botschaft mit Empfehlungen an die Stimmbürger.

Am 3. Mai 1896 lehnte das Bernervolk bei einer Beteiligung von rund 52 % alle drei Begehren der Initiative in ähnlichem Stimmenverhältnis ab, die Wahl des Regierungsrates durch das Volk und nach dem Proporz mit rund 33 000 Nein gegen 28 000 Ja. Angenommen hatten Bern, Biel und seine Umgebung, der Ob- und Nid-aargau, Schwarzenburg und der Nordjura, also vor allem Gebiete mit verhältnismässig starken Minderheitsgruppen wie Dürrenmatts Volkspartei, die katholischen Konservativen und die Sozialdemokraten. Deutlicher als der übrige Kanton verwarfen der Südjura und das Oberland.

Es lag nahe, dass nach ihrer eher knappen Niederlage die Anhänger der Volkswahl des Regierungsrates bald neue Vorstösse unternahmen. Ihnen wollten die Freisinnigen zuvorkommen, indem ihr Grossrat Gottlieb Lenz keine drei Wochen nach dem Urnengang in einer Motion von der Exekutive Bericht und Antrag zur Frage der Volkswahl des Regierungsrates verlangte. Der Grosse Rat stimmte dem Vorschlag zu und setzte zum gleichen Thema eine eigene Kommission ein. Der Regierungsrat, der im Vorfeld der Volksabstimmung von 1896 noch auf eine Stellungnahme verzichtet hatte, weil er in dieser Sache befangen erscheinen könnte, bekämpfte nun die Volkswahl verbissen, namentlich mit staatsrechtlichen Überlegungen und mit der Behauptung, der Bürger wünsche gar keine zusätzlichen politischen Rechte. Hinter dieser Argumentation stand anscheinend vor allem Regierungsrat Albert Gobat, und der Grosse

Rat folgte ihm Ende September 1897, indem er es unter Namensaufruf mit 64 gegen 48 Stimmen ablehnte, einzutreten auf einen Antrag der Kommissionsminderheit, welche eine Volkswahl des Regierungsrates vorschlug²⁵.

Doch das Thema kam nicht zur Ruhe. Im Frühjahr 1902 forderte Karl Moor im Grossen Rat Bericht und Antrag zur Volkswahl der Regierung in einer Motion, die von Sozialdemokraten, aber auch von jurassischen Konservativen sowie von Ulrich Dürrenmatt und anderen Vertretern der Volkspartei mitunterzeichnet worden war. Der Grosse Rat nahm sie nach kurzer Debatte an. In seiner knappen Antwort lehnte der Regierungsrat eine Volkswahl nochmals ab. Die Kommission des Grossen Rates empfahl zwar nun die Volkswahl, aber nur mit dem Stichentscheid ihres Präsidenten. Im Plenum des Rates wurde dann nach rund zweitägiger Diskussion Eintreten auf das Geschäft mit 113 gegen 76 Stimmen verweigert. Ein Vergleich der Abstimmungen unter Namensaufruf von 1897 und 1904 zeigt, dass von den früheren Anhängern der Volkswahl eine Anzahl zu den Gegnern übergelaufen war.

Damit war klar, dass für die nächste Zeit weder vom Grossen Rat noch vom Regierungsrat ein Umschwung zugunsten der Volkswahl zu erhoffen war. Die Mehrheit in diesen Behörden war nicht bereit, an ihrer Position der Stärke rütteln zu lassen und anderen Zugeständnisse zu gewähren. So blieb nur der Weg über ein Volksbegehren. Es ging aus von Linksfreisinnigen und Journalisten, fand aber auch bei den Minderheitsparteien guten Anklang. Die Initiative verlangte neben der Volkswahl für den Regierungsrat auch, dass ein Mitglied der Exekutive nicht länger als zwei Amtsdauern der gleichen Direktion vorstehen dürfe. Das zielte auf Erziehungsdirektor Gobat, dem Teile der Lehrerschaft Selbstherrlichkeit vorwarfen.

Die Initiative gewann ungefähr 20 000 Unterschriften, also rund 3000 mehr als ihre Vorläuferin von 1896, welche über die Volkswahl der Regierungsräte hinaus noch die Volkswahl der Ständeräte und den Proporz für die Grossrats- und die Regierungsratswahlen verlangt hatte. Im Nordjura machte diesmal bei der Unterschriftensammlung nur der Bezirk Laufen mit; dafür beteiligte sich nun das Oberland etwas stärker als 10 Jahre zuvor. Der Grosse Rat verzich-

tete für den Volksentscheid vom 4. März 1906 auf eine Botschaft mit Empfehlungen an die Stimmbürger.

Bei einer Beteiligung von ungefähr 37 % nahmen 38 000 Berner die Vorlage an, gegen 11 000 verwarfen sie. Von den Amtsbezirken hiessen alle die Vorlage gut ausser Courtelary und La Neuveville, wo man anscheinend um die Vertretung des Juras in der Exekutive bangte. Der Nordjura stimmte zu, wenn auch knapper als der Kanton als Ganzes. Im Amtsbezirk Nidau fanden sich in den Urnen bloss 1471 Ja, während hier seinerzeit 1641 Bürger die Initiative unterschrieben hatten²⁶.

Die Volkswahl der Exekutive setzte sich also trotz der reservierten Haltung der Behörden unerwartet deutlich durch, und zwar auch in Kreisen, auf welche die unentwegten Verfechter des überlieferten Verfahrens früher hatten bauen können. Noch im Jahr 1900 hatte der Kanton Bern bei einer eidgenössischen Volksabstimmung die Volkswahl des Bundesrates hoch verworfen. Wie ist diese Wende zu erklären?

Einmal wählten nur noch wenige andere Kantone ihre Regierung durch die Legislative. Die Volkswahl war also nicht mehr eine unerprobte Neuerung voller Risiken. Zudem hofften einzelne Wirtschaftsgruppen, mit der Volkswahl gelinge es ihnen eher, Vertreter ihrer besonderen Interessen in die Exekutive zu entsenden.

Dazu kam ein Malaise um die Kantonsregierung, ausgelöst durch Verlegenheitswahlen der jüngsten Zeit. Parteigrössen des Freisinns wie Fritz Bühlmann (Grosshöchstetten) oder Gottlieb Bühler (Frutigen) zogen ihr Nationalratsmandat und ein Wirken als einflussreiche Anwälte und als Dominatoren ihrer engeren Heimat einem Regierungssitz vor. So fiel 1904 beim überraschenden Rücktritt von Finanzdirektor Alfred Scheurer die Wahl auf den Bieler Notar Gottfried Kunz, der dem Grossen Rat nicht angehört hatte und deshalb der Öffentlichkeit kaum bekannt war. Erst recht ging die politische Erfahrung dem Jurassier Louis Joliat ab, der auf der Staatskanzlei als Übersetzer gearbeitet hatte und 1896 Nachfolger von Josef Stockmar wurde, welcher vom Regierungsrat zur Direktion der Jura-Simplon-Bahn hinüberwechselte. Joliat war seinem Amt als Polizeidirektor nicht gewachsen, und bald warf man ihm

«gelegentliche zu weit gehende Nachsicht und Schonung gegenüber Leuten vor, welche mit der Justiz in Konflikt gekommen sind». Einen solchen Missgriff aus Gutherzigkeit bauschten Zeitungen zum Skandal auf, worauf Joliat 1904 in die Demission flüchtete und sich auf private Tätigkeiten zurückzog. Solche Vorfälle erschütterten den Glauben an die Behauptung, der Grosse Rat vermöge die Qualitäten eines Kandidaten besser zu beurteilen als die Stimmbürgerschaft.

Bereits zwei Monate nach der Volksabstimmung, am 6. Mai 1906, wählten die Berner ihren Regierungsrat zum ersten Mal an der Urne, doch blieben Überraschungen aus. Gut 61 000 Bürger, das heisst etwa 46 % der Stimmberechtigten, bestätigten alle neun bisherigen Regierungsräte für eine weitere Amtsdauer. Demonstrative Zeichen von Beifall oder Ablehnung fehlten, lagen doch die höchste Stimmenzahl (43 688) und die niedrigste (41 890) nahe beisammen. Die Änderung des Wahlverfahrens wirkte sich also im Ergebnis nicht aus.

Länger als bei der Volkswahl des Regierungsrates dauerte es, bis der Proporz für die Wahl des Grossen Rates durchdrang. Ihm missrieten noch weitere Anläufe, bevor er sich anfangs der 1920er Jahre schliesslich durchsetzte, in einem Umfeld, das anders war als jenes bei der Revision der Kantonsverfassung von 1893²⁷.

IV. KAPITEL

DIE ANFÄNGE DER ARBEITERBEWEGUNG IM KANTON BERN

1. DIE ABLÖSUNG DER ARBEITER VON DEN RADIKALEN

Die Gruppen, welche die Rolle heutiger politischer Parteien spielten, vereinigten bis ins spätere 19. Jahrhundert Leute ähnlicher Weltanschauung, die vor allem über den Wert von Tradition und Hergebrachtem und über die Förderung von Neuerungen und «Fortschritt» ungefähr gleich dachten und fühlten. Sie stammten aus allen Gegenden und Schichten, aus Stadt und Land, aus der Bauernsamen ebenso wie aus dem Gewerbe, aus Handel und Industrie oder aus freien und intellektuellen Berufen. Das änderte nichts daran, dass in der Politik auch wirtschaftliche Interessen mitspielten oder dass einzelne Gruppen ein Schwergewicht in bestimmten Regionen oder Personenkreisen besaßen. Aber sie erhoben doch alle den Anspruch, Volksparteien zu sein, die nach dem Nutzen und Wohl des Gesamten trachteten und nicht nach Partikularvorteilen und die das ganze Volk repräsentieren würden und nicht nur Teile davon. Auf die Länge liessen sich aber die einander teilweise stark widerstrebenden Anliegen kaum unter einen Hut bringen, und mindestens einzelne Kreise mussten sich neben anderen vernachlässigt vorkommen. Das führte innerhalb der Parteien zu Spannungen, ja zu Abspaltungsversuchen. Im Kanton Bern wurde das deutlich am Verhältnis der Radikalen zur Arbeiterschaft und zu den Vorkämpfern für deren Rechte.

Zusammenschlüsse von Arbeitern gab es auch im Bernbiet bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Beteiligten waren meist Handwerksgesellen und ihrer Herkunft nach Ausländer, insbesondere Deutsche. Bei ihrer Tätigkeit, aber auch bei den Abwehrgefühlen, die sie bei Einheimischen häufig auslösten, lassen sich Soziales und Nationales nicht immer auseinanderhalten. Anstoss erregten sie zum

Beispiel beim Steinhölzli-Handel von 1834 oder 1852, als die konservative Regierung die Sektionen des Grütlivereins verbot – Ereignisse, von denen bereits im zweiten Band berichtet worden ist.

Der Grütliverein war 1838 in Genf gegründet worden und wollte das Los des Arbeiters vor allem dadurch verbessern, dass er ihn geistig hob, nach dem Motto «Durch Bildung zur Freiheit!» Noch war nicht die Rede vom Klassenkampf, und die Auffassungen der Grütlianer standen jenen des linken Flügels der Radikalen nahe. Sie arbeiteten oft mit ihm und mit der Studentenverbindung Helvetia zusammen, etwa bei Wahlkämpfen um die Jahrhundertmitte. Damals existierten im Kanton bereits sieben Grütli-Sektionen, und zwar nicht nur in Städten wie Bern, Biel, Burgdorf und Thun, sondern auch in Ortschaften wie St-Imier, Langenthal und Langnau. Die Grütlianer waren zwar politisch ebenfalls aktiv, etwa mit Initiativen zugunsten der Arbeiterschaft, aber auch anderer materiell Notleidender. Doch versuchten sie nicht, sich getrennt von den Radikalen zu organisieren.

Umgekehrt setzten sich die Berner Radikalen auch für Arbeiteranliegen ein, um so mehr, als in ihren Reihen ein eigentlicher Industriekapitalismus weitgehend fehlte. Ausdrücke wie «Sozialisten» oder «Kommunisten» tauchten zwar in der öffentlichen Diskussion bereits auf, doch bezeichneten sie landläufig weniger die Anhänger einer klar bestimmten politischen Weltanschauung oder Lehre, sondern alle, die auf irgendeine Weise an den bestehenden Eigentumsverhältnissen rütteln wollten. Ein eigentliches klassenbewusstes Proletariat bestand aber noch nicht im Bernbiet, das ja auch weniger industrialisiert war als manche andere Gegend der Schweiz.

Neben dem Grütliverein bildeten sich bald Gewerkschaften, welche die Interessen der Beschäftigten in bestimmten Branchen wahrnahmen, zuerst bei den Typographen, dann bei den Schreibern, Schneidern, Schuhmachern, Steinhauern, Zimmerleuten und Dachdeckern. Oft ging es darum, Einrichtungen wie Kranken- und Hilfskassen für die Mitglieder zu schaffen. Einige dieser Verbindungen waren von kurzer Lebensdauer und erstanden später in ähnlicher Form unter anderem Namen neu. Das erschwert uns heute den Überblick und führt leicht zu Verwechslungen.

Schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts, auf dem Höhepunkt der Kämpfe zwischen «Schwarzen» und Radikalen, hatte der aus der Ajoie und aus ärmlichen Verhältnissen stammende Arzt und Journalist Pierre Coullery mit seinem «Berner Reformverein» versucht, eine politische Gruppe zu bilden, die im Bernbiet das Proletariat zusammenfasste. Wohl gewann er für kurze Zeit einen starken Anhang unter Kleinbauern, Handwerkern und Arbeitern, die von den beiden traditionellen Parteien enttäuscht waren, doch holte vor allem der Radikalismus die Abtrünnigen bald wieder zu sich zurück. Coullery führte seinen Kampf fortan im Kanton Neuenburg, hauptsächlich in La Chaux-de-Fonds, weiter.

Zwar ist die Arbeiterbewegung in der Schweiz zu einem guten Teil aus eigenen Wurzeln gewachsen. Wesentlichen Auftrieb verdankt sie aber auch der 1864 in London gegründeten Internationalen Arbeiter-Assoziation, der sogenannten Ersten Internationalen von Karl Marx und Friedrich Engels. Eine Sektion von ihr, der «Berner Arbeiterverein», entstand in der Stadt Bern 1867, spielte aber nur eine bescheidene Rolle und verschwand bald wieder. Auch in der übergeordneten «Allgemeinen Arbeitergesellschaft Bern» dominierten sozialreformerische Gruppen wie der «Liberale Verein der Stadt Bern», welcher der «Jungen Schule» des freisinnigen Nationalrates Rudolf Brunner nahestand und mit einem sozial gefärbten Liberalismus eine klassenmässige Abspaltung der Arbeiterschaft vom Freisinn zu verhindern hoffte.

In Bern entstand dann 1875 ein «Sozialdemokratischer Verein», aber er rekrutierte sich zum grossen Teil aus Ausländern, die der Lehre des Anarchismus huldigten. In sogenannten Märzfeiern erinnerten sie 1876 und 1877 an den Pariser Commune-Aufstand von 1871 und trugen bei diesen öffentlichen Demonstrationen rote Fahnen mit. Bürgerliche Berner empfanden das als Provokation und lösten Schlägereien aus, die Prozesse mit Gefängnisstrafen für Teilnehmer sowie Arbeiter-Entlassungen nach sich zogen. Mit dieser massiven Abwehr im Stil der bismarckschen Sozialistengesetze trafen aber die Berner Behörden und alteingesessenen Stadtberner auch die Arbeiterschaft als Ganzes, die dem Anarchismus fern stand. So ergab sich eine Stimmung, die es einem geschickten Führer erlaubte,

die Arbeiterschaft in eine klassenbewusste und klassenkämpferische Partei umzuformen.

1875 hatten sich in der Stadt Bern eine Reihe von Gewerkschaften und Arbeitervereinen zusammengeschlossen zu einer lokalen Arbeiterunion. Vorerst pflegte sie noch wie früher Beziehungen zum Freisinn und zum Grütliverein. Aber nach den Märzkrallen von 1876 und 1877 und während der Staatskrise verwandelte sie sich formell in eine «Sozialdemokratische Partei Bern», die bald – vorderhand allerdings ohne Erfolg – Fühler in den übrigen Kanton ausstreckte. Bei den Wahlen für den Grossen Rat im Frühling 1878 stellte sie in der unteren und in der oberen Gemeinde der Stadt Bern eigene Kandidaten auf, und bei den Nationalratswahlen vom Herbst desselben Jahres portierte sie teils eigene Anwärter, teils unterstützte sie Linksfreisinnige. Sie gewann dabei ungefähr 10 % der Stimmen, aber keine Sitze.

Die Ablösung der Arbeiterschaft von den Radikalen geschah also nicht auf einen Schlag, sondern in kleinen Schritten und oft wohl auf beiden Seiten im Glauben, man könne sich einander später wieder nähern. Das Auseinanderrücken war vorerst weniger als Bruch gemeint, sondern als ein Suchen nach den besten Wahlchancen angesichts der Tücken des Majorzverfahrens.

Treibende Kraft bei diesen Vorgängen war die schillernde Persönlichkeit Karl Moors. 1852 als illegitimer Sohn eines österreichischen Freiherrn geboren, besuchte er das Gymnasium in Nürnberg und lebte dann jeweils für kurze Zeit in verschiedenen Ländern Europas. 1876 tauchte er als Student an der juristischen Fakultät der Berner Hochschule auf, und von da an wirkte er auch in der Arbeiter-Union Bern, und zwar ganz im Sinne der Lehren von Karl Marx, das heisst, er suchte nicht Reformen, sondern sah in den vielen bürgerlichen Kleinexistenzen Berns die Proletarier der Zukunft, welche dereinst die Mehrheit gewinnen und die grosse soziale Revolution vollziehen würden. Vorläufig aber hielt es Karl Moor nicht in Bern. Er verliess es 1878 oder 1879 und kehrte erst in den 1890er Jahren dahin zurück²⁸.

Für die Arbeiterbewegung als Ganzes war das eben geschilderte Geschehen in Bern bloss von lokaler Bedeutung. Internationalen

Rang gewannen dagegen ungefähr zur gleichen Zeit Vorgänge in der Westschweiz, die den bernischen Jura mindestens am Rande mit erfassten. Hier war in den Uhrenregionen die Ausgangslage anders als in ausgesprochenen Fabrikgebieten. Uhren wurden damals noch weitgehend in Heimarbeit hergestellt durch qualifizierte Kräfte, die sich mit Hilfspersonal nicht ohne weiteres durch ein gemeinsames Klassenbewusstsein verbunden fühlten, die zum Teil auf eigene Rechnung arbeiteten und so Einkommen und Stellung durch ihre Leistung mit beeinflussen konnten. Sie empfanden sich deshalb stärker als Individuen und nicht einfach als Glieder des Proletariates, das in seiner Gesamtheit die Herrschaft übernehmen müsse, wie Karl Marx glaubte. Was sie an dessen Lehre und Wirken besonders abstiess, war sein Zentralismus. Ihnen schwebte eher Selbsthilfe vor durch kooperativen Zusammenschluss und durch Betriebe, welche durch die Arbeiter selber geführt wurden. Manche von ihnen waren auch offen für den Anarchismus, nicht in seiner terroristischen Abart, sondern als Grundhaltung, der ein autoritäts- und herrschaftsloses Zusammenleben der Menschen in Gleichheit, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit vorschwebte.

Im Raum des Neuenburger und des südlichen Berner Juras entwickelte sich die sozialistische Bewegung stark in dieser Richtung, unter Führern, zu denen auch Adhémar Schwitzguébel aus Sonvillier im St.-Immortal gehörte. Neben ihnen übte der russische Emigrant Michail Bakunin, einer der bekanntesten Theoretiker des Anarchismus, starken Einfluss aus. Vor allem in Bakunin sah Karl Marx bald seinen Erzfeind, und Machtkämpfe zwischen den beiden prägten die Versammlungen der Ersten Internationalen. Bakunin unterlag schliesslich und wurde 1872 aus der Internationalen Arbeiter-Assoziation ausgeschlossen. Seine Mitkämpfer von der «Fédération jurassienne» wirkten zwar noch weiter, aber unter dem Einfluss der Wirtschaftskrise und des Übergangs von der Heim- zur Fabrikarbeit bei der Uhrenproduktion erlahmte ihre Aktivität um 1880 endgültig. Schon vorher war Bakunin 1876 in Bern gestorben, wo er ärztliche Behandlung gesucht hatte. Er ruht heute noch auf dem Bremgartenfriedhof als der weltweit bekannteste Tote, der hier bestattet worden ist²⁹.

2. PARTEI UND FÜHRER DER BERNER SOZIALDEMOKRATEN

Eine eigentliche sozialdemokratische Partei entwickelte sich im Kanton Bern erst spät. In der Eidgenossenschaft als Ganzem waren 1870 und 1880 Versuche zur Parteigründung gescheitert. Erst beim dritten Anlauf entstand 1888 eine Organisation von Dauer. Ihr geistiger Vater war der Berner Jurist Albert Steck, geboren 1843 aus einer burgerlichen Familie, ein Enkel Johann Rudolf Stecks, welcher nach 1798 der Helvetischen Republik auf hohen Verwaltungsposten wichtige Dienste geleistet hatte. Albert Steck war 1878, also direkt nach der Staatskrise, in den Grossen Rat gewählt worden, aufgestellt durch gemässigt konservative Splittergruppen. Seine Wiederwahl im Frühling 1882 verdankte er dann den Freisinnigen, doch demissionierte er als Grossrat schon im Herbst des gleichen Jahres aus gesundheitlichen Gründen. Von einem Kuraufenthalt in Davos kehrte er als überzeugter Sozialdemokrat nach Bern zurück, allerdings nicht als Anhänger der Lehre vom Klassenkampf. In seinen Augen sollte sich der Sozialismus und namentlich ein Recht auf Arbeit mit den Mitteln der nationalen Demokratie durchsetzen. Steck richtete sein Wirken mehr auf die gesamte Eidgenossenschaft aus als auf den Kanton Bern. Sein im besten Sinne vornehmes Wesen und seine wenig robuste Natur waren der Rücksichtslosigkeit damaliger Kämpfe auch innerhalb der eigenen Partei nicht gewachsen, und so starb Steck 1899 verhältnismässig jung und von allem Einfluss abgedrängt.

Steck war eine integre Persönlichkeit gewesen, an welcher der Hass politischer Gegner abprallen musste. Dieser konzentrierte sich deshalb auf Dr. Nikolaus Wassilieff, einen russischen Arzt, der um 1880 als 28jähriger Flüchtling in die Schweiz gereist war und bald in seinem Wohnort Muri bei Bern eingebürgert wurde. Er konnte also politische Ämter bekleiden und durfte nicht aus der Eidgenossenschaft ausgewiesen werden. Die Bürgerlichen nannten ihn den «Waschlisepp» und richteten ihre Angriffe ganz auf ihn, wobei Fremdenfeindlichkeit und Antisozialismus ineinanderflossen. Freilich reizte Wassilieff auch zum Widerspruch, denn er verfocht

klassenkämpferische Auffassungen. Er vollbrachte nun, was bisher niemandem – auch Steck nicht – gelungen war, nämlich die Arbeiterschaft zu einer grossen Organisation und zu einem geschlossenen Auftreten zu führen. Bei den Wahlen stellte sie nun jeweils eigene, von den Linksbürgerlichen unabhängige Listen auf und brachte so von 1890 an bis zum Jahrhundertende ein gutes Dutzend Sozialdemokraten in den Grossen Rat.

Nikolaus Wassilieff wurde 1890 zum Sekretär der neugegründeten Arbeiterunion Bern gewählt (ihre Vorläuferin von 1876 war längst wieder eingeschlafen), und zwar als erster vollamtlicher Funktionär der Arbeiterschaft einer Schweizer Stadt. Seine Aktivität kam Bürgerlichen unheimlich vor. Er suchte auch bisher schwer erreichbare Berufsgruppen, wie die Serviertöchter, gewerkschaftlich zu organisieren, drang mit der Gründung einer eigenen Genossenschaftsbäckerei in Bereiche vor, die bisher dem Gewerbe vorbehalten waren, und schockierte namentlich durch seine «Freie Schule der Arbeiterunion», eine Art von privater Volkshochschule für Erwachsene, die mit Kursen atheistischer Tendenz das Bürgertum vor den Kopf stiess.

Die Gegenkräfte fanden sich im November 1892 im «Einwohner-Verein Bern» zusammen – dem «Yvornerverein», wie seine Gegner spotteten. Er verlangte von den Behörden ein Einschreiten «mit allen ihnen zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln gegen diese zersetzende Propaganda, sei es Wassilieffs, sei es anderer Hetzer und Wühler».

Von der Stärkung der Berner Arbeiterbewegung und von ihrer Lösung vom Freisinn zeugte auch die Gründung einer eigenen Zeitung, der «Berner Tagwacht», im Spätjahr 1893. Zwar hatte schon Albert Steck den «Schweizer Sozialdemokraten» herausgegeben, der aber nie über eine Auflage von bescheidenen 1000 Stück hinauskam. Die «Tagwacht» dagegen stieg bald auf über 4500 und konnte seit 1894 zweimal in der Woche erscheinen. Geprägt wurde sie durch ihren Redaktor Karl Moor, der wieder in Bern auftauchte, das er zur Zeit der Staatskrise verlassen hatte. Sein Journalismus war geistreich und schlagfertig, verschmähte aber auch Polemik, Demagogie und billige Effekte nicht. Damit kam Moor gut an bei einer

Leserschaft ohne grosse geistige Bedürfnisse, stiess aber zugleich Persönlichkeiten wie Steck ab. Moors Wesen und Wirken polarisierte und löste in der bernischen Arbeiterschaft scharfe Gruppenkämpfe aus, aus denen sich Steck zuletzt angewidert auf sich selbst zurückzog.

Mit Wassilieff hatte Moor zuerst zusammengearbeitet, doch kühlte sich ihr Verhältnis Ende der 1890er Jahre ab, und Wassilieff verliess Bern um 1900 endgültig. Er wirkte fortan zuerst als Arbeitersekretär in Basel und kehrte dann nach der Revolution von 1905 in seine russische Heimat zurück, wo sich seine Spuren verlieren. So schien Moors Stellung durch keinen Rivalen gefährdet, doch untergrub er selber sein Ansehen und seine Position bei der Arbeiterschaft durch Sittlichkeitsvergehen. Zwar reichten die Beweise für eine gerichtliche Verurteilung nicht aus, doch als er auch seine Arbeit für die «Tagwacht» öfters nachlässig erledigte, wurde er als Redaktor ersetzt. Der starke Mann unter seinen Nachfolgern wurde Robert Grimm, der die bernische Sozialdemokratie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts prägte³⁰.

Wie andere Gruppen beteiligten sich Organisationen der Arbeiterschaft an Wahlen, schon bevor sie sich als politische Parteien bezeichneten. Für den Grossen Rat taten sie es seit 1878 gelegentlich und seit 1890 regelmässig, mit wechselndem Erfolg. Dabei stieg die Zahl der Wähler zwischen 1890 und 1910 von ungefähr 1800 auf gegen 17 000. Seit 1890 bildeten die Sozialdemokraten im Grossen Rat eine Fraktion, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit 15 Vertretern gut 6 % aller Mandate besass.

Eine verhältnismässig starke Position gewannen die Sozialdemokraten in Orten wie Bern und Biel, aber auch in Courtelary, Tramelan und Delsberg. Ländliche Wahlkreise dagegen boten ihnen vorderhand kaum Aussicht auf Sitzgewinne. Doch auch hier wurden bisweilen Kandidaten aufgestellt, um Agitation und Ausbreitung der Partei zu fördern.

Ihre Fortschritte verdankten die Sozialdemokraten zum Teil ihren Wahlkoalitionen, meist mit Linksfreisinnigen, mitunter – im Obergeraargau – aber auch mit Dürrenmatts Volkspartei als einer anderen Minderheitsgruppe. Zudem spielte mit, dass die Sozialde-

mokraten durchaus nicht nur Arbeiter portierten, sondern auch Intellektuelle, die bis weit ins Bürgertum hinein Ansehen genossen, wie die späteren Bundesrichter Alexander Reichel und Karl Zraggen oder den Arzt August Rikli aus Wangen an der Aare, der 1908 als erster bernischer Sozialdemokrat in den Nationalrat einzog.

Die Stärke der bernischen Sozialdemokraten um die Jahrhundertwende lässt sich nicht eindeutig festlegen, da sie bei Nationalrats-, Grossrats- und Gemeindewahlen unterschiedlich abschnitten. Wir können ausgehen von einem Anteil zwischen 5 und 10 % der Stimmberechtigten. Ihre Schwerpunkte besass die Partei im Mittelland, im Seeland und im Südjura. Schwächer Fuss gefasst hatte sie im Oberaargau und im Oberland, und bloss in Ansätzen war sie im Emmental und im Nordjura vertreten. In der Stadt Bern erreichte sie zur selben Zeit rund 17 % der Stimmberechtigten, und in Biel stellte sie 1907 mit Gottfried Reimann sogar den ersten sozialdemokratischen Stadtpräsidenten der Schweiz. Um Biel herum bildeten übrigens Ortschaften wie Mett, Nidau, Port und Lengnau einen «roten Gürtel» mit sozialdemokratischen Mehrheiten in der Gemeindepolitik.

Im Grossen Rat gewannen die Sozialdemokraten unter dem herrschenden Majorzwahlrecht nur verhältnismässig wenige Sitze. Immerhin stellten sie vom Beginn des 20. Jahrhunderts an jeweils ein rundes Dutzend Vertreter, die seit 1898 eine Fraktion bildeten. Damit konnten sie natürlich im Kanton keinen Schutz der Arbeiterschaft über die Vorschriften des eidgenössischen Fabrikgesetzes von 1877 hinaus durchsetzen. Eine Erleichterung erreichte immerhin der konservative Regierungsrat Edmund von Steiger, der in die Kantonsverfassung von 1893 den Artikel 82 einführte: «Der Staat anerkennt den Grundsatz der Sonntagsruhe und trifft schützende Bestimmungen gegen gesundheitsschädigende Überlastung.» Doch stand dabei weniger die Hilfe für sozial Schwache als die Sonntagsheiligung im Vordergrund, so dass 1905 dem entsprechenden Ausführungsgesetz sogar Ulrich Dürrenmatt und sein Anhang zustimmten. Nur bei solchen besonderen Umständen drangen vorderhand im Kanton Bern Arbeiteranliegen durch³¹.

3. DER KÄFIGTURMKRAWALL VON 1893

Zur Erregung zwischen Sozialdemokraten und Bürgerlichen trugen auch Streiks bei, in Bern namentlich jene der Schreiner von 1887, der Typographen von 1889 und der Schmiede- und Wagnergesellen vom Frühjahr 1893. Missfallen riefen zudem die Feiern zum 1. Mai hervor, die in Bern wie in der übrigen Welt von 1890 an die Einführung des Achtstundentages anstrebten. Andererseits litt vor allem die Unterschicht unter der herrschenden Wohnungsnot und den schlechten Wohnverhältnissen besonders in Arbeiterquartieren wie der Matte oder der Lorraine.

Solche Spannungen entluden sich nun beim Käfigturmkrawall vom 19. Juli 1893, wobei die Nachwirkungen bedeutsamer waren als die Ereignisse des Tages.

Seit der Agrarkrise im späten 19. Jahrhundert strömten vermehrt Personen vom Lande in die Stadt, wo sie zum Beispiel als Handlanger Arbeit zu finden hofften. Doch seitdem im Baugewerbe der Backstein den Sandstein zu verdrängen begann, stellten die Meister lieber Italiener ein, welche die neue Technik besser beherrschten und erst noch weniger Lohn forderten als die Einheimischen. Das weckte bei den Übergangenen Erbitterung gegen die ausländischen Konkurrenten wie gegen die Unternehmer.

Am Samstag, den 17. Juni 1893, erschien im Berner «Stadt-Anzeiger» ein anonymes Inserat, das für den darauffolgenden Montag zu einer Maurer- und Handwerkerversammlung aufrief. Es stammte – wie sich später herausstellte – von einem arbeitslosen Bauarbeiter namens Zuber, einem «Wilden», der keiner Gewerkschaft angehörte. Vorstellungen über Zweck und Ablauf des Anlasses hatte er anscheinend nicht. Er wollte vor allem der Wut und Enttäuschung Luft machen, die sich in ihm bei der langen Suche nach Beschäftigung angesammelt hatte. Die Polizei liess die Zusammenkunft von Anfang an beobachten und hielt Reserven bereit. Vielleicht fürchtete sie eine Störung des Balles in der Inneren Enge zugunsten eines Bubenbergs-Denkmal, der ebenfalls am Montag stattfinden sollte. Spannung lag zudem in der Luft, weil das bürgerliche Bern am gleichen Wochenende eine sozialistische Initiative für die Einfüh-

rung des Proporz bei den Gemeindewahlen an der Urne bachabschickte.

Am Montag, den 19. Juni, fanden sich bei schwülem Wetter am angegebenen Ort beim Bahnhof einige Dutzend Maurer und Handlanger – zum Teil arbeitslose – ein. Sie wirkten vorerst eher ratlos und zogen schliesslich, nachdem der Haufe auf ein gutes halbes Hundert angewachsen war, auf den Vorschlag eines Maurers namens Aebi ins Kirchenfeld, wo es zu Prügeleien mit Italienern und Polieren, zur Beschädigung von Baugerüsten und zu einigen Festnahmen kam. Damit ging der erste Teil der Demonstration zu Ende, die in diesem Stadium deutlich gegen Ausländer und Unternehmer zielte.

Am späten Nachmittag folgte dann ein zweiter Teil mit anderer Stossrichtung, nämlich gegen Polizei und Behörden. Vor dem Käfigturm sammelte sich eine Menschenmenge, verlangte die Freilassung der Gefangenen und warf Steine. Die Polizei, verstärkt durch die Feuerwehr und durch Freiwillige aus der Bürgerschaft, spritzte Wasser gegen die Demonstranten, gab Warnschüsse ab und räumte den Platz schliesslich mit blankem Säbel. Nach Mitternacht griffen von Thun her angereiste Truppen ein, die Stadtpräsident und Oberstdivisionär Eduard Müller ohne Rücksprache mit kantonalen oder Bundesinstanzen direkt beim befreundeten Vorsteher des eidgenössischen Militärdepartementes angefordert hatte. Gegen fünf Uhr in der Frühe herrschte wieder Ruhe. Im ganzen waren rund 80 Personen verhaftet und mindestens 40 ernsthaft verwundet worden, darunter auch unbeteiligte Zuschauer.

Zu weiteren Ruhestörungen kam es nicht mehr. Dennoch blieb noch einen vollen Monat lang Militär in der Stadt Bern, und es strömten weitere Freiwillige zu einer Bürgerwehr zusammen, die freilich nach einiger Zeit auseinanderfiel, weil ihr die Möglichkeit zum Einsatz fehlte.

Nachspiele zum Krawall gab es in den Parlamenten von Stadt und Kanton und vor Gericht. Im Grossen Rat tat Regierungspräsident Marti die sozialen Nöte der Arbeitslosen mit der Bemerkung ab, jeder von ihnen könnte «per Tag mit Leichtigkeit 4–5 Franken zusammenbetteln». Die Behörden hielten an der Behauptung fest,

die Ruhestörung sei geplant und vorbereitet gewesen, und sahen von Anfang an in Wassilieff den Anstifter, obwohl eine mit grossem Aufwand an Polizei und Truppen durchgeführte Haussuchung in seiner Wohnung nichts Belastendes zutage brachte und Wassilieff sich am Krawall auch nicht beteiligt hatte. Dennoch verurteilte ihn im April 1894 ein Geschworenengericht zu 1½ Jahren Zuchthaus wegen «Anstiftung zum Aufruhr». Wegen Verfahrensmängeln musste der Prozess jedoch wiederholt werden, und nun lautete das Urteil nur noch auf drei Monate Korrektionshaus (abzüglich 80 Tage bereits ausgestandener Haft) wegen «Anstiftung zur Befreiung Gefangener».

Die Härte dieser Strafen stach krass ab von den Vorgängen im Tessin 1890. Dort hatten Freisinnige in einer bewaffneten Revolution die konservative Kantonsregierung gestürzt und dabei sogar einen Regierungsrat erschossen. Dennoch sprach ein eidgenössisches Geschworenengericht sie frei, und die Bundesbehörden erliessen dem Tessin – zwei Tage vor dem Käfigturmkrawall – die Kosten, die aus der Besetzung des Kantons durch Bundestruppen erwachsen waren. Wurden also Vergehen unterschiedlich beurteilt, je nachdem, ob sie von der Regierung Nahestehenden oder vom politischen Gegner begangen worden waren?

Professor Alexander Reichel erhielt von der Erziehungsdirektion einen scharfen Verweis, weil er zusammen mit anderen sozialdemokratischen Gross- und Stadträten auf einem Maueranschlag für Wassilieff eintrat. Am 26. Juli 1893 verbot der Regierungsrat zudem im ganzen Staatsgebiet «das Tragen oder Führen der roten Fahne, in welcher Gestalt es sei, unter freiem Himmel, das Aufpflanzen derselben im Freien, in Wirtschaften oder an andern öffentlichen Orten», weil «unter den obwaltenden Umständen der Gebrauch der roten Fahne als eine Provokation erscheint, geeignet, die öffentliche Ruhe und den bürgerlichen Frieden zu stören und Unordnung hervorzurufen», obwohl er noch im April ein entsprechendes Begehren des Einwohnervereins abgewiesen hatte und rote Fahnen beim Käfigturmkrawall nirgends aufgetaucht waren.

Wenn Rückschlüsse von den zahlreichen Verhafteten auf die Gesamtheit der Beteiligten erlaubt sind, so darf festgestellt werden,

dass der Käfigturmkrawall eine Angelegenheit von Männern war, die ihre Jugendjahre deutlich hinter sich hatten und schon einige Zeit in der Stadt wohnten, also nicht von Halbwüchsigen oder Flottanten, und zwar stammten sie für die zweite Phase – also für die Auseinandersetzungen vor dem Käfigturm – aus den verschiedensten Berufsgruppen. Maurer und Handlanger waren hier nicht mehr stärker vertreten als andere. Die Verhafteten waren nicht miteinander verbunden durch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Organisation. Hingegen fällt auf, dass sie weitgehend aus Quartieren mit unbefriedigenden Wohnverhältnissen stammten. Fremdenfeindlichkeit spielte mit beim Zug ins Kirchenfeld, nicht aber bei den Kämpfen am Abend. In diesen entlud sich eher das Gefühl der Ohnmacht gegenüber sozialen Missständen und politischen Machtverhältnissen. Das waren Zeichen von Wachstumskrisen des Gemeinwesens, wie sie auch in anderen Städten zu beobachten waren.

Der Käfigturmkrawall wühlte beide Seiten tief in ihren Gefühlen auf, was auf Berichte und Urteile über die Vorfälle abfärbte und dadurch der Nachwelt eine gerechte Würdigung erschwerte. Die Härte, mit welcher die Behörden auf den Krawall reagierten, zeugte im Grunde von Hilflosigkeit und vom Unvermögen, auf die tieferen Ursachen der Unruhen einzugehen. Hatte der tonangebende Freisinn bisher – jedenfalls in Bern – politisch zur Linken gezählt und sich auch für Anliegen der Arbeiterschaft eingesetzt, so konnte er diese Stellung zwischen den Wirtschaftsgruppen nun nicht mehr halten. Er musste Farbe bekennen und schlug sich auf die Seite der Unternehmer und damit der politischen Rechten. Fortan sahen die Radikalen – einst selber «Rote» genannt – ihren Hauptfeind in den «roten» Sozialdemokraten und nicht mehr in den «schwarzen» Konservativen.

Freilich kam es nicht zu einem abrupten Bruch, sondern zu einem allmählichen Auseinanderrücken. Der Grütliverein zählte weiterhin Freisinnige in seinen Reihen, und bei Abstimmungen oder Wahlen konnten immer noch – besonders im örtlichen Rahmen – Sozialdemokraten und Konservative gemeinsam gegen den dominierenden Freisinn antreten im Bewusstsein, dass sie ihm gegenüber beide

nur Minderheiten waren. Und wer mehr nach Tradition oder Neuerung fragte als nach Wirtschaftlichem, kämpfte weiter in den alten Fronten. Ulrich Dürrenmatt beispielsweise sah weiterhin im Freisinn seinen Hauptfeind.

Die Arbeiter empfanden den Käfigturmkrawall und sein Nachspiel als Machtdemonstration des Bürgertums und als Klassenkampf von rechts. Das festigte ihr Klassenbewusstsein und ihre Überzeugung, als Minderheit könnten sie Verbesserungen ihrerseits nur durch Klassenkampf und straffe Organisation erreichen, erst recht, solange für Wahlen noch der Majorz galt. Wassilieff wurde für die Arbeiterschaft zum Märtyrer und nutzte diese Popularität bald auch bei Machtkämpfen innerhalb der sozialdemokratischen Partei und anderen Organisationen der Linken.

Etwas Balsam auf die Wunden der Arbeiterschaft legten die Stimmbürger der Stadt Bern dann im Mai 1895, als sie ihren Entscheid vom Sommer 1893 umstiessen und nun für Gemeindewahlen doch das Proporzverfahren einführten. Dieses Entgegenkommen beschränkte sich aber auf den Hauptort. Für den Kanton scheiterte ein entsprechender Vorstoss am 1. März 1896 in der Volksabstimmung, freilich verhältnismässig knapp, mit rund 28 000 gegen 33 000 Stimmen. Aber die Trennung der Arbeiter von den Freisinnigen war nicht mehr aufzuhalten³².

V. KAPITEL

KULTUR UND BILDUNG

1. BERN VERLIERT DEN KAMPF UM DAS LANDESMUSEUM

Wie anderswo lagerten auch in Bern manche historische Sehenswürdigkeiten wie Waffen, Banner, Gemälde und archäologische Funde, und von 1837 an bemühte sich eine «Antiquarische Gesellschaft», die vor allem aus Patriziern bestand, solche Gegenstände zu sammeln und einer weiteren Öffentlichkeit zu zeigen. Aber das Echo blieb gering, und nach vielen Schwierigkeiten bei der Suche nach geeigneten Ausstellungsräumen löste sich die Vereinigung gut zwanzig Jahre nach ihrer Gründung wieder auf. Immerhin gab es beim heutigen Casinoplatz noch die Bibliotheksgalerie, wegen ihres bekanntesten Schaugutes aus dem Bereich der Ornithologie im Volksmund die «Vögelibibliothek» genannt. Sie barg ebenfalls Ur- und Frühgeschichtliches, etwa die Bronzefunde von Muri mit der berühmten römischen Dea Artio und Objekte zur sogenannten Pfahlbauzeit vom Moossee und von den Seen am Jurasüdfuss.

So hatten sich im Laufe der Zeit namhafte Altertümer angesammelt, die zusätzlichen Raum verlangten. Es bedurfte aber äusserer Anstösse, um die Bestrebungen für ein historisches Museum in Bern zu beleben. Zum einen gingen sie aus vom wohlhabenden Berner Kunstfreund Friedrich Bürki (1819–1880), der von 1850 bis 1862 dem Grossen Rat angehörte und sich nachher vor allem seiner Kunstsammlung widmete. Namentlich Familien und Kirchgemeinden hatten ihm Wertvolles wie Kelche oder Glasmalereien für einen bescheidenen Preis abgetreten, teils um Geld zu gewinnen, teils in der festen Überzeugung, der Junggeselle Bürki werde diese Güter spätestens auf seinen Tod hin einer öffentlichen Sammlung zuleiten, sie damit der Heimat erhalten und vor dem Zugriff fremder Händler und Sammler schützen. Friedrich Bürki selber hatte im Gespräch die Absicht geäussert, in Bern ein historisches Museum zu errichten

und auch später noch zu fördern. Es könnte dann Bedeutung über den Kanton hinaus erlangen und zum eigentlichen Landes- oder Nationalmuseum werden, wie es auch andere Staaten geschaffen hatten.

Gross war daher die Enttäuschung, als Bürki am 3. August 1880 durch Selbstmord starb und sein Testament keine Bestimmungen über seine Kunstsammlung enthielt. Anscheinend hatte er in der Angst vor dem Dahinschwinden seiner körperlichen und geistigen Gesundheit nicht mehr die Kraft gefunden, diese Angelegenheit zu regeln. Damit fielen seine Schätze an die nächsten Verwandten, zwei Neffen, die sie in Basel versteigerten und nicht bereit waren, ehemalige Geber ihren einstigen Besitz zu einem Vorzugspreis zurückkaufen zu lassen. Immerhin sammelten Berner mehr als 50 000 Franken, mit denen sie an der Auktion einiges für ihre Vaterstadt zurückgewinnen konnten. Viel anderes aber wanderte ins Ausland und war für Bern auf immer verloren³³.

1877 entstand an der Waisenhausstrasse (der heutigen Hodlerstrasse) ein Neubau der Burgergemeinde für die naturwissenschaftlichen Sammlungen. Das gab die ganze «Vögelibibliothek» frei für ein historisches Museum, das im Mai 1881 eröffnet wurde. Kurz vorher hatte der Zürcher Kunsthistoriker und Nationalrat Salomon Vögelin vorgeschlagen, es sei ein schweizerisches Nationalmuseum zu schaffen, wie es schon die Helvetik angeregt hatte. Er sah seinen Platz in Bern und hoffte, die bestehenden Museen aus den übrigen Kantonen würden der neuen Institution ihre Bestände zum Teil abtreten. Zwar drang Vögelin vorerst nicht durch, aber das Nachspiel um die Sammlung Bürki gab seinen Ideen neuen Auftrieb, ebenso die Landesausstellung in Zürich 1883, die in einer besonderen Abteilung «Alte Kunst» darauf hinwies, wieviel Kulturgut unser Land noch berge. Das Museum kam vorderhand nicht zustande, doch bewilligten die eidgenössischen Räte 1886 wenigstens einen jährlichen Kredit von höchstens 50 000 Franken «zur Erhaltung und Erwerbung vaterländischer Altertümer».

Schon kurz zuvor war an Bundesrat Schenk, den Chef des Departements des Innern, ein Geschäft aus dem Bereich der Urgeschichte herangetragen worden. Der Arzt Dr. Victor Gross in Neu-

enstadt hatte während der Juragewässerkorrektion rund 6000 Gegenstände aus der «Pfahlbauzeit» zusammengekauft, die zum Teil an den Weltausstellungen von Wien 1873 und Paris 1878 gezeigt worden waren und die er nun der Eidgenossenschaft für 60 000 Franken anbot, obwohl angeblich aus dem Ausland höhere Offerten vorlagen. Im Dezember 1884 stimmten National- und Ständerat dem Geschäft zu. Neuenburg, Neuenstadt, Genf, Lausanne, Bern und Biel bewarben sich als Standorte für die Sammlung; aber um für die laufende Diskussion über ein Landesmuseum nichts zu präjudizieren, wies man die Funde nicht einem bestehenden Museum zu, sondern stellte sie im obersten Stock des Bundesratshauses (des heutigen Bundeshauses West) aus, wo sie vom Publikum kaum beachtet wurden.

Derartige Käufe, aber auch Schenkungen Privater, weckten den Ruf nach einem schweizerischen Nationalmuseum von neuem. Im Sommer 1890 beschlossen die eidgenössischen Räte seine Errichtung, liessen aber dabei die Sitzfrage noch offen. Im Kampf um den Standort rivalisierte Bern mit Basel, Luzern und Zürich. Genf hatte ursprünglich ebenfalls Interesse gezeigt, dann aber kein verbindliches Angebot eingereicht. Bern schien vorzüglich für den Kampf gerüstet. Bereits im Frühjahr 1888 hatten sich Kanton, Burgergemeinde und Einwohnergemeinde der Stadt Bern zusammengefunden und – unter Vorbehalt der Genehmigung durch die zuständigen Stellen der drei Partner – eine gemeinsame Stiftung «Schweizerisches Nationalmuseum» errichtet, deren Kosten die Burgergemeinde ungefähr zur Hälfte, Einwohnergemeinde und Kanton je ungefähr zu einem Viertel tragen sollten. Ein Areal für das Museumsgebäude war vorgesehen «am Helvetiaplatz bei der Kirchenfeldbrücke».

Die Ratifikation durch den Grossen Rat geschah am 1. Februar 1889 nicht ganz einstimmig, obwohl Erziehungsdirektor Gobat und andere freisinnige Prominente wie Regierungsrat Scheurer, der Berner Stadtpräsident Eduard Müller oder «Eisenbahnbaron» Eduard Marti sich dafür einsetzten und sogar konservative Jurassier wie Ernest Daucourt und Casimir Folletête die Vorlage empfahlen. Spielverderber war Ulrich Dürrenmatt, der föderalistische und fi-

nanzielle Bedenken vorbrachte, aber nur drei weitere Gleichgesinnte fand, während 177 Grossräte zustimmten.

Berns Chancen schienen gut, um so mehr, als ihm eine Expertenkommission von drei ausländischen Museumsdirektoren im Oktober 1890 nach einer kurzen Besichtigungsreise den Vorzug gab. Dennoch trat ein, was im Berner Grossen Rat noch als «unmöglich» bezeichnet worden war: nach langem Hin und Her entschieden sich National- und Ständerat im Sommer 1891 für Zürich und gegen Bern. Basel und Luzern waren schon früher aus dem Rennen gefallen.

Aber Bern gab nicht klein bei, hatte doch schon 1889 die Botschaft des Regierungsrates an den Grossen Rat behauptet: «Auch wenn die Eidgenossenschaft [...] einem anderen Kanton den Vorrang gibt, wird doch jeder Schweizer das Museum in Bern für das schweizerische Nationalmuseum ansehen.» So entstand der geplante Neubau trotz allem und öffnete unter dem Namen «Bernisches Historisches Museum» seine Tore im Herbst 1894, vier Jahre früher als das Landesmuseum in Zürich. Dessen erster Direktor wurde Heinrich Angst aus Zürich, der vor und hinter den Kulissen am eifrigsten gegen den Standort Bern gekämpft hatte. Der Nachwelt mag es wie eine heimliche Rache Berns vorkommen, dass Angst dann die Ausschmückung des Waffensaals in «seinem» Zürcher Haus durch Ferdinand Hodler nicht verhindern konnte und von 1900 an die ihm verhassten Marignano-Fresken des Berners stets vor Augen haben musste³⁴.

2. DAS JUBILÄUM VON 1891

Am Ende des 19. Jahrhunderts wurden in der Eidgenossenschaft und in Bern grosse historische Jubiläen fällig, die man nun in einem ganz anderen Stil feierte als noch 1853 die Erinnerung an den Beitritt Berns zum Bund der Waldstätten. Damals war die konservative Regierung Blösch am Ruder gewesen, die sich augenfällig darum bemüht hatte, Zweifel an ihrer Zuverlässigkeit und Bundestreue bei den radikalen Mitschweizern zu zerstreuen. Bei allem Aufwand war

der Rahmen eher einfach geblieben, schon nur, weil zu jener Zeit die Eisenbahn Bern noch nicht erreicht hatte.

Doch dann setzte 1886 die 500-Jahr-Feier der Schlacht bei Sempach neue Zeichen und Massstäbe. Sie war geprägt durch das Abflauen des Kulturkampfes und die wachsende Integration einer jüngeren Generation katholischer konservativer Politiker in den Bundesstaat. Ein grosses Festspiel und andere Monumentalveranstaltungen suchten breite Massen zu packen und in einem Europa der Nationalstaaten zu Liebe und Stolz für die Heimat und ihre politischen Institutionen zu erziehen.

Das Gedenken an den 550. Jahrestag der Schlacht bei Laupen hatte sich in Bern 1889 noch in überlieferter, eher schlichter Art auf einige Ansprachen beschränkt. Vielleicht dämpfte auch der eben aufgebrochene Gelehrtenstreit über die Frage, ob Rudolf von Erlach 1339 tatsächlich die Berner angeführt habe und der Held des Tages sei, die Lust nach grösseren Festlichkeiten.

Im Sommer 1891 kamen sich dann zwei Jubiläen zeitlich in die Quere: 600 Jahre waren verflossen seit der Entstehung des Bundesbriefes von 1291, 700 Jahre seit dem überlieferten Gründungsdatum der Stadt Bern. Ein Zusammenlegen der Feiern verbot sich, weil Bern auf ein Prestige-Ereignis nicht verzichten mochte, die betonte Integration politischer Minderheiten in den Bundesstaat aber nach patriotischen Grossanlässen in der Innerschweiz rief. So gedachte man des Bundesbriefes anfangs August in Schwyz, während Bern auf Mitte August auswich.

Streng genommen betraf das Jubiläum nur die Stadt Bern, und ihre Einwohnergemeinde und die Burgerschaft sollten die Hauptlast tragen. Doch galt das Fest «dem ganzen bernischen Land und dem, was es geworden ist». Deshalb bewilligte der Grosse Rat einstimmig und fast ohne Diskussion einen Kantonsbeitrag von 40 000 Franken für eine Feier, «wie sie die Schweiz jedenfalls noch nie gesehen hat». Nicht einmal Ulrich Dürrenmatt kämpfte dagegen. Denn er meinte – ohne Illusionen über den Erfolg seiner Mahnungen – analog zur Verbrüderung in der Eidgenossenschaft nach dem Sempacher Tag von 1886 müsste der Freisinn nach 1891 auch in Bern die Minderheit besser zum Zuge kommen lassen. Vor allem aber begrüsst er, «dass

man sich mit dieser Feier wieder einmal zu einem erhebenden Schritt aufrafft, der die Lebensfähigkeit des bernischen Staatslebens beweisen soll. Würden wir keine kantonale Subvention bewilligen, so würde man wahrscheinlich noch die Bundesbehörden anbetteln, was doch wahrhaftig die grösste Demüthigung wäre.»

Kurz nach dem Entscheid gegen Bern in der Museumsfrage, am Freitag, den 14. August 1891, füllten am späten Nachmittag Ehrengäste als Vertreter von Bund, Kantonen und Stadt Bern das Münster und hörten bei der Eröffnungsfeier eine Rede von Regierungsrat Edmund von Steiger und die «Fest- und Gedenksprüche» von Johannes Brahms, also eines zeitgenössischen Komponisten aus dem Ausland, der immerhin mit Bern mannigfach verbunden war.

Die Bühne für das Festspiel erinnerte in ihrem Umriss an eine mittelalterliche Burg und hätte mit ihren gewaltigen Massen in der historischen Altstadt keinen Platz gefunden. Deshalb baute man sie im eben erst erschlossenen Kirchenfeld auf, am Rande des Dählhölzliwaldes (wo heute noch Namen wie Jubiläumsstrasse und Jubiläumsplatz an den Anlass erinnern). Damit war zugleich angedeutet, die Feier gelte nicht bloss Berns Vergangenheit, sondern auch seiner Gegenwart und seiner künftigen Entwicklung. Anders als 1853 der Umzug, brach nun das Spiel nicht beim «Heldenzeitalter» der Eidgenossenschaft ab, sondern führte über das Debakel von 1798 bis zu Berna und Helvetia als Heroinnen und Mahnerinnen von 1891. Die beiden Aufführungen am Vormittag des Samstags und des Sonntags packten Zehntausende von Zuschauern, und der Autor des Textes, Pfarrer Heinrich Weber von Höngg, der schon das Sempacher Festspiel von 1886 verfasst hatte, und der Komponist der Festspielmusik, Musikdirektor Carl Munzinger in Bern, wurden zu Ehrenburgern ernannt, desgleichen Oberbibliothekar Emil Blösch für seine Leistungen als Historiker. Munzinger erhielt zudem den Ehrendoktor der philosophischen Fakultät der Berner Hochschule.

Auf dem Festgelände gleich neben der Bühne unterhielten am Samstag ein Jugendfest und am Sonntag ein Volksfest das Publikum. Den krönenden Abschluss sollte am Montagvormittag ein historischer Umzug durch die Altstadt bilden, er war aber bereits über-

schattet von einem Eisenbahnunglück im Vorort Zollikofen, das 17 Tote forderte.

Das Jubiläum von 1891 erinnerte an die Gründung der Stadt, doch wollten die Organisatoren auch das Landvolk einbeziehen. Zudem betonten sie, es müssten «die Frauen und die Jugend [...] als integrierender Bestandtheil unserer Kulturentwicklung die gebührende, hervorragende Stellung» erhalten. In ihren Ansprachen riefen die Festredner dann aber doch nur Mannesmut, Mannestreue und alte Mannskraft an oder beschworen Gedanken, welche die Männerbrust schwellten.

Gegensätze zwischen Wirtschaftsgruppen und Gesellschaftsschichten wurden in den offiziellen Ansprachen kaum angetönt oder höchstens in allgemeinen, unverbindlichen Formulierungen. Auch die Spannungen zwischen Altbern und dem jurassischen Landesteil zeigten sich bloss in Nebenpunkten. So hatte zum Beispiel Professor Virgile Rossel die sogenannte kleine Festschrift – Wolfgang Friedrich von Mülinens «Geschichte Berns von 1191 bis 1891» – ins Französische übersetzt, doch blieben mehr als zwei Drittel der Auflage unverkauft. Und im kleinen Kreis des Abschiedsbanketts für die Ehrengäste führte der alte Haudegen Grossrat Casimir Folletête aus Pruntrut eine klare Sprache. Zwar freue sich der Jura zusammen mit Bern, aber er wolle seine «individualité jurassienne» behalten: «Le peuple bernois sentira mieux le devoir de la justice et de l'équité. Il comprendra qu'il y a des droits qui ne peuvent être atteints par des coups de majorités.» Am Patriotismus der Schweizer Katholiken gebe es keine Zweifel; schliesslich seien ja auch die vielgepriesenen Helden von Laupen und Murten Katholiken gewesen. Folletête betonte also die Eigenart des Juras. Aber er argumentierte noch von der Konfession her, nicht von der Sprache und vom Kulturbewusstsein, wie später die Separatisten des 20. Jahrhunderts.

Die Berner Festlichkeiten von 1891 wandten sich vor allem an ein volkstümliches Geschichtsinteresse. Für die Historiker vom Fach blieb der Ertrag eher bescheiden. Eine voluminöse Festschrift fasste den Stand der Forschung – namentlich zu Themen der stadtberni-schen Geschichte – übersichtlich zusammen, und im zeitlichen Umfeld des Jubiläums wurden früher begonnene Publikationsreihen

gefördert, so die Urkundensammlung der «Fontes rerum bernensium» oder die Edition bernischer Chroniken. Harziger verlief – nach einem guten Beginn 1884 – die Fortsetzung der «Sammlung bernischer Biographien». Am gewichtigsten für die Geschichtspflege war wohl die Schaffung der Stelle eines vollamtlichen Staatsarchivars 1891, die freilich ebensosehr organisatorisch-administrative Verbesserungen anstrebte wie die Förderung der historischen Wissenschaft³⁵.

Als erste Denkmäler im heutigen Sinne des Wortes waren in der Stadt Bern 1847 und 1849 die Statuen Berchtolds V. von Zähringen und Rudolfs von Erlach errichtet worden. Ein neues Monument von ähnlicher Bedeutung erstand erst wieder kurz vor der Jahrhundertwende, als ein Initiativkomitee einen Wettbewerb für ein Bubenbergs-Denkmal ausschrieb. Es erhielt bis im Sommer 1891 über zwanzig Entwürfe, zum grossen Teil von namhaften Künstlern, wie von Richard Kissling, dem Schöpfer des Altdorfer Tell-Denkmal, oder von Karl Stauffer, der im Januar 1891 starb, noch bevor die Jury entschieden hatte. Diese legte Wert darauf, dass Adrian von Bubenberg auch als Staatsmann zur Geltung komme und nicht bloss als Krieger. Deshalb fanden Arbeiten keine Gnade, die Bubenberg in Rüstung samt Helm zeigten, wie das Reiterstandbild von Alfred Lanz, für das sich ein besonderer Ausschuss mit vielen Flugblättern und Zeitungsartikeln einsetzte. Ausgeführt wurde das Projekt von Max Leu. Von seiner Enthüllung im Sommer 1897 an stand es bis 1930 vor dem Burgerspital. Dann musste es vor dem wachsenden Verkehr an seinen jetzigen Ort am Nordende des Hirschengrabens weichen³⁶.

Anders als beim Jubiläum von 1853 gaben 1891 in Stadt und Kanton Bern die gleichen Kräfte den Ton an wie im Bund, nämlich die Freisinnigen. So brauchte kein Magistrat mehr um Verständnis für Berns Sonderstellung zu werben wie seinerzeit Eduard Blösch. Vielmehr konnte sich Bern im Glanze seines Prestiges in der Eidgenossenschaft und überspielte mit dem Beschwören seiner glorreichen Vergangenheit den Rückgang seiner Bedeutung besonders für die Wirtschaft der Schweiz. Innerbernisch war der frühere Gegensatz zwischen Stadt und Landschaft zwar weitgehend abgeklungen,

aber der Jubel von 1891 täuschte nicht darüber hinweg, dass mehr die Stadt Bern feierte als das gesamte bernische Staatswesen.

3. DER KAMPF UM DIE HÖHERE BILDUNG IM KANTON BERN

Für den höheren Unterricht sah ein Gesetz von 1856 zwei Kantonschulen vor, von denen die eine in Pruntrut gedieh, während jene in Bern unter der Konkurrenz anderer Schulen in der Stadt litt, namentlich der Realschule, welche auf Studien vorbereitete, die nicht die Kenntnis alter Sprachen voraussetzten, und der privaten evangelischen sogenannten Lerberschule, des späteren Freien Gymnasiums. Nach längeren Verhandlungen zwischen dem Kanton und der Stadt Bern wurde die Kantonsschule in Bern durch ein Gesetz von 1877 aufgehoben und zusammen mit der Realschule übergeführt in das 1880 gegründete Städtische Gymnasium Bern, das 1885 einen imposanten Neubau am Waisenhausplatz bezog. Die Literaturabteilung leitete seit 1886 Georg Finsler, ein aus Zürich berufener Altphilologe mit internationalem Ansehen.

Für die Mädchen, bei denen bis kurz vor 1900 der Besuch des Gymnasiums noch nicht üblich war, bestanden die private evangelische Neue Mädchenschule und die Mädchensekundarschule, die zur Hauptsache von der Einwohnergemeinde Bern getragen wurde. Ihre Vorläuferin hatte der Dichter Josef Viktor Widmann geleitet. Als er 1880 als zu freigeistig nicht mehr wiedergewählt wurde, wechselte er hinüber in die Feuilletonredaktion des «Bund», wo er drei Jahrzehnte lang wirkte und sein eigentliches Lebenswerk schuf. Ausserhalb der Stadt Bern gab es um die Jahrhundertwende im alten Kantonsteil Gymnasien nur in Burgdorf, seit 1872, und in Biel. Hier hatte bereits von 1817 an eine Schule bestanden, die den Anschluss an akademische Studien vermittelte, doch wurde sie 1836 auf ein Progymnasium zurückgestuft und stieg erst 1902 wieder zum alten Rang auf.

Schon bald nachdem Albert Gobat 1882 die Erziehungsdirektion übernommen hatte, brach eine harte Auseinandersetzung um die

Gymnasien und um die Rolle der alten Sprachen an ihnen aus. Die Beteiligten trugen den Kampf in Zeitungsartikeln, Flugschriften und parlamentarischen Vorstössen mit aller Schärfe vor der Öffentlichkeit aus, wobei sie ebenso um Sinn und Stundenzahlen einzelner Fächer stritten wie um die Kompetenzen kantonaler und städtischer Behörden.

Gobat entwarf Ende 1885 einen neuen Unterrichtsplan für die Gymnasien, obwohl der bisherige erst sechs Jahre alt und noch nicht an allen Schulen voll eingeführt war. Der Erziehungsdirektor glaubte, die Schüler seien überlastet, und wollte daher an der Literarabteilung des Gymnasiums Latein und Griechisch massiv einschränken und dafür moderne Sprachen und Naturwissenschaften begünstigen, welche eher den Bedürfnissen der modernen Zeit entsprächen. «Wir halten namentlich dafür, dass der Unterricht in den alten Sprachen, wie er eingerichtet ist, einen ganz verderblichen Einfluss auf die Studien ausübt. Er wird viel zu früh angefangen; es wird ihm zu viel Zeit eingeräumt und er wird nicht zweckmässig erteilt.» Tatsächlich begann damals der Unterricht für Latein in der untersten oder zweituntersten, für Griechisch in der drittuntersten Klasse des Progymnasiums, und ein Gymnasiast brachte 51 Jahresstunden für Latein und 34 für Griechisch hinter sich.

Gegen die Pläne der Erziehungsdirektion wehrte sich vor allem Finsler, und er fand Helfer auch in Gobats eigener Partei. So suchte Fritz Bühlmann aus Grosshöchstetten, einer der einflussreichsten Freisinnigen vom Lande, die Neuerungen durch eine Motion hinauszuzögern; doch schliesslich gewann Gobat den Gesamtregierungsrat für sein Vorhaben, und im Januar 1890 trat ein Unterrichtsplan in Kraft, der das Obligatorium für den Griechischunterricht an der Literarabteilung aufhob. An die Stelle dieser Sprache konnten Englisch oder Italienisch treten. Damit war die bisherige Einheit des humanistischen Unterrichts gebrochen, und es entstanden Mischformen zwischen klassischer und naturwissenschaftlicher Richtung, wie sie dem Schwanken des Zeitgeistes zwischen alten und neuen Bildungsidealen entsprachen.

Finsler war in diesem Kampf unterlegen, aber er zog sich nicht aus Bern zurück, trotz Berufungen an Gymnasien oder an die

Universitäten Zürich und Basel. Schon früh war der Zürcher ein Stück weit «verbernt». Er feierte das Stadtjubiläum von 1891 nicht weniger begeistert als Alteingesessene, und er widmete dem Festspiel dafür sogar eine wissenschaftliche Arbeit. Seinem Bemühen dankte die Zunft zu Metzgern, indem sie ihn zum Ehrenburger ernannte. Gesellige Erholung und geistige Anregung fand er bis zu seinem Tod 1916 in der «Literarischen Gesellschaft», die er 1889 gründete und nur seinen Freunden und Vertrauten öffnete.

Von 1893 an nahm das Städtische Gymnasium in Bern auch Schülerinnen auf. Von einem besonderen Mädchengymnasium mochte aber die städtische Bürgerschaft in einer Volksabstimmung von 1920 nichts wissen. Bewilligt wurde dagegen ein Neubau am Rande der Stadt, im Kirchenfeld, in dem von 1926 an auch die grösser gewordene Zahl von Schülern Platz fand³⁷.

Nicht der Erziehungsdirektion, sondern der Direktion des Inneren und ihrer Abteilung Volkswirtschaft wurde das Technikum unterstellt, das der Kanton am Ende des 19. Jahrhunderts gründete, ähnlich wie es zuvor der Kanton Zürich in Winterthur getan hatte. Die Anregung dazu war von einer Eingabe des kantonalen Gewerbeverbandes und einer Motion des Stadtberner Grossrates Demme ausgegangen, die 1887 kaum Widerstand fanden. Als Standort dachte man vorerst an Bern, doch empfahl sich auch Biel, das im Mai 1890 auf eigene Faust seine Zeichnungs- und Uhrmacherschule in ein von der Gemeinde getragenes westschweizerisches Technikum umwandelte.

Der Gesetzesentwurf für eine entsprechende kantonale Anstalt beschränkte sich auf 11 Artikel und liess die Sitzfrage offen. So ging er im Grossen Rat fast ohne Diskussion durch, und am 26. Oktober 1890 stimmte ihm das Bernervolk mit 34 000 Ja gegen 13 000 Nein ebenfalls zu. Auch der Jura nahm deutlich an. Von den Amtsbezirken lehnten einzig Schwarzenburg und Trachselwald ab.

Über den Standort entschied im März 1891 der Grosse Rat ohne öffentliche Diskussion und in geheimer Abstimmung, so dass nicht volle Klarheit herrscht über die Zugkraft der Argumente, mit denen sich die Städte Bern, Biel und Burgdorf empfohlen hatten. Überra-

schend schlugen im ersten Wahlgang Biel und Burgdorf mit je 91 Stimmen Bern, das bloss 63 erreichte und damit ausschied. In der zweiten Runde gewann dann Burgdorf gegen Biel mit 135 zu 112 Stimmen. Das war eine Schlappe namentlich für die Stadt Bern und für das Bestreben, höhere Schulen möglichst am Kantonshauptort zusammenzufassen. Der Sinneswandel zugunsten von Burgdorf war spät gekommen. Noch in der zweiten Lesung hatte just ein Burgdorfer Grossrat – in der Annahme, das Technikum falle Bern zu – eine höhere Kostenbeteiligung der Sitzgemeinde durchgesetzt als ursprünglich vorgesehen.

Unterlegen war auch Biel, doch blieb sein westschweizerisches Technikum bestehen, ja es wurde von mehr Schülern besucht als jenes in Burgdorf, das 1892 den Betrieb aufnahm. Schliesslich fand sich der Staat Bern 1910 damit ab, die Schule in Biel selber zu übernehmen und in «Kantonales Technikum Biel» umzubenennen. So kam der Kanton innert kurzer Zeit unverhofft gleich zu zwei höheren technischen Lehranstalten. Die Niederlage Berns in der Standortfrage bedeutete für die Stadt eher einen Verlust an Prestige als einen echten, gewichtigen Nachteil. Aber sie zeigte doch, dass der Vorrang des Hauptortes nicht mehr allgemein anerkannt war und dass sich keine Partei geschlossen für seine Anliegen einsetzte³⁸.

4. DAS INTERNATIONALE BERN

Als Bern 1848 Bundesstadt wurde, hob diese Stellung seine Bedeutung und sein Prestige vor allem innerhalb der Eidgenossenschaft. Über die Landesgrenzen hinaus stieg dann seine Bekanntheit, als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hier immer häufiger Konferenzen und Kongresse mit Delegierten aus den verschiedensten Staaten Europas stattfanden und internationale Ämter und Vereinigungen sich in Bern niederliessen. Die Initiative dafür ging jeweiligen nicht von der Stadt oder vom Kanton aus, sondern von Bundesstellen oder Privaten. Kleinstaaten eigneten sich für derartige Anlässe oder Institutionen besonders, denn sie standen nicht im Verdacht,

damit verdeckte Machtpolitik zu betreiben. Für die Schweiz sprach zudem ihre zentrale Lage.

Fast von selber ergab sich aus der Entwicklung der Industrie das Bedürfnis nach gemeinsamen Normen für Post, Meldewesen, Eisenbahnen, Masse und Gewichte und den Schutz von Erfindungen. Die Suche danach setzte ein, noch bevor Deutschland und Italien sich zu Grossstaaten vereinigt hatten. Bereits für 1858 berichtete die Chronik des «Berner Taschenbuches» stolz über einen internationalen Telegrafenkongress in Bern mit dem Chef des eidgenössischen Post- und Baudepartements, Bundesrat Näff, als Präsidenten und Delegierten aus Frankreich, Sardinien, Belgien, Württemberg, Holland, Portugal, Baden und der Schweiz. «Es ist das erste Mal, dass eine europäische Angelegenheit auf schweizerischem Boden unter dem Vorsitze eines schweizerischen Staatsbeamten durch einen europäischen Congress berathen wird.»

1865 liess sich die internationale Union der Telegrafenvverwaltungen in Bern nieder, 1874 der Weltpostverein, 1886 ein Büro für das geistige Eigentum und 1890 das Zentralbüro der internationalen Eisenbahntransporte.

Zu diesen internationalen Organisationen unter staatlicher Oberaufsicht kamen private, wie die «Ligue internationale de la Paix», die seit 1892 in Bern ein internationales Büro führte. Im selben Jahr eröffnete auch die interparlamentarische Union in Bern ein Büro. Dazu traten Vereinigungen, welche die Schaffung einer Weltsprache, etwa des Esperanto, anstrebten.

Im Bereich des Humanitären gewann Bern keine Organisation für sich, die Grösse und Bedeutung des Roten Kreuzes in Genf erreicht hätte, und internationale wissenschaftliche Kongresse tagten wohl bisweilen in Bern, doch ihre ständigen Organisationen liessen sich in den grossen Universitätsstädten Europas nieder.

Auch für die Sozialpolitik beherbergte Bern kein internationales Amt. Gleichwohl konnte die Stadt auf diesem Gebiet als ein Zentrum gelten. Denn hier berieten zwischen 1905 und 1913 dreimal gewichtige internationale Arbeiterschuttkonferenzen, und der Bundesrat unterstützte die 1900 gegründete «Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz» mit seinem diplomatischen Dienst.

Bern erwarb durch die internationalen Büros verhältnismässig wenig zusätzliche Arbeitsplätze, die Schweiz hingegen «une confortable retraite à ses hommes publics fatigués de la politique», wie sich ein französischer Diplomat ausdrückte. Denn als Direktoren wurden häufig amtsmüde Schweizer Magistraten gewählt. Sie wichen so – im wesentlichen auf Kosten des Auslandes – am Ende ihrer Karriere den Unzukömmlichkeiten aus, welche die eher niedrigen Gehälter der Landesregierung und das Fehlen einer Pensionskasse für Bundesräte vor dem Ersten Weltkrieg verursachten. So wurden die Bundesräte Eugène Borel, Eugène Ruffy und Camille Decoppet Direktoren des Weltpostvereins, Numa Droz und Ludwig Forrer Direktoren des Zentralamtes für den internationalen Eisenbahntransport, Emil Frey Direktor des internationalen Büros der Telegrafienverwaltungen und Robert Comtesse Direktor des internationalen Büros für gewerbliches, literarisches und künstlerisches Eigentum. Bundesräte aus dem Kanton Bern finden sich in dieser Liste allerdings nicht. Der bernische Erziehungsdirektor Albert Gobat leitete – neben seiner Tätigkeit als Regierungsrat – bis 1906 das Sekretariat der interparlamentarischen Union und nachher das internationale Friedensbüro. Für diese pazifistischen Bemühungen erhielt er 1902, zusammen mit dem in Bern ansässigen Genfer Elie Ducommun, den Friedensnobelpreis.

Die internationalen Organisationen verzichteten in Bern auf eigene Repräsentationsbauten und begnügten sich mit gemietetem Raum. So fielen sie im Stadtbild erst auf, als sie 1909 auf der Kleinen Schanze mit dem Weltpost-Denkmal und 1922 auf dem Helvetiaplatz vor dem Historischen Museum mit dem Welttelegraphen-Denkmal vor die Öffentlichkeit traten. Damals zog Bern schon kaum mehr weitere internationale Vereinigungen an, und es unterlag zum Beispiel Den Haag beim Bemühen um den internationalen Schiedshof. Andere Kleinstaaten, namentlich Belgien, liefen nun der Schweiz und Bern den Rang ab³⁹.

ZWEITER TEIL

AUFBRUCH ZU NEUEM UM DIE JAHRHUNDERTWENDE

I. KAPITEL

DER STAAT BERN UND DER VERKEHR

1. DER BAU DER LÖTSCHBERGBAHN

Verglichen mit den übrigen Gebieten Europas erreichte die Eisenbahn die Schweiz spät und den Kanton Bern noch später. Erst gegen Ende der 50er Jahre und in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts war seine Hauptstadt mit den grösseren Städten der übrigen Schweiz verbunden worden, und in einem zweiten Schub entstanden während der 1870er Jahre auch Linien in die einzelnen Landesteile des Bernbiets und in den Jura. Nur in die Täler des Oberlands, wo eigentliche Wirtschaftszentren fehlten, drang die Bahn um 1880 noch nicht vor. An den internationalen Verkehr gegen Süden fand Bern den Anschluss nur über Luzern und die Gotthardbahn. Inzwischen hatten aber Linien wie jene am Brenner (1867), am Mont Cenis (1871), am Gotthard (1882) und am Arlberg (1884) bewiesen, dass sich die technischen Schwierigkeiten und die Finanzprobleme für Bahn- und Tunnelbauten im Gebirge überwinden liessen.

Aus der Fusion westschweizerischer Gesellschaften mit der Jura–Bern–Luzern–Bahn entstand 1890 die Jura–Simplon–Bahn, in welcher die Berner und besonders ihr «Eisenbahnbaron» Eduard Marti den Ton angaben. Im Umfeld der ersten eidgenössischen Volksabstimmung über die Verstaatlichung der schweizerischen Eisenbahnen gelang es dann einer welschen Bankiergruppe, genügend Aktien zu erwerben, um personelle Änderungen zu erzwingen und Marti 1892 als Direktor abzusetzen. Er wurde wenig später bernischer Regierungsrat. Besonders innerhalb des Freisinns blieb darauf zwischen Waadtländern und Bernern tiefe Verstimmung zurück. Dennoch gediehen die Pläne für einen Simplondurchstich, und man durfte am Jahrhundertende mit ihrer Verwirklichung in naher Zukunft rechnen.

Das gab Ideen für eine Verbindung durch die Berner Alpen zur Simplonlinie nach Italien neuen Auftrieb, um so mehr, als sich die

Kantonsfinanzen seit der Staatskrise von 1877/78 erholt hatten und auch die damaligen Eisenbahnlasten erträglich geworden waren. Entwürfe für einen Grimseldurchstich waren seinerzeit schon dem Gotthardprojekt entgegengestellt worden, dabei aber unterlegen, und 1889 hatte der Neuenburger Ingenieur James Ladame einen Gemmi-Tunnel vorgeschlagen.

Entscheidende Anstösse kamen nun von einem Einzelgänger und Aussenseiter, dem gebürtigen Oberländer Wilhelm Teuscher. 1870 in die Kantonsexekutive gewählt, gehörte er als Polizei-, Justiz- und Kirchendirektor zu den Hauptstreitern des Kulturkampfes. 1878 trat er im Gefolge der Staatskrise zusammen mit den übrigen Regierungsräten zurück und sass fortan im Obergericht, dem er bis zu seinem Tod angehörte. Neben seiner Berufstätigkeit erarbeitete er in ausgedehnten Studien und Berggängen für eine Alpenbahn von Kandersteg ins Wallis Pläne, die er 1889, 1893 und 1898 in drei Schriften an die Öffentlichkeit trug. Zwar dachte er zuerst noch an ein Tunnel-Nordportal im Gasterntal und an einen Anschluss an die Walliser Tallinie bei Visp (statt in Brig wie heute), im wesentlichen aber sah er die Bahn durch den Lötschberg so vor sich, wie sie später gebaut wurde. Das war eine erstaunliche Leistung für einen Mann ohne Fachausbildung im Eisenbahnwesen oder in einem technischen Beruf. Ihm kamen nun seine Ortskenntnisse und die Anfangsemester zugute, die er der Mathematik und den Naturwissenschaften gewidmet hatte, bevor er zur Jurisprudenz hinüberwechselte.

Teuschers Saat ging bald auf, und bereits im Dezember 1890 erhielt der Bundesrat ein Konzessionsgesuch für eine Normalspurbahn durch den Lötschberg, hinter dem namentlich der Dominator der Lokalpolitik im östlichen Oberland stand, Fürsprecher und Nationalrat Arnold Gottlieb Bühler in Frutigen. Während der Berner Regierungsrat das Vorhaben begrüßte, blieb der Walliser Staatsrat misstrauisch. Er hielt das bereits bewilligte (aber später nie ausgeführte) Projekt für eine Schmalspurverbindung von Lauterbrunnen nach Visp unter dem Breithorn hindurch für genügend und fürchtete von der Lötschberglinie Konkurrenz für die Bahnen, welche im Rhonetal bereits verkehrten. Dennoch erteilten die eidgenössischen Räte 1891 die Konzession. 1899 ging sie von dem

privaten Komitee gegen eine Entschädigung an den Kanton Bern über⁴⁰.

Im Jahr 1891 hatte der Berner Grosse Rat Eisenbahn-Subventionen vorgesehen für Projekte, die dann zum Teil doch nicht gebaut wurden. Deshalb wurde dieser Beschluss 1897 revidiert. Er durfte mit breiter Zustimmung rechnen, da er in allen Landesteilen insgesamt 17 Linien unterstützen wollte. Jene zwischen Frutigen und Brig war zwar nur eine davon, aber nach Ulrich Dürrenmatt doch «mehr oder weniger die Seele der ganzen Vorlage». Dabei spielte der Wunsch mit, alte Scharten aus der Zeit des Streits um die Führung der Jura-Simplon-Bahn auszuwetzen. Selbst ein nüchterner Politiker wie Regierungsrat Scheurer rief dazu auf, «die Bedeutung des Kantons Bern in eisenbahn-politischen Angelegenheiten [...] wiederherzustellen» und zu sehen, «ob der alte Traum, das alte bernische Ideal, durch den Kanton Bern und die Berneralpen hindurch eine Bahn ersten Ranges von internationaler Bedeutung und Wichtigkeit zu erstellen, sich nicht verwirklichen lasse». Dabei hatte er diesmal sogar Ulrich Dürrenmatt auf seiner Seite. Ihn freute «von Herzen, dass der Kanton Bern aus eigener Kraft, aus eigenem Willen und Vermögen» und ohne Bundeshilfe das Nötige aufbringe. Er empfahl Eintreten «mit dem alten, schönen und stolzen Wort: 'nous sommes de Berne!'" In Aufbruchstimmung nahm der Rat am 28. Januar 1897 die Vorlage mit 121 Ja gegen 4 Nein an, genau einen Monat später auch das Volk mit 51 000 Ja gegen 16 000 Nein. Von allen Amtsbezirken verwarf einzig Laufen.

Kurz darauf gab der Regierungsrat Gutachten in Auftrag über Linienführung, Kosten und geologische Verhältnisse, und zwar nicht nur für die Route durch den Lötschberg, sondern auch für jene durch den Wildstrubel, die damals vom Wallis her ins Spiel gebracht wurde. Das Breithornprojekt hingegen fand keine Verfechter mehr und verschwand aus der Diskussion.

Auch im weiteren Umfeld waren Änderungen eingetreten: Das Schweizervolk hatte 1898 im zweiten Anlauf dem Rückkauf mehrerer grosser Eisenbahnlinien durch den Bund zugestimmt, und Staatsverträge mit Italien sicherten nun den Simplondurchstich. Damit rückte der Bau einer Bahn durch die Berneralpen in die

Nähe. Doch dafür brauchte Bern wirtschaftlich starke Partner, und die gewann es nur, wenn es selber Zeichen setzte für ein kräftiges finanzielles Engagement des Kantons. Deshalb wurde der «Beschluss betreffend die Beteiligung des Staates am Bau neuer Eisenbahnlinien» von 1897 schon 1902 wieder revidiert. Das neue Gesetz sah nun als Hauptposten eine Subvention für den Lötschberg von 17½ Millionen Franken vor, ermöglichte aber Beiträge auch an gut zwanzig weitere Linien in den verschiedensten Gegenden des Kantons. Bei der Vorbereitung der Vorlage hatte man die politische Opposition mit einbezogen, so dass sie im Grossen Rat kaum Widerstand fand. Jurassier, Sozialdemokraten und Ulrich Dürrenmatt versprachen ihr Unterstützung. Sie wünschten allerdings – ohne Bedingungen zu stellen –, die Behörden möchten künftig im sozialen oder im konfessionellen Bereich gleiche Grosszügigkeit zeigen wie hier bei den Eisenbahnen.

Am 4. Mai 1902 stimmte das Volk mit 44 000 Ja gegen 18 000 Nein zu, während es am gleichen Tag ein Gesetz für eine Erbschafts- und Schenkungssteuer knapp verwarf. Damit hatten die Bürger erneut den Lötschberg unterstützt, freilich – wie 1897 – in einer Sammelvorlage, bei der manches Ja wohl ebensosehr Projekten anderer Landesteile galt wie der Alpenbahn⁴¹.

Bei den nächsten Schritten zur Vorarbeit waren nicht mehr kantonale Behörden federführend, sondern ein 80köpfiges Initiativkomitee und sein 16köpfiger leitender Ausschuss. Die Regierung versprach sich davon mehr Beweglichkeit im Vorgehen. Zudem war dafür gesorgt, dass die bisherige Linie beibehalten wurde. Denn ins Komitee selber hatte man wohl Oppositionelle aus den Reihen der Volkspartei, der jurassischen Konservativen und der Sozialdemokraten aufgenommen. Im leitenden Ausschuss aber, der rund vier Jahre lang die Geschäfte praktisch allein führte, blieb, abgesehen vom sozialdemokratischen Grossrat Gustav Müller aus der Stadt Bern, die freisinnige Prominenz des Kantons fast unter sich. Initiativkomitee und Ausschuss hatten bereits die Propaganda für die Volksabstimmung von 1902 geleitet und verlangten nachher bei drei Fachleuten aus Italien, Belgien und Frankreich eine Oberexpertise, welche die Projekte für Lötschberg und Wildstrubel in technischer und finan-

zieller Hinsicht vergleichen sollte. Ihr überraschender Befund war, der Wildstrubel verdiene den Vorzug, hauptsächlich weil diese Linie kürzer sei und mit weniger Steigung auskomme. Dafür hätte eine Wildstrubelbahn den touristischen Hauptregionen Interlaken und Thun weniger gut gedient, und diese besaßen unter den bernischen Politikern Fürsprecher mit mehr Einfluss. Zudem hatte das Berner Volk die bisher zugesagten Subventionen ausdrücklich für eine Lötschbergbahn bewilligt. Wäre es bereit, diese Zuwendungen ohne weiteres auf den Wildstrubel zu übertragen?

Der leitende Ausschuss des Initiativkomitees gab jedenfalls den Lötschberg nicht auf, sondern suchte das Projekt zu verbessern, besonders indem es fortan einen elektrischen Betrieb vorsah, was erlaubte, steilere Rampen zu befahren als mit Dampf. So entstand am Lötschberg die erste schweizerische Normalspurlinie, die als Teil einer internationalen Transitstrecke nicht vom Dampf auf Elektrizität umgestellt, sondern von Anfang an für elektrische Traktion geplant wurde.

Klar war, dass das Lötschbergprojekt die finanzielle Kraft von Kanton, Gemeinden, Bund und Bahngesellschaften überstieg. Deshalb nahm der Stadtberner Nationalrat Johann Hirter als Ausschusspräsident des Initiativkomitees im Sommer 1904 mit einem französischen Bankkonsortium Kontakt auf. Daraus ergaben sich Verbindungen auch zu französischen Bauunternehmen, die nun für die Erstellung einer Berner Alpenbahn Offerten und Pläne einreichten und dabei auch auf immer neue Wünsche und Varianten eingingen. So zögerte sich ein endgültiger Entscheid über ihre Eingaben hinaus bis in den Frühsommer 1906. Erst am 26. Mai 1906 schlossen der leitende Ausschuss und das französische Unternehmersyndikat einen Vorvertrag betreffend den Bau einer Lötschbergbahn von Frutigen nach Brig. Ihn und die entsprechenden Finanzvereinbarungen legte der Regierungsrat Mitte Juni 1906 dem Grossen Rat vor. Da das Konsortium angesichts der langwierigen Vorarbeiten einen Entscheid bis Ende Juli 1906 forderte, blieb kaum Zeit für ein gründliches Studium der Vorlage, zu der die Volksvertreter praktisch nur im Ganzen ja oder nein sagen, aber keine Änderungen mehr anbringen konnten.

Eine Verschiebung der Debatte um zwei bis drei Wochen, wie Ulrich Dürrenmatt sie vorschlug, lehnte der Rat ab. «Im grossen und ganzen sind wir alle in der Sache doch nur Laien und auf das Urteil der Sachverständigen angewiesen», meinte der Kommissionspräsident. So kam es vom 25. bis zum 27. Juni 1906 praktisch bloss über die Eintretensfrage zur Diskussion, in welcher Gustav Müller nochmals einen Tunnel durch den Wildstrubel empfahl und Dürrenmatt beanstandete, dass Bern sich auf ausländisches Kapital verlasse. Finanzdirektor Kunz antwortete: «Sowenig grosse Bauwerke ohne italienische Arbeiter ausgeführt werden können, ebenso wenig können Sie grosse finanzielle Werke ohne Inanspruchnahme der französischen Finanz zur Ausführung bringen», und der Rat bekundete ihm mit 174 Stimmen das Vertrauen. Gegen Eintreten wandten sich 14 Grossräte – Konservative, Sozialdemokraten sowie einzelne Saaner und Obersimmentaler. Die Detailberatung geschah im Schnellverfahren, und da Änderungsanträge fehlten, kam es nicht einmal zu einer eigentlichen Schlussabstimmung. Dürrenmatts Vorschlag, die Vorlage der Volksabstimmung zu unterstellen, drang nicht durch, da der Beschluss die Kompetenzen nicht überschreite, welche das Eisenbahnsubventionsgesetz von 1902 dem Grossen Rat gegeben habe. Das Bernervolk hat deshalb nie an der Urne über ein Projekt entschieden, das allein den Bau der Lötschbergbahn betraf.

Vorgesehen war zwischen Frutigen und Brig ein Trasse mit höchstens 27 Promille Steigung und mit Doppelspur im Haupttunnel für eine Bahn mit elektrischem Betrieb. Die Kosten dafür sollten 83 Millionen nicht übersteigen, und das nötige Kapital war ungefähr je zur Hälfte durch Aktien und durch Hypotheken zu beschaffen. Von den Aktien übernahm der Kanton Bern vorweg jene 17½ Millionen Franken, die das Eisenbahnsubventionsgesetz von 1902 vorsah. So dominierte er nach der Meinung des Regierungsrates die Aktionärsversammlung nicht ganz, gab aber doch bei wichtigen Beschlüssen den Ausschlag. Weitere Aktien zeichneten einzelne Gemeinden und Bahngesellschaften aus dem Bernbiet, und für die Beschaffung des übrigen Kapitals sorgten zur Hauptsache zwei französische Bankgruppen sowie die Basler Bank Sarasin und die Berner Kantonalbank.

Damit war der Weg frei zur Gründung der Aktiengesellschaft Lötschbergbahn im Juli 1906. An ihrer Spitze stand ein Verwaltungsrat mit 27 und ein Direktionsausschuss mit sieben Mitgliedern. In beiden Gremien dominierten freisinnige Politiker aus dem Kanton Bern. Daneben belegten Vertreter von Bahnen und Banken aus Frankreich und Italien je rund einen Drittel der Sitze. An die Kosten der Doppelspur im Lötschbergtunnel leistete die Eidgenossenschaft 1907 einen Beitrag von sieben Millionen Franken, verlangte aber dafür die Erfüllung weiterer Ausbauwünsche. So war immerhin dokumentiert, dass die Lötschbergbahn von gesamtschweizerischer Bedeutung sei, während die SBB und einzelne Politiker aus anderen Kantonen in ihr eher einen unerwünschten Konkurrenten für die Bundesbahnen gesehen hatten⁴².

Nun konnten die Bauarbeiten beginnen. Ihre Ausführung wurde in einem Vertrag von Mitte August 1906 geregelt, in welchem die Lötschbergbahngesellschaft die Generalunternehmung «Entreprise Générale du chemin de fer des Alpes Bernoises» im wesentlichen nur auf das Projekt als Ganzes festlegte, ihr aber im Rahmen einiger Vorgaben viele Einzelheiten überliess. Komplikationen ergaben sich fast von selbst, sobald Unerwartetes wie Naturereignisse oder Geländeschwierigkeiten die Pläne durchkreuzten.

Die Arbeiten am Tunnel begannen im Herbst 1906. Sie erlitten schwere Rückschläge durch ein Lawinenunglück in Goppenstein Ende Februar 1908 mit zwölf Toten und vor allem dann im Juli 1908, als auf der Nordseite nach einem Vortrieb von rund 2,7 Kilometern Geröll und Geschiebe in den Stollen einbrachen und ihn mit Material auffüllten. Fünfundzwanzig Arbeiter – lauter Italiener – verloren ihr Leben und konnten mit einer Ausnahme auch nicht tot geborgen werden. Entgegen den Vermutungen eines geologischen Gutachtens von 1900 war man statt in Felsen in Schwemmaterial unter dem Boden des Gasterntals eingedrungen. Ein halbes Jahr lang ruhten nun die Tunnelarbeiten auf der Nordseite. Dann folgten sie einer neuen Achse, welche der Gefahrenzone des Gasterntales auswich und den Tunnel um gut 800 Meter auf 14,6 Kilometer verlängerte. Zum Durchschlag kam es am 31. März 1911.

Behörden und Volk hatten 1902 und 1906 Beschlüsse gefasst über die Beschaffung der Mittel für den Bau der Lötschbergbahn. Nun erwiesen sich die damaligen Annahmen als zu optimistisch, und eine Nachfinanzierung wurde nötig. Ihr Kernpunkt war, dass der Kanton Bern für Anleihen von 42 Millionen Franken eine staatliche Zinsgarantie gewähre. Diese Gelder waren zum Teil erst noch zu beschaffen und dienten teilweise dazu, die Mehrkosten von 19 Millionen Franken zu decken, die sich gegenüber den früheren Prognosen ergeben hatten. Verweigern liess sich diese Hilfe kaum, wollte man nicht ein schon weit fortgeschrittenes Werk im Stich lassen. Deshalb genehmigte der Grosse Rat im Frühjahr 1912 eine Revision des «Gesetzes betreffend Beteiligung des Staates an Bau und Betrieb von Eisenbahnen» von 1902 mit 167 gegen bloss zwei Stimmen. Dabei lehnte er es ausdrücklich ab, dem Volk die Bestimmungen über den Lötschberg in einer separaten Vorlage zu präsentieren. Denn ein Projekt hatte natürlich eher Aussicht auf Annahme, wenn es noch rund zwanzig weiteren Bahnen im Kanton Subventionen in Aussicht stellte. Am 7. Juli 1912 hiessen die Stimmbürger in allen Bezirken das Gesetz mit insgesamt 29 000 gegen 10 000 Stimmen gut.

Noch zog sich der Abschluss der Bauarbeiten hin bis zur Eröffnungsfeier im Juni 1913. Regelmässige Züge verkehrten von Mitte Juli 1913 an nach einem reduzierten Fahrplan und seit Mitte September 1913 im Vollbetrieb⁴³.

Bau und Führung der Lötschbergbahn erfolgten durch eine Aktiengesellschaft, doch war Berns Anteil daran so gross, dass man besser von einem gemischtwirtschaftlichen Unternehmen spricht. Bern hatte jetzt – lange nach Jakob Stämpflis Tod – einen Teil von dessen eisenbahnpolitischen Ideen verwirklicht und überdies die «Schmach» getilgt, die dem Kanton in der Jura-Simplon-Angelegenheit widerfahren war. Prestige und Selbstbewusstsein Berns schienen wieder intakt, um so mehr, als im wesentlichen auch die politische Opposition von links und rechts und der jurassische Landesteil die Berner Alpenbahn mittrugen.

Nach dem Auffüllen einiger Lücken lief nun eine wichtige Verbindung durch den ganzen Kanton in der Richtung Nord-Süd,

die ihn seit 1815 geographisch prägte. Was im Bernbiet vorher an Eisenbahnen gebaut worden war, hätte meist besser zum Alten Bern vor 1798 mit seiner West-Ost-Ausdehnung gepasst. So konnte die neue Linie die Landesteile näher aneinanderrücken und Einheit und Zusammengehörigkeit im Kanton heben. Zudem führte sie Bern direkter als bisher an das internationale Bahnnetz heran. Dass sie finanziell weniger abwarf als erhofft, lag zum Teil am Ersten Weltkrieg, der ein Jahr nach ihrer Eröffnung ausbrach und den Verkehr schrumpfen liess. Zudem fielen bisherige Vorteile weg. Frankreich hatte 1871 das Elsass an Deutschland verloren und seither seinen Verkehr möglichst nicht mehr durch diesen Raum gelenkt, was den Lötschberg und seine Zubringer begünstigte. Nun kehrte das Elsass 1918 zu Frankreich zurück, und dieses konnte fortan die Züge aus seinem Osten ohne politische Bedenken wieder über Strassburg nach Basel und durch den Gotthard gegen Süden führen.

In der Zeit um die Jahrhundertwende entstand im Bernbiet nicht nur die Lötschbergbahn, sondern auch eine Reihe von Linien mit regionaler Bedeutung. Ulrich Dürrenmatt gebrauchte dafür 1897 im Grossen Rat den Vergleich, es sei « [...] an der Zeit, dass das Blut, der neue Saft, der durch das Verkehrsmittel der Eisenbahnen unser volkswirtschaftliches Leben speisen soll, nicht nur in die grossen Adern, sondern auch in die äussersten Haargefässe hinaus geleitet werde». Ein Tunnel von Moutier her durch den Grenchenberg und nach Biel (und nicht durch den Weissenstein nach Solothurn, wie es manche Obergeraargauer gewünscht hätten) verkürzte die Distanz von der Nordwestschweiz nach Bern. Von Bern nach Neuenburg gelangte man über eine direkte Linie durch das Grosse Moos, und im Mittelland erschloss die Bahn das Gürbetal. 1907 erreichte sie auch Schwarzenburg, begeistert begrüsst von einem Gedicht des Guggisbergers Ulrich Dürrenmatt:

«Der Choli chunnt, der Choli chunnt,
Er het is nascht du funne;
Lang sy mer nebenusse gsy,
Jitz sy mer a der Sunne.»

Von der Stadt Bern aus führten gleich zwei Regionalbahnen nach Worb (die eine durch das Worblental, die andere über Muri und Gümligen) und eine weitere nach Zollikofen, von wo sich die Fahrt nach Solothurn fortsetzen liess.

Im Emmental schloss man die Lücken bei den Bahnstücken zwischen Burgdorf und Thun, und im Oberland enthob seit 1893 die Thunerseebahn (die später in der Lötschbergbahn aufging) die Reisenden der Mühe, zwischen Scherzligen und Därligen auf das Schiff umzusteigen. Dem Tourismus dienten zu einem guten Teil die Bahnen durch das Simmental und ganz besonders die anschließende Strecke über Saanen nach Montreux. Etwas weniger ausgeprägt galt das auch für die Brünigbahn, die von der Innerschweiz her vorerst nur bis Brienz reichte und erst während des Ersten Weltkrieges dem See entlang bis nach Interlaken verlängert wurde. Man mochte sich fragen, ob alle diese Bahnen auf die Länge bestehen konnten, tauchten doch bereits neue Verkehrsmittel auf, die ihnen bald ihren Rang streitig machen konnten⁴⁴.

2. DIE EINFÜHRUNG DER MITTELEUROPÄISCHEN ZEIT

Die Eisenbahnen veränderten Alltag und Lebensgefühl des Bürgers. Seine Mobilität stieg und führte ihn aus einer bisher eher statischen Welt in eine Dynamik, die dem beständig-behähigen Wesen widersprach, das man dem Berner zuschreibt. Schon die Fabriken hatten von Personal und Publikum Disziplin im Gebrauch der Zeit gefordert, und nun erleichterte der moderne Verkehr Kontakte über weite Räume hinweg und deckte damit Unzulänglichkeiten auf, an denen man sich bisher kaum gestossen hatte.

So besass bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts jeder Ort seine eigene Lokalzeit, die sich nach Sonnenauf- und Sonnenuntergang richtete. Zwar passten sich umliegende Dörfer oft grösseren Städten an. Dennoch entstanden Schwierigkeiten für die Fahrpläne. Ein erster Schritt zu ihrer Überwindung geschah kurz nach der Gründung des Bundesstaates durch die Vereinheitlichung der

Ortszeiten innerhalb der Schweiz, und zwar setzte sich die Berner Ortszeit im übrigen Lande durch. Ausser in Genf gab es nämlich vorerst nur in Bern eine Sternwarte, die präzise Berechnungen erlaubte. Von 1859 an wurde dann allerdings die genaue Zeit nicht mehr hier ermittelt, sondern im neugegründeten Observatorium von Neuenburg, das sie per Telegraf nach Bern weitermeldete. Da aber weiterhin die Berner Zeit Standardzeit blieb, spürte der Berner diese Änderungen nicht.

Bis zur Angleichung der Zeit auch im übrigen Europa und in anderen Erdteilen dauerte es noch fast bis zum Jahrhundertende. Nach internationalen Konferenzen über das System der sogenannten Stundenzonen entschied sich der Bundesrat, in der ganzen Schweiz für alle Verkehrsanstalten die mitteleuropäische Zeit einzuführen, die von der Berner Zeit um ziemlich genau dreissig Minuten abwich. In der Folge erliess der Berner Regierungsrat am 18. Mai 1894 ein Kreisschreiben an die Regierungsstatthalter: Es müsse «zur Vermeidung einer verwirrenden Zweispaltigkeit der Zeitbestimmung [...] diese mitteleuropäische Zeit auch für das bürgerliche und amtliche Leben eingeführt werden», und es sollten «sämtliche öffentlichen Uhren (Kirchenuhren und andere) auf den 1. Juni nächst-hin um 30 Minuten vorgerückt werden».

Damit hatte sich Bern der übrigen Eidgenossenschaft und Europa angepasst. Mit leichter Wehmut und einem Seitenblick auf den neuen Spitzhelm des Berner Münsters dichtete Ulrich Dürrenmatt dazu:

Abschied von der Zeit

Der Zeiger rückt auf Mitternacht,
Der Wächter macht die Runde:
Wisst, dass die neue Zeit erwacht
In einer halben Stunde!

Die neue Zeit nach Menschenwitz,
Der Geographen Wonne,
Befohlen aus dem Bundessitz
Zum Trotz der lieben Sonne.

Nicht wann sie auf und unter geht
Bestimmt mehr unser Wandern;
Dem Einen kommt sie viel zu spät
Und viel zu früh dem Andern.

D'rum hüllt sie täglich ihr Gesicht
Und will uns nicht mehr segnen;
Die Tiefgekränkte kümmert's nicht,
Mag's schneien oder regnen.

Ihr folgt ja nimmer ihrer Spur,
Nur den Meridianen;
Ihr lebt ja nicht nach der Natur,
Nur nach den Eisenbahnen.

Dem Berner war die Berner Zeit
Zu spät nicht, noch zu frühe,
Er molk dabei mit Pünktlichkeit
Zur rechten Zeit die Kühe.

Ei, welch' ein Stolz, dass wir nun heut'
Den Berner Münster haben,
Und dass wir zu der gleichen Zeit
Die Berner Zeit begraben!⁴⁵

3. DER VERKEHR AUF DEN STRASSEN

Der Staat Bern baute um die Jahrhundertwende für den Verkehr nicht nur Eisenbahnen, sondern er knüpfte auch das Strassennetz dichter, namentlich für Gebiete, die keinen Anschluss an die Schienenwege gefunden hatten. Besonders im Oberland belebte er dabei weniger den Verkehr im engeren Sinne als den Tourismus. Es entstand die Grimselstrasse, der eine Fortsetzung nach Italien fehlte. Die Strasse zur Grossen Scheidegg reichte vom Haslital nur bis zur Passhöhe und diente den Hotels auf der Schwarzwaldalp und bei Rosenlauri. Die Zufahrt von Meiringen zum Hasliberg und die neue, sonnseitige Strasse von Frutigen nach Adelboden führten gleichfalls

zu Stationen des Fremdenverkehrs. Erst recht Grossartiges versprach sich die Baudirektion von der rechtsufrigen Thunerseestrasse zwischen Merligen und Neuhaus, «hoch über dem See, fast überall auf dem äussersten Rande der jäh abstürzenden Felswände». «Diese wildromantische Strecke [...] wird gleich den kühnsten Alpenstrassen einen ganz bedeutenden Anziehungspunkt für Touristen bilden.»

Im Mittelland erleichterte seit 1882 die Schwarzwasserbrücke den Verkehr nach der früheren Herrschaft Grasburg. Eine Strasse von Bern über die Wohleibrücke nach Wohlen und Frieswil sowie seit 1913 die Halenbrücke erschlossen «eine grosse, bei ihrer verhältnismässigen Nähe zur Kantonshauptstadt isoliert gebliebene Gegend» zwischen Aare und Frienisberg. Im Emmental erhielt der Schallenberg eine Fahrstrasse, und auch in den übrigen Landesteilen füllten Ergänzungsbauten Lücken im bisherigen Strassennetz. Das beanspruchte zwar die Staatsfinanzen, bot aber auch Beschäftigung, wie der Baudirektor festhielt: «Niemand wird bestreiten, dass es zweckmässiger und auch humaner ist, einige hunderttausend Franken mehr für Strassenbauten auszugeben, als eine grosse Zahl nothleidender Arbeiterfamilien dem Hunger und Elend preiszugeben, um schliesslich viele davon im Zuchthaus erhalten zu müssen. Je mehr wir für öffentliche Arbeiten ausgeben, desto weniger kosten uns die Strafanstalten und die Armenhäuser»⁴⁶.

Was Bern an Strassen baute, diente fast ganz dem Verkehr mit Pferdefuhrwerken. Automobile gab es 1904 nach offiziellen Angaben erst 64. Davon zählten zwei Drittel als Sportgeräte und nicht als Verkehrsmittel im engeren Sinne des Wortes. Auf der Strasse boten sie Probleme: mit ihrem Erscheinen erschreckten sie Mensch und Tier, wirbelten auf den noch ungeteerten Strassen gewaltige Staubwolken auf und führten zu Unfällen, die im Sommer 1905 in der Schweiz immerhin zwölf Todesopfer forderten.

Für Vorschriften zum Strassenverkehr musste sich der Kanton Bern immer noch auf das Strassenpolizeigesetz von 1834 und sogar auf die «Verordnung über die Polizei des Fahrens» von 1811 stützen. Darin fand sich natürlich kaum eine rechtliche Grundlage für die «Verordnung über den Verkehr mit Motorwagen (Automobiles)»,

die der Regierungsrat am 10. Februar 1900 erliess. Ihre Rechtsgültigkeit wurde denn auch von verschiedenen Gerichten, Behörden und Juristen angezweifelt. Deshalb behalf man sich mit dem Beitritt zum Konkordat über den Motorwagen- und Fahrrad-Verkehr in der Schweiz von 1902, dem sich bereits die meisten Kantone angeschlossen hatten. Es schrieb für Automobile eine Fahrbewilligung vor und begrenzte ihre Höchstgeschwindigkeit ausserorts auf 30 Stundenkilometer, innerorts sogar auf 10, «also die Geschwindigkeit eines Pferdes im Trab». Das liess sich schwer kontrollieren, da den Fahrzeugen ein Geschwindigkeitsmesser fehlte, im Gegensatz etwa zu den damaligen Eisenbahnlokomotiven. Eine Haftpflichtversicherung für den Halter des Automobils war nicht vorgeschrieben.

Längerfristig geregelt wurde die Materie im Kanton Bern erst 1906 durch die Revision des Strassenpolizeigesetzes von 1834. Sie nahm den Inhalt des Konkordats indirekt in die Vorlage auf, so dass die deutliche Zustimmung durch Grossen Rat und Volk auch diesen Vorschriften galt. Bei der Diskussion in Legislative und Öffentlichkeit standen sie freilich im Schatten von Baufragen, etwa des Gebäudeabstands vom Strassenrand. Noch galt das Auto vornehmlich als Mittel, mit dem reiche Protzen, namentlich aus dem Ausland, aus dem Gewohnten ausbrechen und Aufsehen erregen wollten. Immerhin diente es auch bereits öffentlichen Zwecken. So verkehrten in der Umgebung von Pruntrut seit 1902 Automobilkurse anstelle der Post⁴⁷.

Ähnliches galt für das Fahrrad, das schon am Ende des 19. Jahrhunderts Eingang in die Armee gefunden hatte, aber noch viel Ärgernis und nach der Meinung des Regierungsrates «oft ganz bedeutende Belästigung des Publikums» verursachte. Zwar stellten private Velofahrer-Vereine Verhaltensregeln auf, doch blieben sie unverbindlich und wirkten wenig. Am 1. April 1892 erliess dann der Regierungsrat eine «Verordnung über das Fahren mit Velocipedes», die verlangte, dass jedes Velo ausgerüstet sei «mit einer guten Spannvorrichtung und mit einem genügenden Allarmapparat, sowie Nachts mit einer gut leuchtenden Laterne». Andererseits suchte sie den Volkszorn zu zügeln durch das Verbot, «den Velofahrern Hunde

anzuhetzen, Gegenstände in die Speichen des Vehikels zu werfen oder andere gefährdende Hindernisse in den Weg zu legen». Darüber hinaus verlangte dann das Konkordat von 1902 noch ein Kontrollschild für das Fahrzeug und einen Ausweis für den Fahrer⁴⁸.

Mit mehr Gewicht als das Fahrrad kündete das Automobil auf weite Sicht einen Wandel im Verkehr an. In ihm erwuchs der Bahn, die einst selber den Transport von Personen und Waren revolutioniert hatte, ein Konkurrent, dessen Bedeutung und Entwicklungsmöglichkeiten damals noch kaum voll erkannt wurden.

4. DIE FREMDENINDUSTRIE

Der Fremdenverkehr berührte das Bernbiet schon vor dem Aufkommen der Eisenbahnen. Seine grosse Zeit in der Schweiz brach an, als im späten 18. Jahrhundert unter dem Eindruck der Schriften Hallers, Rousseaus und der Romantiker Touristen in die Bergwelt strömten und sich für sie und für ihre Bewohner begeisterten. Das Berner Oberland bot den Besuchern die gewünschte wilde Landschaft mit Gletschern, Felsen, Abgründen, Bergwäldern und Wasserfällen verhältnismässig leicht zugänglich dar, und bald gehörte zu den meisten Schweizer Reisen ein «Oberlandchehr», der gewöhnlich von Thun aus in die Lüscherntäler, das Oberhasli und den Raum von Thuner- und Brienersee führte, zu einer Zeit, wo weder St. Moritz und Zermatt noch andere Orte in Graubünden und im Wallis schon grosse Fremdenstationen geworden waren. Die Reisenden stammten in der Regel aus einer Schicht von Vermöglichen und Gebildeten und fanden ihrer Zahl nach leicht Unterkunft in Pfarrhäusern, Privatwohnungen und einzelnen älteren Gasthäusern. Neue kleinere Hotels und Pensionen entstanden erst gegen die Mitte des 19. Jahrhunderts, vorwiegend auf dem Bodeli.

Bekannt wurden die Alpen im 19. Jahrhundert zudem durch eine Reihe von Erstbesteigungen. Bereits 1787 hatte der Genfer Horace-Bénédict de Saussure den Gipfel des Montblanc erklommen. Im Berner Oberland folgten dann 1811 die Jungfrau, 1812 das Finsteraarhorn, 1834 das Balmhorn und 1850 die Diablerets. Hinter diesen

Unternehmungen standen einzelne Pioniere, welche die Natur erforschen wollten. Diese wenigen beschäftigten immerhin Führer und Träger und zogen ein weiteres Publikum an. Dieses blieb freilich meist in den Tälern oder begnügte sich mit Ausflügen auf die Grosse und die Kleine Scheidegg oder auf das Faulhorn. Hier entstand 1832 das erste Gipfelgasthaus im Oberland.

Von der Jahrhundertmitte an dominierten dann im Alpinismus Engländer, welche das Bergsteigen als Höchstleistungssport betrieben und den spektakulären Erfolg suchten. Im Berner Oberland erreichten sie als erste unter anderem den Mönch (1857), den Eiger (1858), die Blümlisalp (1860) und das Schreckhorn (1861). Auch sie waren nur wenige. Aber als vermögliche Adlige und Grossbürger nahmen sie nun jeden Sommer wochen- oder gar monatelang Standquartier in einer Gegend und verpflichteten Führer für eine ganze Saison. Ihre Taten und ihr gesellschaftlicher Rang zogen Gäste aus gehobenen Kreisen bis hin zu Fürsten und Königen an. Deshalb wuchsen ungefähr seit 1870 auch in den Bergdörfern selber Gross-hotels aus dem Boden, die oft schlecht in die Landschaft passten. In dieser Zeit verlor das Berner Oberland seinen Vorrang im internationalen Tourismus. Fortan musste es stärker als bisher seine Kundschaft teilen mit dem Wallis und mit Graubünden, aber auch mit den Alpengebieten Frankreichs und Österreichs.

In Interlaken suchte ein Pionier wie Eduard Ruchi seine Stellung zu behaupten durch Umbauten nach dem Geschmack der Zeit und aufgeschlossen für technische Neuerungen wie die elektrische Beleuchtung. In bescheidenen Verhältnissen 1834 geboren, verwandelte er sein «Victoria» in das erste Grandhotel im Berner Oberland und setzte sich, wie schon sein Gönner und Hotelierkollege Friedrich Seiler, als Grossrat und Nationalrat unermüdlich ein für den Fremdenverkehr in seiner engeren Heimat, wenn auch eher als Hinterbänkler unter den radikalen Parlamentariern.

Auf lange Sicht war wohl eine andere Tat für die touristische Zukunft des Bödelis bedeutsamer: anfangs 1864, als der Begriff Raumplanung noch nicht geläufig war, hatten 46 Anstösser dem Staate Bern die Höhenmatte in Interlaken abgekauft und sich verpflichtet, dieses Grundstück nie zu überbauen. Damit blieb der

für die Gäste so eindrückliche Blick auf die Jungfrau frei und dem Ort ein wichtiges Argument touristischer Werbung bis heute erhalten⁴⁹.

Ungefähr im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts erfasste der Fremdenverkehr breitere Kreise als zuvor, und es besuchten nun Massen die Feriengebiete, seit diese mit der Eisenbahn einfacher und bequemer zu erreichen waren als früher. Zudem führten jetzt eigentliche Bergbahnen zu Gipfeln und anderen Aussichtspunkten, in der Schweiz zuerst am Vierwaldstättersee, dann aber gleich auch im Berner Oberland, vor allem am Thuner- und Brienersee und in den Lütschinentälern. Eine erste Standseilbahn wurde hier 1879 bei den Giessbachfällen eröffnet, und in den nächsten rund dreissig Jahren folgten weitere auf den Beatenberg, nach Mürren, auf den Harder und auf den Niesen. Dampfbahnen erschlossen das Briener Rothorn und die Schynige Platte, und von 1890 an drang die elektrische Bahn zuerst nach Grindelwald und Lauterbrunnen vor, dann schrittweise auf die Wengernalp, die Kleine Scheidegg und schliesslich 1912 sogar bis zum Jungfraujoch. Dazu fuhr am Wetterhorn von 1908 bis 1914 die erste Personen-Luftseilbahn der Schweiz.

Etwa zur selben Zeit wurden Standseilbahnen auch im Jura gebaut, von Biel nach Magglingen und nach Leubringen, von St-Imier auf den Mont Soleil und von Ligerz auf den Tessenberg. Sie dienten aber nicht dem Fremdenverkehr internationalen Zuschnitts, sondern lokalem Tourismus, ebenso die Bahnen auf den Gurten und ins Marzili auf dem Gebiet der Stadt Bern.

Der Fremdenverkehr, wie er bisher beschrieben worden ist, spielte sich bis über die Jahrhundertmitte hinaus während einer kurzen Sommersaison von rund drei Monaten ab. Erst später tauchten Wintergäste auf, zuerst im Engadin. Das Berner Oberland musste die Infrastruktur für sie von Grund auf aufbauen, während Orte wie Davos und Arosa, Montana und Leysin auf Einrichtungen greifen konnten, die sie als Höhenkurorte von internationalem Rang zur Heilung der Tuberkulose entwickelt hatten, und die nun nach dem Rückgang dieser Krankheit nicht mehr benötigt wurden. Grindelwald etwa warb für sich mit dem Argument, hier seien die Gesunden unter sich und würden nicht durch das Husten Rekonvaleszenten

gestört oder gar gefährdet. Unterhaltung suchten die Wintergäste beim Schlitteln, Eislaufen oder Curling, während Langläufer auf Skis nur vereinzelt auftauchten und das alpine Skifahren sich überhaupt erst im 20. Jahrhundert verbreitete.

Wieviel Bedeutung dem Tourismus zukam, betonte das «Statistische Jahrbuch für den Kanton Bern» bereits 1872: «Schliesslich müssen wir noch den Gasthofbetrieb des Oberlandes, die sog. Fremdenindustrie, erwähnen. Was unter diesem ziemlich unzarten, aber nicht wohl übersetzbaren und die Praxis sehr getreu ausdrückenden Wort verstanden ist, weiss Jeder, der einmal das Oberland bereist hat. Für das bern. Oberland ist diese 'Industrie' ein Erwerbszweig von erster Wichtigkeit und alle Interessen sind eng mit einer guten 'Saison' verbunden.» Allerdings sammelte weder eine Amtsstelle noch eine Branchenorganisation genau und umfassend Angaben etwa über die Zahl der Logiernächte oder der Beschäftigten. Der Chef des kantonalen statistischen Büros schätzte kurz nach 1900 die Zahl der eigentlichen Fremdenetablissemments (ohne blosse Gastwirtschaften) auf etwa 300 mit über 20 000 Fremdenbetten und einem Gesamtwert von rund 117 Millionen Franken sowie mit Bruttoeinnahmen von 25 Millionen Franken im Jahr und schätzungsweise 5000 Angestellten.

Der Staat griff in die Belange des Fremdenverkehrs wenig ein, suchte aber immerhin durch Reglemente für die Bergführer Ungeeignete von diesem Beruf fernzuhalten und mit Vorschriften für die Kutscher Gäste vor übersetzten Forderungen zu schützen.

Doch bot der Fremdenverkehr nicht nur wirtschaftliche Probleme. Ihm wurde etwa vorgeworfen, er «übe einen demoralisierenden Einfluss auf die heimische Bevölkerung aus, indem diese ihren ursprünglich einfachen und guten Sitten entfremdet werde und angesichts des von den Fremden entfalteten Luxus und Wohllebens zu eben solchen, wenn nicht noch schlimmeren Gepflogenheiten hinneige». So dachte allerdings eine Minderheit, die sich erst allmählich zu gemeinsamem Widerstand zusammenfand, während viele andere die genannten Nachteile in Kauf nahmen als Begleiterscheinungen, die beim raschen Fortschreiten von Kultur und Zivilisation unvermeidbar seien⁵⁰.

5. DER KANTON BERN UND DIE ELEKTRIZITÄT

In der Frühzeit ihres Aufschwungs bezog die Industrie die nötige Energie von der Wasserkraft und von der Dampfmaschine. Im späteren 19. Jahrhundert war dann die Elektrizität zwar bekannt, doch diente sie vorerst bloss zum Betrieb von Telegraf und Telefon und zur Beleuchtung. An der Landesausstellung in Zürich 1883 hatten Anlagen bereits Möglichkeiten für Erzeugung, Übertragung und Nutzung der Elektrizität demonstriert, und wenig später entstanden im Jura und im Oberland – ohne Plan oder System in der Landschaft verstreut – kleinere Kraftwerke, die aber nur ihrer nächsten Umgebung dienten.

Grössere Anlagen, die ganze Gegenden mit Energie versorgten, wurden erst gebaut, als der elektrische Strom sich über weite Strecken transportieren liess. Davon zeugte schon in den 1880er Jahren eine Leitung zwischen Bözingen und Biel. Gar über weit mehr als hundert Kilometer führte 1891 eine Ausstellung in Frankfurt am Main die Elektrizität und überzeugte damit ein breites Publikum von neuen Möglichkeiten. Industriewerke konnten nun die Energie von Flüssen auch weit von deren Läufen entfernt nutzen und waren freier als zuvor in der Wahl ihrer Standorte.

Wer ein Gewässer auf einer bestimmten Strecke nutzen wollte, brauchte dafür eine Konzession des Kantons, die anfänglich kaum an einschränkende Bedingungen geknüpft war. So bewarben sich viele um eine derartige Bewilligung, teils Private, teils Finanzgesellschaften oder Gemeinden, oft gar nicht mit der Absicht, selber ein Werk zu bauen, sondern um mit der Konzession Handel zu treiben und Gewinn zu erzielen.

Schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts wiesen bei der Jura-gewässerkorrektion einzelne Planer darauf hin, dass die Ableitung der Aare in den Bielersee gewaltige Möglichkeiten zur Energieerzeugung öffne. Sie dachten dabei an die Nutzung der mechanischen Wasserkraft. Doch beim Abschluss des Kanalbaus versprach die Umwandlung in Elektrizität noch weit mehr Leistung und Ertrag. Eine Reihe seeländischer Gemeinden bewarben sich im Frühjahr 1891 um die Konzession für den Bau eines Kraftwerks

bei Hagneck und erhielten sie bald zugesprochen. Doch dann hemmten Schwierigkeiten das Vorhaben. Zwar hatten sich die Kanalufer stabilisiert, was erst die Ausführung erlaubte. Aber nun brachten die beteiligten Gemeinden das nötige Geld nicht auf. So mussten sie als zusätzliche Teilhaber Private und namentlich die Motor A. G. gewinnen, eine Tochtergesellschaft der Firma Brown, Boveri & Cie in Baden. Eine Beteiligung des Staates Bern dagegen lehnte der Regierungsrat ausdrücklich ab, unter Hinweis auf andere Aufgaben und Lasten, vorrangig im Verkehrswesen. Trotzdem gelang es, die «Aktiengesellschaft Elektrizitätswerk Hagneck» im Dezember 1898 zu gründen und das Werk zu bauen, das als reines Laufwerk, also ohne Stausee, den Betrieb im Sommer 1900 aufnahm. Aus der Hagneck-Gesellschaft ging später die «Bernische Kraftwerke A. G.» (BKW) hervor, die deshalb 1898 als ihr Gründungsjahr betrachtet.

Treibende Kraft bei dieser Entwicklung war der 1854 in bescheidenen Verhältnissen geborene Seeländer Eduard Will. Er besuchte nur die Primarschule, durchlief dann eine Lehre als Uhrengraveur und eröffnete später ein Geschäft für Eisenwaren in Biel. 1886 wurde er als Freisinniger in den Grossen Rat, 1896 auch in den Nationalrat gewählt. Im Grossen Rat zog er 1899 in die Staatswirtschaftskommission ein, welche die Geschäfte der Legislative vorberiet, und wurde 1902 ihr Präsident. Dazu stieg er in der Armee auf bis zum Rang eines Oberstkorpskommandanten. Das ergab ein Geflecht von Beziehungen und Einflussmöglichkeiten, das Will bei seinen Kraftwerkplänen zugute kam. Auch wenn es ihm nicht immer gelang, Gemeinden und Kantonsbehörden zu überzeugen, verfocht Will doch unentwegt die Auffassung, die Versorgung mit elektrischer Energie sei eine Aufgabe der Öffentlichkeit und nicht von Privaten. In dieser Hinsicht war er dem um gut eine Generation älteren Jakob Stämpfli verwandt, der analoge Anschauungen über Bau und Betrieb der Eisenbahnen vertreten hatte.

Es verstand sich fast von selbst, dass Will den Posten eines Direktors der Hagneck-Gesellschaft mit Sitz in Biel übernahm. Für diese Aufgabe war er nicht durch eine besondere Ausbildung vorbereitet. Dafür brachte er Tatkraft und Beharrlichkeit mit und ein

Fachwissen, das er noch in späten Jahren als Autodidakt und Self-mademan erworben hatte⁵¹.

Das Verteilnetz des Werkes Hagneck war für damalige Begriffe gross, umfasste aber doch nur das Seeland und benachbarte Gebiete. Deshalb rückten bald mehrere Werke zusammen, und Hagneck vereinigte sich mit dem Kander-Kraftwerk, das die Motor A. G. von 1896 bis 1899 in Spiez gebaut hatte. Es diente namentlich der Versorgung des Oberlands und von Teilen des Emmentals sowie der Stadt Bern, doch verzichtete diese darauf, die Anlage zu erwerben, und errichtete lieber ein eigenes Werk in der Felsenau bei Bern. So entstand 1903 als neue Gesellschaft die «Vereinigten Kander- und Hagneckwerke A. G.» (VKHB) mit Sitz in Bern, wiederum mit Eduard Will als Direktor. Die Berner Kantonalbank, in deren Bankrat Will ebenfalls sass, übernahm das Aktienkapital zuerst zu zwei Dritteln und wenig später ganz. Damit schieden die Vertreter der Motor A. G. und ihrer Mutterfirma Brown/Boveri aus dem Verwaltungsrat aus. 1909 benannte sich dann die VKHB um in «Bernische Kraftwerke A. G.». Die Übernahme der Aktien durch die Kantonalbank statt durch den Staat Bern selber erlaubte es, eine Volksabstimmung über das Geschäft zu umgehen, die sonst des obligatorischen Finanzreferendums wegen nötig gewesen wäre.

Damit besass der Staat Bern «indirekt ein Kraftwerk», wie Finanzdirektor Kunz 1905 vor dem Grossen Rat erläuterte. Vollzog der Kanton damit eine Wende gegenüber den Anfängen, in denen er die Beteiligung des Staates an Kosten und Risiken des Baus und Betriebs von Kraftwerken noch abgelehnt hatte? Finanzdirektor Kunz fasste das jetzige Credo des Regierungsrates zusammen: «Wir halten dafür, dass der Staat sich nicht dafür eigne, grosse Industrien selber zu betreiben, sondern dass es besser ist, wenn es der Privatinitiative überlassen wird, derartige Unternehmen zu gründen und zu entwickeln. Dagegen ist die Aufgabe des Staates, da wo sich mit diesen Unternehmungen grosse wirtschaftliche Interessen verknüpfen, dafür zu sorgen, dass er seinen Einfluss in einer Weise geltend machen kann, wie das Wohl der Öffentlichkeit es erfordert.» Für die Gründung einer Aktiengesellschaft eigne der Staat sich nicht. Er solle sich aber den Unternehmungen der Wirtschaft auch nicht einfach auslie-

fern. Das gelinge am besten, wenn man ein Werk nicht eigentlich verstaatliche, es also nicht in die staatliche Verwaltung eingliedere und es nicht direkt den politischen Behörden unterstelle. Vielmehr solle der Kanton seinen Einfluss ausüben, indem er sich die Aktienmehrheit sichere und den Verwaltungsrat entsprechend bestelle.

Solche Aktiengesellschaften mit namhafter, meist mehrheitlicher Staatsbeteiligung bezeichnete man als «gemischtwirtschaftliche Unternehmungen», an denen sich verschiedenartige Rechtssubjekte beteiligen konnten wie der Kanton, Gemeinden – zum Beispiel Städte – und Private. Sie waren nach Meinung der Regierung beweglicher und anpassungsfähiger als reine Staatsbetriebe.

Mit der «Bernischen Kraftwerke A. G.» entstand das erste gemischtwirtschaftliche Unternehmen im Kanton und in der ganzen Schweiz. Bern hat, anders als andere Kantone, im Elektrizitätsbereich diese Unternehmungsform immer wieder vorgezogen und sie später auch für die Bern–Lötschberg–Simplon-Bahn gewählt. Damit übertrug der Staat allerdings einen wichtigen Teil seines Einflusses in der Energiepolitik auf Instanzen, die nicht seinem Weisungsrecht unterstanden. Zudem konnte er sich in Interessenkonflikte verstricken, etwa wenn er über Gesuche für Kraftwerkkonzessionen entschied, welche die BKW eingereicht hatten und damit im Grunde er selber.

Dass dem Staat Bern Energiefragen nicht besonders nahelagen, zeigt sich auch darin, dass er sich erst 1907 ein «Gesetz über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte» gab. Vorher hatte er abgewartet, ob nicht der Bund für diesen Bereich Vorschriften erlasse. Das Gesetz wurde vor dem Grossen Rat durch den Finanzdirektor vertreten und wies den Entscheid über Konzessionsgesuche dem Regierungsrat zu. Die Abgaben der Kraftwerke flossen in erster Linie dem Kanton zu und nicht den Gemeinden. Die Vorlage fand im Grossen Rat kaum Widerstand und wurde am 26. Mai 1907 auch vom Volk bei einer Beteiligung von bloss 22 % mit 21 900 Ja gegen 7200 Nein angenommen. Immerhin verwarfen die Bezirke Moutier und Pruntrut sowie das Oberhasli, also Regionen, wo die Wasserkraft bereits öfters genutzt wurde oder wo man ahnte, welchen Reichtum die Natur für die engere Heimat noch barg⁵².

Weitere Werke erstellten die BKW in Kandersteg/Kandergrund zwischen 1907 und 1910 und in Kallnach im Seeland zwischen 1910 und 1913. Zum Teil geschah das im Hinblick auf den künftigen Strombedarf der entstehenden Lötschbergbahn, zum Teil aber auch, um Konkurrenzunternehmen zuvorzukommen und um das Personal für Projektierung und Bau der Anlagen ohne grössere zeitliche Lücken zu beschäftigen. Vom Absatz her hätte sich ein derart schneller Ausbau nicht aufgedrängt. Der Verbrauch der Elektrizität blieb anfänglich eher bescheiden und schöpfte die Produktion nicht immer aus. Die Wende brachte dann der Erste Weltkrieg mit dem Mangel an Kohle. Für sie blieb man von Einfuhren aus dem Ausland abhängig, während die Wasserkraft in der Schweiz selber genutzt werden konnte.

Zwar waren die BKW die bedeutendsten Stromproduzenten im Kanton, aber der Staat Bern als ihr faktischer Besitzer verfügte nicht etwa über ein Monopol. Denn es existierten auch grössere Werke, die in den Händen Privater oder einer Gruppe von Gemeinden lagen.

Das im ganzen Kanton erste Überlandwerk entstand in La Goule am Doubs auf eine Initiative von Jurassiern hin. Es gab seit 1895 Strom ab, zum guten Teil an das benachbarte Frankreich, und gehörte einer Finanzgesellschaft, an der die Maschinenfabrik Oerlikon beteiligt war.

Werke, die nicht den BKW unterstanden, fanden sich auch im Oberraargau. Für eine Anlage bei Wynau hatte 1891 Jakob Robert Müller-Landsmann eine Konzession erhalten. Er kaufte und verkaufte solche Bewilligungen, was damals nichts Ungewöhnliches war. Müller-Landsmann war ungefähr gleich alt wie Eduard Will und stammte ebenfalls aus bescheidenen Verhältnissen. Er liess sich am Seminar in Münchenbuchsee zum Lehrer ausbilden, hielt aber nicht lange Schule, sondern betrieb eine kleine Fabrik und Handel mit Textilien und Lebensmitteln. Müller-Landsmann veräusserte seine Konzession an die Berliner Firma Siemens & Halske, die das Werk von 1894 bis 1896 erstellte. Es ging vorerst an eine Gesellschaft mit finanziellem Schwergewicht in Basel und Berlin. 1903 wurde es dann durch 27 Gemeinden des Oberraargaus gemeinsam erwor-

ben. Von da an war das Werk Wynau also ebenfalls in öffentlicher Hand, aber unabhängig von den BKW. Der Staat Bern und die Kantonalbank beteiligten sich nicht daran, obwohl Gelegenheit dazu bestanden hätte.

Für ein Kraftwerk in der Gegend von Wangen an der Aare bestanden mehrere Projekte. Die Konzession erhielten nach allerlei Wirren sieben Oberaargauer Gemeinden. Sie gaben die Bewilligung an eine deutsche Gesellschaft weiter, die von 1899 bis 1904 ein Kraftwerk bei Bannwil erstellte. Die verhältnismässig lange Bauzeit zeugt von mancherlei technischen Schwierigkeiten und Zwischenfällen, die auch hohe Baukosten verursachten. Der finanzielle Ertrag war fürs erste eher gering, so dass das Werk schliesslich 1916 von den BKW übernommen wurde und fortan nicht mehr von der Region Oberaargau aus geleitet wurde.

Auch die Stadt Bern führte zwei eigene Werke. Jenes in der Matte nahm den Betrieb just auf die Jubiläumsfeierlichkeiten von 1891 hin auf, jenes in der Felsenau 1910. Beide entstanden an Orten, wo die Aare schon vorher zum Gewinn mechanischer Wasserkraft für Industrieanlagen genutzt worden war.

Wie beim Eisenbahnbau gab es im Kanton Bern auch in der Frühphase der Elektrizitätswirtschaft allerhand Wildwuchs, ungehemmten Konkurrenzkampf und starken Einfluss von ausländischem Kapital, der zu gefährlicher Abhängigkeit führen konnte. Noch war am Vorabend des Ersten Weltkrieges nicht klar, ob der Staat Bern auf dem Weg über die BKW, ob Gemeinden oder Private auf die Länge den Ton angeben würden. Auch die wichtigsten Entwicklungsschritte – etwa bei Mühleberg und im Oberhasli – standen erst noch bevor⁵³.

In den Anfängen des 20. Jahrhunderts wurden in der Schweiz mehr Elektrizitätswerke gebaut, als es dem Bedarf entsprach, und die Ersteller-Gesellschaften kämpften untereinander um den Absatz der Produktion. Die Nachfrage stieg dann aber während des Ersten Weltkrieges, der die Zufuhr anderer Energien behinderte. Deshalb wurden nun bisher zurückgestellte oder erst skizzierte Projekte ernsthafter angepackt. Fast von selber kamen sich dabei verschiedene

Vorhaben in die Quere und führten zu Streitigkeiten vor Konzessionsbehörden und Gerichten.

Das galt besonders für die Nutzung des Aarelaufes zwischen der Neubrücke und Mühleberg in der Nähe der Stadt Bern. Diese hatte für einen Teil der Strecke seinerzeit eine Bewilligung erhalten, sie aber nicht ausgenützt und auf ein Verlängerungsgesuch vom Regierungsrat noch keine Antwort erhalten. Gleichzeitig planten jedoch auch die BKW eine Anlage etwas weiter flussabwärts, oberhalb der Saanemündung.

Eine erste Runde im Streit zwischen der Stadt und den BKW wurde – ohne dass das Stichwort «Mühleberg» fiel – vor dem Grossen Rat ausgetragen, wo der Sozialdemokrat Gustav Müller, Gemeinderat der Stadt Bern, 1915 in einer Motion die Verstaatlichung der BKW verlangte, damit aber nicht durchdrang.

Schliesslich erhielten die BKW die umstrittene Konzession mit der Begründung, ihr Projekt sei technisch ausgereifter und verspreche den grösseren Ertrag an Energie. Es sah nicht mehr ein reines Laufwerk vor wie in Hagneck oder Kallnach, sondern ein Wehr bei Mühleberg, das bis zurück zur Neubrücke einen See aufstaute, der Wasserreserven bot und es erlaubte, die Produktion besser auf die Spitzenzeiten des Bedarfs auszurichten. Eigentliche grosse Speicherwerke entstanden allerdings erst später im Oberhasli, doch arbeiteten die BKW bereits damals an frühen Plänen dafür.

In Mühleberg begannen die Arbeiten 1917. Sie bescherten den BKW viel Ungemach. Unstimmigkeiten mit den Gewerkschaften führten zu Streiks, die Teuerung bei Baumaterial und Löhnen hob die Baukosten schliesslich auf mehr als das Doppelte des Vorgesehenen. Bis das Werk 1921 seinen Betrieb voll aufnehmen konnte, war auch die kriegsbedingte Nachfrage nach Strom zurückgegangen, und die Hoffnung auf Lieferungen für Bahnen, welche auf elektrischen Betrieb umgestellt würden, erfüllte sich nicht. So gerieten die Finanzen der BKW in einen Engpass, der sich beheben liess, indem der Staat einen Teil der Aktien übernahm. Das war bei der damaligen Geldknappheit des Kantons nur möglich durch die Aufnahme von Staatsanleihen, die das Volk 1919 und 1921 in Abstimmungen guthiess, das erste Mal mit 53 000 gegen 20 000, das

zweite Mal mit 25 000 gegen 16 000 Stimmen. Widerstand regte sich 1919 bloss im Nordjura, 1921 in Teilen des Nordjuras und in Randregionen wie den Amtsbezirken Signau, Trachselwald und Thun. An sich betraf die Zustimmung nur die Aufnahme der Anleihen, doch legte der Regierungsrat sie fortan aus als Billigung der Kantonsbeteiligung an den BKW durch die Stimmbürgerschaft.

Volksentscheide waren für die BKW und die Kantonsexekutive, die hinter ihnen stand, kaum mehr zu gewinnen gegen den Widerstand der Stadt Bern und der Sozialdemokraten, besonders seit der Freisinn am Kriegsende seine dominierende Rolle im Kanton an die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei verloren hatte. Sie war Kapital- und Industrieinflüssen gegenüber kritischer eingestellt als die alte Führungsschicht, zu der auch Eduard Will gehörte, welcher gleichsam als Verkörperung der BKW galt. Diese fanden sich zu Zugeständnissen bereit und gewährten den Sozialdemokraten im Verwaltungsrat vorerst einen einzelnen Sitz und später eine grössere Vertretung, wie es ihrer politischen Stärke im Kanton entsprach. Umgekehrt begnügten sich die Sozialdemokraten vorderhand mit diesem Erfolg, da es aussichtslos schien, die ursprünglich geforderte eigentliche Verstaatlichung durchzusetzen. Robert Grimm, der im Gemeinderat auf den verstorbenen Gustav Müller gefolgt war und dort die Energieversorgung der Stadt Bern lenkte, zog so in den Verwaltungsrat der BKW ein und gewann damit neue Möglichkeiten, um Einfluss auszuüben. Dabei spannten in der Elektrizitätspolitik bürgerliche und sozialdemokratische Berner Gemeinderäte gewöhnlich zusammen, wenn es galt, gemeinsam die Interessen der Stadt Bern gegen jene der BKW zu verteidigen⁵⁴.

Schon während den Debatten um die Nachfinanzierung von Mühleberg planten die BKW ein weit grösseres Unterfangen, nämlich die Nutzung der Wasserkraft im Quellgebiet der Aare an der Grimsel. Sie besaßen hier eine alte Konzession von 1906, aus einer Zeit also, als die Gesellschaft noch «Vereinigte Kander- und Hagneck-Werke» geheissen hatte. Projekte auf dieser Grundlage bedurften mehrfacher Überarbeitung. In ihrer letzten Form gingen die Pläne auf Oberingenieur Arnold Kaech zurück. Ihre Verwirklichung im Alleingang hätte die Kräfte der BKW überstiegen. So kam

es zur Gründung einer Tochtergesellschaft, der «Kraftwerke Oberhasli AG» (KWO), von deren Kapital der Kanton Aktien im Nominalwert von 12 Millionen Franken übernahm. Auch diesmal stimmte das Volk den nötigen Staatsanleihen deutlich zu.

Für die KWO suchten die BKW die Beteiligung weiterer Partner und fanden nach längeren Verhandlungen Gehör bei der Stadt Basel und etwas später auch bei der Stadt Bern. So ruhten Last und Risiko der Finanzierung auf einer breiteren Grundlage und war zudem der Absatz des gewonnenen Stroms besser gesichert. Aber die neuen Teilhaber genossen ein Mitspracherecht und schränkten damit die Herrschaft über die bernische Strompolitik ein, welche die BKW bisher fast allein ausgeübt hatten. Erweiterungen der Kontrolle durch staatliche Instanzen wiesen in die gleiche Richtung und betonten etwas stärker als bisher die «gemeinwirtschaftliche» statt die «privatunternehmerische» Seite der BKW. Damit war im Bereich der Energiewirtschaft eine Annäherung von Sozialdemokraten und Bürgerlichen angebahnt, wie sie für andere Belange im Kanton Bern erst während den späteren 1930er Jahren augenfällig wurde.

Es mochte zeichenhaft wirken, dass Eduard Will den Bau der Werke im Oberhasli noch selber an die Hand nahm. Aber seines autoritären und gelegentlich eigensinnigen Wesens wegen rückten auch Kreise von ihm ab, die ihm in Politik und Wirtschaft nahegestanden hatten. So musste er 1926 die Leitung der BKW abgeben, und er starb im Jahr darauf im Alter von 73 Jahren bei einer Baustellenbegehung.

Als erstes wurde 1925 bis 1932 das Kraftwerk Handeck I gebaut, welches mit einer Produktion von über 300 Millionen Kilowattstunden im Jahr und Baukosten von rund 80 Millionen Franken die bisherigen Anlagen der BKW in den Schatten stellte und von den neuen Dimensionen zeugte, in denen namentlich während und kurz nach dem Zweiten Weltkrieg weitere Werke entstanden, die das Bild der Hasli-Landschaft und die Stromversorgung des Kantons Bern prägten⁵⁵.

II. KAPITEL

BERN UND DIE AUSLÄNDER

1. STUDENTINNEN UND AUSLÄNDER AN DER UNIVERSITÄT

Zum «internationalen Bern», wie es bereits beschrieben worden ist, gehörten in der zweiten Jahrhunderthälfte auch Teile der Studentenschaft der Universität. Zwar stellten die Ausländer nach der Hochschulgründung von 1834 bloss 2–3 Prozent der 150 bis 250 Studierenden, und speziell aus Deutschland blieb der Zustrom geringer als erwartet und geringer als an anderen schweizerischen Hochschulen. Dafür kamen nun etwa von 1865 an vor allem aus Russland viele Studierende, denen ihre Regierung eine akademische Ausbildung fast ganz versagte, besonders wenn sie weiblichen Geschlechtes oder jüdischer Herkunft waren. Sie wandten sich den schweizerischen Universitäten zu, weil diese ihre Tore grosszügiger öffneten als etwa die deutschen, und sie wählten vor allem die medizinische Fakultät, da sie hofften, so später am besten für ihr Volk wirken zu können.

Kurz nach 1900 machten die gut 800 Ausländer einige Jahre lang mehr als die Hälfte der Studentenschaft aus, obwohl diese jetzt auch mehr Schweizer umfasste als früher. Die Russinnen blieben bei ihrer grossen Zahl meist unter sich und fielen wenig auf. Gewöhnlich lebten sie eher ärmlich und studierten mit unheimlichem Fleiss und Wissensdurst. Die Einheimischen brachten ihnen im allgemeinen wenig Sympathie entgegen, wobei Abneigung gegen die Slawen mit antisemitischen und antifeministischen Strömungen zusammenfloss. Männliche Studenten sahen in den Russinnen zudem Konkurrentinnen, die ihnen Plätze in Laboratorien und Kliniken wegnähmen. Daran änderte sich auch nach dem 50-Jahr-Jubiläum der Hochschule wenig, für das der Staatsverwaltungsbericht von 1884 meldete: «Die in Bern studierenden russischen Damen überreichten ein Ehrengeschenk von 500 Franken als Beitrag zur Gründung einer

Universitätsbibliothek.» Allen Anfeindungen zum Trotz hielt aber der freisinnige Unterrichtsdirektor Regierungsrat Albert Gobat seine schützende Hand über die Russinnen. Er sah in den wachsenden Studentenzahlen ein Zeugnis für die Qualität der Hochschule und für ihr Ansehen im Ausland. Zudem entsprach es seiner politischen Überzeugung, dass die Russinnen später im despotisch gelenkten Zarenreich freiheitliche und demokratische Ideen des Westens verbreiten würden⁵⁶.

Seit der Hochschulgründung von 1834 hatten stets einzelne Frauen Vorlesungen besucht, doch taten sie das als blosser Hörerinnen, die keinen akademischen Abschluss erstrebten, so dass sich die Frage ihrer Immatrikulation nicht stellte. Die einzigen Frauen, die länger an der Universität weilten, waren deshalb Frau Löhner, die von 1858 bis 1869 die Stelle des Abwarts zur allgemeinen Zufriedenheit versah, und Frau Lips, die ihr bis 1895 nachfolgte.

Eigentliche Studentinnen tauchten in Bern kurz nach 1870 auf, also später als in Frankreich (1863) oder in Zürich (1867), ungefähr gleichzeitig wie in Genf (1872), aber früher als an den übrigen Universitäten der Schweiz und an denen Deutschlands. Die vor allem betroffenen Fakultäten erhoben keinen Einspruch, und das Reglement über die Zulassung von Studierenden stellte im wesentlichen für Frauen keine anderen Bedingungen als für Männer. Schon 1873 widmete der Rektor der Universität, der deutsche Ökonom und Kathedersozialist Hans von Scheel, seine Rede am Dies academicus dem Thema «Frauenfrage und Frauenstudium». Er begrüßte die Neuerung und stellte für die fernere Zukunft eine weitere Konsequenz in Aussicht: «die Ertheilung des politischen Stimmrechts und des activen wie passiven Wahlrechts, nicht nur der studierten Frauen, sondern Aller, welche eine gleiche geistige Bildung und einen gleichen Arbeitskreis mit den Männern haben».

Um 1875 waren an der Universität Bern 30 Frauen – lauter Ausländerinnen – eingeschrieben, was nicht ganz 10 Prozent der Gesamtstudentenschaft entsprach. Die ersten Schweizerinnen stießen 1877 hinzu. Ihre Zahl blieb meist unter zehn, und sie wählten vor allem die damals noch ungeteilte philosophische Fakultät, namentlich deren sprachlich-historische Abteilung.

1903 machten die beinahe 500 Frauen mehr als einen Drittel der Gesamtstudentenschaft aus, doch sank ihr Anteil, wie auch die Zahl der Studierenden überhaupt, deutlich, als Albert Gobat 1905 die Unterrichtsdirektion vorübergehend abtreten musste und die Zulassungsbedingungen verschärft wurden. Erst recht zogen sich mit dem Ausbruch des Weltkrieges von 1914 Ausländerinnen und Ausländer von der Berner Universität zurück, und auch bei den weiblichen Studierenden überwogen fortan der Zahl nach die Schweizerinnen. Sie hatten sich im Schatten der Russinnen allmählich ihren Platz an der Hochschule gesichert⁵⁷.

2. BERN UND DIE DEUTSCHEN

Ausländerprobleme waren keine bernische Besonderheit. Um 1910 lebten im Kanton gut 35 000 Fremde, also 5,4 % der Einwohnerschaft. In der gesamten Schweiz machten sie 14,7 % aus, und nur in Appenzell Innerrhoden, Obwalden und Freiburg lag ihr Anteil tiefer als im Kanton Bern, denn die Ausländer liessen sich eher in Städten und in grenznahen Räumen nieder als in agrarisch geprägten Regionen, zu denen auch Bern zum guten Teil noch gehörte. Zudem blieben ihnen ja viele Staatsstellen verschlossen, was sich in einem Verwaltungszentrum wie Bern auswirkte.

Den weitaus grössten Teil der Ausländer stellten die Deutschen. Im Kanton Bern waren 1910 ihrer rund 12 000, namentlich solche aus dem Süden des Reiches, im Kanton Zürich fast 62 000. Deutsche hatte es in der Schweiz während des ganzen 19. Jahrhunderts gegeben, anfangs vor allem Handwerksgesellen und politische Flüchtlinge. Besonders seit dem Aufkommen der Eisenbahn nahm die Zahl der Einwanderer stark zu, und sie verteilten sich nun auf die verschiedensten Berufe. In der Stadt Bern gehörten sie eher zu den vermöglicheren Schichten. An der Universität und an manchen Mittelschulen gaben sie als Dozenten den Ton an, aber auch im Zeitungswesen, im künstlerischen Bereich und in der Wirtschaft zählten sie oft zu den besonders initiativen und erfolgreichen Persönlichkeiten, etwa die Rheinhessen Georg und Karl Albert Wander

(Vater und Sohn), die als Hersteller von Malzextrakt und «Ovomaltine» ihrer Firma Weltruhm verschafften.

Manche dieser Deutschen waren bereits in der Schweiz aufgewachsen, und auch von den übrigen assimilierten sich viele bald. Trotzdem begegneten ihnen die Einheimischen teilweise mit Misstrauen und Abneigung. Solche Gefühle steigerten sich noch, als mit dem Königreich Italien und dem Deutschen Reich Nationalstaaten und Grossmächte entstanden, welche der Schweiz nun auch von Norden und Süden her zeigten, um wieviel kleiner sie war als ihre Nachbarn. Im Hochgefühl des politischen und wirtschaftlichen Aufstiegs ihrer Heimat trugen Deutsche zuweilen ein Selbstbewusstsein und ein Imponiergehabe zur Schau, das Schweizer absties – oder aber zur Nachahmung verleitete.

Dabei fühlten sich die Deutschschweizer zwar als Bürger eines eigenen, unabhängigen Staates, doch gleichzeitig auch als Glieder der grossen deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft. Zu diesen zwei Seelen in ihrer Brust bekannten sich selbst Schriftkundige gelegentlich in Formulierungen, die Missverständnisse hervorriefen und in der Öffentlichkeit Aufsehen und Ärgernis auslösten.

Das erfuhr der Schaffhauser Ferdinand Vetter, der als Professor für ältere deutsche Literatur an der Berner Hochschule lehrte. Er sprach im Juni 1902 als Vertreter des Berner Historischen Museums und der Berner Universität am Jubiläum zum fünfzigjährigen Bestehen des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg und betonte dabei mit festfrohem Überschwang: «Eine deutsche Provinz in geistiger Beziehung also wollen wir in der deutschen Schweiz sein und bleiben, aber allerdings mit sehr bestimmten Reservatrechten! [...] Wir freuen uns unter Deutschen am Feste dieser deutschen Anstalt, dass wir als deutsche Schweizer zugleich dem Geiste nach Deutsche sind und es zu bleiben hoffen!» Die Presse berichtete über die Rede zum Teil in einer verkürzten Fassung, die noch taktloser klang und namentlich die Romands brüskierte. Aber auch der Senat der Universität rückte von Vetter ab, und Studenten brachten ihm sogar eine Katzenmusik vor seiner Wohnung dar. Dabei griff die städtische Polizei brutal ein und misshandelte bei dieser «Schlacht am Aargauerstalden», wie sie bald hiess, auch Unbeteiligte, darunter

Korrespondenten westschweizerischer Zeitungen, was erst recht Öl ins Feuer goss.

An sich war der Vorfall nicht bedeutend, und Nachspiele mit je einer ausgesprochenen und wieder zurückgenommenen Demission Vetters und des Feuilleton-Redaktors am «Bund», Josef Viktor Widmanns, zeigten, dass auch menschliche Schwächen und Eitelkeiten mitspielten.

Vetter stand gerne im Mittelpunkt öffentlichen Aufsehens, doch wandte sich dieses bald stärker der Polizei und ihren Missgriffen zu. Ein Pangermanist war er nicht, hatte er doch schon 1891 versucht, eine dreisprachige Zeitschrift «Schweizerische Rundschau» herauszugeben. Sie ging aber bald ein, weil ihr gerade in der welschen Schweiz die Abonnenten fehlten. Auch hatte er als einer der ersten die Einführung eines schweizerischen Nationalfeiertages angeregt.

Zudem stand er mit seinen Anschauungen nicht allein. Dreissig Jahre zuvor hatte Gottfried Keller bei einem Bankett ähnliche Worte gesprochen wie Vetter, doch blieb damals die Erregung geringer. Seither waren die Sprachgruppen im In- und Ausland empfindlicher und kampffreudiger zugleich geworden. Deutlicher als 1872 stellte sich zudem für die Schweiz jetzt die Frage, ob sie eine eigene Nationalkultur besitze oder geistig zu Deutschland, Frankreich und Italien gehöre. Darob brach ja dann 1914 in der Schweiz der «Graben» zwischen Deutsch- und Welschschweizern auf. Aufmerksame Beobachter sahen Vorzeichen bereits vor dem Ersten Weltkrieg. So zeigten Vetters Rede und die Reaktion der Berner, dass diese sich zwar zur deutschen Sprachgruppe zählten, aber dennoch an betontem Deutschtum wenig Geschmack fanden⁵⁸.

Seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts war aus Kreisen des Berliner Hofes mehrmals bei der Schweiz angeregt worden, sie möge Kaiser Wilhelm II. zu einem offiziellen Besuch der Eidgenossenschaft einladen, für deren Armee er sich besonders interessierte. Der Anlass kam schliesslich im Herbst 1912 zustande und konnte als eine Art von Ausgleich für die Visite des französischen Staatspräsidenten de Fallière 1910 gelten. Zur Enttäuschung mancher Berner verbrachte der Monarch aber von den fünf Tagen seines Aufenthaltes

in der Schweiz nur einen halben in der Bundesstadt und übernachtete auch nie hier, sondern stets in Zürich.

Ursprünglich hatte man die Akzente etwas anders gesetzt. Wilhelm II. befürchtete zuerst, er könnte in Zürich durch die über 40 000 Deutschen in dieser Stadt allzusehr mit Beschlag belegt werden, und er wünschte auch einen «Ausflug ins Gebirge». So sollte die eben erst fertiggestellte Bahn ihn aufs Jungfrauoch führen und Interlaken ihn für zwei Nächte beherbergen. Wegen einer Erkältung des Kaisers legten aber seine Ärzte im letzten Augenblick gegen diesen Teil des Programms ihr Veto ein, so dass neben dem Besuch der Stadt Zürich und der militärischen Manöver in der Ostschweiz für die Bundesstadt am 6. September 1912 nur eine Begrüssung des Kaisers durch die eidgenössischen Behörden, eine Fahrt durch die geschmückten Strassen, ein Empfang in der deutschen Gesandtschaft am Bierhübeli – in erster Linie für die Vereine der Deutschen in Bern – und ein Diner übrigblieben, bevor der deutsche Kaiser noch am gleichen Abend über Schaffhausen nach Konstanz in seine Heimat zurückfuhr.

Wie es sich gehörte, hielten die Berner zwar trotz dem unfreundlichen Wetter beim Beifall für den Gast und beim Aufwand für Dekorationen Schritt mit den Zürchern. Aber es waren eher die hier niedergelassenen Deutschen, die sich in den Vordergrund drängten, als die angestammten Einwohner «der ehrwürdigen Stadt Bern, die im Angesicht der Bergriesen Jungfrau, Mönch und Eiger ihr stolzes Haupt erhebt», wie sich der Kaiser ausdrückte. Daneben sprach er Gedanken aus, die an jene Ferdinand Vettiers von 1902 gemahnen konnten, doch waren sie weit vorsichtiger formuliert, so dass sie kaum Befremden erregten⁵⁹.

Die Deutschen in der Schweiz suchten in einer Vielzahl von Vereinen den Zusammenhang untereinander und gegenseitige Anregung. Dabei entstanden Gemeinschaftswerke, deren eines im Kanton Bern lag. In Pieterlen, am Jurafluss, hatte der Bieler Patrizier Sigmund Heinrich Wildermett, ehemaliger Rittmeister der preussischen Kavallerie, im 19. Jahrhundert seinen Landsitz zu einem Schlösschen mit mittelalterlichem Aussehen umgebaut. Nun sammelten von 1906 an Deutsche in der Schweiz von Bern aus Geld,

um das Gebäude für ein «Deutsches Altersheim in der Schweiz» zu erwerben. 1912 konnte das Initiativkomitee den Kauf vollziehen, und am 8. Juni 1913 versammelte sich fast die ganze Prominenz der Auslandsdeutschen in der Schweiz zur Einweihung, pflanzte zur Ehre des Kaisers eine Eiche und hisste auf der Turmzinne eine deutsche Fahne. Allerdings wurde Pieterlen für die Deutschen eher ein Prestigeobjekt als ein Werk, das echte soziale Hilfe bot. Neben einem Hausvater beherbergte es anfänglich bloss sieben Insassen, und nach dem Ersten Weltkrieg verlor es ohnehin seine Bedeutung⁶⁰.

3. DIE FURCHT VOR EINER GERMANISIERUNG IM JURA

Während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahm in ganz Europa der Nationalismus stark zu, ebenso die Empfindlichkeit, aber auch das Sendungsbewusstsein von Sprachgruppen und Kulturgemeinschaften. In der Schweiz und besonders in zweisprachigen Kantonen wie Bern musste das zu Spannungen führen, um so mehr als die Eisenbahn Aus- und Einwanderung auch im Binnenbereich erleichterte und mehrte und damit die Furcht vor einer Überfremdung steigerte. Zum Beispiel trug Bern – ohne Absicht – mit der Erstellung der Lötschbergbahn zur Rettung des Deutschen im Oberwallis bei, das sich vorher stetig zurückziehen musste. Mit dem Bau der Wildstrubel-Variante hätte es sich vielleicht sogar im Mittelwallis halten können. Zudem belegten seit 1860 die eidgenössischen Volkszählungen Zuwachs und Verlust bei der Stärke der Sprachgruppen und lieferten damit Munition für publizistische Fehden zwischen ihnen.

Im Bernbiet blieb die Sprachgrenze im allgemeinen stabil. Die Bieler allerdings hatten ursprünglich weit überwiegend deutsch gesprochen. Ungefähr seit der Jahrhundertmitte strömten dann Uhrenarbeiter, namentlich aus dem Neuenburger und aus dem Berner Jura, herbei, so dass bis 1910 die Einwohnerzahl auf rund 24 000 und der Anteil der Welschen auf fast 35 % anwuchs und die

Stadt in Schule, Verwaltung, Gottesdienst und für das öffentliche Leben überhaupt zweisprachig wurde. Ähnlich verlief die Entwicklung in Biels Nachbargemeinde Madretsch.

Im Berner Jura, welcher ohnehin noch nicht voll mit dem alten Kantonsteil zusammengewachsen war, zeigten sich die Furcht vor einer Germanisierung und der Widerstand dagegen im Süden eher stärker als im Norden, der dafür in Konfessionsfragen empfindlicher war. Die Fronten liefen nicht den Grenzen der politischen Parteien entlang, und oft kämpften freisinnige Jurassier besonders eifrig gegen die Sprach- und Schulpolitik der in ihrer Mehrheit ebenfalls freisinnigen bernischen Kantonsregierung.

Eine gewisse Gewähr bot dem Jura Albert Gobat, der 30 Jahre lang im Regierungsrat sass und meist die Unterrichtsdirektion führte. Dort konnte er sich für die französische Kultur einsetzen, doch tat er es nicht in jedem Fall. Im Grossen Rat sprach er deutsch, damit er besser verstanden werde, und eine Schule französischer Sprache in der Stadt Bern lehnte er ab, obwohl seit 1848 immer mehr Bundesbeamte aus der Westschweiz hier Wohnsitz nahmen.

Im Norden des Berner Juras hatten sich um 1900 da und dort noch Reste des alten Patois erhalten, im Süden war es verschwunden. Die Deutschsprachigen, die im 19. Jahrhundert in den Jura strömten – meist Altberner –, liessen sich vor allem in den industrialisierten Amtsbezirken Courtelary, Moutier und Delsberg nieder. Ihre Zahl genügte, um regelmässige Gottesdienste in deutscher Sprache in Neuenstadt, St-Imier, Corgémont, Moutier, Delsberg und Pruntrut durchzuführen, und in Delsberg erschien von 1901 an halbwohentlich die Zeitung «Berner Jura» in deutscher Sprache. Aber nicht alle Deutschsprachigen zogen sich in den Kreis der Ihren zurück; unten in den Tälern assimilierten sie sich oft rasch, fanden guten Kontakt mit den Einheimischen und machten häufig Karriere in Wirtschaft und Politik der neuen Umgebung⁶¹.

Wenn nun in der Öffentlichkeit mehr als zuvor über die Sprachenfrage diskutiert und gestritten wurde, hing das auch damit zusammen, dass im Ausland wie in der Eidgenossenschaft Vereinigungen entstanden, die den Kampf für die eigene Sprache und Kultur auf ihre Fahne schrieben. So gründeten zwölf Männer 1904

in Burgdorf den «Deutschschweizerischen Sprachverein». Seine treibende Kraft wurde bald Pfarrer Eduard Blocher, der Grossvater des heutigen Nationalrates. Er besass zwar das Bürgerrecht von Schattenhalb bei Meiringen, wirkte aber vor allem in Zürich. Als prominente Berner gehörten dem Verein neben anderen Otto von Greyerz und Ferdinand Vetter an, und im Gegensatz zur gesamtschweizerischen Gesellschaft förderte die Berner Sektion auch die heimische Mundart.

Der Sprachverein ebenso wie entsprechende Gesellschaften in der Romandie wachten zum Beispiel gestreng darüber, wie Post, Eisenbahngesellschaften und Behörden etwa in Fahrplänen oder auf Anschriften und Stempeln Ortschaften bezeichneten, insbesondere solche nahe der Sprachgrenze oder mit sprachlich gemischter Einwohnerschaft. So stach der Berner Regierungsrat in ein Wespennest, als er 1913 beschloss, die fast rein deutschsprachigen, aber im französischsprachigen Amtsbezirk Moutier gelegenen Gemeinden La Scheulte und Elay auf den topografischen Karten in Schelten und Seehof umbenennen zu lassen. Er suchte dann einen Kompromiss, indem er schliesslich «Schelten (La Scheulte)» und «Seehof (Elay)» zur offiziellen Schreibweise erklärte.

Die höchsten Wellen warfen um die Jahrhundertwende im Jura Schulprobleme, die oft mit der Sprachenfrage und mit der Furcht vor Überfremdung und Gemanisierung zusammenhingen. Seit Jahrhunderten hatten sich im Jura Täufer niedergelassen, die in ihrer alten Heimat ihres Bekenntnisses wegen verfolgt worden waren. Sie suchten die unwirtlichen Höhen auf, und ihre Nachkommen wollten hier in der Abgeschlossenheit ihren Glauben, ihre angestammte bäuerliche Lebensweise, aber auch ihre Sprache und Mundart bewahren. So gründeten sie eine Reihe eigener, privater Schulen, die deutsch geführt wurden. Diese gerieten nun in den Strudel publizistischer Gefechte um Sprach- und Kulturfragen, und im Sommer 1906 fasste die «Société pédagogique jurassienne» an ihrer Generalversammlung in St-Imier eine Resolution, die im provokativen Satz gipfelte: «Dans le Jura bernois romand, les écoles allemandes n'ont pas leur raison d'être.» Der Konservative Fritz Burren, Chefredaktor des «Berner Tagblatts», wehrte sich 1906 im Grossen Rat bei der

Behandlung des Staatsverwaltungsberichtes für die Täufer Schulen, deren Unterdrückung «im alten Kanton nicht gutes Blut machen» würde, doch gelang es Regierungsrat Gobat, die Bedenken zu zerstreuen. Er sah hinter den Sprachkämpfen im Jura pangermanistische Drahtzieher, die ausserhalb des Kantons Bern wohnten.

Solche waren tatsächlich für den nächsten Schulstreit im Jura verantwortlich. Emil Garraux stammte zwar aus einer Familie mit französischem Namen und mit Bürgerrecht im jurassischen Malleray, aber er fühlte sich ganz als Verfechter des Deutschen und liess von seinem Wohnort Basel aus deutschsprachigen Schulen im Jura Gelder zugehen, die zum kleineren Teil von Glaubensgenossen der Täufer, nämlich von Mennonitengemeinden in Deutschland, stammten, zur Hauptsache aber vom «Verein für das Deutschtum im Ausland» im Deutschen Reich. Erst allmählich traten Ablauf und Hintergründe der Aktion zutage, die im Jura Empörung und den Verdacht auslöste, die Behörden des Kantons hätten die Zahlungen bewusst oder mindestens fahrlässig geduldet. Eine Motion von Eduard Choulat zu dieser Angelegenheit wurde von drei Vierteln der jurassischen Deputation im Grossen Rat mit unterzeichnet. In ihrer Antwort gestanden Regierungspräsident Karl Scheurer und Erziehungsdirektor Emil Lohner am 17. März 1914 begangene Fehler ein. Sie wie die Jurassier suchten Verständigung, so dass eine gemeinsame Erklärung fürs erste den Frieden zu retten vermochte: «Le Grand Conseil, prenant acte des déclarations du gouvernement desquelles il ressort que l'autorité exécutive fera ses efforts pour empêcher tous conflits de langues et de races dans le Jura et s'opposera à tous actes des autorités et des fonctionnaires qui porteraient atteinte à la garantie constitutionnelle de la langue française, comptant sur le gouvernement pour prendre s'il y a lieu les mesures nécessaires, passe à l'ordre du jour sur la motion Choulat et consorts.»

Als wenig später der Erste Weltkrieg ausbrach, traten zwar solche Einzelereignisse etwas in den Hintergrund. Im ganzen wuchs aber die Spannung zwischen den Sprachgruppen auch im Jura eher, als der «Graben» zwischen Deutsch- und Welschschweiz aufklaffte. Jedenfalls unterblieben 1915 die ursprünglich geplanten Hundertjahrfeiern für die Zugehörigkeit des Juras zum Kanton Bern⁶².

III. KAPITEL

DER APPELL AN HEIMISCHE WERTE

1. HEIMATSCHUTZ

Industrie und Fremdenverkehr veränderten im späteren 19. Jahrhundert das Bild der Landschaft und das Denken und Fühlen der Bevölkerung in der Schweiz. Wer dabei materiell profitierte, lobte das als Fortschritt. Aber es sammelten sich Gegenkräfte, für welche sich die Bezeichnung «Heimatschutz» eingebürgert hat. Bei den einzelnen Gruppen und Individuen stand jeweilen die Gefährdung und Zerstörung der Natur, der Tier- und Pflanzenwelt, der überlieferten Bauweise, der dörflichen Lebensart, des einheimischen Brauch- und Schrifttums im Vordergrund. Ähnliche Strömungen zeigten sich auch in anderen Teilen Europas, dort oft verbunden mit einem Hang zur Dämonisierung der Grossstadt, die es im internationalen Sinne des Wortes in der Schweiz gar nicht gab. Traditionelle Werte hatten an Überzeugungskraft verloren, und im Gefühl des Umbruchs und der Unsicherheit suchte man nach neuem Halt bei Bewährtem, aber dennoch Entwicklungsfähigem. Den Vorstreit führten Künstler, Architekten, Lehrer aller Stufen, Journalisten und Juristen, und Auftrieb gaben ihnen Ereignisse wie die Zerstörung von Teilen der alten Stadtmauern in Solothurn oder Pläne für den Bau einer Bahn auf das Matterhorn, während rund siebenzig Jahre zuvor der Schleifung der Schanzen Berns kaum Widerstand erwachsen war. Jetzt aber erregten der Abbruch des alten Torturms in Büren an der Aare, Projekte für eine Ableitung des Fallbachs bei Blumenstein oder für eine Rosenloui-Bahn von Meiringen auf die Grosse Scheidegg die Gemüter.

Erste Vorstösse für einen Zusammenschluss kamen aus der Westschweiz, doch dann war es die Berner Gesellschaft der Maler und Bildhauer, die Vorbesprechungen einleitete, so dass am 1. Juli 1905 in der Aula der Berner Universität die schweizerische Vereinigung für Heimatschutz gegründet werden konnte. Ungefähr zur selben

Zeit bildete sich eine Berner Sektion, die Ende 1906 fast 600 und ein Jahr später beinahe 900 Mitglieder zählte.

Im Vordergrund stand für den schweizerischen Heimatschutz die Bewahrung von Landschaft, Natur und erhaltenswerten Bauten, wie es die französischen und italienischen Bezeichnungen zeigen: «Ligue pour la beauté», «Ligue pour la conservation de la suisse pittoresque» und «Associazione ticinese per la conservazione delle bellezze naturali ed artistiche». Bei den Bernern gewann früh der Bereich der Trachten, des Volksliedes und namentlich der Sprachpflege und der Mundartdichtung besondere Bedeutung. Persönlichkeiten wie Otto von Greyerz, Simon Gfeller, Carl Albert Loosli und Rudolf von Tavel spielten bei ihnen eine wichtige Rolle, und die Berner setzten zum Beispiel durch, dass dem Schweizer Heimatschutz nicht ein Präsident vorstand, sondern ein Obmann, und sie hielten nicht eine Jahresversammlung ab, sondern ein Jahresbott.

Der bernische Heimatschutz war in der Politik gut verankert und zählte zu seinen Mitgliedern Prominente der verschiedensten Couleur: Freisinnige, wie die Nationalräte Fritz Bühlmann, Grosshöchstetten, Johann Jakob Schär, Langnau, und Johann Hirter, Bern, sowie Bundesrat Ludwig Forrer, ferner Regierungsrat Friedrich Burren von der Volkspartei, den konservativen Nationalrat Ernst Wyss und den sozialdemokratischen alt Nationalrat Brüstlein, aber auch Koryphäen des Geisteslebens wie Ferdinand Hodler oder den Nobelpreisträger Theodor Kocher. Waren rund vierzig Jahre früher die Kämpfer für die Erhaltung des Christoffelturms von den damals dominierenden Radikalen noch als verzopfte, ewiggestrige Konservative verspottet worden, so fand nun das Alte Verteidiger in allen Kreisen der Gesellschaft.

Einzelne Erfolge stellten sich schon früh ein. So erhielt der Kanton Bern bereits 1902 ein «Gesetz über die Erhaltung der Kunstaltertümer und Urkunden», das freilich im Einzelfall oft noch wenig bewirkte, und 1907 wurde in das kantonale Wasserrechtsgesetz die Bestimmung aufgenommen: «Bei der Konzessionserteilung ist dafür Sorge zu tragen, dass bei Ausführung der projektierten Anlagen Naturschönheiten tunlichst geschont und gewahrt werden.» Dem Grossrat, der diese Ergänzung verlangt hatte, ging es

dabei allerdings weniger um die Natur als um den Schutz der Sehenswürdigkeiten für den Fremdenverkehr. Das Einführungsgesetz des Kantons Bern zum schweizerischen Zivilgesetzbuch legte zudem 1911 in seinem Artikel 83 fest: «Der Regierungsrat ist berechtigt, auf dem Verordnungswege zum Schutz und zur Erhaltung von Altertümern, Naturdenkmälern, Alpenpflanzen und anderen seltenen Pflanzen, zur Sicherung der Landschaften, Ortschaftsbilder und Aussichtspunkte vor Verunstaltung und zum Schutze von Heilquellen die nötigen Verfügungen zu treffen.» Geistiger Vater dieser Verfügung wie des ganzen Einführungsgesetzes war Nationalrat Fritz Bühlmann, der mit seiner Familie als einer der ersten auf den Hügeln des Emmentals Ski fuhr und auf eidgenössischer Ebene Entscheidendes beitrug zur Schaffung des Nationalparks im Unterengadin.

Zwar gab es auch Abweisende, nach denen «Heimatschützer, Abstinenzler und Stündeler alle zur nämlichen Sorte von Leuten» gehörten. Ihnen gegenüber betonte der Heimatschutz, «dass wir den gewaltigen Errungenschaften der neuzeitlichen Technik und den modernen Verkehrsverhältnissen nicht gleichgültig oder gar feindlich gegenüberstehen, sondern sie als Ausdruck eines stolzen Kraftbewusstseins willkommen heissen, sofern sie nur, neben den materiellen, auch die ideellen Werte unserer Kultur hochachten und berücksichtigen» Bei geplanten Kraftwerken im Oberhasli müssten allerdings einzelne Seelein und Wasserfälle geopfert werden. Dafür entstünden vielleicht neue Schönheiten. Der Heimatschutz, «der ja durchaus modern sein will», könne «bei solchen grossen, neuzeitlichen Aufgaben [...] durch freudiges Mitarbeiten zeigen, dass wir mit unserer Zeit zu marschieren verstehen und dadurch manches Vorurteil gegen uns zerstreuen». Der Berner Heimatschutz lehnte es auch «grundsätzlich ab, gegen Bergbahnprojekte einzuschreiten, die von einer vernünftigen Verkehrspolitik gefordert werden und der Würde und Schönheit des Berner Landes keinen Eintrag tun. Eine mit Rücksicht auf das Landschaftsbild angelegte Bahnlinie kann dessen Reiz geradezu erhöhen, wie die Albulabahn zeigt. Und eine praktische Aussichtsgipfelbahn, wie die glücklich geführte Niesenbahn, welche undankbare lange Wegstrecken erspart und demokratische

Preise hat, dürfen wir guten Gewissens willkommen heissen. Unser Kampf gilt nur der rücksichtslosen Privatspekulation auf diesem Gebiet, die künstliche Bedürfnisse schafft, bloss dem Luxus dienen will und – neben ökonomischer Schädigung der bereits vorhandenen, auf lange Zeit ausreichenden Aussichtsbahnen – eine Reihe von andern unwürdigen Nebenerscheinungen zeitigt, wie den Bodenschacher, den Brotneid der Talschaften, den Massenbetrieb und die Störung ruhiger edler Landschaften durch oberflächliches Reisevolk. In jedem Einzelfall muss eben genau geprüft werden, bevor wir mit unpraktischen Wortprotesten eingreifen; der gesunde Idealismus kommt sicher nicht zu kurz, wenn er in reifer Weise mit der Wirklichkeit rechnet.» Auch gegen geplante Arbeiterwohnungen im Berner Matte-Quartier – am Fusse der Plattform – schritt er nicht ein, «da wir grundsätzlich auf dem modernen Standpunkt stehen, dass alte ungesunde Wohnungen, selbst wenn sie malerisch sind, neuen zweckmässigen Forderungen weichen müssen».

Am entschlossensten kämpfte der Heimatschutz gegen schreiende Reklametafeln, welche Ortsbilder und Landschaften verunstalteten. In den meisten Fällen konnte er Minderwertiges nur hinterher anprangern, nur reagieren statt zuvorkommen. Immerhin versuchte er besonders beim Bauen erzieherisch zu wirken, indem er in seinen Publikationen schlechten Beispielen immer wieder gute im Bilde gegenüberstellte, etwa Werke von Architekt Karl Indermühle, dem zweiten Obmann des Berner Heimatschutzes nach Otto von Greyerz. Indermühle schuf auch das «Dörfli» für die Landesausstellung von 1914, das in einheitlichem Stil bewusst Anregungen für die Gestaltung einer Schweizer Ortschaft gab, während an der Genfer Landesausstellung von 1896 das «village suisse» noch in buntem Gewirr Gebäude aus den verschiedensten Gegenden der Schweiz nebeneinandergestellt hatte.

Otto von Greyerz erschloss durch seine mehrbändige Sammlung «Im Röseligarte» viele Volkslieder wieder für Kreise, die bisher fast nur den Fest- und Männerchorgesang gekannt hatten. Dazu schuf er in grosser Zahl Mundartstücke, die vor allem das «Berner Heimatschutztheater» als Laienbühne aufführte und womit es an der Landesausstellung viel Beifall gewann.

Die Heimatschutzbewegung zeugte von einem Aufbruch, wie er sich ähnlich kundtat in der Gründung der schweizerischen Gesellschaft für Volkskunde oder etwas später in der schweizerischen Trachtenvereinigung. Ausbruch aus dem Altgewohnten suchten aber ungefähr gleichzeitig auch die Anhänger der Alkohol-Abstinenz, einer natürlichen Bekleidung, moderner Sportarten wie des Fussballs oder des Wanderns in neuen Formen wie die sogenannten Wandervögel. Diese Strömungen erlebten ihre grosse Zeit zum Teil erst nach dem Ersten Weltkrieg. Doch manches, was damals blühte, keimte bereits vor 1914, ja sogar vor der Jahrhundertwende.

Wenig Beziehungen ergaben sich dagegen vom Heimatschutz zu einem anderen Aufbruch von damals, nämlich zur Frauenbewegung. Wohl hatte im Welschland die Malerin Marguerite Burnat-Provins als erste und besonders engagiert zum Einsatz für die Landschaft aufgerufen. Der Berner Heimatschutz aber zählte in seiner Frühzeit eher wenige weibliche Mitglieder und keine in führenden Rollen.

Der Heimatschutz pries in einer Gesellschaft in voller industrieller Entwicklung die intakte Natur, das Landleben früherer Zeiten und überhaupt das Überlieferte als Vorbild. Manche Lebensformen des Bürgertums an der Jahrhundertwende empfand er als materialistisch und eng, und doch war auch ihm das Nationale Richtschnur und lehnte er Kosmopolitismus oder andere Einflüsse aus dem Ausland ab. Damit nahm er manches Fühlen und Sehnen der Schweizer um 1900 auf, verwickelte sich aber auch in inneren Widerspruch⁶³.

2. DIE LANDESAUSSTELLUNG VON 1914

Das 19. Jahrhundert war, wie in aller Welt, auch in der Schweiz eine Zeit der Ausstellungen. Ursprünglich boten sie vor allem dem Gewerbe und später der Industrie Gelegenheit, Kunden für ihre Erzeugnisse anzulocken und mit neuen Produkten und Verfahren Interesse und Initiative der Berufsgenossen anzuregen. Sie dienten

also der Wirtschaft und nicht dem Patriotismus, der damals in erster Linie an Festen aller Art gepflegt wurde.

Auch Bern beherbergte öfters derartige Veranstaltungen, so 1857 die «Schweizerische Industrieausstellung», der auch Abteilungen über schweizerische Literatur und Kunst sowie eine Schau zur Landwirtschaft angegliedert waren. Raum fand sie in bereits bestehenden Gebäuden, hauptsächlich in der Kavalleriekaserne am Bollwerk, und sie kam aus ohne eigens für sie erstellte Hallen oder Zelte. Sie kann als Vorläuferin der späteren Landesausstellungen gelten, deren Reihe 1883 in Zürich begann und 1896 in Genf fortgesetzt wurde. Schon vorher, nämlich 1891, hatten bernische Wirtschaftsvereinigungen erwogen, sich ebenfalls um einen derartigen Anlass zu bewerben. Der Gemeinderat der Stadt Bern leitete ihr Gesuch an den Bundesrat weiter, doch dann ruhte die Angelegenheit, wenn auch die Gespräche darüber nie ganz abrisen.

Ein entscheidender Tag wurde der 21. Februar 1907, auf den Regierungsrat Kunz interessierte Behörden und Vereine zusammenrief. Die ungefähr achtzig Anwesenden empfahlen für eine Landesausstellung «Bern als gegebenen Ort, und als geeignetsten Zeitpunkt denjenigen der Eröffnung der Berner Alpenbahn» und wählten eine «vorberatende Kommission». Sie besorgte – besonders in vielen Unterausschüssen – die Vorarbeiten, so dass der Regierungsrat im Dezember 1908 die eigentliche Bewerbung beim Bundesrat einreichen konnte. Dieser hiess sie gut, um so mehr, als keine Anträge von anderen Gegenden vorlagen. Eine «Grosse Ausstellungskommission» aus rund 150 Männern – Frauen waren keine dabei – übernahm die Oberleitung. Die Hauptlast aber trug ein Zentralkomitee von gut vierzig Mann und namentlich sein dreiköpfiges Direktionskomitee unter der Leitung von Regierungsrat Carl Moser.

Am 18. November 1909 bewilligte der Grosse Rat ohne Diskussion 500 000 Franken als Subvention, und weitere Beiträge flossen von Bund, Einwohner- und Bürgergemeinde Bern her. Aber auch die meisten übrigen Gemeinden des Kantons steuerten das Ihre bei, von den 2000 Franken von Biel und den 1800 von Köniz hinab bis zu den je zehn Franken kleiner Orte im Oberland und im Jura.

Weitere Einnahmen sollten die Eintritte in die Ausstellung und eine Lotterie liefern.

Ursprünglich war die Ausstellung für 1913 geplant, zur Eröffnung der Berner Alpenbahn, ähnlich wie die Zürcher Landesausstellung 1883 in den Umkreis der Feiern für die neue Gotthardlinie gehörte. Weil aber Teile der Ostschweiz im Lötschbergdurchstich eine unerwünschte Konkurrenz für ihre Projekte am Splügen erblickten und deshalb grollten, entschloss man sich zur Verschiebung der Landesausstellung auf 1914, um so mehr als die Vorbereitungszeit ohnehin knapp geworden war⁶⁴.

Als Standorte in Bern fielen das Murifeld und Holligen früh aus der Wahl. Für Wankdorf- und Beundensfeld waren anfänglich Sportveranstaltungen und landwirtschaftliche Darbietungen vorgesehen und für das Kirchenfeld eine Kunstaussstellung in der Kunsthalle, welche am Helvetiaplatz geplant war. Trotz einem gewaltigen fünftägigen Künstlerbazar vom Sommer 1911 in der Reithalle kam aber das Geld für diesen Bau nicht rechtzeitig zusammen, so dass schliesslich die ganze Ausstellung auf dem Neufeld und dem Viererfeld stattfand. Anders als 1883 in Zürich und 1896 in Genf entfaltete sie sich in Bern ausserhalb der eigentlichen Stadt, ohne dass bereits vorhandene Bauten sie einengten oder sogar eine Aufteilung auf mehrere auseinanderliegende Plätze bedingten. Besondere Trümpfe waren die herrliche Aussicht auf Altstadt und Alpenkette sowie als Kulisse der Bremgartenwald, den man im übrigen wenig in die Anlage einbezog. Vom Bahnhof liess sich das Gelände bequem erreichen dank zwei Tramlinien und verbreiterten, geteer-ten Strassen, die zugleich das Länggass- und das Brückfeldquartier besser erschlossen als bisher.

Hatte bisher das Publikum die Vorbereitungsarbeiten noch wenig beachtet, so erregte von 1911 an der Wettbewerb für ein Ausstellungsplakat Aufsehen. Von über hundert Entwürfen krönte die Jury den «Reiter» von Emil Cardinaux, einen Bauernjüngling mit einer gelben Fahne auf einem stämmigen Ackergaul. Entrüstung und Spott löste vor allem die grüne Farbe des Pferdes aus, die Stoff für Karikaturen und Fastnachtsproduktionen bot. Cardinaux lebte in der Nähe Berns, war aber ein Romand. Doch gerade die West-

schweizer kritisierten ihn am heftigsten. Da man ihn dem Umkreis Ferdinand Hodlers zurechnete, war er ohnehin mit diesem zusammen umstritten und Schmähungen ausgesetzt. Für die Ausstellung jedoch bedeutete die Empörung beste Propaganda, denn fortan war der Anlass in aller Leute Mund.

Verschiedenheiten im Stilempfinden zwischen Deutsch und Welsch zeigten sich auch bei der Architektur. Den ersten Ideenwettbewerb für die Gesamtgestaltung hatte zwar ein Büro aus Montreux gewonnen, das nach französischen Vorbildern historisierende Formen bevorzugte. Sein Projekt wurde aber von anderen Stellen mehrmals überarbeitet, und die Ausführung geschah fast ganz durch Berner Architekten. Deshalb zeugte die Ausstellung nach der Meinung welscher Kritiker von germanischer Architektur und einem «style de Munich». Tatsächlich wirkten die Bauten in ihrer Mehrzahl eher sachlich und nüchtern. Einzelne, namentlich im «Dörfli», waren geprägt vom Heimatschutzgedanken. Die Gebäude sollten die Ausstellung nicht überdauern und verschwanden nach ihrem Ende alle, so dass auf ihren Grundflächen schon 1915 wieder reichlich Gras geerntet wurde. Deshalb bestanden die Bauten meist aus Holz oder aus Eisen und Stahl, während Beton kaum angewendet wurde, obwohl das Verfahren bekannt war. Trotz langen Regenperioden und zerstörerischen Stürmen während der Bauzeit, wurde die Ausstellung pünktlich auf den vorgesehenen Eröffnungstag am 15. Mai 1914 fertig⁶⁵.

Die Berner Landesausstellung übertraf ihre Vorgängerinnen in Genf und Zürich an Fläche und Besucherzustrom. Nur die Zahl der Aussteller hatte leicht abgenommen, weil manche sich für eine kollektive Darbietung ihrer Produkte zusammenschlossen. Immer noch ging es vorab um eine Leistungsschau von Industrie, Gewerbe und Wissenschaft, die zugleich die Tradition pries, aber auch das Selbstvertrauen und den Fortschritts- und Zukunftsglauben der Nation stärken wollte. Kaum eines der Themen der früheren Ausstellungen fehlte ganz. Aber einzelne waren stark ausgeweitet worden oder sogar neu hinzugekommen, etwa Elektrizität, Automobil, Luftschiffahrt, Binnenschiffahrt, ebenso Banken, Kirchen und internationale Büros. Abteilungen über alte Kunst, Friedensbe-

strebungen und über Auslandschweizer waren vorgesehen, wurden jedoch nicht ausgeführt. Neu war der Sportplatz, der neben modernen Sportarten wie dem Fussball auch herkömmlichen wie dem Schwingen und Turnen diente, aber gleichfalls den Landwirten für die Vorführung prämiierter Tiere.

Verzichtet hatte man 1914 auf einen Rummelplatz, eine Budenstadt, da «sich die Würde und die Vornehmheit der geplanten Ausstellung [...] nicht vertrage mit der marktschreierischen Aufmachung einer solchen Einrichtung». Immerhin wurde getanzt, und zwar ebensogut Tango wie die hergebrachte Polka. Dazu fuhr die umstrittene «Szeneriebahn», eine Berg- und Talbahn mit Kulissen von Alpenlandschaften, die dem Heimatschutz heftig missfiel. Sein Heimatschutztheater im eher kleinen Saal des «Dörflis» war meist ausverkauft, während beim offiziellen Festspiel «Die Bundesburg» des Baslers Karl Albrecht Bernoulli der Besuch zu wünschen übrig liess. Auch Dokumentar- und ähnliche Filme fanden wenig Zuschauer, weil «die grosse Masse durch Vorführungen von grotesken Humoresken, Detektivromanen etc. verdorben ist und für weniger nervenkitzelnde Bilder kein Interesse verspürt».

Alles in allem war die Landesausstellung von 1914 aus der Tradition erwachsen und in der Gegenwart verwurzelt. Aber deutlicher als ihre Vorläuferinnen suchte sie auch in die Zukunft zu weisen und Impulse für die künftige Entwicklung zu geben. Nach den Worten von Regierungsrat Carl Moser sollte sie «das Schweizervolk von seiner wirtschaftlichen Kraft überzeugen und damit das Gefühl der Selbständigkeit und Zusammengehörigkeit unseres gesamten Volkes und wahrhaft national schweizerisches Denken und Empfinden fördern und stärken». Eine nationale Weiheschau wie die von Zürich 1939 war es aber nicht, auch wenn der plötzliche Ausbruch des Ersten Weltkrieges während ihrer Dauer sie hinterher stärker in diesem Lichte erscheinen liess, als die Veranstalter es beabsichtigt hatten.

Die Ausstellung öffnete ihre Tore am 15. Mai 1914 und empfing im Mai und im Juni an Werktagen um die 20 000, an Sonntagen über 50 000 Personen. Bereits am 23. Juni war die erste Besuchermillion erreicht – früher als bei gleichzeitigen, ähnlichen Veranstal-

tungen im Ausland –, am 30. Juli die zweite und am 25. Oktober die dritte. Schon nach der halben Ausstellungszeit war die für die ganze Dauer veranschlagte Menge der Zuschauer und der Einnahmen übertroffen, ebenso am 6. September die Besucherzahl der Genfer Landesausstellung von 1896. Optimisten rechneten mit fünf Millionen Eintrittten, obwohl der Zustrom im Juli leicht nachliess. Da knickten anfangs August Weltkrieg und Mobilmachung solche Hoffnungen. Zwar wurde die Ausstellung nicht geschlossen, sondern später sogar um fast drei Wochen verlängert bis zum 2. November 1914, und in diese zusätzliche Zeit fiel sogar der Tagesrekord der ganzen Ausstellung mit 61 646 Besuchern am Sonntag, den 1. November. Sonst aber fanden sich von Anfang August an deutlich weniger Gäste ein, und vor allem gaben sie ihr Geld nicht mehr so leicht aus wie vorher. Im ganzen besuchten rund 3,2 Millionen Personen die Berner Landesausstellung. Finanziell schloss sie mit einem bescheidenen Einnahmenüberschuss von fast 35 000 Franken ab, also – trotz der Beeinträchtigung durch den Krieg – besser als die Vorgängerin in Genf 1896 mit ihrem Defizit von 740 000 Franken.

Zu diesem Erfolg trug auch die Propaganda bei, für die sich selbst Schriftsteller von hohem Rang gewinnen liessen. Rudolf von Tavel pries den Gästen in einem schmalen Band die Schönheiten der Stadt Bern, Hermann Hesse schrieb Beiträge für die Ausstellungszeitung und Carl Albert Loosli dachte sogar an die Kinder mit seiner Broschüre «Was der kleine Peterli an der Landesausstellung gesehen hat und wie er es zu Hause seinen Geschwistern erzählt». Hermann Hesse glaubte, hinter der Ausstellung stehe «vor allem der Wille zum Gemeinsinn, der Wunsch, sich einander zu zeigen und einander kennen zu lernen». Für den wirtschaftlichen Bereich erreichte sie dieses Ziel im Innern des Landes einigermaßen, während für den Export und für den Fremdenverkehr aus dem Ausland eine Belebung des Krieges wegen ausfiel.

Nötig wurde das Kennenlernen und sich Näherrücken aber unverhofft zwischen Sprachgruppen und sozialen Schichten, zwischen denen bald nach dem Kriegsausbruch tiefe Gräben aufklafften, wo man bisher kleine Risse nur wenig beachtet hatte. Hinterher

klang fast prophetisch und beschwörend, was Bundespräsident Arthur Hoffmann an der Eröffnungsfeier der Landesausstellung im Mai 1914 – also Monate vor dem Kriegsausbruch – ausgerufen hatte: «Zuviel noch der Missverständnisse, der Reibungen, der Kämpfe! [...] Geben wir uns Mühe, unbeschadet persönlicher Grundsatztreue, uns in die Denkungsart, die Meinungen und Beweggründe der Angehörigen der verschiedenen Parteien, Konfessionen und Sprachstämme hineinzudenken und, soweit das möglich ist, einen objektiven Massstab für deren Beurteilung zu gewinnen. Dann erst üben wir wahre Toleranz»⁶⁶.

3. BERN UND DIE WELSCHSCHWEIZER

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Sommer 1914 klaffte bald ein «Graben» zwischen Deutsch- und Welschschweizern, weil beide Gruppen ihre Sympathien für die Kriegführenden mit der je gleichen Sprache nicht verhehlten. Das musste einen zweisprachigen Kanton wie Bern besonders belasten.

Im Jura überlagerten sich diese Spannungen noch mit Überbleibseln aus der Zeit des Kulturkampfes und mit früheren Kontroversen über besondere Traditionen und Rechte des Landesteils und über seine Stellung im Kanton. Dazu wuchsen seit dem späten 19. Jahrhundert die Furcht vor einer Germanisierung sowie separatistische Strömungen, die aber auf einen eigenen Kanton in der Eidgenossenschaft zielten und nicht etwa auf einen Anschluss an Frankreich.

Der «Graben» war im Bernbiet jedoch nicht nur eine Angelegenheit der Jurassier, sondern ebensosehr der Romands im alten Kantonsteil. Ihre Zahl war gewachsen, namentlich in der Bundesverwaltung und in den internationalen Büros. So hatte in der Stadt Bern die Zahl der Französischsprechenden zwischen 1888 und 1910 von 1950 auf 4500 Einwohner oder von 4,2 auf 5,3 % der Bevölkerung zugenommen. Etwa von 1890 an fanden sie sich häufiger zusammen in Vereinigungen wie der Association romande, dem Cercle romand oder der Romande de Berne. Sie widmeten sich in erster Linie der Geselligkeit und Freundschaft und veranstalteten kulturelle Anlässe.

Politik, auch Sprachpolitik, lag ihnen fern. Ähnliche Organisationen verbanden nicht die Romands überhaupt, sondern die Genfer, die Waadtländer oder die Bürger eines anderen Kantons in der Bundesstadt.

Als im August 1914 Alliierte und Zentralmächte einander den Krieg erklärten und Deutschland das neutrale Belgien überfiel, erwarteten vor allem Welschschweizer, dass die schweizerische Öffentlichkeit den Gewaltakt gegen einen befreundeten Kleinstaat verurteile. Viele Deutschschweizer sympathisierten aber mit dem Reich Wilhelms II. und fanden sein Vorgehen gegen Belgien mindestens begreiflich.

Gefahr für den inneren Frieden sahen die Behörden eher von der welschen Seite her, und so verbot der Regierungsrat 1915 zum Ärger der Romands Vorträge, in denen ein Augenzeuge über die Zerstörung von Kulturgütern und über brutales Vorgehen deutscher Soldaten gegen Zivilisten in der belgischen Stadt Löwen berichten wollte. Die Regierung handelte – wie sie später in einem anderen Zusammenhang sagte – in der Sorge, dass der Kanton Bern «auf jedem Gebiet, wo es möglich ist, das Bindeglied, der trait d'union zwischen Ost und West, zwischen Deutsch und Welsch sein soll».

Der jurassische Redaktor Léon Froidevaux musste 1916 in Witzwil eine Strafe absitzen, die ihm ein Militärgericht aufgebrummt hatte, weil er in einem Zeitungsartikel die Armee beleidigt habe. Es gehört zur Ironie der Geschichte, dass Froidevaux der Komponist einer Festkantate mit Text von Virgile Rossel war, welche die bernische Regierung zum Jubiläum der hundertjährigen Zugehörigkeit des Juras zu Bern in Auftrag gegeben hatte – für eine Feier, die dann 1915 infolge des Krieges, aber auch wegen des Widerstandes vieler Jurassier gar nicht stattfand.

Solchen Zwischenfällen standen demonstrative Bekenntnisse zu Toleranz und Verständnis zwischen den Sprachgruppen gegenüber. So fanden sich am 26. August 1914 im Berner Münster zahlreiche Teilnehmer ein zu einem gemeinsamen Gottesdienst deutscher und welscher Zunge und gemeinsamem Gesang der Lieder in beiden Sprachen.

Rund zwei Monate später wandte sich der Dichter Rudolf von Tavel als Redaktor des «Berner Tagblatts» in einem grossen Leitartikel «an unsere welschen Eidgenossen». Er sah Anlass zu Missverständnissen im Wesen und Grundverhalten des Deutschschweizers und namentlich des Berners begründet: «Haben wir Deutschschweizer und speziell wir Berner nicht darin gefehlt, dass wir den welschen Eidgenossen zuviel Rätsel aufgaben durch unsere Zurückhaltung mit dem eigenen Urteil über die Ereignisse der Zeit? Wir haben in unseren Blättern vor allem berichtet und über alles geschwiegen. Wir haben keine Proteste erhoben, während unseren Brüdern am Genfer- und am Neuenburgersee das Herz durchgebrannt ist. Ist es nicht so, liebe welsche Eidgenossen? Euch hat es verdrossen, dass wir nicht in eure Entrüstung eingestimmt, sondern uns in Schweigen gehüllt haben, das als Zustimmung zu den traurigen Vorgängen jenseits der Landesgrenze aufgefasst werden konnte.» Aber öffentliche Proteste brächten keinen Nutzen: «In dieser Erwägung erspart sich der Berner lieber die Aufregung, während der lebhafte Welsche schon darin eine Genugtuung findet, dass er seine Stimme zum Protest erhoben hat. Letzteres ist vielleicht idealer, schöner; aber auch die nüchterne Auffassung der Berner hat ihr gutes Recht.» Gönnerhaft belehrte er die Welschen über die Vergangenheit: «Ihr habt noch nie Blut geschwitzt um das schweizerische Vaterland, nicht einmal um eure Zugehörigkeit zu ihm. Wir machen euch daraus keinen Vorwurf und leiten daraus auch keinen Grund ab, euch deshalb in irgend einer Beziehung als minderwertig zu betrachten.»

Auch der Berner stehe den Kriegereignissen nicht ungerührt gegenüber: «Welcher gebildete Schweizer zwischen Lemman und Bodensee beklagt nicht aufs Tiefste den Untergang grosser Kunstdenkmäler? In dem allem sind wir einig. Nur im Ausdruck unserer Gefühle unterscheiden wir uns. Den Welschen verleitet sein lebhaftes Temperament zu voreiligem Reden, zu raschem Handeln. Er macht sich Luft in entrüsteten Zeitungsartikeln und dröhnenden Protesten. Der kaltblütige Berner hingegen und die hinter ihm in der Ostschweiz wohnen, hüllen sich in Schweigen. Aber das Schweigen ist nicht der Ausdruck der Gleichgültigkeit.» Vielmehr

warte der Deutschschweizer ab, bis hinter Propagandameldungen die Wahrheit an den Tag trete. Eine Trennung von der Romandie wünsche niemand: «Eine einheitlich deutsche Schweiz bliebe ein unheilbar verstümelter Leib, ein Staatswesen, das als geistige Provinz eines mächtigeren Nachbarstaates weiter vegetieren, aber kaum noch Anspruch erheben könnte auf die Existenz als selbständiges Staatswesen.» Zwar erfüllte es auch von Tavel mit Unbehagen, dass bei einem deutschen Sieg «Europa vollends in Militarismus versinken würde». Aber er verhehlte nicht, dass bei ihm die Sympathien für das deutsche Reich überwogen: «Wenn die meisten unter uns Deutschland siegreich aus dem Kampf möchten hervorgehen sehen, weil wir von einem Triumph des Slaventums nichts gutes zu erwarten haben, so wünscht doch niemand unter uns eine allzu tiefe Demütigung oder gar den Untergang Frankreichs.»

Rudolf von Tavel stand also den Deutschen näher als den Franzosen und suchte mit den Welschen eher das Zusammenleben ohne öffentlichen Streit als eine Aussöhnung über die volle Tiefe der Gegensätze hinweg. Vor allem verzichtete er auf Mahnungen an seine eigenen Sprachgenossen.

Das unterschied ihn von Carl Spitteler, der ungefähr zwei Monate später in seiner kantigen Rede über den «Schweizer Standpunkt» auch den alemannischen Eidgenossen mehr Rücksicht und Taktgefühl empfahl. Spittelers Aufruf wurde von der bernischen Presse vorerst praktisch totgeschwiegen und nur in einer Agenturmeldung kurz erwähnt. Auch C. A. Loosli, der in Zeitungsartikeln Verständnis für die Welschen und ihre Unzufriedenheit zeigte, fand kaum Echo. Die Kämpfe am «Graben» wurden in Bern weniger leidenschaftlich ausgefochten als in der Ost- und in der Westschweiz, und deshalb fanden die intellektuellen Einzelkämpfer auch weniger Resonanz bei ihren Versuchen zu seiner Überwindung⁶⁷.

4. UMSTRITTENE LEHRERBILDUNG

Nach den Wirren um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurden im staatlichen Lehrerseminar die Auseinandersetzungen etwas seltener.

Zwar hatte es im Evangelischen Seminar Muristalden einen Konkurrenten erhalten, aber die beiden Anstalten kamen sich nicht allzusehr in die Quere, da es beide brauchte, um den Bedarf an Lehrern zu decken.

Ein neues «Gesetz über die Lehrerbildungsanstalten» verlängerte 1875 die Ausbildungszeit auf 3 bis 4 Jahre, doch blieb es zum Teil auf dem Papier. Mehr geschah dann, als von 1882 an Albert Gobat die Erziehungsdirektion führte. Der Kanton kaufte – fast ohne Diskussion im Grossen Rat – 1884 das «Grosse Haus» und andere Teile des ehemaligen Fellenberg-Gutes in Hofwil und verlegte das Lehrerseminar von Münchenbuchsee dorthin.

Im Februar 1903 stellte dann der Regierungsrat, der in dieser Frage nicht einstimmig war, dem Grossen Rat den Antrag, es sei das Seminar zu vergrössern und gleichzeitig zu gliedern in ein Unterseminar in Hofwil für die beiden unteren und in ein Oberseminar in Bern für die beiden oberen Jahrgänge. Das Oberseminar fand seinen Standort in einem Neubau im Länggassquartier. Es sollte kein Internat mehr bilden, damit die künftigen Lehrer leichter Zugang fänden zu den kulturellen Einrichtungen und zur Lebensart der Stadt.

Gerade das stach Ulrich Dürrenmatt in die Nase. Er kämpfte zwar nicht gegen eine Erweiterung des Seminars, wollte sie aber in Hofwil oder sonstwo auf dem Lande vornehmen, damit die Zöglinge nicht «verstädterten». Grossrat Kästli aus Münchenbuchsee fügte ein weiteres Vorurteil gegen die Stadt bei: «Wir wünschen nicht, dass die angehenden Lehrer in Bern in die Arme der Sozialisten getrieben werden – wie man uns sagt, sind zwei Drittel der städtischen Lehrer Sozialisten – und nachher als Apostel aufs Land geschickt werden, um hier die sozialistischen Lehren zu verbreiten.» Dennoch nahm der Rat die Vorlage, hinter der die Freisinnigen geschlossen standen, hoch an, und da sie im Rahmen seiner Finanzkompetenz blieb, schien der Weg frei für die Durchführung der Reorganisation.

Da sammelte Dürrenmatt mit einigen Helfern in kürzester Zeit 12950 Unterschriften für eine «Seminarinitiative», welche den Grossratsbeschluss rückgängig machen und Seminare nur in Amts-

bezirken mit vorwiegend ländlicher Bevölkerung erlauben wollte. Sie sollten soweit wie möglich als Konvikte geführt werden. Das Begehren kam bereits im Dezember 1903 zur Volksabstimmung und wurde mit gut 39 000 Nein gegen 25 000 Ja abgelehnt. Zustimmung überwog in sieben Bezirken, vor allem im Mittelland, Verwerfung in den städtischen und stadtnahen Ämtern sowie den Bezirken des Juras, den die Vorlage nicht direkt berührte. In den Ämtern Erlach und Fraubrunnen fanden sich in den Urnen weniger Ja als seinerzeit Unterschriften für die Initiative. Damit traten die Seminarbeschlüsse des Grossen Rates vom Februar 1903 in Kraft. Sie blieben die Grundregeln der bernischen Lehrerbildung bis ins letzte Viertel des 20. Jahrhunderts hinein⁶⁸.

Mit der neuen Ordnung für das Seminar hoffte man, interner Unruhe vorzubeugen. Doch sie rührte nicht immer von Problemen der Organisation her, sondern auch von Personen, und in dieser Hinsicht waren bereits vor der Seminarteilung neue Konflikte angelegt. 1898 wurde als sogenannter Konvikthalter, das heisst als Leiter des Internatsbetriebes, Jakob Stump gewählt, der vorher an der Sekundarschule Grindelwald unterrichtet hatte. Er war geprägt von der Friedensbewegung und von der Abstinenzidee und suchte durch Lektüre und auf grossen Wanderungen den Schülern Rätsel und Schönheiten der Natur zu erschliessen, ohne dass er sich von gesellschaftlichen und kirchlichen Traditionen bestimmen liess. Seine Begeisterung erfasste auch manche seiner Zöglinge und trug ihm den Vorwurf ein, er pflanze in die ihm Anvertrauten Fanatismus, Atheismus und Antimilitarismus, obwohl er sich in der Armee als Hauptmann bewährte. Namentlich beim Vorsteher des Unterseminars Hofwil fand Stump gar kein Verständnis, und die beiden trugen ihre Meinungsverschiedenheiten sogar öffentlich in der Presse aus. Seinen stärksten Rückhalt verlor Stump, als Albert Gobat 1906 die Erziehungsdirektion abtreten musste. Stump entschärfte den Konflikt, indem er vom Herbst 1906 an wohl noch als Seminarlehrer wirkte, aber auf die Leitung des Konvikts verzichtete und ausserhalb desselben wohnte.

Damals schwelte aber bereits ein weiterer Streit um Personen. Auf die Eröffnung des neuorganisierten Seminars im Herbst 1905

hin trat der bisherige Leiter der gesamten Anstalt, Emanuel Martig, aus Altersgründen zurück. Als Nachfolger und als Lehrer für Pädagogik wählte der Regierungsrat, sicher unter dem Einfluss Gobats, gegen den Vorschlag der Seminarkommission nicht einen freisinnigen Verfechter bernischer staatlicher Schultradition, sondern den erst 27jährigen Dr. Ernst Schneider aus Langenbruck im Baselbiet. Er hatte das private evangelische Lehrerseminar Muristalden besucht, an einer Gesamtschule in der Gemeinde Wohlen bei Bern unterrichtet, an den Universitäten von Bern und Jena studiert und beim angesehenen Historiker Professor Gustav Tobler mit einer Dissertation zur Geschichte der bernischen Volksschule abgeschlossen. Bernisches war ihm also nicht unvertraut. Doch bald gab es Spannungen mit den Schulinspektoren, der Seminarkommission und der Patentprüfungskommission, die untereinander mannigfach verflochten waren.

Schneider stiess, zum Teil ähnlich wie Stump, Ältere und Verfechter des Herkömmlichen vor den Kopf, indem er den Seminaristen viel Freiheit gewährte und Vertrauen schenkte und sie nach den Vorstellungen der sogenannten Arbeits- statt der Lernschule führte. Schneiders Eintreten für die Freigeld-Lehre von Silvio Gesell als Richtlinie für die Volkswirtschaft erregte eher Kopfschütteln. Empörung schlug ihm aber als Verfechter der Psychoanalyse Sigmund Freuds und ihrer Betonung des Sexuellen entgegen. So kam es, dass Schneider 1911 in seinem Amt vorerst nur provisorisch wiedergewählt, dann aber 1912 doch für eine weitere Amtsdauer von sechs Jahren bestätigt wurde. Zum Verhängnis geriet ihm schliesslich der Weltkrieg, der viele Lehrer an die Grenze rief. Als Stellvertreter für sie wirkten oft Seminaristen der obersten Klassen, die zuweilen Unausgegorenes weitergaben und ihren Auftrag mit jugendlicher Unbekümmertheit versahen. Das lastete namentlich der nunmehrige Erziehungsdirektor, Regierungsrat Emil Lohner, der Lehrtätigkeit Dr. Schneiders an und veranlasste ihn 1916, «freiwillig» von seinem Amt zurückzutreten.

Der Streit um Dr. Schneider hatte die Öffentlichkeit und besonders die Lehrerschaft Berns aufgewühlt. Die Erregung machte sich Luft in Versammlungen, Eingaben, Zeitungsartikeln und Broschü-

ren, wobei auffällt, dass Persönlichkeiten aus dem Umkreis der Berndeutsch- und Heimatschutzbewegung wie Otto von Greyerz und Simon Gfeller für Schneider eintraten. Gemessen am äusseren Erfolg war ihr Einsatz umsonst. Direktor des Staatsseminars wurde Dr. Johannes Zürcher, bisher Rektor des Realgymnasiums in Bern. Schneider wirkte nach kurzen Zwischenspielen von 1920 an als Professor für Pädagogik an der Universität Riga in Lettland.

Von der Saat, die er und Stump in Bern und Hofwil gestreut hatten, keimte dennoch etwas. Aus den von ihnen betreuten Jahrgängen wuchsen Individualitäten heran, unter denen manche auf ganz verschiedenen Gebieten neue Wege gingen und neue Richtungen wiesen. Für Bern und seine Schule aber stellte sich die Frage, ob neben den Kräften des Beharrens auch Ungewohntes erwünscht sei und ob es sich durchzusetzen vermöge, wenn Auswärtige dafür fochten⁶⁹.

Warf die Ausbildung der Lehrer hohe Wellen in der Öffentlichkeit, so vollzog sich jene der Lehrerinnen im Bernbiet jahrzehntelang eher in der Stille. Seit 1838 bestand für sie eine Normalanstalt als Anhängsel zum Pfarrhaus in Hindelbank. Doch wurden mehr als drei Viertel aller Lehrerinnen nicht hier auf ihren Beruf vorbereitet, sondern an der von der Einwohnergemeinde Bern getragenen Fortbildungsabteilung der städtischen Mädchenschule und an der privaten evangelischen Neuen Mädchenschule in Bern. An Vorschlägen und Plänen für Ausbau und Reformen in Hindelbank fehlte es nicht, doch mündeten sie noch im frühen 20. Jahrhundert immer wieder in Improvisationen und Provisorien.

Gegen Ende des Ersten Weltkrieges führten dann personelle Schwierigkeiten bei der Besetzung des Direktorpostens zu einer Lösung auf längere Sicht. Aus einer Vielzahl geprüfter Varianten siegte schliesslich die Idee, das Seminar ohne Konvikt und mit mehr Schülerinnen als bisher in Thun statt in Hindelbank zu führen, ohne dass deshalb das stadtbernische Seminar, das im Monbijouquartier seine Stätte gefunden hatte, oder die Neue Mädchenschule ihre Klassenzahl verkleinert hätten. Zwar empfahlen sich Bern, Biel und Burgdorf als Standorte ebenfalls, doch bestanden dort bereits andere höhere Mittelschulen und staatliche Betriebe. Zudem war der

Erziehungsdirektor, Regierungsrat Lohner, ein Thuner und bot Thun gratis ein ausgezeichnetes Grundstück und Geldbeiträge. So blieb der Bau innerhalb der Finanzkompetenz der Legislative und brauchte keinen Volksentscheid, den man nach dem Streit um das Oberseminar und seinen Direktor fürchtete.

Am 19. März 1918 stimmte die Mehrheit des Grossen Rates der Vorlage zu, im Januar 1922 begannen die Bauarbeiten und am 26. Oktober 1923 fand das Fest zur Eröffnung des Seminars statt.

Warum gelang bei den Lehrerinnen die Erneuerung der Ausbildung mit weit weniger öffentlichem Zank als bei den Lehrern? Der Zeitpunkt war eigentlich nicht günstiger, stand es doch bei Kriegsende besonders schlecht um die Kantonsfinanzen und herrschte Lehrerinnenüberfluss.

Aber das grosse Geschehen in der Welt und der Eidgenossenschaft hatte die Bedeutung gewisser Streitigkeiten und Schlagwörter zurechtgerückt. Zwar gab es auch jetzt Widerstand gegen die Verlegung eines Seminars vom Lande in eine Stadt, doch es fehlte dieser Opposition ein energischer und wortgewaltiger Streiter wie Ulrich Dürrenmatt, der 1908 gestorben war. Ihn hatten Erinnerungen und Ressentiments aus der eigenen Seminarzeit mitgeprägt, während aus Hindelbank keine «Ehemaligen» im Grossen Rat sitzen konnten. Vor allem hatte sich Hindelbank abseits der kantonalen Politik entwickelt. Das Lehrerseminar in Münchenbuchsee und Hofwil aber war eine Hochburg des Freisinns, wo man den Streit mit den Konservativen nicht scheute. Dazu forderten kantige Persönlichkeiten wie Jakob Stump oder Ernst Schneider, aber auch wie Albert Gobat eher Widerspruch heraus als der vorsichtige Taktiker Emil Lohner, der Hindernissen für das Thuner Seminar möglichst aus dem Wege ging. Und schliesslich war man schon in eine Zeit eingetreten, in der Erscheinungen wie Abstinenz und Psychoanalyse nicht mehr überall als Bürgerschreck wirkten⁷⁰.

DRITTER TEIL

POLITISCHER UMBRUCH NACH DEM ERSTEN WELTKRIEG

I. KAPITEL

ARBEITERSCHAFT UND LANDESSTREIK

1. DIE BERNER SOZIALDEMOKRATEN

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges vertrugen sich die politischen Parteien in der Schweiz untereinander in einem «Burgfrieden», das heisst, sie verzichteten bis auf weiteres auf Kämpfe und begnügten sich bei Wahlen, ihre bisherigen Sitze zu halten. Doch bald zeigten sich neben dem «Graben» zwischen Deutsch und Welsch auch Gegensätze zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum. In der Schweiz wie im übrigen Europa hatte im Sommer 1914 kaum jemand mit einem jahrelangen Krieg fast auf dem ganzen Erdteil gerechnet. Deshalb gab es keine Vorräte an Lebensmitteln und Rohstoffen für die Zeit gestörter Zufuhren, und für knappe Güter war keine Rationierung vorbereitet, denn man hielt sie in einer liberalen Wirtschaftsordnung für undurchführbar.

So stiegen die Preise für den täglichen Bedarf gewaltig. Hatte man in der Stadt Bern im Juli 1914 für ein Kilo Brot noch 35 Rappen bezahlt, so waren es im August 1917 70 Rappen, für ein Kilo Teigwaren 1 Franken 87 statt 60 Rappen, für ein Kilo Schweinefleisch 4 Franken 87 statt 2 Franken 40, für ein Ei 28 Rappen statt 9, für ein Kilo Zucker 1 Franken 40 statt 54 Rappen. Etwas weniger stark hoben sich in der gleichen Zeit die Preise für Milch (von 24 auf 33 Rappen für den Liter) und für Emmentalerkäse (von 2 Franken 40 auf 3 Franken 50 für das Kilo). Für den Bedarf an Nahrung und Brennmaterial hatte eine fünfköpfige Familie in der Stadt Bern nun Auslagen von 2019 Franken im Jahr statt von 1054, das heisst, diese Kosten verdoppelten sich in rund 3 Jahren. Dabei kam Bern eher besser weg als andere Gebiete, namentlich als Zürich sowie die West- und die Innerschweiz. Hingegen bestand kein wesentlicher Unterschied zwischen Stadt und Land.

Zwar erliess der bernische Regierungsrat schon kurz nach Kriegsausbruch eine Verordnung gegen das Hamstern von Lebensmitteln

und anderen Waren, und er ermächtigte die Gemeinderäte, für ihr Gebiet Höchstpreise festzusetzen. Doch tat er nichts, um die Einhaltung dieser Vorschriften zu kontrollieren.

Ein Zeichen guten Willens war es, dass der Grosse Rat 1916 einhellig beschloss, den Staatsbeamten nach dem Vorbild des Bundes und mancher Gemeinden eine bescheidene Teuerungszulage auszurichten, doch glich sie den Anstieg der Preise nur zu einem kleinen Teil aus. So wuchs die Not, und in den Städten kam es zu gelegentlichen Marktkrawallen, etwa in Biel im Sommer 1918.

Missmut erregte zudem, dass verschiedene Branchen und Firmen von der Nachfrage des Auslandes profitierten und mit der Lieferung kriegswichtiger Ware enorme Gewinne erzielten, ebenso einzelne – oft Ausländer –, welche Lücken der Vorschriften für Geschäfte in Grauzonen ausnützten und den so erworbenen Reichtum ungehemmt zur Schau stellten. Der Schweizer Soldat aber stand an der Grenze und erhielt einen Sold von bloss symbolischem Wert. Gerieten er und seine Familie in Not, so blieben sie auf die Armenfürsorge angewiesen, der häufig ein Almosengeruch anhaftete. Eine Verdienstersatzordnung wie im Zweiten Weltkrieg existierte noch nicht⁷¹.

Unter dieser Entwicklung litten besonders Arbeitnehmer und Konsumenten. Als ihre Vertreter in der Politik galten in erster Linie die Sozialdemokraten. Aber auch der linke Flügel des Freisinns setzte sich für die Käuferschaft ein. Die Sozialdemokraten hatten schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts an Stärke gewonnen, am deutlichsten in den Städten und ihrer Umgebung. In der Stadt Bern fiel ihr Aufstieg 1895 auf, als man für die Stadtratswahlen zum Proporz überging. Fortan stellten die Sozialdemokraten gut einen Drittel der Gewählten, 1906 sogar 45 % trotz parteiinternen Querelen um die Person Karl Moors.

Ebenfalls 1895 zogen die Sozialdemokraten in den neunköpfigen Gemeinderat der Stadt Bern ein, bis 1899 mit einem Vertreter, von 1899 an mit zweien und seit 1911 mit dreien. Die Partei galt also als regierungsfähig und übernahm auch Direktionen, die in Zeiten innerer Spannungen besondere Bedeutung erhielten. So trug beim Generalstreik von 1918 der Sozialdemokrat und Gewerkschafter

Oskar Schneeberger die Verantwortung für die Stadtberner Polizei. Zur gleichen Zeit sanken die Konservativen, die jahrzehntelang die Gemeinde Bern gelenkt hatten, zur schwächsten Partei im Stadtrat ab, während die Sozialdemokraten 1917 hier vorübergehend sogar die absolute Mehrheit gewannen und 1918 mit Gustav Müller für zwei Jahre den Stadtpräsidenten stellten.

In der Stadt Biel erreichten die Sozialdemokraten den Durchbruch in der Gemeindepolitik ebenfalls mit dem Übergang zum Proporzwahlrecht 1892. Von den 60 Sitzen im Stadtrat eroberten sie 26, von den sechs nebenamtlichen Sitzen im Gemeinderat (neben drei vollamtlichen) deren drei. Doch gelang es ihnen bis nach dem Weltkrieg nicht, diesen Erfolg auszuweiten und in einem der beiden Gremien die Mehrheit zu gewinnen. Schon 1907 war Arbeitersekretär Gottfried Reimann in einem Majorzwahlkampf zum Stadtpräsidenten gewählt worden, als erster Sozialdemokrat in der ganzen Schweiz. Aber als er schon zwei Jahre darauf, erst 47jährig, an Lungentuberkulose starb, fiel das Amt an einen Freisinnigen zurück.

Um Biel herum hatte sich ein «roter Gürtel» gelegt, der bis Lyss und Büren reichte. In Gemeinden wie Mett, Nidau, Port und Lengnau besaßen die Sozialdemokraten die Mehrheit, in anderen wie Bözingen, Madretsch, Pieterlen und Brugg mindestens eine Position der Stärke. Weit vorgedrungen waren die Sozialdemokraten im Südjura, im Oberaargau und rund um Ortschaften wie Thun oder Interlaken, während sie in den Tälern des Oberlandes, im Nordjura und im Emmental erst an vereinzelter Stellen Fuss gefasst hatten.

Im Grossen Rat waren die Sozialdemokraten seit 1894 vertreten, wenn auch des Majorzwahlverfahrens wegen nicht entsprechend ihrer wirklichen Stärke. Immerhin wären bei den Gesamterneuerungswahlen von 1910 die Freisinnigen bereit gewesen, den Sozialdemokraten einen der neun Regierungsratssitze zu überlassen, wenn sie einen den Bürgerlichen genehmen Kandidaten anböten. Das hätte wohl für Gustav Müller zugetroffen, nicht aber für Karl Zraggen, den die Sozialdemokraten portierten. So wählte das Volk am 8. Mai 1910 neben acht Bisherigen den freisinnigen Fürsprecher Karl Scheurer aus Gampelen, den Sohn des früheren Finanzdirek-

tors, und bis zum Einzug der Sozialdemokraten in die kantonale Exekutive verstrichen noch fast dreissig Jahre. Auch bei der Arbeiterpartei selber lehnten viele die Mitarbeit eines einzelnen Vertreters als Alibifigur in einer bürgerlich dominierten Regierung ab⁷².

Als Führer der Stadtberner Sozialdemokraten stachen zuerst Persönlichkeiten hervor, die nach Elternhaus und Beruf nicht aus der Arbeiterschaft hervorgegangen waren und ihre Sporen in der Politik oft beim Linksfreisinn abverdient hatten, etwa die Juristen Karl Zraggen, Gustav Müller und der aus Basel gebürtige Alfred Brüstlein. Auch Karl Moor und Nikolaus Wassilieff sind in einzelnen Zügen diesem Politikertypus verwandt. Eigentliche Arbeiter gelangten zum guten Teil erst später, durch Tätigkeit in Ämtern von Partei und Gewerkschaften und ihrer Presse, in vordere Ränge, aus der Metallbranche zum Beispiel Oskar Schneeberger und Konrad Ilg, der Eisenbahner Emil Düby, vor allem aber Robert Grimm.

Robert Grimm war 1881 in Wald im Zürcher Oberland als Sohn eines Arbeiterehepaares geboren worden. Nach einer Druckerlehre durchwanderte er auf der Walz Mitteleuropa und wirkte dabei auch in Pruntrut, wo seine politischen und gewerkschaftlichen Aktivitäten freilich bald zum Streit mit dem Arbeitgeber führten. So kam er für ein Zwischenspiel nach Bern, bis ihn 1906 der Arbeiterbund Basel zum Leiter seines Sekretariates berief. Im Frühjahr 1909 zog er dann wieder nach Bern und blieb hier bis zum Ende seines Lebens. Er leitete als Redaktor die «Berner Tagwacht», wurde 1909 Stadtrat, 1910 Grossrat und 1911 Nationalrat, dies allerdings nicht als Vertreter Berns, sondern eines Zürcher Wahlkreises. Mit seiner angriffigen, oft auch polemischen Schreibweise steigerte Grimm die Auflage der «Tagwacht» bis 1913 auf 7800 Stück, nachdem sie noch zehn Jahre zuvor wenig mehr als die Hälfte erreicht hatte. Auch war sie nun weit über die Stadt Bern hinaus im ganzen Kanton verbreitet.

Grimm suchte in Bern und in der Schweiz die Arbeiterbewegung zu reorganisieren und zu zentralisieren und namentlich das Nebeneinander von Partei und Grütliverein zu beseitigen, was ihm aber vorderhand nicht gelang. Er selber trat für eine Linie ein, die nicht schrittweise Reformen mit vorübergehenden Konzessionen an den Gegner anstrebte, sondern den grundsätzlichen Kampf gegen die

Klasse der Bourgeoisie betonte, welche das Proletariat auszubeuten suche. Es erleichterte Grimm den Aufstieg, dass vor dem Ersten Weltkrieg bei der Berner Linken Persönlichkeiten gleichen Formates und gleicher Durchschlagskraft fehlten.

Grimm wollte die schweizerische Sozialdemokratie stärker in die gesamte Arbeiterbewegung einbinden und besuchte häufig internationale Tagungen. Aber auch Bern selber bot Gelegenheit zu Kontakten mit ausländischen Sozialisten, die aus politischen Gründen ihre Heimat hatten verlassen müssen. Der bedeutendste dieser Emigranten war Lenin, obwohl bei Beginn des Ersten Weltkrieges seine wichtigsten Taten erst bevorstanden und er noch keineswegs allgemein als Führer der oppositionellen Linken Russlands anerkannt war⁷³.

2. LENIN IN BERN UND DIE KONFERENZEN VON ZIMMERWALD UND KIENTAL

Wladimir Iljitsch Uljanow, wie Lenin mit seinem bürgerlichen Namen hiess, traf anfangs September 1914 als 44jähriger mit seiner Frau und seiner Schwiegermutter von Österreich her in Bern ein. Es war nicht sein erster Kontakt mit der Stadt, hatte sich doch seine Frau bereits 1913 einer Kropfoperation durch den Berner Nobelpreisträger Professor Theodor Kocher unterzogen.

Lenins Familie blieb rund anderthalb Jahre in Bern und wohnte während dieser Zeit, zum Teil in Untermiete, an vier Orten. Sie lagen alle im Länggassquartier, meist nahe beim Bremgartenwald, in dem Lenin gerne spazierte. Bescheidene Einkünfte boten ihm und den Seinen das kleine Erbteil der Schwiegermutter sowie Honorare für Vorträge oder publizistische Arbeiten. Im ganzen lebte die Familie sehr bescheiden und zurückgezogen, und Lenin verbrachte den grössten Teil seiner Zeit mit Lektüre. Er pflegte Kontakt vor allem mit anderen Russen und schrieb Flugblätter für den Widerstand gegen den Zarismus, die in Bümpliz gedruckt und dann nach Russland geschmuggelt wurden. Mit Schweizer Sozialdemokraten verkehrte er seltener, und schon ein Gespräch mit Robert

Grimm kurz nach Lenins Ankunft zeigte, wie weit die Ansichten der beiden über die politischen Verhältnisse in der Schweiz auseinandergingen und wie unrealistisch Lenin die Aussichten auf einen Umsturz in der Eidgenossenschaft beurteilte. Ein spürbarer Einfluss Lenins auf Grimm ist in der Berner Zeit nicht nachzuweisen, noch weniger auf andere Schweizer Sozialisten, die von ihm wenig Kenntnis nahmen.

Den Sommer 1915 verbrachte Lenin mit seiner Frau in Sörenberg, wo sie sich von einem Rückfall ihrer Basedowkrankheit erholte. Im Herbst kehrte er nach Bern zurück, verlegte aber seinen Wohnsitz bald nach Zürich. Das hing zum Teil mit Zufälligem zusammen, zum Teil spürte Lenin wohl in Bern auch das Übergewicht der Persönlichkeit Grimms, das hier den Einfluss anderer bei den Sozialdemokraten begrenzte. Weiteres, was ihm missfiel, war nicht bezeichnend für Bern, sondern für die ganze Schweiz oder mindestens für ihren alemannischen Teil, etwa der Zuschnitt des Alltags, von dem Lenins Frau berichtete: «Bern hat vor allem den Charakter eines Verwaltungs- und Studienzentrums. Es besitzt zahlreiche gute Bibliotheken, viele Gelehrte, aber das Leben ist ganz und gar von kleinbürgerlichem Geist durchdrungen. Bern ist eine ausserordentlich 'demokratische' Stadt – die Frau des höchsten Beamten der Republik klopft höchst eigenhändig Tag für Tag auf dem Balkon ihre Teppiche aus; aber die Teppiche, diese häusliche 'Gemütlichkeit', füllen die Berner Frauen restlos aus.»

Als 1914 in Europa der Krieg ausbrach, stellten sich auch die sozialistischen Parteien hinter ihre Regierungen, und ihre Angehörigen befolgten die Marschbefehle. Daneben gab es aber Gruppen, die am Klassenkampf festhalten und gegen die Kriegspolitik auftreten wollten. Sie suchten den internationalen Kontakt untereinander, worauf Robert Grimm im Herbst 1915 eine Konferenz einberief. Am 5. September versammelte er rund 40 Teilnehmer aus elf Ländern im Berner Volkshaus und führte sie dann auf Pferdefuhrwerken ins nahegelegene Bauerndorf Zimmerwald auf dem Längenberg. Der prominenteste Anwesende aus heutiger Sicht war Lenin. Er setzte sich aber nicht durch mit seiner These, der Kampf gegen den Krieg müsse in eine proletarische Weltrevolution münden und die

kapitalistische Gesellschaftsordnung stürzen. Ihm war das «Manifest von Zimmerwald», das deutlich angenommen wurde, zu zahm, erinnerte es doch nur an die Pflicht zum Klassenkampf und an den Willen, einen Frieden auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ohne Annexionen herbeizuführen. Lenin und seine wenigen Anhänger stimmten dem Text zwar zu, fügten aber die eigene, radikale Auffassung als Zusatzprotokoll bei.

Diese Gruppe, die «Zimmerwalder Linke», wie sie sich nannte, trug den Namen des Berner Dorfes in die internationale Arbeiterbewegung und in die Geschichtsschreibung. Dabei war die Wirkung der Zimmerwalder Konferenz im Augenblick bescheiden. Zwar machte sie Lenin über den Kreis der russischen Emigranten hinaus bei den revolutionären Minderheitssozialisten der europäischen Parteien bekannt und bildete den Anfang eines dauernden internationalen Zusammenschlusses dieser Kreise. Auf die Berner und Schweizer Geschichte hatte sie höchstens insofern Einfluss, als sie in der Folge beitrug zur deutlichen Abgrenzung der Fronten zwischen den verschiedenen Gruppen in der Sozialdemokratie.

Im übrigen vollzog sich der Anlass unbemerkt von der einheimischen Öffentlichkeit. Auch im Rückblick erwähnt die Chronik des «Neuen Berner Taschenbuches» für 1915 die Zusammenkunft überhaupt nicht, und den Behörden von Bund und Kanton entging sie völlig. Der Wirt des Hotels «Beau Séjour», in welchem die Konferenz stattfand, konnte mangels Unterlagen keine Auskunft über Zahl und Identität der Teilnehmer geben. Zwar wurde er wegen mangelhafter Führung der Fremdenkontrolle um zehn Franken gebüsst, doch fand der kantonale Polizeikommandant Adolf Jost, es sei «der Angelegenheit keine grosse Bedeutung» beizumessen, womit er die allgemeine Meinung aussprach.

Weil die Differenzen zwischen den Teilnehmern der Zusammenkunft von Zimmerwald weiter schwelten, wurde im Frühjahr 1916 eine neue Konferenz nötig. Grimm berief die Teilnehmer auf Ostermontag, den 24. April 1916, im Bahnhof Bern zusammen und führte sie wieder an einen geheim gehaltenen Ort, nämlich ins Hotel «Bären» in Kiental im Berner Oberland. Hier lieferten sich die 45 Delegierten bis am 30. April – oft bis weit in die Morgenstunden –

hitzige Debatten, und die Gegensätze unter ihnen brachen noch schärfer auf als im Jahr zuvor. Die von Grimm entworfene Schlussresolution kam Lenin etwas weiter entgegen als in Zimmerwald, aber sie vermied auch jetzt jede Forderung nach einem bewaffneten Aufstand und wollte vor allem das Klassenbewusstsein der Arbeiterschaft stärken. Wieder war der Anlass getarnt als touristische Veranstaltung und entging der Aufmerksamkeit der Behörden. Einheimische Jodler verschönerten ihn sogar mit ihren Darbietungen⁷⁴.

3. DER LANDESSTREIK

Im Laufe des Jahres 1918 stieg die Spannung zwischen den sozialen Gruppen immer mehr, und die Lage spitzte sich zu. Der Umsturz in Russland, der im Frühling 1917 das Zarenregime beseitigt und im Herbst des gleichen Jahres die Bolschewisten an die Macht gebracht hatte, weckte bei Teilen der politischen Linken die Hoffnung, nun werde die proletarische Weltrevolution auch Mitteleuropa erfassen und die kapitalistische Gesellschaftsordnung stürzen. Die militärischen Fronten waren stärker in Bewegung geraten als zuvor, und ein Ende des Krieges begann sich abzuzeichnen. Im Inneren der Eidgenossenschaft traten hinzu eine sprunghafte Teuerung und ein verschärfter Mangel an Gütern des Grundbedarfs, einzelne Zeichen von Dienstverdrossenheit bei den Truppen im Grenzdienst und Erfolge der Sozialdemokraten bei Wahlen in Kantonen und Gemeinden, vorwiegend in Industriestädten.

Im Februar 1918 bildete sich in Olten aus Persönlichkeiten der Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz und des schweizerischen Gewerkschaftsbundes ein «Aktionsausschuss», der ursprünglich einem Entwurf des Bundesrates zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht für Zivilisten entgentreten sollte. Treibende Kraft dabei war Robert Grimm, der hoffte, durch diese Vereinigung von politischer und gewerkschaftlicher Bewegung lasse sich der Klassenkampf geschlossener führen als bisher. Bald begann das «Oltener Aktionskomitee» – das allerdings häufiger in Bern tagte als in Olten – auch grundsätzliche Fragen der Kampfführung zu be-

sprechen, etwa die Möglichkeit und Opportunität eines Generalstreiks, das heisst der Arbeitsniederlegung über den Rahmen einer einzelnen Branche oder einer einzelnen kleineren Ortschaft hinaus. Zudem wandte es sich gelegentlich ohne Auftrag der Partei- und Gewerkschaftsleitung mit Begehren an Öffentlichkeit und Behörden, was Kritik und eigentliche Zerreissproben in der politischen Linken auslöste. Nicht bestätigt haben sich Gerüchte, wonach wesentliche Anstösse und Gelder für das Oltener Komitee aus dem Ausland gekommen seien. Zwar war seit dem Mai 1918 eine Gesandtschaft des bolschewistischen Russland in der Schweiz tätig unter der Leitung des Letten Jean Berzine, der seinerzeit Lenin an die Zimmerwalder Konferenz begleitet hatte. Aber er war kränklich und hielt sich deshalb ebenso häufig im milden Sigriswil ob dem Thunersee auf wie in Bern. Weder die Untersuchung der Bundesanwaltschaft noch der Prozess nach dem Landesstreik haben Hinweise dafür geliefert, dass Initiative oder finanzielle Unterstützung für den Generalstreik von 1918 aus Russland oder aus einem anderen fremden Staat in die Schweiz geflossen wären.

In der Stadt Zürich kam es Ende September 1918 zu einem zweitägigen Generalstreik, weil die Arbeitgeber sich weigerten, mit dem Verband des Bankpersonals über Lohnbegehren zu verhandeln, doch gelang es dem Zürcher Regierungsrat schliesslich, sie zum Einlenken zu bewegen. Zudem befürchtete die Kantonsexekutive Ausschreitungen bei den Feiern zum ersten Jahrestag der bolschewistischen Revolution in Russland. Deshalb bat sie, ohne die Stadtregierung zu begrüßen, den Bundesrat um zusätzliche Truppen zum Schutz der Stadt. Auf einen verstärkten Einsatz von Militär hatte auch die Armeeleitung seit langem gedrängt. Am 5. und 6. November 1918 bot der Bundesrat vier Kavalleriebrigaden und vier Infanterieregimenter auf, und der General ernannte zum Kommandanten der Truppen in Zürich den draufgängerischen Oberstdivisionär Emil Sonderegger. Das Oltener Komitee empfand diese Truppenaufgebote als Provokation, und es rief für Samstag, den 9. November, zu einem eintägigen Proteststreik in 19 grösseren Industrieorten auf. Die Parole wurde unterschiedlich befolgt, und grössere Ruhestörungen blieben aus.

Der 9. November 1918 war auch der Tag, an dem im deutschen Reich Kaiser Wilhelm II. abdankte und mancherorts Arbeiter- und Soldatenräte die Macht zu ergreifen suchten. Das wirkte besonders auf den äussersten Flügel der Zürcher Linken. Unter seinem Einfluss beschloss die Zürcher Arbeiterunion, den Streik – entgegen den Absichten des Oltener Komitees – über die vorgesehenen 24 Stunden hinaus weiterzuführen. Platzkommandant Sonderegger goss noch Öl ins Feuer, indem er von der Zürcher Kantonsregierung ein Verbot für die Feier der russischen Revolution erwirkte und den dafür vorgesehenen Platz durch Truppen mit Schüssen in die Luft räumen liess, als trotzdem Arbeiter dort auftauchten. So gewannen die Vorgänge in Zürich eine Eigendynamik, welche das Oltener Aktionskomitee, aber auch den Bundesrat, mitrissen.

An einer Sitzung in Bern, die am 10. November nach 19 Uhr begann und bis weit in den folgenden Morgen hinein dauerte, beschloss das Oltener Komitee, zum landesweiten Generalstreik aufzurufen. Er sollte nach dem 11. November 1918 um Mitternacht beginnen, doch fand die Parole ungleichen Anklang. Es folgten ihr vor allem die Industrieregionen der Deutschschweiz, weit weniger die ländlichen Gebiete und nur schwach die Romandie und das Tessin. In der Westschweiz herrschte, auch bei Arbeitern, noch vielerorts «Graben»-Stimmung. Das Oltener Komitee galt hier als deutschfreundlich, hatte doch Grimm im Sommer 1917 mitgewirkt bei den Bemühungen von Bundesrat Arthur Hoffmann für einen Separatfrieden zwischen den Zentralmächten und Russland. Wäre diese Vermittlung geglückt, so hätte sie einseitig die Entente benachteiligt. Deshalb sprach der «Jura bernois» wohl manchem Weltschen aus der Seele: «Le Soviet d'Olten travaille pour les Boches»⁷⁵.

Auch die christlich-sozialen Gewerkschaften beteiligten sich nicht am Generalstreik, obwohl sie ebenfalls soziale Verbesserungen forderten. Nach Schätzungen von Historikern blieben rund 250 000 Personen der Arbeit fern, ein Teil allerdings nicht freiwillig, sondern weil viele Verkehrsmittel stillstanden.

Es war für die Behörden wie für das Oltener Komitee schwierig, eine Übersicht zu gewinnen, liess sich doch das Publikum landesweit nur durch die Presse erfassen, denn das Radio oder andere Massen-

medien existierten noch nicht. Viele bürgerliche Zeitungen konnten vorübergehend nicht mehr erscheinen. Dieses Durcheinander bremste da und dort die Ausbreitung des Streiks, verleitete aber umgekehrt auch Arbeiterführer dazu, auf Grund erster Erfolgsmeldungen ihre Stärke zu überschätzen. Namentlich kam es nicht zu Dienstverweigerungen von Armee-Einheiten, und bei der Bauernsamen fanden die Streikenden gar kein Verständnis. Der Bundesrat blieb unnachgiebig. Ob er im Gespräch soziale Reformen auf verfassungsmässiger Grundlage – statt unter Streikdruck – in Aussicht gestellt habe, ist unklar. Auch die Bundesversammlung stärkte in einer ausserordentlichen Session dem Bundesrat den Rücken, und mancherorts bildeten sich bewaffnete Bürgerwehren. So schwand für die Streikleitung die Aussicht auf Erfolg, und in den frühen Morgenstunden des 14. November fügte sie sich einem Ultimatum des Bundesrates und empfahl, die Arbeit wieder aufzunehmen – zur Überraschung und zornigen Enttäuschung vieler Arbeiter, die noch an einen möglichen Durchbruch geglaubt hatten.

In Bern war die Atmosphäre weit ruhiger als in Zürich. Dennoch wurde – ohne dass der bernische Regierungsrat oder die Stadtbehörden um einen zusätzlichen Schutz gebeten hätten – am 8. November 1918 zwei Infanterieregimenter und zwei Kavalleriebrigaden in den Raum der Bundesstadt verlegt. Hier tagte ja die Landesregierung, sass im Hotel «Bellevue» die Armeeleitung und versammelte sich häufig das Oltener Aktionskomitee. Als Platzkommandanten hätte sich General Wille den forschenden Oberstdivisionär Fritz Gertsch gewünscht, der vielleicht in Bern ähnlich vorgegangen wäre wie Sonderegger in Zürich. Der Bundesrat zog aber den behutsameren Oberstkörpskommandanten Eduard Wildbolz vor, der Wille gegenüber schon in Ausbildungsfragen einen eigenen Standpunkt behauptet hatte. Wildbolz stammte aus der Stadt Bern, hatte eine Instruktorenkarriere durchlaufen und stand christlich geprägten Kreisen nahe. Er suchte seine Aufgabe möglichst unauffällig zu lösen und brachte den Grossteil der Truppen nicht in Bern selber unter, sondern in den umliegenden Dörfern und suchte ausdrücklich Provokationen zu vermeiden. Er blieb stets in Verbindung mit dem Polizeidirektor der Stadt Bern, dem Sozialdemokra-

ten Oskar Schneeberger, der zwar als Präsident des schweizerischen Gewerkschaftsbundes dem Oltener Aktionskomitee angehörte, aber vom Generalstreik als Waffe beim politischen Kampf in der Eidgenossenschaft nicht allzuviel hielt, weil die Volksrechte wirksamere Mittel böten. Schneeberger versicherte, die städtische Polizei werde selber für Ordnung sorgen und Gewalttätigkeiten verhindern. Tatsächlich kam es in Bern nur zu einzelnen Aufläufen von Jungsozialisten ohne Tumulte oder Eigentumsbeschädigungen. Hingegen klagten Bürgerliche, sie hätten unter dem Druck von Demonstranten ihre Geschäfte schliessen müssen. Der – mehrheitlich sozialdemokratische – Gemeinderat forderte die städtischen Beamten und Angestellten auf, ihre Arbeit zu leisten, was im allgemeinen auch geschah. Die Strassenbahnen allerdings verkehrten nicht.

Gegen eine Arbeiterversammlung am 9. November – also noch vor dem eigentlichen Landesstreik – auf dem Waisenhausplatz und damit direkt vor dem Hauptquartier des Platzkommandos im städtischen Gymnasium, schritten die Behörden nicht ein, aus der Überlegung, «dass man solange wie irgend möglich einen Zusammenstoss von Truppen und Demonstranten vermeiden wolle, der zu Blutvergiessen und anderen schweren Folgen führen könnte».

Später wurde die Stimmung aufgeregter, doch betonte Wildbolz in seinem Schlussbericht an die Armeeführung stolz, in Bern habe die Truppe während des ganzen Landesstreikeinsatzes nie von der Waffe Gebrauch machen müssen. Seine Proklamation an die Bevölkerung hob hervor: «Jedermann soll wissen, dass niemals meine Massnahmen gegen die Arbeiterschaft und gegen eine politische Partei sich richten.» Gegen übermütige anarchistische Burschen sei aber eine «mutige Selbsthilfe des Bürgers am Platze». Wie der Regierungsrat, so unterschätzte auch Wildbolz zuerst die Gefahr, welche die Bildung eigenmächtiger Bürgerwehren in sich barg, und hinterher mahnte er zu «weisen Massnahmen» gegen Übereifer, der da und dort vorgekommen sei. Zudem betonte er: «Soziale Reformen auf der ganzen Linie sind nötig. Diesen Forderungen darf sich auch der militärische Führer nicht verschliessen, und an seiner Stelle muss er mitwirken am Ausbau sozialer Gesetzgebung.» Fingerspitzengefühl bewies Wildbolz zudem, als er nach dem Streikende in Bern keine militäri-

sche «Siegesparade» durchführte, wie General Wille sie in Zürich abhielt und auch für die Bundesstadt gewünscht hätte⁷⁶.

Es ist schwer abzuschätzen, wie stark ausserhalb der Stadt Bern die Arbeit niedergelegt wurde; denn darüber finden sich nur verstreute und oft auch verschwommene oder verfärbte Hinweise.

In Biel war die Menge zwar erregt, und Gruppen von Zivilisten hielten Züge auf, die trotz der Streikparole fahren wollten. Es gelang dem Militär aber, Zerstörungen zu verhindern, ohne dass es unter den Arbeitern Verletzte gegeben hätte oder gar Tote wie im nahen Grenchen.

Im Jura streikten die Arbeiter vor allem im Raume Biel, in Tramelan und im oberen St.-Immertal. Je weiter nach Norden man sich von diesen Gegenden entfernte, desto ruhiger blieb es im allgemeinen, und in der Ajoie war der Streik kaum mehr zu spüren. Das entsprach im grossen und ganzen der Zugehörigkeit zu Gewerkschaften und zu Parteien der Linken in den betreffenden Räumen, und zudem fiel es bei den gestörten Bahn- und Nachrichtenverbindungen im nördlichen Jura schwerer, die Übersicht über die Vorgänge in der übrigen Schweiz zu behalten.

Zum Proteststreik vom Samstag, den 9. November 1918, waren im ganzen Lande 19 Ortschaften aufgerufen worden, von denen keine im bernischen Jura lag. Hier empfanden viele den Streik ohnehin eher als Hemmnis der Freudenkundgebungen zum Waffenstillstand. Wo es trotzdem zu Manifestationen kam, störten sie die Arbeit wenig, da man eben zur Fünftagewoche und damit zum freien Samstag überging.

In Delsberg streikten fast alle Eisenbahner – meist Deutschschweizer. Auch anderswo beteiligten sich Alteingesessene und später Zugezogene ungleich. Im ganzen gab es im Berner Jura keine Zwischenfälle von Bedeutung, da die Streikenden Disziplin hielten und die Behörden Provokationen unterliessen.

So trafen die Berner Regierungsräte einen verhältnismässig ruhigen Kanton an, als sie am 13. November 1918 einzeln in die verschiedenen Landesteile fuhren, um im Gespräch mit Lokalbehörden und Bevölkerung Eindrücke von der herrschenden Stimmung zu gewinnen.

Ein Nachspiel zum Generalstreik fand in Bern statt, doch gehört es in die Schweizer und nicht in die Berner Geschichte. Zwar waren Streiks auch damals – abgesehen vom Sonderfall der Beamten – nicht verboten; hingegen konnte man einzelne Sätze der Streikproklamationen als Aufruf zur Meuterei und zur Widerhandlung gegen bundesrätliche Verordnungen deuten. So wurde gegen die Unterzeichner dieser Aufrufe Anklage erhoben, und nach einem Seilziehen um Zuständigkeitsfragen begann der Prozess Mitte März 1919 in Bern vor dem Gericht der 3. Division unter dem Vorsitz von Grossrichter Oberstleutnant Heinrich Türler, im Zivilberuf Bundesarchivar und daneben Präsident des Historischen Vereins des Kantons Bern. Am 10. April 1919 verkündete es sein Urteil. Es befand vier Angeklagte schuldig, darunter Robert Grimm und den in Zürich als Redaktor lebenden Berner Ernst Nobs. Alle übrigen sprach es frei. Das Strafmass blieb an der unteren Grenze: Nobs erhielt vier Wochen Gefängnis, Grimm sechs Monate, die er vom 8. Juli 1919 an im Bezirksgefängnis des Schlosses Blankenburg im Obersimmental verbüsste. Er nutzte diese Zeit, um seine «Geschichte der Schweiz in ihren Klassenkämpfen» zu schreiben. Der Prozess machte die Angeklagten in den Augen der Arbeiterschaft nicht geradezu zu Märtyrern, gewann ihnen aber viel Ansehen und Popularität zurück, die sie durch den raschen Streikabbruch bei einem Teil ihrer Anhänger verloren hatten.

Das Urteil des Divisionsgerichtes entschied für den Augenblick, nicht aber für die Nachwelt über die Frage, ob die Streikführer und namentlich Robert Grimm Umsturz und Revolution gesucht hätten, wie es Bürgerliche ihnen vorwarfen. Grimm bekannte sich öffentlich zur Vision einer «Sozialisierung der Gesellschaft und der Beseitigung der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise». Aber er wollte dieses Ziel nicht durch eine Revolution «im Heugabelsinne» erreichen, wie er selber sagte. Bei anderer Gelegenheit präziserte er: «Wir bekennen uns zur Revolution, sind aber keine Anarchisten und Putschisten. Wir wollen die politische Macht erobern, aber auf unblutige Weise.» Es mag offen bleiben, ob Grimm dabei eher an einen Sieg an der Urne dachte oder an eine Kapitulation des

Bürgertums unter dem Eindruck der Stärke und Geschlossenheit der Arbeiterschaft im Streik⁷⁷.

4. DIE GRIPPEWELLE

In die gleiche Zeit wie der Generalstreik fiel die Spätphase der Grippewelle, die 1918 über die Schweiz und Europa hinwegzog und auch in fast allen übrigen Erdteilen wütete. Die Krankheit war vermutlich von China her nach Nordamerika und von dort nach Europa verschleppt worden. Von Anfang Juni an trat sie auch in der Schweiz auf, vorerst in ihrer westlichen Hälfte, wobei die Grenze ungefähr zwischen Bern und Thun verlief, also mitten durch den Kanton Bern. Gegen Ende August 1918 klang der Seuchenzug ab, brach aber schon im September wieder auf und erfasste nun bis in den Dezember hinein vor allem den Osten des Landes. Ein letzter kleinerer Schub im Februar und März 1919 verschonte die Schweiz.

Überall in der Welt lag 1918/19 die Zahl der Erkrankungen und der Todesfälle höher als bei früheren Epidemien, doch schwankte sie von Gegend zu Gegend. Das war nichts Neues. Schon für die letzte vorangegangene – weit mildere – Grippewelle von 1889 bis 1895 hatte der Leiter des eidgenössischen Gesundheitsamtes überrascht festgestellt, dass die Grippesterblichkeit im Amtsbezirk Saanen landesweit am höchsten stieg, während sie – bei fast gleichen äusseren Voraussetzungen – im benachbarten Pays d'Enhaut praktisch bei Null blieb. Antibiotika und Chemotherapeutika zur Bekämpfung der Grippe waren noch nicht bekannt. Für den einzelnen Befallenen dauerte die Krankheit unterschiedlich lang, und auch wenn er wieder genas, war er nicht immun geworden, sondern blieb gefährlichen Rückfällen ausgesetzt.

Anders als früher traf die Grippe 1918 in der Schweiz die jungen Erwachsenen, also die Zwanzig- bis Vierzigjährigen beider Geschlechter, weit stärker als Kinder und Alte, Männer stärker als Frauen und im Verhältnis zur Bevölkerungszahl die ländlichen Gegenden stärker als die Städte. Am höchsten war die Grippesterblichkeit in Obwalden und Uri, Bern lag an zehnter Stelle und damit

ungefähr in der Mitte der Kantone. Genau lässt sich die Zahl der Grippeopfer nicht festlegen, da die Krankheit oft verbunden mit Lungenentzündung auftrat, häufig kein Arzt aufgesucht wurde oder die Meldung an Amtsstellen unterblieb. Für den Kanton Bern nannte die Sanitätsdirektion gut 100 000 Erkrankungen und rund 4400 Tote. Danach wären im Durchschnitt 14,5 % der Bevölkerung von der Grippe erfasst worden, am meisten im Seeland mit 19,5 %, am wenigsten im Jura mit 9,5 %. Für die Stadt Bern meldete die Statistik für 1918 rund 20 000 Erkrankungen und gut 600 Todesfälle. In einem «Normaljahr» forderte die Grippe in der Schweiz insgesamt ungefähr 750 Tote.

Für die Ausbreitung der Grippe in der Zivilbevölkerung wie in der Armee war nicht der Ordnungsdienst beim Generalstreik verantwortlich, wie etwa behauptet wird. Bei der Truppe tauchte die Krankheit schon früh im Sommer 1918 auf, als sie auch die Westschweiz erfasste. Sie überrumpelte den Militärsanitätsdienst, bei dem sich schwere Mängel zeigten. Obwohl die Zahl der Soldaten im Grenzdienst während des Sommers 1918 stetig zurückging, gab es 1918/19 in der Armee rund 1800 Grippetote. Gut die Hälfte davon, etwa 920, starben während des Ordnungsdienstes. Von den insgesamt rund 24 000 Grippetoten in der Schweiz war das ein verhältnismässig kleiner Teil. Dabei stammten die meisten der im November 1918 Aufgebotenen vom Lande, wo die Grippe auch die Zivilbevölkerung stärker packte als in den Städten.

Zur Bekämpfung der Grippe suchten die bernischen Behörden vor allem die Ansteckungsgefahr zu vermindern. Ein Versammlungsverbot vom 23. Juli wurde am 30. August wieder aufgehoben und am 25. Oktober von neuem eingeführt. Untersagt waren zum Beispiel Tanzanlässe, grössere Feste, Chorübungen und -konzerte, ja sogar der Gemeindegesang im Gottesdienst und öffentliche Leichenfeiern. Wieviel solche Vorkehren nützten, ist schwer abzuschätzen. Im ganzen zeigen sie aber, wie hilflos bei allem Einsatz von Ärzten und Pflegenden der Mensch einem Seuchenzug von solcher Wucht immer noch ausgesetzt war⁷⁸.

II. KAPITEL

UMSTURZ DER HERKÖMMLICHEN PARTEIENORDNUNG

1. EINGEMEINDUNGEN

Bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts war ein Grossteil der Berner in der Landwirtschaft oder in kleineren Gewerben tätig und wohnte gewöhnlich am Arbeitsort. Mit der Ausweitung der Industrie, dem Wachstum der Städte und der Erleichterung des Verkehrs durch Bahnen und Trams zeigten sich nun Probleme, wie sie auch die übrige Schweiz und andere Länder kannten. Immer häufiger sprengten Städte den Raum ihrer ursprünglichen Gemeinde und beschäftigten Leute, die in Vororten wohnten. Diese Verflechtung führte zu Schwierigkeiten, welche die Stadt Zürich 1893 zu beheben hoffte, indem sie auf einen Schlag elf Aussengemeinden in sich aufnahm. Auch St. Gallen und Genf planten kurz nach der Jahrhundertwende Eingemeindungen.

In Bern komplizierten veraltete Vorschriften die Verhältnisse noch. So gebot das Steuergesetz von 1865, dessen Revision trotz mehreren Anläufen nicht gelungen war, dass ein Arbeitnehmer seinen Lohn nicht am Wohn-, sondern am Arbeitsort versteuerte. Nun hatten sich um Bern herum oft Arbeiter, kleinere Beamte und Angestellte von Militärbetrieben wie der Pferdeanstalten oder der Zeughäuser im damals noch selbständigen Bümpliz oder in Ostermundigen niedergelassen. Sie profitierten hier von niedrigeren Mietzinsen, fanden leichter Pflanzland und in den nahen Wäldern Brennholz und erreichten dabei ihren Arbeitsplatz trotzdem ohne Mühe. Ihre Steuern bezahlten sie nach den verhältnismässig niedrigen Ansätzen der Stadt Bern. Für ihre Kinder mussten aber die Wohngemeinden Schulhäuser bauen, Lehrer besolden und oft auch Soziallasten tragen. Ihnen blieb kein anderer Ausweg, als den Steuerfuss kräftig zu heben. In Bümpliz zum Beispiel stieg er auf 7½ % der Staatssteuer, während er im Kantonsdurchschnitt mit 3 bis

3 ½ % weniger als die Hälfte davon ausmachte. Deshalb zogen kaum neue Unternehmen in derartige Gemeinden, und deren Verschuldung stieg höher und höher, ohne dass dabei dringende Aufgaben wie Wasserversorgung, Kanalisation oder Ortsbeleuchtung gelöst worden wären. Ihr Stimmrecht in Gemeindeangelegenheiten übten die auswärts Arbeitenden am Wohnort aus, und sie konnten bei ihrer grossen Zahl Neuerungen mit Kostenfolgen wie die Unentgeltlichkeit von Lehrmitteln und Schulmaterial durchsetzen, was neue Ausgaben verursachte.

Auch in Bern suchte man solchen Schwierigkeiten durch Eingemeindungen abzuweichen. Dabei galt es Verhandlungen mit vielen Partnern von widersprüchlichen Interessen zu führen, denn einige der Vorortsgemeinden waren aufgeteilt in Unterabteilungen wie Viertelsgemeinden, Schulgemeinden und Dorfschaften. Zudem umfassten sie oft noch fast rein ländliche Gemeindeteile, welche sich gegen ein Aufgehen in die Stadt sträubten.

Erste Sondierungen für Eingemeindungen gingen im Raum Bern aus von der Gemeinde Bümpliz im Westen und von Ostermundigen, einer Viertelsgemeinde der Einwohnergemeinde Bolligen, im Nordosten der Stadt. Treibende Kraft in Ostermundigen war Gemeindeschreiber Friedrich Volmar, der später vom Freisinn zur Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei übertrat und bis in den Regierungsrat aufstieg.

Die Stadt Bern war Eingemeindungen nicht abgeneigt, hätte aber lieber gleich alle umliegenden Ortschaften aufgenommen, also auch Bolligen, Köniz und vor allem Muri, das finanziell gut dastand. Muri lehnte jedoch strikte eine Verschmelzung mit der Stadt ab, ebenso die stadtfürneren Teile der Gemeinde Bolligen. Unter diesen Umständen sprach sich der Gemeinderat der Stadt Bern im März 1915 vorderhand gegen eine Eingemeindung von Bümpliz und Ostermundigen allein aus. Immerhin fand er sich bereit, so lange die eigene Finanzlage es erlaube, Bümpliz jährlich 8000 Franken freiwillig zurückzuerstatten aus Steuern, welche Bern von Bümplizern bezogen hatte, die in der Stadt arbeiteten.

Während des Weltkrieges spitzten sich dann die Finanzprobleme namentlich in der Schulgemeinde Bümpliz zu, und 1916 war sie

nicht mehr imstande, ihren Lehrern die Löhne zu bezahlen. Da die Bürger die Aufnahme weiterer Anleihen ablehnten, musste der Kanton die Gemeinde vorübergehend unter eine Art von Vormundschaft stellen. Ein neues Steuergesetz, das im Sommer 1918 die Einkommenssteuerpflicht vom Arbeits- zum Wohnort verschob, kam für Bümpliz zu spät. Aus den Verhandlungen zwischen Bümpliz und der Stadt Bern ging schliesslich ein Eingemeindungsvertrag hervor, dem die Bürger der Stadt Bern am 29. September 1918 mit 7500 Ja gegen 2900 Nein, diejenigen von Bümpliz am 6. Oktober mit 631 Ja gegen bloss 17 Nein zustimmten. Auf den 1. Januar 1919 hörte Bümpliz auf, eine eigene Gemeinde zu sein, und verwandelte sich in den Stadtteil Bern-Bümpliz. Die Stadt Bern musste in der Folge ihren Steuersatz um 2‰ erhöhen, gewann aber grosse Landreserven und über 5000 neue Einwohner. Die Schwelle der 100 000 – nach schweizerischem statistischem Brauch das Merkmal der Grossstadt – hatte sie aber schon kurz zuvor, im Oktober 1917, überschritten. Selbständig und unabhängig von den Kirchgemeinden der Stadt Bern blieb weiterhin die Kirchgemeinde Bümpliz. Im Roman «Es starb ein Dorf» hat der Schriftsteller C. A. Loosli den Übergang seines Wohnortes Bümpliz vom Dorf zum Stadtteil packend geschildert.

Entgegen der allgemeinen Erwartung folgten keine weiteren Eingemeindungen in die Stadt Bern mehr. Bolligen verteilte allmählich die Aufgaben innerhalb seiner Einwohnergemeinde neu und entlastete so Ostermundigen etwas, und später bevorzugte man statt der Eingemeindung andere Formen der Zusammenarbeit zwischen Stadt- und Vorortsgemeinden, etwa Zweckverbände.

Eingemeindungen gab es nicht nur in die Stadt Bern, sondern, zum Teil sogar schon etwas früher, von Goldwil (1912) und von Strättligen (1919) in Thun sowie von Bözingen (1916) und von Mett und Madretsch (1919) in Biel. Einem Zusammenschluss von Biel und Nidau, der zwischen den beiden Gemeinden vereinbart worden war, verweigerte der Grosse Rat am 2. März 1921 gegen den Antrag des Regierungsrates seine Genehmigung, weil die bürgerliche Mehrheit eine Stärkung der Sozialdemokratie befürchtete und die Frage des Amtssitzes für den Bezirk Nidau diesen Fall komplizierte.

Bei den genannten Beispielen gingen kleinere Gemeinden in einer benachbarten Stadt auf. Daneben kam es aber auch zu Zusammenschlüssen von ländlichen Gemeinden ungefähr gleicher Grösse. So entstand 1932 aus den beiden Einwohnergemeinden Stalden und Gysenstein die Einwohnergemeinde Konolfingen, während auf dem Bödeli zwischen Thuner- und Brienersee lange Diskussionen schliesslich an Grenzen und Aufgabenteilung der Gemeinden nichts änderten.

Im Kanton Bern blieb es also bei einer einzigen Eingemeindungswelle kurz vor und nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, während Genf und Zürich in den 1930er Jahren ihre Stadtgrenzen nochmals weiter ins Umland hinausschoben⁷⁹.

2. DIE GRÜNDUNG DER BAUERN-, GEWERBE- UND BÜRGERPARTEI (BGB)

Die politischen Parteien des Kantons Bern veränderten sich im späten 19. und im frühen 20. Jahrhundert allmählich und vorerst ohne auffallende Einzelereignisse, zum Teil in Anlehnung an Vorgänge in der übrigen Eidgenossenschaft oder sogar im Ausland.

Themen wie der Gegensatz zwischen Hauptstadt und Landschaft hatten ihre Zugkraft verloren, ebenso der Appell an die Abneigung gegen Jesuiten und Ultramontanismus. Selbst der Disput um Zentralismus oder Föderalismus im Bundesstaat bewegte den Bürger weniger als der Kampf um seine wirtschaftlichen Anliegen und um seine soziale Sicherheit. Nicht mehr die Weltanschauung bestimmte die Fronten im politischen Kampf, sondern die materiellen Interessen, und damit geriet das überlieferte Parteiengefüge ins Wanken.

Die Konservativen hatten in den 1880er Jahren ihr Übergewicht in der Stadt Bern an die Freisinnigen verloren, ohne Aussicht auf eine Rückkehr an die Macht. Im Nationalrat blieben ihnen noch zwei Mandate im Wahlkreis Mittelland und eines im Nordjura. Den Sitz in ihrer Hochburg Oberaargau verloren sie dagegen 1908 nach dem Tode Ulrich Dürrenmatts an den Arzt und Sozialdemokraten August Rikli aus Langenthal. Im Grossen Rat führte fortan Hugo

Dürrenmatt als Jurist das zusammengeschmolzene Häuflein der Volkspartei mit weniger Beredsamkeit, aber auch weniger starr und weniger geprägt durch Feindbilder als sein Vater Ulrich. Im Regierungsrat behielten die Konservativen ihre beiden Sitze, doch bestimmten die sieben Freisinnigen den Kurs in dieser Behörde. Eine Schwäche der Konservativen war es, dass ihre Vertreter aus der Stadt Bern, aus dem katholischen Jura und aus der Volkspartei wohl gelegentlich gemeinsam Abstimmungskämpfe führten, sich aber nie auf die Länge in einer einzigen Organisation zusammenfanden. Auch versteiften sie sich zu sehr auf ein Festhalten an traditionellen Lebensformen und Denkmustern, als dass sie damit Lösungen für die Probleme der modernen Wirtschaft und Gesellschaft hätten bieten und Wege in die Zukunft weisen können.

Standen die Konservativen politisch rechts, so gehörten nach dem Sprachgebrauch um die Jahrhundertwende zur Linken neben den Sozialdemokraten immer noch auch die Freisinnigen. Die Zusammenarbeit zwischen Grütliverein und Radikalen hatte in Bern Tradition. Freisinnige setzten sich bei Abstimmungen ein für Vorlagen mit sozialen Zielen und unterstützten in der Stadt Bern bei Wahlen öfters Kandidaten der Arbeiterpartei. Allerdings wuchs die Distanz zwischen den beiden Gruppen, seit die Sozialdemokraten häufiger für Streikende eintraten und offener waren für Einflüsse der internationalen Arbeiterbewegung und für antimilitaristische Ideen. Zudem bildete der Freisinn keine Einheit, weder seinem Gedankengut noch seiner gesellschaftlichen Schichtung nach. Zwar erhob er immer noch den Anspruch, er sei eine «Volkspartei», welche nicht nur eine einzelne Gruppe vertrete, sondern die Anliegen von Industrie, Handel, Gewerbe, Bauernsame, Angestellten, Beamten und Arbeitern gleichermassen verfechte. Es bereitete aber mehr und mehr Mühe, diese Fiktion aufrechtzuerhalten, etwa bei der Aufstellung ausgewogener Listen für Wahlen oder bei der Parolenausgabe für Abstimmungen über Vorlagen, die zwischen den Wirtschaftsgruppen umstritten waren.

Wie in anderen Kantonen bildeten sich auch in Bern, namentlich in den Städten, Gruppen von «Jungfreisinnigen», die sich 1911 in einem Kantonalverband vereinigten. Sie verstanden sich als linker

Flügel der Partei, kritisierten deren enge Verflechtung mit der Wirtschaft und forderten ein stärkeres sozialpolitisches Engagement, um die Abwanderung von Beamten, Angestellten und Lehrern zu den Sozialdemokraten zu verhindern. Tatsächlich blieben die Standesorganisationen dieser Berufsgruppen, die sich ungefähr von der Jahrhundertwende an formierten, dem Freisinn nahe. Den Ton in der Partei gaben aber immer noch die «Alten» an, die mannigfach mit Bahn-, Elektro- und anderen Unternehmen verflochten waren wie Fritz Bühlmann von Grosshöchstetten, Arnold Bühler in Frutigen, der Seeländer Eduard Will oder der Stadtberner Kohle-Grosskaufmann Johann Hirter.

Änderungen im Parteiwesen kündigten sich also an, doch vorerst festigte sich das Bestehende eher, als der Weltkrieg zu einem «Burgfrieden» bei Wahlen führte. Aber spätestens 1917 nahm das Bewegende überhand. Der Kanton Zürich führte für die Wahl des Kantonsrates Ende 1916 den Proporz ein. Die ländlichen Bezirke hatten sich dagegen gewehrt. Nachdem die Neuerung gegen ihren Willen angenommen worden war, wollten sie diese jedoch auch ausnützen und verwandelten den landwirtschaftlichen Verein des Kantons in eine Bauernpartei, die sogleich unerwartete Erfolge gewann. Dieser Funke konnte anderswo ebenfalls zünden, um so mehr als unzufriedene Landwirte glaubten, ihre bisherigen Organisationen und Führer hätten zuwenig für sie herausgeholt. Das zielte zum Teil auf Berner, wie den Präsidenten des schweizerischen Bauernverbandes Johann Jenny aus Worblaufen oder Jakob Freiburghaus aus Spengelried im Forst. Beide waren um die Mitte des 19. Jahrhunderts geboren und sassen als Freisinnige seit Jahrzehnten im Nationalrat.

Von ganz anderem Schlag war der rund eine Generation jüngere Rudolf Minger aus Schüpfen. Er hatte nur die Primar- und die Sekundar-, aber keine Landwirtschaftsschule durchlaufen und war in der Politik bisher nicht hervorgetreten, wohl aber in der Führung des bernischen Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften. In Reden bei verschiedenen Anlässen dieser Organisation rief er zu mehr Solidarität unter den Bauern auf. Aber erst Ende November 1917 – kurz nach der bolschewistischen Revolution in Russland –

liess er im Berner Restaurant «Bierhübeli» eine Bombe platzen. Im Gegensatz zur bisherigen Haltung der führenden Berner Bauernpolitiker rief er auf zur Gründung einer selbständigen Bauernpartei und zur Unterstützung des Proporztes für die Nationalratswahlen, über den das Schweizervolk im Herbst 1918 in einem neuen Anlauf abstimmen musste. Bald gewann er weitere, mit ihm ungefähr gleichaltrige, vermögliche Bauernpolitiker einer jüngeren Generation für seine Pläne, wie Gottfried Gnägi aus Schwadernau oder Fritz Siegenthaler aus Trub. Überhaupt fand der Vorschlag offene Ohren. Eine Kommission unter dem Vorsitz von Nationalrat Freiburghaus und nachher eine sogenannte Vertrauensmännerversammlung aus Vertretern der grossen landwirtschaftlichen Organisationen des Kantons arbeiteten fast ein Jahr lang an Texten für Statuten und Geschäftsreglement, worauf am 28. September 1918 die erste Delegiertenversammlung zur formellen Gründung der «bernischen Bauern- und Bürgerpartei» schritt.

Ihr Programm unterschied sich wenig von dem anderer bürgerlicher Parteien, und sie verdankte ihre Stosskraft nicht neuem Gedankengut, sondern dem Postulat, der Bauernstand müsse an Einfluss auf die Politik gewinnen, hauptsächlich durch eine personelle Erneuerung der Behörden. Seien erst einmal junge, unverbrauchte Leute am Ruder – so glaubte man –, ergebe sich manches Weitere fast von selbst. In diesem Sinne vollzog die Partei nach Mingers Meinung «eine Art politischer Revolution, die sich aber auf ganz natürlichem Wege durchsetzte», also ohne Umsturz, wie ihn etwa der Kommunismus anstrebe. Die Partei verstand sich auch als Kämpferin gegen den Grosskapitalismus, den die Bauern schon in früheren Auseinandersetzungen um Milch- und Fleischpreise als ihren Gegner empfunden hatten. Seit dem Landesstreik von 1918 verschrieb sich die Partei jedoch immer stärker der Erhaltung des Überlieferten und gewann eines ihrer wirksamsten Propagandargumente aus der Behauptung, sie allein vermöge den Staat vor der Gefahr zu schützen, die ihm von der Linken drohe.

Die Trennung vom Freisinn zog sich über längere Zeit hinweg und erfolgte in kleinen Schritten. Anfänglich hatten die Bauern mit einer sogenannten mittelbaren Struktur für ihre Partei geliebäugelt,

bei der Verbände und nicht Individuen zu Mitgliedern geworden wären. Das hätte dem einzelnen ein Weiterwirken in anderen Parteien erlaubt, was altgedienten, im Freisinn aufgestiegenen Bauernführern wie Jenny und Freiburghaus entgegengekommen wäre. Schliesslich forderte man aber doch klare Entscheide durch Eintrag in Mitgliederlisten und die Bezahlung individueller Beiträge.

Damit nahm man eine Isolierung des Freisinns in Kauf in der Voraussicht, die gemeinsame Abneigung gegen die Sozialdemokraten erweise sich bald als stärker und zwingt die Bürgerlichen zu Kompromissen und zu gegenseitiger Annäherung. In der Arbeiterpartei sahen die Bauern den Hauptvertreter der Konsumentenschaft und damit ihren Gegner. Immerhin wollten Minger und andere Bauernführer auch «gesunden Fortschritt» oder «sozialen Ausgleich» fördern und akzeptierten Monopole, wenn sie «durch gebieterische Staatsnotwendigkeit bedingt» sind. Das führte später in der Agrarpolitik des Bundes gelegentlich zu überraschenden Allianzen von Bauern und Sozialdemokraten.

Die Umstände begünstigten die Ausbreitung der Bauernpartei. Landleute, welche der wirtschaftlichen Entwicklung nach Kriegsende besorgt entgegensahen, waren bereit, neuen Führern zu folgen, die kräftigen Einsatz für Agrarinteressen versprachen. Und wer sich angesichts wachsender Klassengegensätze nach einem kräftigen Widerpart auf der Rechten gegen die Sozialdemokratie sehnte, setzte seine Hoffnungen nun oft auf die Bauern. Der Landesstreik von 1918 löste die Gründung der Bauernpartei nicht aus, spielte er sich doch erst rund ein Jahr nach Mingers Auftritt im «Bierhübeli» ab. Aber er verschaffte ihr einen Zustrom von Bürgern, welche in ihr das einzige standfeste Bollwerk für den Staat in seiner traditionellen Ordnung sahen.

So gewann die Partei nach eigenen Angaben bis Ende 1919 ungefähr 40 000 Mitglieder, am meisten im Emmental, Ob- und Nidraargau, Mittelland und Seeland, wo schon bisher die Dichte der landwirtschaftlichen Organisationen am höchsten gewesen war. Erst später öffnete sich das Oberland der neuen Bewegung, und im Jura fasste sie vorderhand überhaupt nicht Fuss – gleich wie in anderen Regionen der Eidgenossenschaft, in denen die Kampfstimmung

zwischen Radikalen und katholischen Konservativen immer noch intakt war.

Dem raschen Wachstum entsprach der Erfolg bei den Nationalratswahlen im Herbst 1919, den ersten, die nach dem Proporzverfahren durchgeführt wurden. Sie brachte der Bauern- und Bürgerpartei, die nun zum ersten Mal Kandidaten portierte, gleich 16 von den 32 Sitzen, die dem Kanton Bern zustanden. Unter den Gewählten fanden sich sechs ehemalige Freisinnige, die angesichts der Stärkeverhältnisse das Lager gewechselt hatten, nämlich Jenny, Freiburghaus, die Regierungsräte Tschumi und Moser, Gewerbesekretär Joss und der politische Dominator des Frutiglandes, Bühler. Dieser liess sich zwar 1919 auf der Bauern- und Bürgerliste wählen, blieb dann aber im Parlament wie zuvor in der Fraktion der Radikalen. Der Sieg der Bauern- und Bürgerpartei ging vor allem auf Kosten des Freisinns, der 14 seiner bisher 19 Mandate verlor, und – zu einem kleinen Teil – auf Kosten der Grütlianer und der Katholisch-Konservativen.

Spätestens dieser Erfolg öffnete der Bauern- und Bürgerpartei die Aussicht, im Kanton die Mehrheit zu gewinnen und ohne Wartezeit in der Opposition die Zügel an sich zu reißen. Das war nur möglich, wenn es gelang, über die Bauernsamen hinaus Wähler zu gewinnen, was am ehesten beim Gewerbe möglich war. Zwar widersprachen sich die Interessen von Bauern und Gewerbetreibenden im Einzelfall öfters, aber es verband sie im grossen und ganzen eine ähnliche Grundhaltung des Fühlens und Denkens und meistens auch die Furcht vor einem übermässigen politischen Einfluss der Konsumenten sowie von Handel und Industrie, wie sie ihn beim Freisinn je länger desto mehr wahrzunehmen glaubten. Auch beim Gewerbe riefen einzelne Stimmen nach einer Lösung von den historischen Parteien. Aber hier verhallte der Ruf vorerst ohne Wirkung, denn es fehlte eine vorwärtsdrängende «junge Garde» mit einem impulsiven Führer wie Minger. Übrig blieb als Kompromiss schliesslich eine gemeinsame Liste der Bauern- und Bürgerpartei mit dem Gewerbeverband für die Nationalratswahlen von 1919, wobei beide Partner im übrigen ihre Unabhängigkeit behielten. Von den Gewählten waren drei Gewerbetreibende, nämlich der amtierende

Regierungsrat Tschumi, sein künftiger Nachfolger Joss sowie Ingenieur Rothpletz, einer der Erbauer der Lötschbergbahn. Auch die Wähler vom Lande hatten ihnen loyal ihre Stimme gegeben, wie die Ergebnisse bäuerlicher Gegenden zeigen.

Damit war die politische Fusion des Gewerbes mit der Bauern- und Bürgerpartei nur noch eine Frage der Zeit. Sie wurde im Frühjahr 1921 vollzogen durch eine Revision der Parteistatuten, die Aufnahme von Gewerbevertretern in die leitenden Gremien und durch die Änderung des offiziellen Namens in «Bernische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei» (BGB). Freilich ging nicht das ganze Gewerbe zu der neuen Partei über. Eine namhafte Minderheit blieb beim Freisinn. Fortan mussten also im Kanton Bern zwei Parteien auf einen Gewerbeflügel und seine Begehren Rücksicht nehmen, während die Bauern praktisch vollständig aus dem Freisinn ausschieden.

Als Minger und seine Mitstreiter eine «Bauern- und Bürgerpartei» gründeten, dachten sie beim zweiten Teil des Namens an Tierärzte, Landwirtschaftslehrer und andere der Bauernsamen nahestehende Personen aus ländlichem Milieu. Einen neuen, viel weiteren Sinn gewann die Bezeichnung «Bürger», als die Partei in den früheren 1920er Jahren die Reste der bernischen Volkspartei und der «Vereinigten Konservativen der Stadt Bern» aufzog. Diese Gruppen hatten bis 1917 mit einer Ausnahme alle ihre Nationalratsmandate verloren und stellten für die Wahlen von 1919 gar keine eigenen Listen mehr auf. Ihr letzter Bisheriger, Regierungsrat Friedrich Burren, fand auf der Bauern- und Bürgerliste Unterschlupf und wurde hier mit der höchsten Stimmenzahl gewählt, eine Auszeichnung, die er eher seiner Persönlichkeit als seiner politischen Herkunft verdankte. Die Fusion der Konservativen und der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei fand recht formlos statt und ohne dass darüber genauere Berichte vorliegen. Es ging ja – anders als beim Gewerbe – bei dieser Vereinigung nicht um einen wohlorganisierten, finanzkräftigen Verband mit handfesten wirtschaftlichen Interessen, sondern um eine lose Verbindung einzelner Bürger mit ähnlicher Weltanschauung. Gemeinsam war beiden Partnern die Frontstellung gegen Sozialdemokraten und Linksfreisinn.

Die Volkspartei ging also unter, zuletzt als Opfer des Proporz, für dessen Einführung sie jahrzehntelang gekämpft hatte. Immerhin gewann das zweite B in der Abkürzung BGB-Partei an Relief, auch wenn die «Bürger» nie die gleiche Bedeutung erreichten wie die beiden anderen Blöcke. Aber sie erschlossen der Partei doch – stärker als in anderen Kantonen – Kreise, die ihr bisher meist ferngeblieben waren, wie Städter mit akademischer Bildung oder betont christliche Gruppen etwa aus dem Umfeld der Evangelischen Gesellschaft oder der evangelischen Lehrerseminare und des Freien Gymnasiums. Sie waren mit dem Verschwinden der Stadtkonservativen und der Volkspartei politisch heimatlos geworden und schlossen sich nun den Bauern und dem Gewerbestand an, obschon ihnen deren ökonomische Postulate nicht besonders nahe lagen. Aber in der mächtigen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei wuchs das konservative Element an Bedeutung, weil ihm – für Bereiche ausserhalb der Wirtschaft – auch manche Bauern und Gewerbetreibende zuneigten. So gewann es für die bernische Politik mehr Gewicht als in den Jahrzehnten zuvor, obwohl damals noch Parteien bestanden hatten, welche die Bezeichnung «konservativ» in ihrem Namen führten. Das erlaubte der Partei, den Vorwurf von sich zu weisen, sie vertrete nur Wirtschafts- und Gruppeninteressen und nur die Anliegen recht schmaler Schichten. Bald zeigte es sich, dass sie zwar nicht mehr im gleichen gigantischen Tempo wie zur Zeit ihrer Gründung weiterwuchs, aber sie war auch keine Eintagsfliege, wie es manche Freisinnige wohl im stillen gehofft hatten.

Vielmehr hatte sich im Kanton das Verhältnis der politischen Parteien zueinander von Grund auf und auf die Dauer geändert. Der Freisinn, der bisher fast nach Belieben hatte schalten und walten können, verlor seine übermächtige Stellung und blieb für immer Minderheitspartei. Stärkste Partei wurde die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, doch erreichte sie im Grossen Rat das absolute Mehr nicht ganz und blieb auf einen Partner angewiesen. Diese Rolle spielten meist die Freisinnigen, so dass die politische Front fortan zwischen Bürgertum und Arbeiterpartei verlief. Nur bei Auseinandersetzungen um Schul- und Kirchenthemen hielt die alte Linke – Freisinn und Sozialdemokratie – noch öfters zusammen.

Im Jura fasste die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei nie Fuss, und so blieb die Parteisituation hier anders als in Altbern. Das lockerte bisherige Verbindungen und liess in diesem Landesteil das Gefühl der Entfremdung und des Unverständenseins wachsen. In der Eidgenossenschaft verlor Bern den Rang fast ganz, den es bisher in der freisinnigen Fraktion und damit in der Führung der Bundespolitik eingenommen hatte. Die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei war gesamteidgenössisch zu schwach, um ihrerseits Berns Gewicht in die Waagschale zu werfen. Denn Bauern- und Gewerbeparteien von Bedeutung bildeten sich fast nur in überwiegend reformierten Kantonen des Mittellandes, nicht aber in den Berggebieten, im Welschland und in Gegenden mit einem starken Anteil an katholischer Bevölkerung⁸⁰.

Die Gewinne der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei an Mitgliedern und an Mandaten gingen vorwiegend zu Lasten der Freisinnigen. Diese verfielen darob für kurze Zeit so sehr der Nervosität und Verwirrung, dass sie ihren bisherigen Namen aufgaben und sich umbenannten in «Fortschrittpartei». Damit suchten sie die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei als rückschrittlich und als Gruppe abzustempeln, die egoistisch bloss die wirtschaftlichen Interessen des eigenen Anhangs vertrete. Gleichzeitig warfen sie mit der neuen Bezeichnung aber auch Ballast ab, den sie bisher aus der Zeit des «alten» Freisinns im 19. Jahrhundert mitgeschleppt hatten. Treibende Kraft bei diesem Wechsel des Aushängeschildes waren die Jungfreisinnigen, die nun für mehr als ein Jahrzehnt auf eine eigene Organisation innerhalb der Partei verzichteten. Der Freisinn blieb aber angewiesen auf eine Zusammenarbeit mit der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, etwa bei Listenverbindungen für die Nationalratswahlen. Schon 1923 gab die «Fortschrittpartei» diesen Titel wieder auf und kehrte zum angestammten «Freisinn» zurück.

Beim Zusammenwirken mit der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei war der Freisinn im Kanton Bern der schwächere Partner, obschon seine Führerschaft die andere intellektuell wohl übertraf. Beamte, Angestellte und Lehrer – soweit sie nicht zu den Sozialdemokraten abgewandert waren – gewannen in der Partei mehr

Gewicht als früher. Hauptstützen aber waren Handel, Industrie und Selbständigerwerbende, und im ganzen rutschte die Partei deutlich nach rechts.

Die Aufbruchstimmung am Kriegsende und die Einführung des Nationalratsproporz brachten Bewegung in die schweizerischen Parteien. Neben den bereits geschilderten grossen Änderungen gab es kleinere, die für Bern weniger ins Gewicht fielen.

Wer bisher als reformierter Konservativer Politik betrieben hatte, fand in Bern anfangs der 1920er Jahre meist Unterschlupf bei der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei. Doch schon vorher war, zuerst in Zürich, eine Evangelische Volkspartei entstanden, die bewusst das Wort «konservativ» nicht mehr in ihrem Namen führte, sich für soziale Belange einsetzte und nicht nur höhere gesellschaftliche Schichten ansprach. Sie fand ihre Anhänger bei der sogenannten positiven Richtung der Landeskirchen, aber namentlich auch bei Freikirchen, bei der reformierten Gewerkschaftsbewegung und bei christlichen Abstinenten, also bei Kreisen um das «Blaue Kreuz». Die Evangelische Volkspartei blieb an Zahl stets klein und lange auf städtische Gebiete beschränkt. Das gilt besonders für Bern. Zwar stellten die Berner mit Arnold Muggli für kurze Zeit den ersten Zentralpräsidenten der gesamtschweizerischen Evangelischen Volkspartei und beteiligten sich 1919 an den Nationalratswahlen, doch für ein Mandat reichte ihre Stimmenzahl bei weitem nicht, und auch bei den Grossratswahlen von 1922 gingen sie leer aus. Einzig für den Berner Stadtrat gewannen sie 1920 einen Sitz. Trotz dieser Misserfolge genoss die Evangelische Volkspartei ein gewisses Ansehen, weil sie auf keinen der beiden politischen Blöcke – Bürgertum und Sozialdemokratie – festgelegt war und ihre Unabhängigkeit im Urteil bewahrte⁸¹.

3. DER GROSSRATS-PROPÖRZ

Bei der Revision der Kantonsverfassung von 1893 hatte der Grosse Rat einige Anliegen ausgeklammert, die zwar in der Luft lagen, denen aber eine Mehrheit im Volk noch nicht sicher war und die

deshalb die Gesamtvorlage hätten gefährden können. Sie sollten späteren Partialrevisionen vorbehalten bleiben. Dazu gehörte das Proporzverfahren für die Wahl der Legislative, wie es um die Jahrhundertwende in anderen Kantonen und in der Stadt Bern bereits eingeführt war und wie es Volksinitiativen nun auch für den Kanton Bern und für die Eidgenossenschaft forderten.

Die erste davon war im Kanton Bern von der Volkspartei und von Sozialdemokraten ausgegangen. Sie wurde am 3. Mai 1896 von der Stimmbürgerschaft knapp abgelehnt mit 29 000 Ja gegen 32 000 Nein. Angenommen hatten die Ämter Aarwangen, Wangen und Schwarzenburg, Bern, Biel, Büren und Nidau sowie die Freiberge, Delsberg, Pruntrut und Laufen. Schon 1897 doppelten die gleichen Kreise mit einer neuen Initiative nach, für die sich vor allem Redaktor Carl Heinrich Mann von der Volkspartei einsetzte. Der Grosse Rat befaste sich nur kurz mit ihr, und am 11. Juli 1897 verwarf das Volk sie mit 23 500 Nein gegen 19 500 Ja. Wieder überwog die Zustimmung im Ob- und Nidjura sowie in den Städten Bern und Biel und ihrer Umgebung.

Der sozialdemokratische Grossrat Karl Moor blieb hartnäckig und reichte bereits am 2. Mai 1900 für den Grossratsproporz eine Motion ein, die auch von Ulrich Dürrenmatt und anderen Konservativen unterzeichnet war. Der Rat verschleppte die Behandlung zuerst, stimmte dann aber am 3. September dem Begehren zu, allerdings in einer abschwächenden Interpretation, die vom Regierungsrat nicht eine Gesetzesvorlage für das neue Wahlverfahren verlangte, sondern bloss einen Bericht darüber. Zwar sassen in der Exekutive fast gleich viele Proporzfreunde wie -gegner. Als jedoch am 4. November 1900 die Stimmbürger in der Eidgenossenschaft und auch im Kanton Bern die erste Initiative für die Proporzwahl des Nationalrates hoch verwarfen, betrachtete der Regierungsrat weitere Bemühungen zur Zeit als aussichtslos und liess die Motion Moor als «für dermalen» erledigt vom Grossen Rat abschreiben.

Tatsächlich hatten die Berner in der Bundesabstimmung mit 40 000 Nein gegen bloss 19 000 Ja den Proporz weit wuchtiger von sich gewiesen als bei den kantonalen Urnengängen von 1896 und 1897, und zwar auch in den Hochburgen der Sozialdemokraten und

der Volkspartei. Nur gerade in den vier nordjurassischen Bezirken überwogen die Ja-Stimmen. Anscheinend beurteilte der Berner die eidgenössische Vorlage anders als die kantonalen Projekte. Sie wollte nämlich jeden Kanton zu einem einzigen Wahlkreis erklären, während bisher für Bern in sechs Kreisen gewählt worden war, die den Landesteilen entsprachen. Dieses überlieferte Verfahren bot den politischen Minderheiten kaum Chancen, sicherte aber eine gute geographische Verteilung der Mandate. Dieser Vorteil wog in den Augen der Mehrheit schwerer als die Ungerechtigkeiten des Majorzsystems.

Auch eine zweite Initiative im Bund scheiterte am 23. Oktober 1910, aber weniger massiv als zehn Jahre zuvor. Der Kanton Bern verwarf mit 43 000 Nein gegen 29 000 Ja, wobei diesmal nicht nur der Nordjura, sondern auch wieder die Städte Biel und Bern und ihre Umgebung zustimmten. Da das Ergebnis für die Proporzfreunde günstiger ausgefallen war als beim ersten Anlauf, reichten sie bald wieder eine eidgenössische Initiative ein. Sie wurde jedoch dem Volk jahrelang nicht zum Entscheid vorgelegt, weil der Erste Weltkrieg Wahlfragen in den Hintergrund drängte und weil der Freisinn an seiner Machtstellung nicht rütteln lassen wollte.

So fand die eidgenössische Volksabstimmung erst am 13. Oktober 1918 statt. Sie brachte dem Proporz und damit den politischen Minderheiten endlich einen deutlichen Sieg, doch kam er zu spät, um die Spannungen zwischen den Klassen abzubauen, die sich genau einen Monat danach im Landesstreik entluden. Auch der Kanton Bern nahm an mit 49 000 Ja gegen 16 000 Nein. Von den Ämtern verwarfen nur gerade Oberhasli und Saanen. Diese Umkehr der Ergebnisse von 1900 und 1910 spiegelte die neuen Stärkeverhältnisse im Kanton. Der Freisinn hatte einen grossen Teil der Arbeitnehmer an die Sozialdemokraten und das Landvolk an die Bauern- und Bürgerpartei verloren, die beide für den Proporz kämpften⁸².

Nun war der Majorz auch für die Grossratswahlen im Kanton Bern nicht mehr zu halten. Am 15. Dezember 1918, also kurz nach dem Landesstreik, erklärte der Grosse Rat stillschweigend eine sozialdemokratische Motion erheblich, die vom Regierungsrat verlangte, dass er die Einführung des Proporz für die Wahlen in die

kantonale Legislative prüfe. Der Bericht der Exekutive darüber lag bereits Ende Februar 1919 vor, und der Grosse Rat stimmte im März 1919 grundsätzlich zu, doch die nötigen Anpassungen am «Gesetz über Wahlen und Abstimmungen» zogen sich in die Länge, so dass die erste Lesung darüber erst im Januar 1920, die zweite sogar erst im November 1920 zu Ende ging. Kommissionspräsident Hadorn erklärte unverblümt, das Geschäft eile nicht. Er wollte verhindern, dass die Vorlage so früh vor dem ordentlichen Wahltermin vom Mai 1922 fertig werde, dass sie Begehren für vorgezogene Neuwahlen nach neuem Verfahren auslöse und so die Sitze der noch amtierenden Grossräte gefährde.

Am 30. Januar 1921 stimmte das Berner Volk mit 64 000 Ja gegen 22 000 Nein zu. Von den Amtsbezirken verwarfen einzig Oberhasli, Signau und Pruntrut. Der Grosse Rat wurde also fortan nach dem gleichen Verfahren gewählt wie der Nationalrat. Statt 62 wie bisher gab es nun nur noch 32 Wahlkreise. Sie entsprachen den Amtsbezirken, ausser in Bern, das man in Bern-Stadt und Bern-Land teilte. Eine Reihe dieser Amtsbezirk-Wahlkreise war so klein, dass sie nur je zwei Grossräte stellten. Das widersprach im Grunde genommen der Proporz-Idee, denn es liess kleinere Gruppen nicht zum Zuge kommen. Davon profitierte als stärkste Partei nun nicht mehr der Freisinn, sondern die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei.

So fand eine Entwicklung ihr Ende, die sich über mehr als drei Jahrzehnte hingezogen hatte. Als der Freisinn noch bloss den Konservativen gegenüberstand, hielt er seine Stellung für unerschütterlich und lehnte Konzessionen ab. Später war er zu kleineren Zugeständnissen bereit, namentlich zu einem «freiwilligen Proporz». Dabei überliess er der Minderheit einzelne Sitze unter der Bedingung, dass sie dafür Kandidaten nominierte, die der Mehrheit genehm waren. Ulrich Dürrenmatt nannte das den Gnadenproporz.

Als sich der echte Proporz dann in anderen Kantonen und für die Stadtratswahlen in Bern und Biel durchsetzte, verlor er den Ruf des Unbekannten und angeblich Undurchführbaren. Vor allem während des Weltkrieges gewannen darauf die Sozialdemokraten so

sehr an Stärke, dass Bürgerliche den Proporz begrüßten, «um eine Waffe gegen sie zu haben, wenn die Zeiten da sind, wo wir uns gegen ihre Übermacht zur Wehre setzen müssen».

Seinen Sieg im Kanton Bern verdankte der Proporz dem Aufkommen starker Minderheitsgruppen und damit der Abkehr vom Zweiparteiensystem. Vor allem aber unterstützte die neugegründete Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei von Anfang an den Proporz unter dem Eindruck, er werde sich ohne Zweifel durchsetzen. Ihre Ja-Parole gab im Bernbiet dem Majorz den Todesstoss, doch hätte er sich wohl ohnehin nicht mehr viel länger behauptet. Auch das Beispiel Berns antwortet also nicht eindeutig auf die alte Streitfrage, ob der Proporz die Aufsplitterung der historischen Parteien verursacht habe oder ob er vielmehr habe kommen müssen, weil ihre Auflösung bereits in vollem Gange war⁸³.

4. WAHLEN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT

Von den 32 Nationalratssitzen des Kantons Bern hatten vor den Wahlen von 1919 die Freisinnigen mehr als die Hälfte besetzt, nämlich 19, die Sozialdemokraten 7, die Grütlianer 2, die katholischen Konservativen aus dem Jura 3 und die protestantischen Konservativen aus dem alten Bernbiet einen. Von den Bisherigen des Freisinns verzichteten 1919 ihrer elf auf eine Wiederwahl. Weitere vier kandidierten wohl neu, aber nicht mehr bei der freisinnigen Fortschrittspartei, sondern bei der erst kurz zuvor gegründeten Bauern- und Bürgerpartei.

Von den eingereichten Listen waren jene der Bauern- und Bürgerpartei, der freisinnigen Fortschrittspartei und der katholischen Volkspartei untereinander verbunden, während die Sozialdemokraten, die Grütlianer, die Evangelische Volkspartei und die jurassischen Freisinnigen unabhängig voneinander kämpften. Die protestantischen Konservativen standen vor der Auflösung und verzichteten auf eine eigene Liste. Der Bisherige Burren fand bei der Bauern- und Bürgerpartei Unterschlupf und wurde mit einem Spitzenresultat wiedergewählt.

Damals und noch längere Zeit danach war es üblich, dass die grossen Parteien ihre Prominenten auf der vorgedruckten Liste kumulierten und ihnen dadurch einen Vorsprung vor den übrigen Mitbewerbern sicherten. Die Zahl dieser Kumulationen deutete an, wieviele Sitzgewinne die einzelnen Parteien ungefähr erwarteten.

Am 25./26. Oktober 1919 beteiligten sich im Kanton rund 83 % der Stimmberechtigten an den Wahlen und gaben für die Bauern- und Bürgerpartei 2 101 034 Parteistimmen ab, für die sozialdemokratische Partei 1 255 791 und für die Fortschrittspartei des Freisinns 410 008. Das brachte im alten Bernbiet der Bauern- und Bürgerpartei 16 Sitze, den Sozialdemokraten 9 und den Freisinnigen 3. Dazu kamen noch je ein Mandat für die Grütlianer und für die katholische Volkspartei des Juras und zwei für die jurassischen Freisinnigen. Leer ausgegangen war die Evangelische Volkspartei, die sich fortan für lange Zeit nicht mehr an Nationalratswahlen beteiligte und sich auf die lokale Politik konzentrierte. Verhältnismässig gut hatte sie im Südjura abgeschnitten, wo sie – vermutlich dank Stimmen aus Täuferkreisen – im Amt Courtelary sogar die Bauern- und Bürgerpartei übertraf.

Die Bauern- und Bürgerpartei gewann ohne Ausnahme in allen Gemeinden des alten Kantonsteils Stimmen, in vier kleineren – Rohrbachgraben, Rumendingen, Ballmoos und Epsach – sogar sämtliche abgegebenen. Eher bescheiden blieb im Kanton Bern der Sitzgewinn der Sozialdemokraten, doch hatte diese Partei schon 1917 bei den letzten Majorzwahlen und bei Nachwahlen seither zusätzliche Mandate erobert.

Überraschungen gab es bei den Personen der Gewählten oder Unterlegenen. So wurde der prominenteste Freisinnige, Grosskaufmann Johann Hirter aus der Stadt Bern, nur sechster Ersatzmann, und auch Robert Grimm lag bei den Sozialdemokraten hinter dem letzten Gewählten zurück, allerdings bloss um 162 Stimmen. Als erster Ersatz konnte er schon 1920 in den Rat nachrücken. Bei der Bauern- und Bürgerpartei wurde Rudolf Minger zwar gewählt, aber ohne Glanz erst im zehnten Rang.

Ihrer Herkunft nach verteilten sich die Gewählten recht gleichmässig über das Gebiet des Kantons, was sich beim Proporz nicht

von selbst versteht. Fürs erste war also die Befürchtung widerlegt, das Verhältniswahlverfahren werde ganze Landesteile ihrer Vertretung berauben.

Bis 1931 fanden Nationalratswahlen alle drei (und nicht wie heute alle vier) Jahre statt. 1922 hatte Bern dabei 34 Sitze zu vergeben, 1931 – wegen Änderungen der Wahlgrundlagen in der ganzen Eidgenossenschaft – nur noch 31 (von insgesamt 187). Ihre Verteilung änderte nicht stark. 1931 hielt die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei noch 15 Sitze, die sozialdemokratische Partei 10, die freisinnig-demokratische Partei 4 im alten Kantonsteil und einen im Jura sowie die katholische Volkspartei einen. Verschwunden waren die Grütlianner. Aus ihrem Kreis wurde nun Sekundarlehrer Hans Roth aus Interlaken auf der Liste der Sozialdemokraten regelmässig gewählt. Ohne jede Aussicht auf einen Sitz beteiligten sich die Kommunisten Mal für Mal an den Wahlen, während die Freiland-Freigeld-Bewegung um den originellen Lehrer und Redaktor Fritz Schwarz aus dem Emmental nach zwei Misserfolgen 1922 und 1925 fortan verzichtete, obwohl sie immerhin weit besser abgeschnitten hatte als die Kommunisten.

In der bernischen Nationalrats-Delegation verliefen die Fronten Anfang der 1930er Jahre also klar und verhältnismässig einfach. Den Bürgerlichen mit rund zwei Dritteln der Sitze standen die Sozialdemokraten mit gut einem Drittel gegenüber. Parteien dazwischen gab es nicht, höchstens Individuen, die in ihren eigenen Gruppen weiter links oder rechts standen als der Durchschnitt.

Der Grosse Rat wurde bis 1922 nach dem Majorzverfahren gewählt. Dabei schwangen häufig Kandidaten obenaus, weil sie in ihrem näheren Umkreis bekannt und beliebt waren, und nicht, weil sie einer bestimmten Partei zugehörten. Da sie oft von einem Ad-hoc-Komitee portiert worden waren, fiel es zuweilen schwer, sie einer bestimmten Fraktion zuzuordnen. Hugo Dürrenmatt überliefert dazu folgende Anekdote: «Kam einer als Neuling vom Land her in den Rat, so galt er gewissermassen ex officio als «freisinnig», auch wenn bei seiner Wahl in seinem Wahlkreis die Parteizugehörigkeit gar keine Rolle gespielt hatte. [...] Der Grossratsweibel nahm

ihn einfach auf die freisinnige Fraktionsliste und zog ihm bei der ersten Taggeldauszahlung ohne viel zu fragen den Fraktionsbeitrag ab, und damit war er wohlbestalltes Fraktionsmitglied»⁸⁴.

Noch unübersichtlicher wurde die Lage nach den Wahlen vom Frühjahr 1918. Damals besass die entstehende Bauern- und Bürgerpartei noch keine kantonale Organisation, wohl aber eine Reihe von Ortssektionen. Von den Gewählten spalteten sich schon während der Amtsdauer bis 1922 rund 70 Räte als Bauern-, Gewerbe- und Bürgerfraktion von der freisinnigen ab, der noch gut 40 Mitglieder blieben. Nach der Einführung des Proporz 1922 wusste man dann wenigstens, auf welcher Liste ein Kandidat portiert worden war und wohin er demnach im Rat gehörte.

Immer noch entfiel auf 3000 Seelen ein Grossrat. Eine Initiative der Bauern- und Bürgerpartei, welche diese Ziffer auf 3200 heben und dabei nur noch die Schweizerbürger berücksichtigen wollte, war am 1. Februar 1925 vom Volk verworfen worden. So blieb es bei 224 Sitzen, die zum weitaus grössten Teil den drei grossen Parteien zufielen. 1922 gewann die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei 103, der Freisinn 31 und die Sozialdemokratische Partei 63. Das zeigt, dass auch der Proporz nicht die volle Wahlgerechtigkeit brachte, wurde doch 1930 die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei für ihren Stimmenanteil von 39,4 % mit 98 Sitzen honoriert, die Sozialdemokraten aber für 32,0 % nur mit 69.

Kleinere Parteien wie die Kommunisten oder die Freiland-Freigeld-Bewegung, die an den Nationalratswahlen regelmässig oder doch wenigstens gelegentlich teilnahmen, beteiligten sich an den Grossratswahlen nur ausnahmsweise oder überhaupt nicht. Die katholische Volkspartei kandidierte ausser im Nordjura nur gerade in Bern-Stadt. Von den grossen Parteien stellten 1930 die Sozialdemokraten keine Liste in Neuenstadt und in den Freibergen, die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei in Laufen und die Freisinnigen in Erlach, Laupen, Oberhasli, Seftigen und im Nieder-Simmental.

Ihre grösste Stärke erreichte die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei 1930 in den Ämtern Laupen (81,4 % aller Stimmen), Seftigen (78,8 %), Signau (74,3 %), Erlach (72,7 %), Trachselwald

(72,2 %) und Schwarzenburg (70,0 %), die freisinnige Partei in Neuenstadt (47,6 %), Courtelary (41,7 %), Laufen (37,6 %) und Interlaken (33,7 %) und die Sozialdemokratische Partei in Biel (54,2 %), Bern-Stadt (52,8 %) und Büren (47,3 %). Der beruflichen Herkunft nach stellten 1930 die Landwirte mit 58 sowie die Fürsprecher/Notare und die Lehrer mit je 20 Vertretern die grössten Gruppen⁸⁵.

Im Regierungsrat sassen am Kriegsende als Freisinnige die Jurasier Simonin und Stauffer, aus dem alten Kantonsteil die Juristen Leo Merz, Emil Lohner und Karl Scheurer, der Gewerbevertreter Hans Tschumi und der Vertrauensmann der Landwirtschaft, Carl Moser, dazu die beiden Konservativen Friedrich Burren und Rudolf von Erlach. Obwohl sich an dieser Zusammensetzung nichts änderte, kam es nun zu einem markanten Wandel: Burren, von Erlach, Tschumi und Moser schlossen sich der neugegründeten Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei an, nicht aber Scheurer, obwohl auch er aus einer agrarischen Gegend stammte, nämlich aus Gampelen im Seeland.

Das Verhältnis von 5 freisinnigen zu 4 aus der Bauern- und Bürgerpartei stammenden Regierungsräten entsprach nicht der Stärke der beiden Parteien im Kanton. Eine Korrektur wurde möglich, als Ende 1919 Karl Scheurer als Nachfolger des verstorbenen Eduard Müller in den Bundesrat gewählt wurde. Scheurers Sitz im Regierungsrat fiel jetzt an Friedrich Volmar, einen Juristen, der vom Freisinn zur Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei übergetreten war. Bei 5 Vertretern der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei und 4 Freisinnigen blieb es nun fast zwei Jahrzehnte lang. Zwar ging es angesichts ihrer Stärke nicht an, die Sozialdemokraten auf die Länge von der Kantonsregierung fernzuhalten, doch wirkte vorderhand auf beiden Seiten noch zu viel Landesstreik-Stimmung nach, als dass eine Zusammenarbeit in der Exekutive möglich schien, obwohl sie sich in anderen Kantonen und in bernischen Städten bereits bewährte.

Schon in den 1920er Jahren stieg bei den Bürgerlichen die Einsicht, sie dürften die Linke nicht länger aus der Exekutive des

Kantons ausschliessen, doch gefielen ihnen jeweilen die aufgestellten Kandidaten nicht oder es fehlte ihr Bekenntnis zur militärischen Landesverteidigung. Eine sozialdemokratische Initiative für den Proporz bei den Regierungsratswahlen wurde im Spätjahr 1932 vom Volk deutlich abgelehnt. Namentlich die Volksabstimmung über die Kriseninitiative zeigte aber dann, dass Sozialdemokraten und Jungbauern durchaus zusammen eine Mehrheit im Kanton gewinnen und bei vereintem Vorgehen vom Majorzverfahren für die Bestellung der Exekutive profitieren konnten. Deshalb fanden sich Freisinnige und Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei 1938 bereit, ihre Regierungsräte Alfred Stauffer und Walter Bösiger zu einem mehr oder weniger freiwilligen Rücktritt zu bewegen.

Die Sozialdemokraten glaubten, sie dürften eigentlich drei Sitze im Regierungsrat beanspruchen, doch liessen sie es nicht auf eine Kampfwahl ankommen, sondern begnügten sich mit den Kandidaturen des Jurassiers Georges Moeckli und von Robert Grimm. Dieser war im Jahr zuvor beim Kampf um das Berner Stadtpräsidium unterlegen und sah nun seine wohl letzte Chance, ein höheres Regierungsamt zu gewinnen. Auch in seiner eigenen Partei vermochte er Samuel Brawand aus Grindelwald nur knapp zu schlagen. Am 22. Mai 1938 setzten sich die beiden Sozialdemokraten im zweiten Wahlgang durch und erhielten die Fürsorgedirektion (Moeckli) und die Baudirektion (Grimm) zugewiesen.

Weil sich die Zusammenarbeit während des «Burgfriedens» zur Zeit des Aktivdienstes bewährte, mussten die Freisinnigen 1946 angesichts der Stärke der drei Parteien beim Rücktritt ihres Regierungsrates Alfred Rudolf seinen Sitz dem Sozialdemokraten Fritz Giovanoli überlassen. Genau vierzig Jahre lang setzte sich die Exekutive nun zusammen aus 4 Vertretern der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, 3 Sozialdemokraten und 2 Freisinnigen⁸⁶.

Für die Behörden der Stadt Bern bildeten sich nach Revisionen der Gemeindeordnung von 1899 und 1920 im wesentlichen die noch heute gültigen Regeln heraus: Die Exekutive, der Gemeinderat, besteht aus 7 vollamtlichen Mitgliedern, gewählt nach dem Proporzverfahren, und der Stadtrat mit 80 Mitgliedern wird nach

dem gleichen Verfahren alle vier Jahre als Ganzes neu bestellt statt in Teilerneuerungen wie bis 1931. In beiden Gremien hielten sich in der Zwischenkriegszeit die beiden Blöcke der Sozialdemokraten und der Bürgerlichen (Freisinnige und Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei) fast die Waage, oft bei einem Unterschied von bloss zwei Stimmen im Stadtrat. Die Bürgerlichen gewannen 1920 das Stadtpräsidium zurück und verteidigten es auch, als die Arbeiterpartei es 1938 mit einer Kandidatur von Robert Grimm zurückerobern wollte. Im Gemeinderat hielten die Bürgerlichen vier, die Sozialdemokraten drei Sitze⁸⁷.

III. KAPITEL

ERNEUERUNG UND BEHARREN

1. DIE JUNGBAUERN

Hatten das Kriegsende und die Jahre danach das bernische Parteiwesen gründlich umgestaltet, so verliefen die Wahlen der zwanziger Jahre verhältnismässig ruhig. Das konnte den Eindruck von Stagnation und von Tatenlosigkeit der Politiker erwecken, und bald erklang der Ruf nach Erneuerung, als die Krise von 1929 die Strukturen von Wirtschaft und Gesellschaft in der Schweiz wie in der übrigen Welt erschütterte. Neue politische Gruppen entstanden, die zum Teil innerhalb der bisherigen Parteien blieben, zum Teil aber diesen Rahmen sprengten; die meisten davon waren kurzlebig, rüttelten aber in der knappen Zeit ihres Bestehens an Altgewohntem und störten mit ihrem Drängen die Ruhe der Etablierten.

Für den Kanton Bern galt das vor allem von der Bauernheimatbewegung der sogenannten Jungbauern. Sie forderte die Leiter der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei heraus, welche seinerzeit selber als damals jüngere Generation die alten Bauernführer aus den Reihen des Freisinns in den Hintergrund gedrängt hatten.

Die zentrale Persönlichkeit der Neuerer war Hans Müller, geboren 1891 in Gomerkinden am Rande des Emmentals (zwischen Biglen und Hasle bei Burgdorf). Er besuchte das Lehrerseminar Hofwil und Bern, als es unter der Leitung von Ernst Schneider stand, und erwarb später zum Teil in berufsbegleitenden Studien noch die Patente für den Unterricht auf der Sekundar- und der Gymnasialstufe und den Dokortitel naturwissenschaftlicher Richtung. Seit 1915 wirkte er an der Sekundarschule Grosshöchstetten.

Früh verschrieb sich Müller der Anti-Alkoholbewegung. Als Sekretär des 1923 gegründeten «Vereins abstinenter Schweizerbauern» gab er für die Mitglieder die Zeitschrift «Vorspann» heraus, die eine Auflage von 12 500 Stück erreichte. Darin äusserte er sich auch zur Frage der Weinimporte und näherte sich damit der Politik im enge-

ren Sinne des Wortes, ebenso mit seinen «Bauernheimatwochen» und den «Jungbauernlandsgemeinden», mit denen er die Landwirte innerlich kräftigen und den Gemeinschaftssinn unter ihnen stärken wollte. Diese Erwachsenenbildung für das Landvolk fand von 1932 an ihr Zentrum auf dem Möschberg bei Grosshöchstetten.

1927 trat Müller vom Schuldienst zurück und widmete sich fortan ganz seinen sozialen Aufgaben. Dazu gehörte auch die Jugendbildungsarbeit in der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, die man ihm bald darauf übertrug. So wurde er bei den Wählern bekannt, und im Herbst 1928 gelang ihm der Sprung in den Nationalrat, obwohl sein Kampf gegen den Alkohol längst nicht allen Bauern gefiel. Müller wandte sich überhaupt gegen Genussucht und Sittenverwilderung, die er in der Stadt und in der Industrie verkörpert sah. Ihnen setzte er die Grundwerte «Glaube, Freundschaft, Heimat» entgegen. Das schloss das Einstehen für schwächere Mitmenschen ebenso ein wie für eine Gemeinschaft, die von ihren Gliedern Gefolgschaftstreue zur Führung erwartete.

Zu ersten Misstönen zwischen Müllers Anhang und der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei kam es bei den Grossratswahlen vom Frühjahr 1934. Zwar gelang es, die Sitzzahl zu behaupten, doch prominente Bisherige verloren ihr Mandat an jüngere Konkurrenten. Diese hatten unter der Hand das Streichen anderer Kandidaten der Partei und das Kumulieren von Bewerbern aus ihrem eigenen Kreis empfohlen. So gewann im Amt Aarwangen Ernst Anliker von Gondiswil 1100 Stimmen mehr als der nächste auf der Bauern-, Gewerbe- und Bürger-Liste, während von den Bisherigen ein Notar und zwei Landwirte ihre Sitze verloren. Im Amt Thun rutschte der Bisherige Ernst Bürki, Metzgermeister und Nationalrat, sogar auf den Rang des fünften Ersatzmanns ab. Das gab böses Blut, doch gelang es der Leitung der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei vorerst noch, durch Gespräche diese ersten Risse in ihrem Gefüge notdürftig zu kitten.

Die Gegensätze brachen aber bald wieder auf, namentlich als die Jungbauern die Kriseninitiative der Gewerkschaften und anderer Organisationen unterstützten. Sie wollte die Probleme der schweizerischen Wirtschaft durch Massnahmen und Eingriffe des Staates

lösen, die der Führung der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei wie eine Annäherung an den Marxismus vorkamen. Nach einem scharfen Abstimmungskampf zwischen der Rechten und der Linken verwarf das Volk am 2. Juni 1935 die Kriseninitiative in der Eidgenossenschaft. Der Kanton Bern aber stimmte zu mit 90 634 Ja gegen 78 443 Nein. Etwas mehr als die Hälfte der Amtsbezirke nahmen an, vor allem im Oberraargau, im Mittelland und im westlichen Oberland, während der Jura deutlich ablehnte und andere Landesteile gespalten waren. Dieses Ergebnis befriedigte weder die Leitung der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei noch die Jungbauern und führte zu Spannungen, die schon vorher in der BGB-Fraktion der Bundesversammlung aufschienen, wo Müller sich besonders mit den Ostschweizern schlecht vertrug und im März 1935 aus diesem Gremium ausgeschlossen wurde.

Nun bangte er um seine Bestätigung als Nationalrat und stellte deshalb für die Wahlen vom Herbst 1935 einen eigenen Wahlvorschlag auf, ohne dafür die Zustimmung der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei einzuholen. Diese fand sich lustlos mit dem *Fait accompli* ab und verband die Liste mit ihrer eigenen, um die voraussehbaren Verluste in Grenzen zu halten. Trotzdem spielte sich der Wahlkampf – als «Ödipuskonflikt», wie ein Zeitgenosse schrieb – fast ganz zwischen der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei und dem Anhang Hans Müllers ab.

Das Resultat enttäuschte beide Partner. Zwar gewannen die Jungbauern einen Stimmenanteil von 10% und drei Mandate für Hans Müller, Ernst Anliker aus Gondiswil und Fritz Bigler aus Vielbringen bei Worb. Doch war das weit weniger als erhofft, und zudem verlor die Mutterpartei bei einem Stimmenanteil von 30% vier von ihren bisher 15 Sitzen. Weil Jungbauern und Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei getrennt marschierten, gewann im Kanton Bern die sozialdemokratische Partei mit 34% den höchsten Stimmenanteil. Auch in den übrigen Kantonen, in denen Jungbauern kandidierten, erfüllten sich ihre Erwartungen nicht.

Nun war die Spaltung kaum mehr zu vermeiden, und am 9. November 1935 beschloss eine Delegiertenversammlung der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei die Trennung von den Jung-

bauern. Diese bildeten fortan im Grossen Rat eine eigene «Fraktion der Schweizerischen Bauernheimatbewegung» mit Fritz Bigler als Präsident und insgesamt 17 Mitgliedern, mit Ausnahme zweier Lehrer lauter Landwirte, fast alle erst 1934 gewählt, zum grossen Teil weniger als 40 Jahre alt und aus allen Landesteilen ausser dem Seeland und dem Jura.

Die Jungbauern erregten bei den beiden grossen bürgerlichen Parteien Anstoss nicht nur wegen ihrer eigenen Ideen und Unternehmungen, sondern auch wegen der Partner, denen sie sich näherten. So fanden sich die Kämpfer für die Kriseninitiative – Gewerkschaften, Sozialdemokraten und kleinere Parteien aus einzelnen Kantonen – zusammen in der «Richtlinienbewegung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie». Damit bahnte sich ein Zusammenrücken von Jungbauern und Sozialdemokraten an, und die Front zwischen der politischen Rechten und der Linken verlor etwas von ihrer Starrheit. Es schien möglich, eine Mehrheit «links von der Mitte» zu sammeln und Bauern und Arbeiter miteinander auszusöhnen. Gerade im Kanton Bern hatten die Abstimmung über die Kriseninitiative und die Nationalratswahlen von 1935 gezeigt, dass sich Sachvorlagen gegen die Sozialdemokraten und die Jungbauern kaum mehr durchbringen liessen und dass diesen beiden Gruppen nur mehr wenig fehlte, um bei Wahlen die grossen bürgerlichen Parteien in die Minderheit zu versetzen. Das brachte BGB und Freisinn zur Einsicht, den Sozialdemokraten zwei Sitze im Regierungsrat freiwillig zu überlassen, wie es bereits dargestellt worden ist. Für Hans Müller war das ein Abweichen der Sozialdemokraten von der konsequent oppositionellen Haltung. Enttäuscht entfremdete er sich ihnen allmählich, um so mehr als zwischen ihm und Robert Grimm persönliche Unverträglichkeiten mitspielten.

Bei den Grossratswahlen vom Mai 1938 wurde ein Sitz nur mehr auf 4000 statt wie bisher auf 3000 Einwohner vergeben. Damit sank die Zahl der Mandate von 228 auf 184. Davon gewannen die Jungbauern 22, also mehr, als ihre Fraktion bisher Mitglieder gezählt hatte. Trotz diesem Erfolg gerieten sie wegen der Annäherung der grossen Parteien aneinander allmählich in eine gewisse Isolation.

Dazu kamen interne Streitigkeiten. Hans Müller fühlte sich als Führer der Bewegung von Fritz Bigler zu wenig anerkannt, so dass sich verschiedene Gefolgschaften bildeten. Bei den Grossratswahlen von 1946 erreichten die Jungbauern gerade noch 2,1% der Gesamtstimmenzahl und 4 von insgesamt 194 Sitzen. 1947 verzichteten sie von sich aus auf eine Beteiligung an den Nationalratswahlen, und die Bewegung löste sich nach und nach auf. Hans Müller zog sich auf die Gemüseproduktion und -verwertung zurück und wirkte bis ins hohe Alter als Pionier des biologischen Landbaus. Die vier letzten Jungbauern-Grossräte fanden wieder bei der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei Anschluss. Die Stimmkraft, welche die Jungbauern für einige Zeit auf sich gezogen hatten, fiel aber nicht an die BGB zurück, sondern verteilte sich fortan teils auf die Sozialdemokraten, teils auf verschiedene kleinere Gruppen.

Wer in der eidgenössischen Politik der dreissiger Jahre kämpfte, teilte derbe Hiebe aus und musste auch solche einstecken. Welche Vorwürfe zu Recht erhoben wurden, kann der Historiker zum Teil heute noch nicht oder nicht mehr eindeutig beurteilen. Man hat Hans Müller Verwandtschaft mit den Fronten und ihrem nationalsozialistischen Gedankengut vorgeworfen. Tatsächlich war diesen Gruppen und den Jungbauern der Ruf nach Erneuerung und nach einem Abtreten der alten politischen Führer gemeinsam. Hans Müller erhob ihn selbst zu Zeiten, in denen sich Missdeutungen fast zwangsläufig ergaben, etwa im Sommer 1940, als Bundesrat Pilet-Golaz sich mit vergleichbaren Worten an das Schweizervolk wandte. Für die Politik im Inneren der Schweiz forderten die Jungbauern eine autoritäre Führung, wie sie Hans Müller auch innerhalb seiner Bewegung zu verwirklichen suchte. Die Rassenlehre der Fronten oder gar die Idee eines Anschlusses der Schweiz an Deutschland aber waren ihm fremd.

Hans Müllers Persönlichkeit und sein politischer Stil erregten Anstoss und boten Blößen für Angriffe der Gegner. Zudem erfasste er nur die ländliche Bevölkerung und konnte so keine ausreichende Basis gewinnen für eine starke Kraft der politischen Mitte, die zwischen den Blöcken der Linken und der Rechten gestanden und den Gegensatz zwischen Arbeitern und Bauern überbrückt hätte⁸⁸.

2. DIE SCHWEIZER HEIMATWEHR UND ANDERE BEWEGUNGEN

Von den sogenannten nationalen Erneuerungsbewegungen, die in der Schweiz während der 1930er Jahre entstanden, wurde für den Kanton Bern neben den Jungbauern die Schweizer Heimatwehr am bedeutsamsten. Sie fasste in Teilen des Emmentals und vor allem des Oberlands Fuss und gab den Kleinbauern, die dort ganz besonders unter der Wirtschaftskrise litten, eine Stimme in der Öffentlichkeit.

Die Schweizer Heimatwehr war 1925 in Zürich gegründet worden als Vereinigung, die das Vaterländische betonte und überall Einfluss von Juden und Freimaurern witterte. Von 1930 an treffen wir sie auch im Bernbiet, namentlich im Amt Thun, im Frutigland und im Simmental, während sie im Schwarzenburgerland zwar Anlässe veranstaltete, sich aber neben den übrigen Parteien nicht zu behaupten vermochte.

Anfangs September 1933 vereinigte eine Volksversammlung der Heimatwehr bei der Tellenburg in Frutigen ungefähr 600 Personen, denen der 26jährige Landwirt Ludwig Lengacher von Mülönen bei Reichenbach aus dem Herzen sprach, als er Verständnis und Hilfe für die Sorgen und Nöte der Bergbauern verlangte.

Aufsehen erregte die Heimatwehr dann anderthalb Monate später, als Mitte Oktober 1933 eine Anzahl ihrer Mitglieder zusammen mit der «Vereinigung der Schweizer Fascisten» unter dem Waadtländer Obersten Arthur Fonjallaz nach Rom reisten, dort von Benito Mussolini empfangen wurden, ihn in Ansprachen priesen und ihm einen aus Holz geschnitzten Bären überreichten. Schon die Zeitgenossen berichteten ziemlich ratlos über den Vorfall, und auch für die Nachwelt ist es nicht leicht, darüber zu urteilen. Die Berner in der Delegation waren anscheinend eher Mitläufer, die Fonjallaz nicht durchschauten und sich zum Teil einfach die Gelegenheit nicht entgehen lassen wollten, zu günstigen Bedingungen nach Italien zu fahren.

Ihre eigenen Führer besaßen zwar zum Teil die Gabe, als Redner ihre Zuhörer zu packen und mitzureissen. Aber es fehlte ihnen das

Format und die Weite, um gewiegteren Politikern die Stange zu halten, eigene Programme zu entwickeln und über die engere Heimat hinaus zu wirken. So blieb die Zahl der Mitglieder bescheiden und überstieg das Tausend wohl nie wesentlich. Bei den Grossratswahlen von 1934 bewarb sich die Heimatwehr mit Listen für die Bezirke Frutigen, Obersimmental, Nidarsimmental, Thun, Seftigen, Konolfingen und Signau, und sie gewann drei Sitze. Alle ihre Gewählten waren Landwirte. Im Amt Frutigen erreichte die Heimatwehr einen Anteil von gut 40 Prozent aller Stimmen, in den Gemeinden Kandergrund und Krattigen sogar mehr als 50 Prozent. Aber bereits vier Jahre später kandidierte die Bewegung nur noch in den Ämtern Frutigen und Thun und vermochte bloss das Mandat von Ludwig Lengacher zu retten, das sie 1942 – in stiller Wahl – behielt. Kurz darauf starb Lengacher, erst 35jährig, an einer Lungenentzündung. Sein Nachfolger schloss sich der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerfraktion an, womit die Heimatwehr aus der bernischen Politik verschwand.

Teile des Oberlandes waren für eine Oppositionsbewegung wie die Heimatwehr unter anderem deshalb empfänglicher als andere Gegenden, weil sie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach dem Ersten Weltkrieg und in der Krise von 1929 besonders deutlich spürten. Simmental und Frutigland trieben ganz einseitig Viehwirtschaft, die vor allem vom Absatz der Zuchttiere ins Ausland abhing. Er ging seit den Währungskrisen in verschiedenen Staaten massiv zurück, und entsprechend sank der Erlös, während die Zinsen auf ihrer alten Höhe blieben. Das führte zu einer massiven Verschuldung. Zwischen 1921 und 1931 stieg bei den Landwirten im Kanton Bern die Zahl der Betreibungen pro Jahr um 65 Prozent. Dazu kam ein kaum überschaubares Gewirr von gegenseitigen Bürgschaften auf engem Raum, so dass einzelne Fälle von Geldschwierigkeiten leicht ganze Gegenden ins Verderben rissen.

Wohl stellten Bund und Kanton lindernde Massnahmen in Aussicht, aber ihre Mühlen mahlten langsam, und verbittert verglichen die Schuldenbauern dieses gemächliche Tempo mit dem raschen – und in ihren Augen grosszügigen – Eingreifen der Behörden beim drohenden Zusammenbruch der Volksbank Ende 1933.

Auch bei der Hilfe für die Landwirtschaft selber glaubte mancher Oberländer, sie komme weniger den Berg- und Kleinbauern zugute als den Grossbauern des Unterlandes, welche in der Leitung der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei dominierten.

Auf das Ganze des Kantons oder gar der Eidgenossenschaft gesehen spielte die Heimatwehr keine bedeutende politische Rolle. Immerhin nahmen andere Gruppen sie ernst und suchten die Zusammenarbeit mit ihr. So stellten Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei und Heimatwehr bei den Gemeindewahlen in Frutigen im November 1933 eine gemeinsame Liste auf und gewannen damit 13 der 15 Sitze. Ähnlich wie die Heimatwehr standen auch die Jungbauern für die Klein- und Bergbauern ein, und schon bei den Grossratswahlen von 1938 erbten sie zum Teil – beispielsweise im Simmental – Stimmen, die früher der Heimatwehr zugefallen waren, wie die Statistik zeigt. Scharf unterschieden sich diese beiden Gruppen jedoch voneinander beim Kampf um die Kriseninitiative. Während die Jungbauern sich dafür einsetzten und also mit der politischen Linken zusammenarbeiteten, stritt die Heimatwehr im Verein mit bürgerlichen Parteien und Fronten dagegen.

Einfluss und Unruhe ging von der Heimatwehr auch aus durch das Protestpotential, das ihr innewohnte, besonders als sie an «Landsgemeinden» in Spiez und Steffisburg und mit einer Unterschriftensammlung das Gespenst einer Zahlungsverweigerung für Hypothekarzinsen und Steuern heraufbeschwor, schliesslich ihre Drohung aber doch nicht wahrmachte.

Schwierig ist es, das Verhältnis zwischen der Heimatwehr und dem Faschismus zu charakterisieren. Sympathien für Mussolini waren bei ihr vorhanden, ebenso antisemitische Züge, die weniger auf einer Rassenlehre ruhten als auf schlechten Erfahrungen von Bauern und Krämern mit jüdischen Vieh- und Liegenschaftshändlern und Warenhausbesitzern. Hingegen fehlt eine hierarchische, auf einen «Führer» ausgerichtete Organisation und erst recht eine Parteiuniform oder gar eine «Privatarmee». Mit ihrer Ausrichtung auf Probleme der nächsten Nähe fiel die Heimatwehr als politische Kraft im Ganzen der schweizerischen Erneuerungsbewegung kaum ins Gewicht⁸⁹.

Die Erneuerungsbewegung in der Schweiz der dreissiger Jahre bestand aus einer Vielzahl einzelner Gruppen, die sich selten zu längerem gemeinsamem Handeln und nie zu einer einheitlichen Organisation zusammenfanden. Verglichen mit gewissen Teilen der Landschaft fanden ihre Anliegen in den Städten des Kantons bescheidenen Widerhall, und für keine der vielen Fronten und ähnlichen Vereinigungen stammten die dominierenden Figuren aus Bern. Als Referenten liess man hier Auswärtige auftreten, wie Oberstdivisionär Emil Sonderegger, den Kommandanten der Ordnungstruppen in der Stadt Zürich während des Landesstreiks und späteren Generalstabschef. Heinrich Wechlin war weniger als leitendes Mitglied der «Eidgenössischen Front» bedeutend, sondern weil er als Chefredaktor des konservativen «Berner Tagblatts» seine Ideen verhältnismässig leicht an weitere Kreise herantragen konnte.

Doch auch Widerstand regte sich. Militante Arbeiter unterwanderten Frontisten-Kundgebungen und beendeten sie in Biel mit dem Absingen der «Internationalen» und in Bützberg bei Langenthal mit handgreiflichen Auftritten. Bei Wahlen, die über eine einzelne Gemeinde hinausreichten, traten die Fronten – sieht man ab von der Heimatwehr – im Kanton nur gerade 1934 für die Bestellung des Grossen Rates und 1935 des Nationalrates an. Bei den Grossratswahlen stellten sie einzig im Wahlkreis Bern-Stadt eine Liste mit sechs Kandidaten, nämlich drei Bielern und drei Personen aus der Stadt Bern und ihrer Umgebung. Sie kamen alle auf je zwischen 820 und 880 Stimmen und damit 1,6 Prozent der Gesamtstimmenzahl im Wahlkreis. Das war etwa ein Drittel dessen, was eine andere Zwergpartei erreichte, nämlich der Schweizer Freiwirtschaftsbund.

Nicht grösser war der Erfolg der Liste «Nationale Erneuerung» bei den Nationalratswahlen vom Herbst 1935. Sie vereinigte Kandidaten der Heimatwehr und der Nationalen Front, blieb aber auch diesmal deutlich hinter allen übrigen Parteien zurück und gewann keinen Sitz⁹⁰.

Auf ganz andere Weise stand Bern 1935 im Mittelpunkt von Diskussionen um nationalsozialistische und antisemitische Lehren. Diese beriefen sich immer wieder auf die sogenannten «Protokolle

der Weisen von Zion», ein Pamphlet, erschienen kurz nach dem Ersten Weltkrieg, das sich gab als Aufzeichnung von geheimen Sitzungen jüdischer Verschwörer, die eine Herrschaft über die ganze Welt anstrebten. In Wirklichkeit war der Text weitgehend aus einer rund fünfzig Jahre älteren Broschüre abgeschrieben.

Nun klagte die Israelitische Kultusgemeinde Bern, um die Protokolle gerichtlich als Fälschung feststellen zu lassen. In Bern tat sie das, weil hier das kantonale Gesetz über das Lichtspieltheater und die Massnahmen gegen die Schundliteratur bessere juristische Grundlagen für eine Verurteilung zu bieten schien als anderswo.

In einem Prozess, der auch im Ausland Beachtung fand, wertete ein Berner Einzelrichter – auf ein Gutachten von C. A. Loosli hin – die «Protokolle» als Fälschung und verbot der Nationalen Front am 14. Mai 1935, diese Schrift weiter anzupreisen und zu verkaufen. In einem Berufungsverfahren urteilte dann jedoch das bernische Obergericht im Herbst 1937, die «Protokolle» seien unecht, fielen aber nicht unter das Schundliteraturgesetz. Deshalb sprach es die frontistischen Angeklagten frei, allerdings ohne Entschädigung. Formaljuristisch unterlagen also die jüdischen Ankläger, moralisch aber erreichten sie ihr Ziel, die antisemitische Propaganda und ihre Methoden zu demaskieren, immerhin ein Stück weit⁹¹.

3. BERN WÄHREND DES ZWEITEN WELTKRIEGES

Zwischen 1939 und 1945 gehörte die Schweiz nicht zu den direkt Beteiligten des Zweiten Weltkrieges. Dennoch spürte sie seinen Einfluss mannigfach, militärisch, wirtschaftlich und in ihrem sozialen Gefüge, doch betraf das Bern kaum anders als die übrigen Kantone.

Immerhin ergaben sich einige Besonderheiten aus der geographischen Lage: Gegenden im Jura erlebten im Frühsommer 1940 beim Angriff der Deutschen und dann 1944 bei der Rückkehr der Alliierten Gefechte im benachbarten Frankreich aus nächster Nähe. Luftkämpfe erfassten auch Schweizer Flugzeuge, und Ortschaften wie Moutier, Delsberg oder Le Noirmont wurden durch fremde

Apparate aus Versehen beschossen. Aber auch weitab von der Front fielen Bomben, so im Sommer 1943 bei Riggisberg und am Männlichen. Allerdings blieben die Schäden hier geringer als bei den irrtümlichen Bombardierungen von Schaffhausen, Stein am Rhein oder Teilen der Stadt Basel. In der Spätphase des Krieges landeten dann – wie in anderen Teilen der Schweiz – beschädigte Flugzeuge der Kriegführenden auf der Berner Allmend oder bei Utzenstorf, als ob sie die Eignung dieses Geländes für einen Grossflugplatz erproben wollten, für dessen Erstellung in der Nachkriegszeit ein Komitee bereits von Ende 1943 an warb. Doch erwuchs dem Vorhaben so viel Widerstand, dass der Flughafen nicht hier gebaut wurde, sondern in Kloten bei Zürich.

Das Oberland gehörte von 1940 an zum sogenannten Reduit und wurde entsprechend befestigt und mit Magazinen ausgestattet. In einem derartigen Lager explodierten dann im Dezember 1947 über 7000 Tonnen Munition, töteten acht Menschen und zerstörten die Ortschaft Mitholz beim Blausee zu einem grossen Teil.

Der Kanton Bern beherbergte während der ganzen Kriegszeit das Armeekommando und den General mit seinem persönlichen Stab, zuerst in Spiez, darauf in Gümligen und anderen Ortschaften zwischen Worb und Langnau, sodann für längere Zeit in Interlaken und schliesslich in Jegenstorf. Interlaken, Saignelégier und die Bürgergemeinde Thun verliehen Henri Guisan das Ehrenbürgerrecht, Interlaken überdies auch dem Generalstabschef, Oberstkörpskommandant Jakob Huber. Auf dem Bundesplatz in Bern spielte sich am 20. August 1945 die Fahnenehrung ab, durch welche der General mit seinem Sinn für einprägsame Anlässe ein eindruckliches Bild zum Abschluss des Aktivdienstes bot.

Von den siebzehn Landesverrättern, die während des Zweiten Weltkrieges in der Schweiz zum Tode verurteilt wurden, waren drei Berner. Ein Teil der Erschiessungen fand statt im Tannboden bei Krauchthal, in der Nähe der Strafanstalt Thorberg. Neben den Landesverrättern weckten im Volk auch Ausländer Unwillen, namentlich solche, die ihre Sympathien für die Achsenmächte und ihre politischen Systeme öffentlich zur Schau getragen hatten. Schon 1935 entliess der Regierungsrat Professor Walter Porzig als Univer-

sitätsdozent, weil er nicht auf die Leitung der Ortsgruppe Bern der nationalsozialistischen Partei Deutschlands verzichten und sich auch nicht von seinem Treueid auf Adolf Hitler entbinden lassen wollte. Nach Kriegsende kam es zu «Säuberungen» gegen Ausländer. Sie zogen sich der zahlreichen Rekursmöglichkeiten wegen lange dahin und waren auch sonst von Pannen geprägt, die unter anderem davon herrührten, dass sich in diesem Bereich die Befugnisse von Gemeinde-, Kantons- und Bundesbehörden mannigfach überschnitten.

Die Schweiz verlassen musste neben anderen auch Dr. Georg Trump, Presseattaché der deutschen Gesandtschaft in Bern. Er hatte 1940 versucht, durch Druck auf den Verlag Dr. Ernst Schürch von seinem Posten als Chefredaktor der Zeitung «Bund» zu entfernen, weil er – wie andere Redaktoren in Basel und Zürich – zu deutlich gegen Deutschland und den Nationalsozialismus schreibe. Trumps Intervention blieb vorerst ohne Erfolg, ja, als sie bekannt wurde, stärkte sie Schürchs Position eher, so dass er nach seinem 65. Geburtstag noch mehr als ein Jahr lang bis zum Herbst 1941 in seiner Stellung ausharren konnte.

Während der Kriegszeit jährte sich 1939 der Tag der Schlacht bei Laupen zum 600. Mal, 1941 jener der Stadtgründung Berns zum 750. und jener des Bundes von 1291 zwischen den Waldstätten zum 650. Mal. In Anbetracht der schweren Zeit blieben die Gedenkanlässe für diese Ereignisse im Aufwand bescheidener als entsprechende frühere Veranstaltungen, und sie riefen stärker nach Bereitschaft zur Abwehr gegen Gefahren und zu Opfern und Verzicht als zu festfrohem Zukunftsglauben.

Doch auch während des Krieges gab man das Wirken für diese Zukunft nicht auf und förderte oder vollendete Bauten, die kom-mender Entwicklung dienen und nebenbei wohl auch den Ruhm ihrer Ersteller zu späteren Generationen weitertragen sollten. Zum Teil waren die Grundsatzentscheide schon früher gefallen und die Arbeiten bei Kriegsausbruch bereits im Gang, etwa bei der Eisenbahnbrücke aus Beton, welche die Aare bei Bern in weitem Bogen überspannte und die eiserne, «rote» Brücke aus den Anfängen des Schienenverkehrs in Bern ersetzte, oder beim Bau der Sustenstrasse, der Ideen aus dem Beginn des Jahrhunderts wieder aufnahm

und zu Ende führte. Ein Neubau verlegte das Staatsarchiv aus der Berner Altstadt und aus der Umgebung von Behörden und Verwaltung weg auf die Höhe der Grossen Schanze und in die Nachbarschaft der Universität.

Schliesslich wurde das Rathaus in Bern von altem Beiwerk befreit und in eine Form gebracht, welche die Mitte zwischen den Anforderungen der Tradition und der neuzeitlichen Errungenschaften hielt. Prägend für diesen Umbau war als Baudirektor Regierungsrat Robert Grimm mit seinem wachen Sinn für augenfällige Darstellung von Würde und Anspruch des Staates Bern⁹².

IV. KAPITEL

DER LANGE WEG ZUM FRAUENSTIMMRECHT

Der Kampf der Frauen um Gleichberechtigung mit den Männern in der Politik war eine Bewegung, die vom 19. Jahrhundert an ganz Europa und andere Erdteile mit weisser Bevölkerung erfasste und über lange Zeit andauerte. In Bern setzte man dabei mehr auf ruhige Beharrlichkeit und auf kleine Schritte als auf spektakuläres Vorprellen. Mehrere der ersten Kämpferinnen für die Frauensache in Bern stammten aus dem Patriziat, dem sonst eher eine konservative Haltung nachgesagt wurde, so Helene von Mülinen, die Tochter des Historikers Egbert Friedrich von Mülinen. Sie und ihre Freundin Emma Pieczynska wohnten im Landhaus Wegmühle bei Bolligen und wirkten in verschiedenen Frauenvereinigungen und durch den Betrieb des Frauenrestaurants «Daheim».

Ihre «Frauenkonferenz» schlug 1899 zusammen mit anderen Gruppen – auch männlichen – vor, es solle den Gemeinden künftig freistehen, Frauen in ihre Schulkommissionen zu wählen. Selbst ein Konservativer wie Ulrich Dürrenmatt trat warm für eine solche Gesetzesänderung ein, und der Grosse Rat nahm sie deutlich an. Aber in der kantonalen Volksabstimmung vom 4. November 1890 unterlag sie mit 42 000 Nein gegen 17 000 Ja. Als einziger Amtsbezirk hatten die Freiberge angenommen.

Die Neuerung setzte sich dann erst im Gemeindegesetz von 1917 durch. Es öffnete den Frauen den Weg auch in die Kommissionen für Armenwesen, Gesundheitswesen sowie für Kinder- und Jugendfürsorge, doch blieb das neue Recht in kleineren Ortschaften illusorisch, weil hier in der Regel die Aufgabe dieser Ausschüsse der Gemeinderat selber versah, der den Frauen weiterhin verschlossen blieb. Ein Stimmrecht der Frauen bei Gemeindeangelegenheiten wagte der Grosse Rat nicht zu beantragen, da er einer Gesetzesvorlage mit solchem Ballast keine Chance für die Volksabstimmung gab.

Das Recht, in Vormundschaftskommissionen gewählt zu werden, versagte der Grosse Rat den Frauen im Entwurf für das Gemein-

degesetz von 1917 mit einem Mehr von drei Stimmen. So war 1931 ein besonderes «Gesetz über die Wahlfähigkeit der Schweizerbürgerinnen für die Vormundschaftskommissionen» – mit bloss zwei Artikeln – nötig, als man diese Neuerung doch noch einführen wollte. Der Vorschlag galt als Schritt zum allgemeinen Frauenstimmrecht hin, und deshalb siegte er in der kantonalen Volksabstimmung nur mit einem Mehr von 685 Stimmen. Es nahmen bloss die Amtsbezirke Bern, Biel, Büren, Courtelary, Moutier und Oberhasli an. Die übrigen 24 verwarfen, wenn auch zum Teil knapp⁹³.

Unter dem frischen Eindruck der grossen Frauenausstellung SAFFA in Bern nahm der Grosse Rat 1928 eine Motion für das eigentliche Frauenstimmrecht in kantonalen und kommunalen Belangen an. Sie forderte allerdings nicht seine Einführung, sondern nur einen Bericht des Regierungsrates darüber. Er wurde nie erstattet, und noch während des Zweiten Weltkrieges lehnte die kantonale Legislative 1943 zwei Motionen für das Frauenstimmrecht mit 74 zu 64 Stimmen ab.

Steter, wenn auch langsam, kam das Stimmrecht der Frauen in kirchlichen Angelegenheiten vorwärts. Das Gemeindegesetz von 1917 hatte die Kirchgemeinden ermächtigt, den Frauen bei Wahlgeschäften das Stimmrecht zu erteilen, doch machten nur wenige Kirchgemeinden davon Gebrauch. Ein Sozialdemokrat nützte dann die Gelegenheit und brachte 1929 bei der Beratung eines neuen Gesetzes über Pfarrwahlen den Zusatz durch, dass Kirchgemeinden die Frauen in allen kirchlichen Angelegenheiten für stimmberechtigt erklären konnten. Das Gesetz überstand die Volksabstimmung gut. Einzig die Amtsbezirke im französischsprachigen Nordjura wiesen es zurück⁹⁴.

Bei Kriegsende im Mai 1945 gewährte dann der Grosse Rat in einem neuen Gesetz über die Organisation des Kirchenwesens das kirchliche Stimmrecht allen erwachsenen Schweizerinnen, das heisst, er ordnete die Einführung im ganzen Kanton an und stellte sie nicht mehr ins Ermessen der einzelnen Kirchgemeinden. Daran entzündete sich für die Volksabstimmung kaum mehr Widerstand.

Im Kampf um die politische Gleichberechtigung der Geschlechter wurde immer wieder vorgebracht, die Frauen wünschten gar

keine zusätzlichen Rechte. Die bernischen Frauenvereine suchten diese Behauptung zu entkräften durch eine Petition vom Mai 1945, in der fast 40 000 Frauen und 12 000 Männer sich für das Stimmrecht der Frauen in Gemeindeangelegenheiten einsetzten. Darauf legte der Regierungsrat einen Gesetzesentwurf vor, doch beharrte er nicht darauf, als die Kommission des Grossen Rates Nichteintreten empfahl.

Da zwang 1953 das Volksbegehren eines eigens gegründeten Initiativkomitees mit über 33 000 Unterschriften zum Handeln. Es verlangte für den ganzen Kanton das Frauenstimmrecht in Gemeindeangelegenheiten, wurde aber zurückgezogen zugunsten eines Gegenvorschlages, der es den Gemeinden überliess, ob sie die Neuerung einführen wollten oder nicht. Doch auch dieses gemässigte Begehren unterlag in der Volksabstimmung vom 4. März 1956 mit 63 000 Nein gegen 53 000 Ja. Zugestimmt hatten die Amtsbezirke Bern, Biel, Courtelary, Neuenstadt, Moutier und Delsberg – eine Verbindung, die wir auch bei späteren Abstimmungen immer wieder antreffen: im Kanton Bern waren es städtische Agglomerationen und die Gegenden im Jura, die dem Frauenstimmrecht schon früh günstig gesinnt waren und ihm schliesslich den Durchbruch erstritten.

Der 1. Februar 1959 mit der ersten gesamteidgenössischen Volksabstimmung über das Frauenstimmrecht brachte allerdings einen massiven Rückschlag. Nicht nur die Schweiz als Ganzes lehnte ab, sondern auch der Kanton Bern mit 102 000 Nein gegen 56 000 Ja, also fast im Verhältnis von 2:1. Von den Bezirken stimmten nur gerade Biel, Delsberg und Pruntrut zu.

Ein in der Sache bescheidener, für die Stimmung und die weitere Entwicklung jedoch äusserst wichtiger Erfolg gelang den Frauen dann am 18. Februar 1968, als es die Berner mit 64 102 Ja gegen 58 844 Nein den Gemeinden des Kantons freistellten, ihren Frauen das Stimmrecht in kommunalen Angelegenheiten zu gewähren. Zwar nahmen im alten Bernbiet bloss die Amtsbezirke Bern, Biel und Nidau an; zusammen mit den Ja-Überschüssen in allen sieben jurassischen Bezirken reichte das aber aus, um eine Bresche in die Abwehrmauer der Frauenstimmrechtsgegner zu schlagen.

Damit war das Eis gebrochen, und im Rückblick erscheint der Februar 1968 für den Kanton Bern als Wendepunkt. Noch im selben Jahr gewannen in 130 Gemeinden mit mehr als einer halben Million Einwohnern die Frauen das Gemeindestimmrecht, und Ende 1970 waren es bereits 277 Gemeinden mit gut 800 000 Einwohnern oder 79% der Kantonsbevölkerung. So entstand der Eindruck, das Frauenstimmrecht breite sich unwiderstehlich aus und sei kaum mehr aufzuhalten.

Jedenfalls gehörte Bern am 7. Februar 1971 beim zweiten gesamteidgenössischen Urnengang über das Frauenstimmrecht zu jenen Ständen, die – wie die Schweiz als Ganzes – anders entschieden als zwölf Jahre zuvor. Der Kanton nahm mit 95 000 gegen 48 000 Stimmen an, und nur noch wenige Randbezirke wie Oberhasli, Frutigen, das Obersimmental, Schwarzenburg und Trachselwald beharrten auf ihrem Widerstand. Es überraschte nicht, dass die Berner am 12. Dezember 1971 noch den letzten Schritt nachholten und mit grossem Mehr und mit der Zustimmung aller Amtsbezirke das Frauenstimmrecht auch in Kantonsangelegenheiten einführten und alle Gemeinden verpflichteten, ihren Frauen das Stimmrecht in kommunalen Angelegenheiten zu geben, wenn sie es nicht schon vorher getan hatten. Damit war für den Wortlaut der Vorschriften die politische Gleichberechtigung der Frau im Kanton Bern erreicht.

Die Zukunft sollte zeigen, dass das Verhalten der Frauen bei Wahlen und Abstimmungen von jenem der Männer weniger abwich als erhofft oder befürchtet und die Stärkeverhältnisse in der Politik sich seit 1971 weder in der Gesamteidgenossenschaft noch im Kanton Bern von Grund auf verändert haben⁹⁵.

VIERTER TEIL

KRISEN DER KANTONALEN POLITIK IM SPÄTEREN 20. JAHRHUNDERT

I. KAPITEL

DIE TRENNUNG DES NORDJURAS VOM KANTON BERN

1. VON DER «AFFÄRE MOECKLI» ZUM JURA-STATUT VON 1950

Spätestens von der Jahrhundertwende an und besonders während des Ersten Weltkrieges wuchsen im Jura wie in der übrigen Roman- die sprachliche Empfindlichkeiten und die Furcht vor einer Germanisierung. Zusammen mit der Empörung über Missgriffe militärischer Stellen gab das dem Separatismus Auftrieb, obwohl für das Gerügte meist nicht Instanzen des Kantons Bern verantwortlich waren. Freilich gossen auch sie gelegentlich Öl ins Feuer, etwa als der Grosse Rat am 10. Juli 1918 Leo Merz zum Ständerat wählte und nicht seinen Regierungsratskollegen Henri Simonin, den die freisinnigen und die katholisch-konservativen Jurassier gemeinsam vorgeschlagen hatten, damit ihr Landesteil nach rund dreissig Jahren wieder einmal in der Ständekammer vertreten sei. Gut ein Jahr später trat Merz auf Anraten seines Arztes als Ständerat wieder zurück, und nun korrigierte der Grosse Rat seinen Fauxpas, indem er Fürsprecher Charmillot aus St-Imier zum Nachfolger bestimmte. Trotzdem wuchs im Jura eine Abwehrhaltung, die zur Bildung von Komitees und zur Publikation von Broschüren führte, welche für eine Trennung von Bern warben. Hatte die Aufbruchstimmung bei Kriegsende solche Strömungen eher angeregt und mitgetragen, so drängte bedeutenderes Geschehen in Welt und Eidgenossenschaft bald auch im Jura selber die separatistischen Anliegen vorübergehend in den Hintergrund. Während der Wirtschaftskrise, welche die Uhrenindustrie besonders hart traf, war der Jura mehr mit seinen eigenen Problemen beschäftigt als mit seinen Beziehungen zu Altbern. Während des Zweiten Weltkrieges spielte dann auch gesamteidgenössisch der Gegensatz zwischen den Sprachgruppen eine geringere Rolle als von 1914 bis 1918.

Freilich schwelte die Furcht vor einer Germanisierung im Untergrund immer noch. Sie rief mit einiger Verspätung heftige Reaktionen der Französischsprachigen hervor, als die abgelegene Gemeinde Mont-Tramelan, eine alte Täuferkolonie, 1942 beschloss, als kommunale Verwaltungssprache das Deutsche zu benutzen und sich künftig «Berg-Tramlingen» zu nennen. Zwar hob der Regierungsrat diese Verfügung als verfassungswidrig gleich wieder auf. Aber die Erregung, die sie im Sommer 1947 auslöste, erscheint im Rückblick wie ein Vorspiel zu den an sich wenig bedeutsamen Vorgängen vom Herbst des gleichen Jahres, welche die separatistische Bewegung von neuem in Fahrt brachten und sie diesmal – anders als bei früheren Aufbrüchen – nie mehr auch nur vorübergehend zur Ruhe kommen liessen⁹⁶.

Robert Grimm war 1946 als Regierungsrat zurückgetreten und durch Ernst Reinhard ersetzt worden. Dieser übernahm die verwaltete Baudirektion, ohne dass einer der amtierenden Regierungsräte begehrt hätte, seinen Aufgabenkreis zu wechseln. Als Reinhard überraschend noch im gleichen Jahr starb, wurde zum Nachfolger Samuel Brawand aus Grindelwald gewählt. Nun wünschte Georges Moeckli, Regierungsrat seit 1938, seine Direktion der Armenfürsorge aufzugeben und die Baudirektion zu übernehmen. Der Regierungsrat unterstützte einstimmig dieses Anliegen, für das auch die bisher befolgte Regel der Anciennität sprach.

Zuständig für die Direktionszuteilung war aber der Grosse Rat. Er beschloss am 9. September 1947 mit 92 gegen 62 Stimmen auf Antrag von Grossrat Hans Tschumi (Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei) aus Interlaken, nicht Moeckli, sondern Brawand die Baudirektion zuzuweisen. Dabei unterschieden sich die beiden Anwärter nach Parteizugehörigkeit und Vorbildung nicht. Beide waren Sozialdemokraten, beide ihrem ursprünglichen Beruf nach Lehrer. Doch kam der eine aus dem Oberland, der andere aus dem Jura. Obwohl Moeckli deutsch und sogar Mundart gut verstand, behauptete Tschumi, mancher Altberner hätte der französischen Sprache wegen Mühe, mit Moeckli zu verkehren. Selbst unter den Sozialdemokraten neigten einzelne Oberländer eher Brawand zu. Auf Warnungen, die jurassischen Regierungsräte würden deklas-

siert, wenn sie mit Bereichen vorlieb nehmen müssten, die in der Öffentlichkeit als weniger gewichtig galten, ging der Grosse Rat nicht ein. Eine Woche später, als die Jurassier über die Grenzen von Parteien und Regionen hinweg sich bereits über die Zurücksetzung Moecklis empörten, lehnte die Legislative mit 68 gegen 66 Stimmen einen Wiedererwägungsantrag für ihren Beschluss ab, ohne in der kurzen Debatte die Argumente aus dem Jura überhaupt zu prüfen. Alle jurassischen Grossräte verliessen darauf den Saal unter Protest. Die Lawine war losgetreten.

Für Moeckli persönlich mochte es teilweise eine Genugtuung bedeuten, dass ihn der Grosse Rat 1948 als Nachfolger des Freisinnigen Henri Mouttet zum einen der beiden bernischen Ständeräte wählte. Moeckli versah dieses Amt – neben seiner Zugehörigkeit zum Regierungsrat – bis 1959. Seine Wahl hing allerdings nicht mit der Jurafrage zusammen, sondern mit einer vorübergehenden Verstimmung zwischen Freisinn und Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei im Kanton Bern. Sie führte zu einer – nach damaligem Sprachgebrauch – «grün-roten Allianz», die freilich nur bis 1959 hielt, denn mit Moecklis Rücktritt in diesem Jahr fiel das Ständeratsmandat an den Uhrenindustriellen Charles Jeanneret aus St-Imier und damit zurück an den Freisinn⁹⁷.

Altbern wurde durch die heftige Reaktion im jurassischen Landesteil überrumpelt. Schon am 20. September 1947 – bloss drei Tage nach dem Nein des Grossen Rates zur Wiedererwägung – versammelten sich in Delsberg Tausende zu einer Protestkundgebung. Aus ihr erwuchs anfangs Oktober 1947 das «Comité de Moutier» mit Mitgliedern aus den politischen Parteien des Juras (samt dem Laufental) und aus den drei grossen jurassischen Vereinigungen, also der hundertjährigen Société jurassienne d'Emulation, der Pro Jura, entstanden 1903 als «Société jurassienne de développement», sowie der 1925 gegründeten «Association pour la défense des intérêts du Jura» (ADIJ). Das Komitee verstand sich als Sammelstelle und Sprachrohr für Anliegen und Begehren des Juras an den Kanton Bern. Bereits Ende 1947 bildete sich daneben ein «Mouvement séparatiste jurassien», das in seiner Zeitung, dem «Jura libre», verkündete, die Probleme liessen sich nur durch eine Trennung des Juras von Bern lösen.

Bei den Kantonsbehörden führte in der Jurafrage der Regierungsrat die Zügel. Seine Zusammensetzung änderte gerade nach 1947 stark. Zwar blieben die drei Sozialdemokraten Georges Moeckli, Fritz Giovanoli und Samuel Brawand im Amt, ebenso von der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei Walter Siegenthaler und von den Freisinnigen Arnold Seematter. Hingegen trat der freisinnige Jurassier Henri Mouttet zurück. Seinen Sitz übernahm Seminardirektor Virgile Moine aus Pruntrut, den das Volk im Sommer 1948 mit 28 000 gegen 19 000 Stimmen dem katholisch-konservativen Oberrichter Ceppi vorzog, womit es eine Gelegenheit verpasste, die Konservativen des Nordjuras in die Regierungsverantwortung einzubinden, statt sie in der Opposition zu isolieren. Bei der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei folgten auf Fritz Stähli Dewet Buri und auf Markus Feldmann, als er Ende 1951 Bundesrat wurde, Rudolf Gnägi. Etwas später, im Frühjahr 1954, ersetzten dann Robert Bauder Arnold Seematter und Henri Huber Georges Moeckli.

Wie der Regierungsrat der Empörung im Jura begegnen wollte, skizzierte am 20. November 1947 vor dem Grossen Rat Erziehungsdirektor Markus Feldmann, der während seiner ganzen Zugehörigkeit zur Kantonsexekutive die Jurapolitik auf altbernischer Seite prägte. Er war bereit, Wünsche aus dem Jura zu prüfen, verwarf aber vorweg alles, was eine Loslösung dieses Landesteils fördern konnte. Eine besondere Kommission für jurassische Fragen zu schaffen, lehnte der Grosse Rat im Januar 1948 hoch ab, wohl auch deshalb, weil der Antrag dafür von Paul Fell kam, einem Vertreter der kommunistischen Partei der Arbeit aus Biel.

Schon vorher hatte der Regierungsrat drei Experten – Bundesrichter Albert Comment sowie den Professoren Hans Huber und Hans von Greyerz – die Frage vorgelegt, ob die Vereinigungsurkunde von 1815 immer noch gelte und ob sie bisher eingehalten worden sei. Die Gutachter antworteten im Herbst 1948 differenziert und in Formulierungen, welche sich auf beiden Seiten für Polemiken nicht eigneten.

Eine Liste mit Wünschen und Vorschlägen des Comité de Moutier wurde als Petition betrachtet, damit nicht der Eindruck

entstehe, diese Organisation stehe im Rang eines Verhandlungspartners. Erst recht nicht kam diese Stellung in den Augen des Regierungsrates einer separatistischen Gruppe zu, sondern er anerkannte allein die Grossräte aus dem Jura als Vertreter des Landesteils.

Auf die Begehren des Comité de Moutier ging die Exekutive ein in ihrem ersten Jurabericht, den Markus Feldmann verfasst und der Gesamtregierungsrat einhellig gebilligt hatte, also auch seine jurassischen Mitglieder. Der Grosse Rat diskutierte ihn vom 7. März 1949 an und genehmigte die 19 Anträge, welche das Verhältnis zwischen Altbern und dem Jura verbessern sollten. Sie sahen zum Beispiel die Schaffung des Postens eines Vize-Staatsschreibers französischer Muttersprache vor, den Ausbau der Vorlesungen in französischer Sprache an der Universität Bern, die Förderung der Assimilation deutschsprechender Volksteile im Jura, ebenso Umfragen über das Bedürfnis nach einer französischsprachigen Schule in der Stadt Bern und verbesserte Mitwirkungsmöglichkeiten für die Grossräte aus dem Jura bei der Gesetzgebung und bei Verfassungsrevisionen. Nicht aufgenommen wurden aus den Anregungen des Comité de Moutier jene, welche besondere Wahlkreise für die Bestellung der National-, Stände- und Regierungsräte im Jura oder Ansätze zu einer Föderalisierung des Kantons verlangten, etwa durch eine Art von Zweikammersystem für die Legislative.

Einzelne der angenommenen Vorschläge bedingten Änderungen der Kantonsverfassung. Der Grosse Rat debattierte darüber im September 1949 und im Januar 1950, wobei nun Virgile Moine, als Justizdirektor Nachfolger Feldmanns, die Vorlage des Regierungsrates vertrat. Sie wollte die Stellung der beiden Landessprachen im Kanton deutlicher festlegen und dem jurassischen Landesteil zwei Regierungssitze in der Verfassung garantieren, statt sie bloss als Wohnheitsrecht zu gewähren wie bisher. Eine paritätische Kommission von Grossräten aus dem Jura und aus dem alten Bernbiet sollte den jurassischen Anliegen in der Legislative mehr Gewicht verleihen. Das etwas gekünstelte Gebilde trat aber in der Folge kaum je in Erscheinung.

Am bedeutendsten war, dass Artikel 1 und 2 der Verfassung festhielten, der Kanton umfasse «das Volk des alten Kantonsteils

und dasjenige des Juras» und die Staatsgewalt beruhe «auf der Gesamtheit des Volkes im alten Kantonsteil und im Jura». Dieser Wortlaut anerkannte ausdrücklich die Existenz eines eigenen jurassischen Volkes, was einem Wunsch des Comité de Moutier entsprach.

Alle diese Anträge wurden in einer einzigen Vorlage zusammengefasst und dem Volk am 29. Oktober 1950 zur Abstimmung vorgelegt. Es hiess das sogenannte Jura-Statut bei einer Beteiligung von rund 31% mit 69 089 Ja gegen 7289 Nein gut, und zwar in allen Amtsbezirken, in jenen des Juras noch deutlicher als im alten Bernbiet⁹⁸.

Schon vor dem Zwischenfall von 1947 hatte die Pro Jura die Schaffung einer besonderen jurassischen Fahne angeregt, und nun nahmen auch andere Kreise diesen Vorschlag auf. Aber erst nach der Verfassungsänderung von 1950 stimmte der Regierungsrat am 12. September 1951 zu. Die Jurafahne zeigte auf der einen Hälfte den roten Baselstab auf weissem Grund, auf der anderen weisse und rote Streifen für die sieben Amtsbezirke des Juras. Trotz der offiziellen Anerkennung für den ganzen Landesteil wurde die Fahne bald vor allem als Emblem der Separatisten empfunden, die sie bereits vor 1951 oft verwendet hatten. Sie galt deshalb eher als ein Zeichen der Trennung statt als Symbol der jurassischen Eigenständigkeit innerhalb des Kantons Bern.

2. DAS RINGEN UM DEN STIMMBÜRGER BIS ZUM PLEBISZIT VON 1959

Die Debatten des Grossen Rates zeigen nicht eindeutig, ob seine Mitglieder glaubten, das neue Jura-Statut werde die Probleme und Meinungsverschiedenheiten zwischen dem alten und dem neuen Kantonsteil ein für allemal lösen und beseitigen. Sicher hofften sie, mindestens Zeit zu gewinnen und Voraussetzungen für ein entspannteres Zusammenleben von Jurassiern und Altbernern zu schaffen oder wenigstens die vermeintlich kleine Gruppe der Separatisten zu isolieren und an den Rand zu drängen.

Ruhe kehrte jedoch nicht ein. Im Herbst 1952 löste sich das Comité de Moutier wegen innerer Spannungen auf, so dass fortan extremere Gruppen als Wortführer auftraten, nämlich die Separatisten, die ihre Organisation nun in «Rassemblement jurassien» im Anklang an General de Gaulles «Rassemblement du Peuple français» in Frankreich umbenannten. Es verstand sich als überparteiliche und überkonfessionelle Gruppe, die für den ganzen Landesteil – samt dem deutschsprachigen Laufental – eintreten wollte, also für den Raum des historischen Fürstbistums Basel, soweit es 1815 dem Kanton Bern zugeschlagen worden war. Mit zahlreichen Ortssektionen und Regional- oder Bezirksverbänden war das Rassemblement straff gegliedert. Sein Schwerpunkt lag im katholischen Nordjura, doch beschränkte es sich keineswegs auf diese Gegend, wie die prägende Persönlichkeit des Generalsekretärs Roland Béguelin beweist, eines Sozialdemokraten aus dem Südjura.

Ein Gegengewicht suchten die Antiseparatisten vom Herbst 1952 an zu setzen mit ihrer «Union des patriotes jurassiens». Sie war weit lockerer organisiert, fand ihre Anhängerschaft mehrheitlich bei Reformierten und im Südjura und krankte daran, dass sie weniger eigene Initiative entwickelte, als auf Vorstösse und Ideen des Rassemblement reagierte.

Ungleich verhielten sich in der Jurafrage die politischen Parteien. Die im Nordjura stärkste, die konservativ-christlichsoziale, zeigte in ihrer Mehrheit Sympathien für den Separatismus, doch wog ihr Gewicht im Gesamtkanton zu leicht, als dass sie dort viel hätte erreichen können. Umgekehrt war die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, die den Gesamtkanton dominierte, im Jura schwach. Auf beiden Ebenen lehnte sie den Separatismus vorweg ab, ebenso alles, was als Entgegenkommen an ihn gedeutet werden konnte. Freisinn und Sozialdemokratie waren in der Jurafrage gespalten. Im alten Kantonsteil verwarfen alle politischen Parteien den Separatismus.

Vermutlich waren weder das Rassemblement jurassien noch die Union des patriotes jurassiens sich voll im klaren über die Stärke ihres Anhangs. Hinweise dazu konnte gewinnen, wer eine Volkssinitiative ergriff. Ohnehin hatten politische Gegner die Separatisten schon öfters auf die bestehenden Volksrechte verwiesen im Wissen

darum, dass ein solcher Vorstoss für einen Sieg an der Urne die Mehrheit nicht nur im Jura, sondern im ganzen Kanton brauchte, was für ein separatistisches Begehren kaum erreichbar schien.

Das Rassemblement forderte nun mit einer kantonalen Initiative nicht direkt die Lösung des Juras von Bern, sondern ein kantonales Gesetz für die spätere Durchführung eines Plebiszites im Jura über die Trennungsfrage. Ein Plebiszit im alten Kantonsteil zur Frage, ob man den Jura ziehen lassen wolle, sah das Volksbegehren nicht vor. Seine Urheber erwarteten mindestens im Jura die Zustimmung der Volksmehrheit, was selbst bei einer Ablehnung im Gesamtkanton den Separatismus psychologisch begünstigt hätte.

Für das Begehren wurden im ganzen Kanton 23 336 Unterschriften gesammelt, davon über 20 600 im Jura. Von seinen Stimmberechtigten unterzeichneten 54,9 % die Initiative. Bei den Amtsbezirken waren es in Delsberg 77,9 %, in den Freibergen 69,3 %, in Pruntrut 67,4 %, in Neuenstadt 57,3 %, in Moutier 49,0 %, in Courtelary 33,9 % und in Laufen 29,5 %. Das war ein Erfolg, den das Rassemblement nicht ohne weiteres hatte erwarten dürfen.

Obwohl einzelne Punkte umstritten waren, beantragte der Regierungsrat, die Initiative für gültig zu erklären und sie dem Volk ohne Gegenvorschlag vorzulegen. Der Grosse Rat billigte dieses Vorgehen ohne Gegenstimme. Am 5. Juli 1959 wurde die Initiative im gesamten Kanton mit 80 141 Nein gegen 23 130 Ja und in den sieben jurassischen Amtsbezirken zusammen mit 16 352 Nein gegen 15 159 Ja verworfen. Allerdings war der Jura gespalten: die Freiberge, Delsberg und Pruntrut nahmen mit Ja-Anteilen zwischen 76 und 66 % an, Courtelary, Laufen, Moutier und Neuenstadt lehnten mit 65 bis 75 % Nein ab. Beteiligt hatten sich im alten Kantonsteil 31 %, im Jura 85 % der Stimmberechtigten.

Das Ergebnis enttäuschte das Rassemblement. In allen jurassischen Bezirken fanden sich weniger Ja-Stimmen als seinerzeit Bürger, die die Initiative unterschrieben hatten. Zwar betraf die Initiative formell noch gar nicht die eigentliche Trennung, sondern nur die Idee eines Plebiszites darüber. Ihr konnte theoretisch auch ein Antiseparatist zustimmen, der nur die – vielleicht probernische – Volksmeinung möglichst genau erkunden wollte.

Zudem zeigten die Abstimmungsergebnisse, dass der Jura in der Trennungsfrage keine Einheit bildete. Für die Ablehnung der Initiative im Südjura waren die Separatisten mit einer Deutung bald zur Hand: hier wohnten mehr Bürger alemannischer Abstammung als im Norden, und diese seien es, die vor allem ein Nein eingelegt hätten, im Gegensatz zu den alteingesessenen Jurassiern. Belegen liess sich diese These bei einer geheimen Abstimmung nicht.

Ernüchternd war für die Separatisten auch das Resultat des Amtes Laufen mit 1450 Nein gegen 533 Ja. Eine Grundwelle für den Anschluss an einen selbständigen Kanton Jura liess sich hier selbst für eine ferne Zukunft nicht erhoffen. Deshalb fasste das Rassemblement von nun an als künftige Einheit nicht mehr den jurassischen Landesteil ins Auge, sondern nur noch die französischsprachigen Gebiete ohne Biel. Laufen mochte seinen eigenen Weg gehen. Nicht die gemeinsame Geschichte im früheren Fürstbistum Basel, sondern die gemeinsame Sprache sollte fortan das Fundament für einen Kanton Jura liefern.

Aber auch für Antiseparatisten gab es keinen Grund zum Jubeln. Zwar verwarf der Jura als Ganzes die Initiative knapp. Doch die Abstimmung brachte keineswegs die Entlarvung der Separatisten als lautstarke, aber an Zahl geringe Gruppe, sondern zeigte, dass das Jura-Statut von 1950 ihnen kaum Wind aus den Segeln genommen hatte. Grossrat Geiser aus Cortébert streute sich selber Sand in die Augen, wenn er nach der Abstimmung von 1959 im Namen der Antiseparatisten vor dem Grossen Rat erklärte: «Ainsi prend fin, sur le plan politique tout au moins, une période de tension, qui a gravement troublé le climat politique, social et culturel du Jura»⁹⁹.

3. IN DER SACKGASSE VON GEWALT UND KONFRONTATION

Auf die Volksabstimmung von 1959 folgte weder im Jura noch in Altbern Ruhe, doch prallten die Gegner vorerst weniger bei grossen Zusammenstössen in den Räten oder an den Urnen aufeinander als bei Scharmützeln auf minder beachteten Kampfplätzen. Dabei strit-

ten sie im Kleinen eher noch verbissener und unnachgiebiger als zuvor.

Im Vordergrund standen zunächst Personenfragen. Georges Moeckli trat 1959 als Ständerat zurück, und die Bürgerlichen einigten sich darauf, den Sozialdemokraten diesen Sitz wieder abzunehmen. Als Kandidaten aus dem Jura empfahl die freisinnige Fraktion Fürsprecher Dr. Jean-Pierre Chatelain aus Delsberg, der nicht Separatist, aber auch kein Vorkämpfer für die Einheit des Kantons war. Deshalb setzte die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei durch, dass der Grosse Rat am 18. November 1959 nicht Chatelain wählte, sondern den ebenfalls freisinnigen Uhrenfabrikanten Charles Jeanneret aus St-Imier, politisch bisher ein kaum beschriebenes Blatt. Das stiess auch Jurassier vor den Kopf, die nicht zum Rassemblement gehörten.

Ähnlich wirkte der Ausschluss Roland Béguelins aus der sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern und vor allem die Ersatzwahl für den zurückgetretenen Regierungsrat Walter Siegenthaler. Die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei riss alte Wunden wieder auf, indem sie als Nachfolger Hans Tschumi aus Interlaken vorschlug, der 1947 mit seinen provokativen Äusserungen die Protestbewegung im Jura ausgelöst hatte. Er war im Januar 1948 und dann wieder 1954, bei seiner Wahl zum Präsidenten des Grossen Rates, in öffentlichen Erklärungen von seinen damaligen Worten etwas abgerückt, doch brüskierte seine Kandidatur den Jura immer noch, galt er doch als «symbole de l'incompréhension linguistique et de la méconnaissance de la minorité jurassienne». Das Rassemblement jurassien nutzte die Gelegenheit und portierte seinen Zentralpräsidenten André Françillon als Gegenkandidaten.

Nicht einmal die antiseparatistische Union des patriotes jurassiens wagte Tschumi zu unterstützen und empfahl, leere Zettel einzulegen. So siegte am 24. April 1960 Tschumi im Gesamtkanton zwar mit 39 500 gegen 13 400 Stimmen. In allen französischsprachigen Amtsbezirken des Juras – also auch in den südjurassischen – blieb er aber weit zurück und erreichte bloss 2759 Stimmen gegen 11 527 für Françillon. Françillons Anhang war allerdings kleiner als jener der Plebiszit-Initiative von 1959, doch lag nun die Beteiligung mit

bloss 21 % im Kanton (statt 31 % wie damals) noch tiefer. In der Stadt Bern trugen 3488 Zettel den Namen Tschumis, 740 den Françillons oder anderer wählbarer Bürger und über 2500 waren leer. Das zeugte von einem Unbehagen auch in Teilen des alten Kantons. Aber schon bei der nächsten Gesamterneuerungswahl für den Regierungsrat, am 6. Mai 1962, schnitt Tschumi von allen Mitgliedern der Exekutive am besten ab¹⁰⁰.

Dass die Fronten verhärtet waren, zeigte im Frühling 1962 die Wahl des zweiten Vizepräsidenten des Grossen Rates, des künftigen Präsidenten im Landesausstellungsjahr 1964. Nach dem herkömmlichen Turnus hätte ihn die konservativ-christlichsoziale Fraktion gestellt. Ihr Kandidat, Fürsprecher André Cattin aus Saignelégier, unterlag aber dem Stadtberner Freisinnigen Paul Dübi hoch. Obwohl Cattin dem Rassemblement nicht angehörte, galt er als zu wenig berntreu, so dass das sonst übliche Entgegenkommen an die politische und sprachliche Minderheit diesmal ausblieb.

Mehr Aufsehen erregte der «Fall Berberat». Oberleutnant Romain Berberat, wohnhaft in Lausanne, führte ad interim eine jurassische Füsilierkompanie. Als Referent der «Jurassiens de l'extérieur» sprach er im September 1962 am Fest des jurassischen Volkes in Delsberg von einer «autocratie dictatoriale de politiciens, qui ne nous ont jamais compris». Darauf veranlasste der bernische Regierungsrat bei Berberats militärischen Vorgesetzten seine Umteilung zu einer anderen Einheit. Das empfand man auch ausserhalb des Juras als Schlag gegen die Meinungs- und Redefreiheit und als Druckversuch gegen einen unbequemen Kritiker, was dem Gemassregelten den Anschein eines Märtyrers gab¹⁰¹.

Das Geschehen im Jura splitterte sich aber nicht nur in solche Einzelvorkommnisse auf, sondern erfasste weiterhin ebenfalls die Bürgerschaft als Ganzes. Obwohl ihre Plebiszit-Initiative 1959 unterlegen war, reichten die Separatisten 1961 vier weitere Volksbegehren ein, diesmal nicht zu Grundsatzfragen, sondern für praktische Verbesserungen im öffentlichen Leben wie die Schaffung eines eigenen Strassenverkehrsamtes in Tavannes, einen landwirtschaftlichen Muster- und Versuchsbetrieb in den Freibergen, die Aufhebung der häufig missbrauchten Stellvertretungsvollmacht bei Ab-

stimmungen und Wahlen und eine familienfreundlichere Regelung der Abzüge im Steuergesetz. Für diese letzte Vorlage erarbeitete der Grosse Rat einen Gegenvorschlag, zu dessen Gunsten die Initiative zurückgezogen wurde. Er wurde vom Volk angenommen, da in seinem endgültigen Text die Urheberschaft der Separatisten kaum mehr zu spüren war.

Das Rassemblement gewann für seine Initiativen je rund 13 000 Unterschriften, also deutlich weniger als seinerzeit bei der Plebiszit-Initiative. Die Volksabstimmung am 27. Mai 1962 brachte den Separatisten ebenfalls eine Enttäuschung. Dass der Kanton als Ganzes verwarf, überraschte kaum. Aber auch im Jura überwogen gesamthaft die Nein-Stimmen, und bei allen drei Vorlagen nahmen einzig die drei nordjurassischen Amtsbezirke Delsberg, Pruntrut und Freiberge an. Ausser in Laufen blieben die Ja-Stimmen hinter den Unterschriftenzahlen für die Initiativen zurück. Anscheinend hatte man den Urnengang überall als Bekenntnis für oder gegen den Separatismus aufgefasst und nicht als einen Entscheid über Sachprojekte¹⁰².

Allmählich überschritt der Jurakonflikt immer deutlicher die Grenzen des Kantons Bern und der Politik im engeren Sinne des Wortes, etwa beim Hin und Her um geplante Armee-Anlagen im Nordjura. Das Eidgenössische Militärdepartement hatte von 1955 an mit privaten Landbesitzern in den Freibergen Gespräche geführt, um Boden für einen Panzerwaffenplatz zu gewinnen. Schliesslich zerschlugen sich die Verhandlungen, weil die Bevölkerung der Gegend Widerstand leistete und weil sich in der Ajoie bessere Aussichten für das Vorhaben eröffneten. Nun erwarb der Kanton Bern die fraglichen Parzellen und verpachtete sie vorerst, bevor er sie 1962 an die Eidgenossenschaft verkaufte, welche dort ein militärisches Pferdezentrum errichten wollte. Doch auch dagegen wehrten sich die Einheimischen. Von Bern aus schlecht informiert, fürchteten sie voll Misstrauen, zuletzt würden doch Panzer auffahren. So wuchs die Spannung und die Bereitschaft, auch ausserhalb der Legalität zu handeln, wie es Kampfgruppen anderer Minderheiten in Europa und anderswo, etwa in Südtirol oder in Algerien, ebenfalls taten. Suchte die 1962 gegründete Jugendorganisation des

Rassemblements, die «Béliers», mehr das öffentliche Aufsehen, so bekannte sich vom selben Jahr an die geheime Gruppe «Front de libération jurassien» zu Brand- und Sprengstoffanschlägen gegen Militärbaracken, aber auch gegen Gebäude prominenter Antiseparatisten. Weil das Rassemblement nach dem Empfinden seiner Gegner zu wenig deutlich von diesen Gewalttaten abrückte, wurde es ohne weitere Beweise dafür mitverantwortlich gemacht.

Gewalt anderer Art erhob sich im Sommer 1964 in Les Rangiers bei den Erinnerungsfeiern für die Grenzbesetzungen von 1914 und von 1939. Der Anlass war ursprünglich getragen von Personen jeder Denkart, auch von Separatisten. Als aber das Organisationskomitee mit Militärdirektor und Regierungsrat Virgile Moine und dem Chef des Eidgenössischen Militärdepartements, Bundesrat Paul Chaudet, zwei Referenten einlud, die im Jura der Affäre Berberat und der Waffenplatzpläne wegen unpopulär waren, distanzierten sich viele Jurassier von der Veranstaltung. Am 30. August 1964 übertönten Jugendliche, namentlich «Béliers», die Redner und kamen mit der Polizei ins Handgemenge. Damit gewannen sie zwar die erhoffte Aufmerksamkeit auch ausserhalb des Juras. Aber in der übrigen Eidgenossenschaft fehlte das Verständnis für diese Art von Auseinandersetzung. So verloren die Separatisten Sympathien und isolierten sich gegen aussen mehr und mehr.

Ähnliche Zwischenfälle wie in Les Rangiers erwartete man auch für den Berner Tag der Landesausstellung in Lausanne, der EXPO, am 11. September 1964, doch unterblieben sie angesichts der vorsorglichen Bereitstellung starker Kräfte von Militär und Polizei. Dafür bezeugten zwei Tage später am 17. Fest des jurassischen Volkes in Delsberg über 35 000 Personen – mehr als je zuvor – ihre Verbundenheit mit ihrer engeren Heimat und ihre Solidarität untereinander. Die Separatisten mochten sich in der Schweiz unverstanden fühlen. Im Jura selber hatten Les Rangiers und die EXPO ihre Kraft nicht geschwächt.

Bei dieser verfahrenen Lage war es kaum mehr möglich, im Jura und im alten Kanton Bern ohne die Hilfe Aussenstehender eine Lösung des Konfliktes zu finden. Das Rassemblement hatte schon 1959 eine eidgenössische Vermittlung vorgeschlagen und später

sogar das Ausland auf die Situation der Jurassier aufmerksam gemacht, die mit der anderer Minderheiten in der Welt zu vergleichen sei. Dafür zeigten die Berner Behörden gar kein Verständnis. Sie wollten das Problem im Rahmen des Kantons lösen und fühlten sich zudem in einem empfindlichen Punkt getroffen: Bern hatte bisher vielerorts als Brückenkanton zur Romandie gegolten, der im Umgang mit Welschen besonderes Fingerspitzengefühl zeige. Nun litt dieser Ruf, und manche Miteidgenossen empfanden Berns Haltung als starr und rechthaberisch¹⁰³.

Die Entwicklung nach den Ereignissen von Les Rangiers deutete auf allmähliche Wandlungen hin. Die Separatisten führten ihren Kampf mehr und mehr nicht allein gegen den alten Kanton Bern, sondern gegen die gesamte Eidgenossenschaft. So isolierten sie sich und verloren die Initiative, die bisher fast immer von ihrer Seite ausgegangen war. Dafür rückte der Berner Regierungsrat etwas weg von der Unnachgiebigkeit, die er noch in seinem Bericht zur Jurafrage vom November 1963 vertreten hatte. Er berief sich dort auf das bisher Geleistete und wies alles von sich, was als Schritt zu einer Trennung des Kantons oder einer Begünstigung der Minderheit empfunden werden konnte.

1960 folgten in der Berner Kantonsexekutive Simon Kohler auf Virgile Moine und Ernst Jaberg auf Rudolf Gnägi, der Bundesrat geworden war. In dieser neuen Zusammensetzung wurde der Regierungsrat beweglicher und offener für Neues. So verschloss er sich nicht, als Bundesrat Friedrich T. Wahlen Mitte August 1963 als Redner am Pferdemarkt in Saignelégier zum Gespräch unter den Streitenden aufrief, und 1968 willigte er auch ein, im Einverständnis mit dem Bundesrat eine «Kommission der guten Dienste» von vier «Weisen» einzusetzen. Sie umfasste die alt Bundesräte Max Petitpierre und eben F. T. Wahlen sowie den Waadtländer Regierungsrat (und späteren Bundesrat) Pierre Graber und Landammann Raymond Broger aus Appenzell Innerrhoden. Die Kommission sollte zwischen den Parteien vermitteln, aber nicht als Schiedsgericht über Wert oder Unwert von Reformvorschlägen entscheiden.

Schon im März 1967 hatte der Regierungsrat in einer Erklärung die Separatisten als Gesprächspartner nicht mehr ausgeschlossen,

ebensowenig eine neue Volksbefragung über eine eventuelle Trennung von Jura und Altbern. Bisher hatten stets die Separatisten ein Plebiszit gefordert und die Kantonsbehörden sowie die Union des patriotes jurassiens es abgelehnt. Nun wechselten die Rollen: Regierung und Antiseparatisten erhofften eine Mehrheit für den Status quo, während das Rassemblement seiner Stärke im Gesamtjura nicht sicher war und deshalb bremste. Die Ungewissheit über die Stärke der Separatisten stieg noch, als sich 1969 eine sogenannte «Dritte Kraft» bildete, die beim Kanton Bern bleiben wollte, falls der jurassische Landesteil eine gewisse Autonomie gewinne. Wie stark Einfluss und Anhang dieses «Mouvement pour l'unité du Jura» waren, blieb vorläufig unklar.

Eine Autonomie hatte auch die Mehrheit der jurassischen Deputation des Grossen Rates in ihrer Eingabe von 1965 vorgeschlagen, doch blieb selbst nach mehreren Expertengutachten umstritten, wieviel von dem Forderungskatalog sich im Rahmen des geltenden Bundesrechtes verwirklichen lasse.

Solche Bemühungen konnten vielleicht Auswege aus den Sackgassen weisen, in welche sich die Jurapolitiker beider Seiten lange verrannt hatten. Aber neben solchem Hoffnungsschimmer gab es ungefähr zur gleichen Zeit auch Rückschläge, von denen das Publikum freilich erst später erfuhr. Weil die «Béliers» mehr und mehr Methoden der internationalen Protestjugend von 1968 übernahmen und öfters Veranstaltungen störten oder öffentliche Gebäude beschädigten, erklärte die bernische Polizei, ihr Bestand genüge nicht, um alle gefährdeten Objekte pausenlos zu schützen, worauf das Eidgenössische Militärdepartement – ohne die Öffentlichkeit darüber zu informieren – für Armee-Anlagen einen verdeckten Bewachungsdienst durch Soldaten aufzog. Als das bekannt wurde, empörten sich viele Jurassier über diese «militärische Besetzung» ihrer Heimat, für die sie die Verantwortung zum Teil dem neuen Departementschef zuschoben, nämlich dem Altberner Bundesrat Rudolf Gnägi¹⁰⁴.

4. DIE «KASKADE» DER VOLKSABSTIMMUNGEN

Im Juni 1967 ernannte der Regierungsrat eine Arbeitsgruppe, die eine Bestandesaufnahme durchführen und dokumentarische Unterlagen für die Beurteilung der Jurafrage und für Vorschläge zu ihrer Lösung liefern sollte. Diese «Kommission der 24» bestand aus je zwölf Altbernern und Jurassiern der verschiedensten Parteien und Richtungen. Auch dem Rassemblement jurassien waren Vertreter zugeordnet, doch verweigerte es eine Mitarbeit. Dennoch war man einander nähergekommen seit dem Regierungsratsbericht von 1963, der noch jedes Gespräch mit anderen Repräsentanten des Juras als den Grossräten aus diesem Landesteil schroff abgelehnt hatte.

So wurde auch die Diskussion wieder möglich zum Problem, ob sich das Volk im Jura zur Frage einer Trennung vom Kanton Bern äussern solle. Im bisher geltenden Recht fehlten die Voraussetzungen dafür. Der Grosse Rat schuf sie nun, indem er in der zweiten Hälfte des Jahres 1969 eine Vorlage annahm, welche das vielgliedrige Verfahren für ein solches Vorhaben regelte. Stimmten die Bürger des alten Kantonsteils ebenfalls bei, so gaben sie dadurch ihr Mitbestimmungsrecht in dieser Sache auf, abgesehen von der nötigen eidgenössischen Volksabstimmung über die Partialrevision der Bundesverfassung, welche die Schaffung eines neuen Kantons bedingte. Sonst aber lag alles Weitere in der Hand der Bewohner des jurassischen Landesteils. Sie sollten als erstes die Grundsatzfrage beantworten, ob sie sich von Bern trennen und einen eigenen Kanton bilden wollten. Befürwortete eine Mehrheit das, so konnten in einem nächsten Schritt die einzelnen Amtsbezirke entscheiden, welchem Kanton sie angehören wollten, und schliesslich stand das gleiche Recht noch jeder Gemeinde an der neu entstehenden Kantonsgrenze zu.

Wohl gingen in Einzelpunkten die Meinungen auseinander, etwa darüber, ob bei dieser Vorlage auch Jurassier mit Wohnsitz ausserhalb des Kantons stimmberechtigt sein sollten, wie es das Rassemblement seit langem forderte. Dieses Begehren widersprach jedoch der geltenden Bundesverfassung. Umstritten war auch, ob der Bürger bereits bei der Trennungsabstimmung die grossen Züge

eines künftigen Autonomiestatuts für die beim Kanton Bern verbleibenden Teile des Juras kennen müsse. Über derartige Bedenken hinweg nahm der Grosse Rat den «Zusatz zur Staatsverfassung des Kantons Bern hinsichtlich des jurassischen Landesteils» am 9. September 1969 in erster und am 10. Dezember 1969 in zweiter Lesung ohne Gegenstimme an.

Die Volksabstimmung fand am 1. März 1970 statt. Rassemblement jurassien und Union des patriotes jurassiens hatten beide die Ja-Parole ausgegeben, damit nicht schon der Entscheid über das Verfahren wie ein Plebiszit über die Trennungsfrage selber erscheine. Bei einer Beteiligung von 38 % der Bürger im ganzen Kanton und von rund 60 % im Jura wurde die Vorlage mit 90 000 Ja gegen 14 000 Nein gutgeheissen, und zwar in allen Amtsbezirken, im Jura sogar im Verhältnis von 10:1.

Damit war der Weg offen für die Selbstbestimmung der Jurassier über ihre territoriale Zugehörigkeit. Dass der alte Kantonsteil nicht widersprach, ging wohl teils auf echte Grosszügigkeit zurück, teils vielleicht auch auf Resignation und Überdruß über die endlosen Diskussionen und Streitigkeiten¹⁰⁵.

Ein wohlüberlegter Entscheid über die Trennungsfrage setzte voraus, dass der Bürger mindestens in den grossen Zügen Bescheid wusste darüber, welche Rechte der Kanton seinem jurassischen Landesteil künftig zugestehen wollte. Für die Skizze eines solchen Autonomiestatuts beanspruchte vor allem der Gedankenaustausch mit den «Weisen» mehr Zeit als vorgesehen. Erst im Herbst 1972 konnte Regierungsrat Jaberg seine Ideen dem Grossen Rat bekanntgeben, und bis dieser darüber beriet, verfloss ein weiteres Jahr. In ihrer Debatte sprach die Legislative zwar in vagen Ausdrücken von der Schaffung eines jurassischen Rates oder von der Notwendigkeit eines doppelten Mehrs – das heisst im Jura und im alten Kanton – bei Volksabstimmungen über Verfassungsartikel, welche den Jura betreffen. Aber der Rat lehnte den Gedanken an eigene Wahlkreise für die Wahl der Regierungsräte oder der Nationalräte aus dem Jura ebenso ab wie die Garantie eines dritten Regierungsratssitzes für den Jura in der Kantonsverfassung. So blieb kaum mehr Substanz übrig von den Vorschlägen, mit welchen die

jurassische Deputation des Grossen Rates 1965 Autonomiegespräche hatte einleiten wollen. Damit schwand den gemässigten Kreisen im Jura, wie der Dritten Kraft, jede Hoffnung, für ihren Landesteil noch eine Stellung im Kanton Bern zu gewinnen, die ihren Ideen entsprochen hätte.

Nach diesem Fehlschlag war ein Autonomiestatut, das seinen Namen verdiente, nicht mehr zu erwarten. Die Standpunkte der Separatisten, der Antiseparatisten und der Dritten Kraft standen sich unversöhnlich und ohne Aussicht auf eine künftige Annäherung gegenüber. Dazu vergifteten Zwischenfälle die Stimmung, etwa im August 1973, als Regierungspräsident Ernst Jaberg als eingeladener Redner am Pferdemarkt in Saignelégier niedergeschrien wurde und sein Referat nicht halten konnte.

Nun sah der Regierungsrat nur noch den Ausweg, die Bewohner des Juras möglichst bald über die Trennungsfrage abstimmen zu lassen, und er legte – wozu ihn der Verfassungszusatz ermächtigte – den Termin fest auf den 23. Juni 1974, also kurz nach den Grossratswahlen. Die Frage lautete: «Wollt ihr einen neuen Kanton bilden?»

Das Rassemblement empfahl ein Ja, obwohl es ursprünglich an Stimmenthaltung oder Leereinlegen gedacht hatte, weil seine Wünsche zum Teil unerfüllt geblieben waren, etwa bei der Stimmberechtigung für auswärts wohnende Jurassier. Die Parole der Force démocratique, wie sich die frühere Union des patriotes jurassiens seit dem Frühjahr 1974 nannte, lautete auf Nein und die der Dritten Kraft auf Stimmenthaltung oder Leereinlegen. So konnte das Ergebnis Hinweise liefern über die bisher schwer erkennbare Stärke dieser Gruppe. Nach den Resultaten vorausgegangener Abstimmungen und Wahlen rechnete man allgemein mit einem knappen Entscheid und gegensätzlichen Ergebnissen im Nord- und im Süd-jura. Für den Landesteil als Ganzes erwartete man eher ein leichtes Überwiegen der Nein-Stimmen, wie schon 1959.

Das Ergebnis vom 23. Juni 1974 überraschte. Zwar war es wie vorhergesehen knapp, aber bei einer Stimmbeteiligung von 90% siegten mit 36 802 Ja gegen 34 057 Nein die Separatisten. Nur 1841 leere und ungültige Stimmen wurden eingelegt. Die Parole der

Dritten Kraft hatte also nicht gewirkt. Von den sieben Amtsbezirken entschieden sich für eine Trennung Delsberg (11 070:2948), die Freiberge (3573:1058) und Pruntrut (9603:4566), dagegen Courtelary (3123:10 260), Neuenstadt (931:1776) und – verhältnismässig knapp – Moutier (7069:9330), dazu auch das deutschsprachige Laufental (1433:4119).

Alle Bezirke hatten im gleichen Sinne gestimmt wie 1959, obwohl nun auch die Frauen zur Urne gehen durften. In Delsberg, den Freibergen und Pruntrut, sowie vor allem in Moutier, war der Anteil der Ja noch gestiegen, in Courtelary, Neuenstadt und Laufen leicht gesunken. Eher schwach verworfen hatte die Stadt Moutier, und im gleichen Bezirk überwogen sogar die Ja in einer Reihe von Gemeinden, die an die Nachbarämter Delsberg oder Freiberge grenzten. In den drei nordjurassischen Bezirken Pruntrut, Delsberg und Freiberge hatten im ganzen nur gerade sechs Gemeinden gegen die Bildung eines neuen Kantons gestimmt¹⁰⁶.

Die im Verfassungszusatz von 1970 vorgesehene Abstimmungskaskade erreichte gleich ihre nächste Stufe. Unverzüglich wurde im Südjura ein Volksbegehren für das Verbleiben beim Kanton Bern vorbereitet. Da bei der Unterschriftensammlung zuerst Formfehler unterliefen, wurde sie wiederholt. Statt der geforderten 20% unterzeichneten mehr als die Hälfte der Bürger die Initiative.

So kam es am 16. März 1975 zur Abstimmung über die Frage «Wollt ihr beim Kanton Bern verbleiben?». Bei noch etwas höherer Beteiligung als im Juni 1974 bestätigten sämtliche Gemeinden ihre Voten von damals. Somit nahmen von den Bezirken Courtelary (10 802:3268) und Neuenstadt (1927:997) hoch an, Moutier (9947:7740) eher knapp.

Im September 1975 entschieden dann noch 13 Gemeinden an der neuen Kantonsgrenze über ihre Kantonszugehörigkeit. Moutier (recht knapp), Grandval, Perrefitte, Rebévelier und Schelten – lauter Gemeinden mit mehrheitlich protestantischer Bevölkerung – blieben bei Bern, Les Genevez, Lajoux, Châtillon, Courrendlin, Rossemaison, Courchapoix, Corban und Mervelier (alle mit einer Mehrheit von katholischen Einwohnern) schlossen sich dem Kanton Jura an.

Jetzt waren die Möglichkeiten ausgeschöpft, die der Verfassungszusatz von 1970 bot. Er erlaubte keine weiteren Gebietsverschiebungen mehr, obwohl klar war, dass die Gemeinden Ederswiler und Vellerat nicht zum Kanton ihrer Wünsche gehörten. Für dieses Problem hoffte man später eine vertragliche Lösung mit dem neuen Kanton zu finden. Ebenfalls 1975 ergab am 14. September eine Volksabstimmung im Laufental eine Mehrheit für das Verbleiben beim Kanton Bern. Kaum jemand ahnte damals, dass spätere Ereignisse diesen Entscheid wieder umstossen würden. Damit war die Spaltung des französischsprachigen Juras in einen eigenen Kanton im Norden und in einen beim Kanton Bern verbleibenden Teil im Süden vollzogen. Die Idee einer staatlichen Einheit für das alte Fürstbistum Basel war unterlegen.

Noch kam es in den folgenden Jahren zu Zwischenfällen und Demonstrationen, bei denen die Polizei eingreifen musste. Aber den Streitenden wurde stärker bewusst als zuvor, dass sie ihr Ansehen nicht aufs Spiel setzen und die Geduld Aussenstehender über Gebühr strapazieren durften. Der Schluss der Abstimmungs-Kaskade stand ja noch bevor, nämlich der Urnengang in der gesamten Schweiz über die Anerkennung des neuen, 23. Kantons der Eidgenossenschaft. Er fand am 24. September 1978 statt und brachte die Zustimmung aller Stände und ein Volksmehr von 1 300 000 Ja gegen 280 000 Nein¹⁰⁷.

Damit hatte sich zum ersten Mal in der Geschichte des Bundesstaates ein Kanton geteilt. Dass das auf rechtlichem und demokratischem Weg gelungen war, durfte beide Partner mit Befriedigung erfüllen, auch wenn Altbern dabei im Augenblick an Prestige und politischem Einfluss etwas verlor. Es hatte zuerst allzusehr auf Kompromisslosigkeit und formale Rechtsbestimmungen gesetzt, statt von Anfang an eine Verständigung zu suchen und bereits in einer frühen Phase Zugeständnisse zu machen, die sich später doch nicht vermeiden liessen. Nachher war es aber der Kanton Bern, der mit dem Verfassungszusatz von 1970 den Weg freilegte für eine Lösung, bei der keiner der Beteiligten sein Gesicht verlor, wobei offenbleiben mag, wieviele Ideen der «Weisen» in die bernischen Vorlagen einflossen.

Warum war der Separatismus im Jura gerade in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts so heftig aufgeflammt und hatte nicht nachgelassen, bevor er sein Ziel wenigstens teilweise erreicht hatte, während frühere Eruptionen verhältnismässig bald wieder abgeflaut waren? Sicher spielte dabei mit, dass im Zweiten Weltkrieg und nach seinem Ende in allen Erdteilen viel Überliefertes in Bewegung geriet und Minderheiten, die ihre Sprache oder Rasse einte, aus dem Verband grösserer Staaten auszubrechen oder wenigstens mehr Selbständigkeit zu gewinnen suchten, etwa die Basken, die Frankokanadier oder die Südtiroler, wie zuvor schon die Iren. Gerade Französischsprechende wollten den Zusammenhang in der sogenannten «ethnie française» stärken und sich entsprechend von anderen abgrenzen. Daneben versteifte die Stimmung des Kalten Krieges, der von den späteren 1940er Jahren an die Welt beherrschte, die Fronten.

Die Schaffung eines neuen Kantons löste manche Probleme, aber nicht die Jurafrage als Ganzes. Im Norden fanden sich die Proberner, die es auch hier gab, angesichts der deutlichen Abstimmungsergebnisse mit ihrer Niederlage ab, und es entwickelte sich keine Minderheitenbewegung, welche das Rad der Entwicklung hätte zurückdrehen wollen. Im bernisch gebliebenen Süden dagegen kam es weiter zu Auseinandersetzungen wie zu Bemühungen um ein Einverständnis. Für eine Deutung oder Wertung dieses jüngsten Geschehens ist aber die Zeit noch ebensowenig reif wie für eine Voraussage über den Fortgang in der Zukunft.

II. KAPITEL

DIE «FINANZAFFÄRE» UND IHR UMFELD

1. REGIERUNG UND OPPOSITION IM KANTON BERN

Man hätte erwarten können, die Trennung vom Nordjura wirke auch im alten Bernbiet als Signal und löse zum Beispiel eine Gesamtrevision der bald hundertjährigen Kantonsverfassung aus. Da aber binnen kurzem eine Menge von Einzelbestimmungen den neuen Verhältnissen anzupassen waren, blieb vorderhand kaum Zeit für anderes, Grundsätzlicheres. So begnügte man sich vorerst mit einer «Verfassungsgrundlage für den Kanton Bern in seinen neuen Grenzen». Sie sah vor, dass an Beratungen über Geschäfte, die allein den verbleibenden Kanton Bern betrafen, die 13 Abgeordneten aus den Bezirken Pruntrut, Delsberg und Freiberge nicht mehr teilnahmen. Nachdem auch das Volk an der Urne dieser Änderung zugestimmt hatte, bereinigte dieser «Rat der 187» eine grosse Zahl von Vorschriften. So garantierte nun die Kantonsverfassung – entsprechend der geringeren Bevölkerungszahl – dem Berner Jura nur noch einen Sitz im Regierungsrat statt zwei wie bisher, und ein Gesetz schuf eine öffentlich-rechtliche Körperschaft Berner Jura mit einer eigenen Abgeordnetenversammlung. Diese sollte «über die der Körperschaft vom Regierungsrat zur Stellungnahme unterbreiteten Angelegenheiten» beraten und ihren Vorstand mit der Einreichung von Anträgen beim Regierungsrat beauftragen, doch trat dieses Organ kaum je in Erscheinung. Soweit es nötig war, billigte das Volk diese Regelungen in einer Abstimmung vom 26. Februar 1978.

Nach der formellen Trennung der beiden Kantone am 1. Januar 1979 bildeten die 187 den Grossen Rat des Kantons Bern bis zu den regulären Neuwahlen im Frühjahr 1982. Auf diesen Termin hin stockte man die Legislative wieder auf 200 Volksvertreter auf, indem man die 13 Mandate, welche der Nordjura innegehabt hatte, entsprechend der letzten Volkszählung auf andere Amtsbezirke verteilte¹⁰⁸.

Als die Sozialdemokraten 1938 mit zwei und 1946 mit drei Vertretern in die Kantonsexekutive einzogen, verloren sie den Charakter einer Oppositionspartei zum guten Teil. Zwar deckte sich ihre Meinung oft nicht mit derjenigen der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei und des Freisinns, sowenig wie es gelegentlich an Differenzen zwischen diesen beiden Gruppen fehlte. Aber gerade während des Zweiten Weltkrieges liess die Gefahr von aussen die Parteien und ihre Mitglieder in den Behörden näher aneinanderrücken, und wenig später führte der Kampf gegen den Separatismus im Jura sie erneut zusammen. Denn in dieser Frage gab es keine Unterschiede zwischen den grossen Parteien im alten Kantonsteil. Die Sozialdemokraten lehnten hier Forderungen und Kampfweise des Rassemblement jurassien ebenso kompromisslos und leidenschaftlich ab wie die Bürgerlichen.

Auch in den kantonalen Volksabstimmungen zeigte sich nur noch selten Opposition. Zwischen 1951 und 1973 wurden von über 180 Vorlagen der Behörden bloss 9 verworfen. Die Stimmberechtigten, zu denen unterdessen auch die Frauen gehörten, genehmigten dann 1972 mit 84 000 Ja gegen 70 000 Nein die Abkehr vom obligatorischen Gesetzesreferendum, das also im Kanton Bern etwas mehr als hundert Jahre lang gegolten hat. Fortan stimmten die Berner über Einführung oder Änderung kantonaler Gesetze nur noch ab, wenn es der Grosse Rat von sich aus beantragte oder wenn mindestens 5000 Stimmberechtigte es mit ihrer Unterschrift verlangten. Damit verminderte sich die Zahl der kantonalen Urnengänge auf einen bis zwei im Jahr, doch hob sich deswegen die Beteiligung nicht etwa. Sie blieb im Kanton gewöhnlich unter 40%, ausser wenn gleichzeitig auch die Eidgenossenschaft zum Entscheid über Umstrittenes aufrief¹⁰⁹.

Stimmte das Volk nun seltener ab als vorher, so gewann es dafür wenig später ein anderes politisches Recht. Als letzter Kanton in der Eidgenossenschaft hatte Bern bisher seine beiden Ständeräte durch den Grossen Rat gewählt mit der Begründung, so lasse sich die Berücksichtigung von Kandidaten aus dem Jura leichter durchsetzen. Nun fiel dieses Argument kaum mehr ins Gewicht, denn der Südjura allein konnte keinen bleibenden Anspruch auf einen der

zwei bernischen Ständeratssitze erheben. Die sozialdemokratische Partei des Kantons Bern verlangte 1973 in einer Initiative die Volkswahl der Ständeräte, weil sie sich davon bessere Chancen für Anwärter aus ihren Reihen versprach. Dem Vorstoss hafteten formale Fehler an, doch mit seinem Ziel war man allgemein einverstanden. Deshalb schlug der Grosse Rat auf eine Motion aus seinen eigenen Reihen hin die Änderung selber vor. Am 4. Dezember 1977 stimmte dann auch das Volk mit 169 000 Ja gegen 61 000 Nein zu.

Bei der zweiten Lesung der Vorlage im Grossen Rat hatte sich knapp die Vorschrift durchgesetzt, die Amtsdauer der bernischen Ständeräte sei auf zwölf Jahre zu beschränken. Diese stärkere Rotation sollte die Aussichten des Südjuras verbessern, von Zeit zu Zeit ebenfalls einen Ständerat zu stellen. Dazu ist es aber seither noch nie gekommen, ebensowenig wie sich die Hoffnungen der Sozialdemokraten erfüllten. Faktisch hat sich also bisher wenig geändert, und die Berner Ständeräte stammten weiterhin aus den gleichen Parteien wie bei der Wahl durch den Grossen Rat. Die Vorschrift der Amtszeitbeschränkung wurde bei der Totalrevision der Kantonsverfassung von 1993 stillschweigend wieder aufgehoben¹¹⁰.

Von 1946 an stellten vierzig Jahre lang die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (1971 in Schweizerische Volkspartei umbenannt) je 4, die Sozialdemokraten je 3 und die Freisinnigen je 2 Regierungsräte. Das entsprach ungefähr ihrer Stärke im Grossen Rat. Dort war die Zahl der Sitze seit 1954 auf 200 festgelegt, und lange blieb bloss etwas mehr als ein Dutzend davon nicht in den Händen der drei grossen Parteien. Zu den rund 10 Konservativ-Christlichsozialen – meist aus dem Jura – kamen von 1938 bis 1958 der Freiwirtschaftler Fritz Schwarz und nach der Mitte der dreissiger Jahre einzelne Vertreter des Landesrings der Unabhängigen des Migros-Gründers Gottlieb Duttweiler. Gleich nach dem Zweiten Weltkrieg eroberte die kommunistische Partei der Arbeit 3 Mandate, aber nur für eine einzige Amtsdauer. Erst 1958 zog auch die Evangelische Volkspartei in den Grossen Rat ein und vier Jahre später ebenfalls das Junge Bern, eine bürgerliche Oppositionsgruppe vornehmlich aus Studentenkreisen, die sich nach ihrer Gründung 1955 vorerst auf die stadtbernische Gemeindepolitik konzentriert hatte. Nach

1974 kamen dann mit der Nationalen Aktion und der Eidgenössischen Demokratischen Union sowie der POCH (Progressive Organisationen der Schweiz) Gruppen dazu, die weiter rechts oder weiter links standen als die grossen bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten. Sie alle stellten aber selten mehr als je einen Abgeordneten, vermochten deshalb auch kaum je eine Fraktion zu bilden und konnten eine Vorlage weder im Grossen Rat noch durch ihren Anhang bei einer Volksabstimmung gefährden. So wiegten sich Regierungsparteien und Regierung im Glauben, sie verträten die Meinung des Volkes und würden in seinem Sinne handeln, auch wenn sie es nicht jedesmal nach seiner Meinung fragten.

2. RUDOLF HAFNERS ENTHÜLLUNGEN

Dieses nach aussen hin solide, kaum erschütterliche Gefüge der bernischen Politik geriet vom Spätsommer 1984 an aus unscheinbarem Anlass in Schwingungen, die es vorübergehend aus seinen Fundamenten zu heben drohten. Um endgültig zu beurteilen, bis in welche Tiefe die Erschütterung wirklich reichte, fehlt heute wohl noch die genügende Distanz. Regierungsräte waren damals Ernst Blaser, Werner Martignoni, Bernhard Müller und Peter Schmid von der Schweizerischen Volkspartei, Kurt Meyer, Gotthelf Bürki und René Bärtschi (als Nachfolger des kurz zuvor verstorbenen Henri Sommer) von den Sozialdemokraten und Henri-Louis Favre sowie Hans Krähenbühl von den Freisinnigen.

Am 23. August 1984 schickte der 33jährige Rudolf Hafner, seit 1980 Revisor bei der Finanzkontrolle des Kantons Bern, einen 23seitigen Bericht an die Mitglieder des Grossen Rates. Darin beschuldigte er den Regierungsrat, er habe immer wieder Vorschriften des Finanzhaushaltgesetzes verletzt, Lotterie- und Fondsgelder ihrem Zweck entfremdet, heimlich politische Organisationen und Abstimmungskomitees mit Zuwendungen aus öffentlichen Geldern unterstützt und durch buchhalterische Tricks solche Finanzmanöver verschleiert. Hafner forderte deshalb eine Disziplinaruntersuchung gegen die Mitglieder der Kantonsexekutive.

Regierungsrat und Verwaltung reagierten ungeschickt. Sie veranlassten eine Durchsuchung der Wohnung Hafners durch die Polizei, weil er möglicherweise Amtsgeheimnisse verletzt habe. So entstand der Eindruck, man habe den unbequemen Kritiker verhaften und mundtot machen wollen, statt seine Beanstandungen zu prüfen. In der Herbstsession, die gleich darauf anfang, wählte der Grosse Rat eine 17köpfige Besondere Untersuchungskommission (BUK) mit 13 Mitgliedern aus den grossen Regierungsparteien und je einem Vertreter der kleinen Fraktionen. Präsidentin wurde Fürsprecherin Rosmarie Felber von der christlich-sozialen Volkspartei. Die Kommission begann gleich mit ihrer Arbeit, wollte aber Ergebnisse erst beim Abschluss der Beratungen bekanntgeben. So erfuhr die Öffentlichkeit erst im Herbst 1985, mehr als ein volles Jahr nach Hafners erstem Auftreten, Genaueres über das Vorgefallene.

Als der Grosse Rat in der Novembersession 1985 endlich über den Bericht der Besonderen Untersuchungskommission zu Hafners Eingabe vom August 1984 diskutieren konnte, interessierte sich das Publikum bereits weniger für die Debatten im Kantonsparlament als für neue Enthüllungen, die Hafner in einem zweiten Schub Ende Oktober 1985 eben der Besonderen Untersuchungskommission zugeleitet hatte. Anders als beim ersten Mal ging es nun weniger um Spezielles aus dem Bereich von Buchführung und Finanzkontrolle, worüber sich der Durchschnittsbürger kein eigenes Urteil bilden konnte und sich deshalb wohl auch weniger erregen liess. Was Hafner jetzt vorbrachte, lag zum Teil der Vorstellungs- und Erfahrungswelt des Bürgers näher, nämlich Missbräuche beim Budgetkonto «Unvorhergesehenes» und bei der Verwendung von Lotteriegeldern, vor allem aber die Verrechnung von Spesen durch Mitglieder des Regierungsrates¹¹¹.

Der Vorschlag des Kantons enthielt jeweilen einen Posten «Unvorhergesehenes» von 300 000 Franken, über den der Regierungsrat verfügte. In die Zahlungen hatte nur die Staatswirtschaftskommission Einblick, nicht aber die einzelnen Grossräte, und auch die Finanzkontrolle unterliess es auf Weisung ihres eigenen Chefs ausdrücklich, diese Ausgaben auf ihre Gesetzmässigkeit hin zu

prüfen. Zudem förderte es ein wirksames Verfahren kaum, wenn der erste Sekretär der Finanzdirektion, die zu überprüfen war, zugleich als Sekretär der Staatswirtschaftskommission in einer Schlüsselstellung der Kontrollinstanz sass.

Über das «Unvorhergesehene» wurden zum Beispiel Beiträge geleitet, die der Öffentlichkeit nicht bekannt werden sollten, weil sie dort Anstoss erregt hätten, etwa Gelder für die antiseparatistische Force démocratique, für die Aktion Bernisches Laufental oder für Parteien und Verbände, die bei kantonalen Volksabstimmungen den Kampf für umstrittene Vorlagen führten. In anderen Fällen nutzte man das «Unvorhergesehene», um Nachkredite und Ratsdebatten darüber zu vermeiden oder um die Finanzkompetenzen des Grossen Rates und gelegentlich sogar die Möglichkeit eines fakultativen Referendums zu umgehen. Es diente auch nicht der Transparenz, dass die Gelder bisweilen auf recht verschlungenen Wegen zu ihren Empfängern gelangten.

Die Existenz des Kontos war nicht unbekannt. Der Aussenseiter Grossrat Luzius Theiler von der kleinen Gruppe der Demokratischen Alternative hatte dazu mehrmals bei Verhandlungen über Budget oder Staatsrechnung Fragen gestellt, doch wischte der Finanzdirektor sie mit der Bemerkung unter den Tisch, es sei dem Regierungsrat nicht zuzumuten, für einen Posten von 300 000 Franken sozusagen Striptease zu machen, und der Grosse Rat billigte diese Auffassung¹¹².

Schon seit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts existierte im Kanton Bern die SEVA, eine Lotterie – ursprünglich für Seeschutz, Verkehrswerbung und Arbeitsbeschaffung –, der später auch Gelder aus dem Schweizer Zahlenlotto zuflossen. Sie waren für wohltätige und gemeinnützige Zwecke bestimmt, und der Regierungsrat legte diese Begriffe sehr weitherzig aus, wenn er jährlich insgesamt rund 8–10 Millionen Franken aus Lotteriegewinnen verteilte. So unterstützte er, zum Teil auf dem Umweg über das Budgetkonto «Unvorhergesehenes», die Tätigkeit der Force démocratique oder der berntreuen Laufentaler, aber er spendete auch Geld zur Beeinflussung der Juraplebiszite von 1974 und 1975 oder der Gemeindewahlen in Moutier 1982.

Dazu speisten Lotterieverträge von je rund 10 000 Franken jährlich bei jeder der 14 Direktionen der bernischen Staatsverwaltung ein «Kässeli» für kleinere Ausgaben bei geselligen oder ähnlichen Anlässen. Nach dem Urteil von Rechtsexperten handelte es sich dabei – entgegen der Auffassung des Regierungsrates – nicht um private Mittel, über welche die Exekutive dem Grossen Rat keine Rechenschaft schulde. Stossend war die Verwendung der «Kässeli» auch deshalb, weil für ähnliche Zwecke jeder Regierungsrat bereits über seine normale Besoldung hinaus eine Repräsentationszulage von jährlich 10 000 Franken bezog.

Grossrat Luzius Theiler hatte diesen Problemkreis schon 1981 und 1983 in einer Interpellation und in einer Motion aufgegriffen, doch antwortete der Polizeidirektor, der in dieser Sache federführend war, unvollständig und für die Kontrolle der Auszahlungen sogar falsch. Beide Vorstösse fanden im Rat keine Unterstützung.

Nun kam die Besondere Untersuchungskommission zum eindeutigen, harten Schluss, es liege Missbrauch von Lotteriegeldern vor, und einzelne Regierungsräte hätten «beim Spesenbezug eine wenig grosszügige Mentalität an den Tag» gelegt¹¹³.

Die Mehrzahl der Regierungsräte liess sich nämlich für nicht näher umschriebene «Auslagen in Amtsgeschäften» ohne Belege Spesen von zum Teil mehreren tausend Franken im Jahr vergüten. Damit beglichen sie mitunter auch Persönliches wie die Prämien ihrer Autoversicherung oder Kosten bei Anlässen ihrer politischen Partei.

Aufsehen erregten aber namentlich Reisen, die aus dem SEVA-Fonds der Präsidialverwaltung bezahlt worden waren, so 1981 eine Fahrt der Regierungsräte mit ihren Frauen nach Wien oder der Besuch des englischen Fussball-Cupfinals in London 1983 durch den Staatsschreiber sowie sechs Regierungsräte aus allen drei Regierungsparteien. Gelegentlich finanzierte das SEVA-«Kässeli» der Präsidialverwaltung zudem Ausflüge der «Bire», einer geselligen Vereinigung der amtierenden und der ehemaligen bernischen Regierungsräte, die schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bestand. Hinter dieser Praxis stand nicht eine Bereicherungsabsicht der Regierungsräte, sondern ein unbedachtes Fortführen von Traditio-

nen, nach deren Anfängen und Berechtigung man nicht bohrend fragte. Menschliche Schwächen und nicht wohlgeplantes Raffen waren den Regierenden zum Verhängnis geworden und stellten ihr Ansehen in Frage.

Am meisten Zorn lösten übrigens nicht Barzahlungen aus, sondern Reparaturen, welche der Polizeidirektor an seinem Privatauto der Prestigemarke «Jaguar» zu wiederholten Malen in der Garage des Kantonalen Kriegskommissariates hatte ausführen lassen. Rudolf Hafner schätzte den Wert dieser Gratisarbeiten auf 20 000 Franken, während der Regierungsrat dem Grossen Rat in der Antwort auf eine Interpellation eine niedrigere Summe nannte. Dennoch wurde der «Jaguar» bald Stichwort und Symbolgegenstand für die Finanzaffäre¹¹⁴.

3. DIE KANTONALEN WAHLEN VON 1986 UND IHRE FOLGEN

Die Regierungsräte Werner Martignoni und Hans Krähenbühl suchten die Wogen etwas zu glätten mit dem Entschluss, bei den kantonalen Erneuerungswahlen vom Frühling 1986 nicht mehr zu kandidieren. Auf den gleichen Zeitpunkt hin traten aus Altersgründen auch Ernst Blaser und Henri-Louis Favre zurück. Dieser Urnengang galt nun mancherorts als Prüfstein dafür, wieviel Ansehen und Vertrauen die Mitglieder der Exekutive und ihre Parteien noch genössen. Tatsächlich endete er überraschend, aber ebenso sehr wie die Finanzaffäre spielten dabei Tücken des Verfahrens mit und eine andere Ausgangslage als bei früheren Wahlen.

Die Freisinnigen des Kantons Bern hatten sich 1978 etwas von ihrem dominierenden Partner im Bürgerblock, der Schweizerischen Volkspartei, gelöst und in einer Volksinitiative eine leicht veränderte Zuteilung der Grossratsmandate namentlich in den kleinen Amtsbezirken der Randregionen – meist Hochburgen der Schweizerischen Volkspartei – verlangt. Der Vorschlag drang in der Volksabstimmung durch und brachte seinen Urhebern bei den Grossratswahlen von 1982 bescheidene Gewinne um den Preis einer vor-

übergehenden Abkühlung des Verhältnisses zur Schweizerischen Volkspartei. Diese hatte 1983 auch bei den eidgenössischen Wahlen im Kanton Bern Verluste erlitten und bewegte sich anscheinend auf einem absteigenden Ast.

Deshalb glaubte ein Teil der Berner Freisinnigen, sie führen besser, wenn sie 1986 mit einer eigenen freisinnigen Liste in den Kampf um den Regierungsrat zögen statt mit einer gemeinsamen Liste von Schweizerischer Volkspartei und Freisinn. Dabei stellten sie nicht bloss zwei Kandidaten auf entsprechend ihrer bisherigen Mandatzahl, sondern drei, vorgeblich um dem Bürger mehr Auswahl zu bieten, aber doch auch in der Hoffnung, einen Sitz zu gewinnen, sei es auf Kosten der Sozialdemokraten oder der Schweizerischen Volkspartei. Damit war die vierzigjährige Formel für die Zusammensetzung des Regierungsrates in Frage gestellt, ebenso die Partnerschaft mit der Schweizerischen Volkspartei, die nun ihrerseits gleich sechs Kandidaten vorschlug. Die Sozialdemokraten empfahlen ihre drei bisherigen Vertreter. Ebenfalls drei Anwärter portierte die Freie Liste, eine linksbürgerliche Oppositionsgruppe, die sich besonders für Anliegen des Umweltschutzes, aber auch der Frauen einsetzte. Einige ihrer Prominenten hatten ihre Laufbahn beim Freisinn begonnen, waren aber dann von ihm ausgeschlossen worden oder hatten sich im Streit von ihm getrennt.

Das führte beim ersten Wahlgang vom 27. April 1986 zu einem unerwarteten Ergebnis. Gewählt waren erst die Bisherigen René Bärtschi, Kurt Meyer und Gotthelf Bürki von den Sozialdemokraten sowie Peter Schmid und Bernhard Müller von der Schweizerischen Volkspartei, ferner – ebenfalls von der Schweizerischen Volkspartei – die beiden neuen Ulrich Augsburg und Peter Siegenthaler. Ganz knapp verfehlte die Schweizerische Volkspartei einen fünften Sitz, blieb doch ihr erster Nichtgewählter mit 63 143 um weniger als 1 500 Stimmen hinter dem letzten Gewählten mit 64 630 Stimmen zurück. Er erreichte damit das absolute Mehr nicht ganz, und erst recht blieben alle übrigen Kandidaten darunter.

Beim zweiten Wahlgang am 11. Mai 1986 standen sich nur noch die Freisinnigen und die Freie Liste mit je einer Kandidatin und einem Kandidaten gegenüber. Gewählt wurden zur allgemeinen

Überraschung Leni Robert und Benjamin Hofstetter von der Freien Liste mit einem Vorsprung auf die Freisinnigen von 1000 beziehungsweise 8000 Stimmen. Den Ausschlag hatten wohl die Wähler der Sozialdemokraten und der Schweizerischen Volkspartei gegeben, für die bei diesem zweiten Wahlgang nichts mehr auf dem Spiel stand.

Leni Robert war damit die erste bernische Regierungsrätin, und zum ersten Mal seit 1831 sassen keine Freisinnigen in der Kantons-exekutive. Da Sozialdemokraten und Vertreter der Freien Liste in der Regel gleich stimmten, vermochten sie die Regierungsräte aus der Schweizerischen Volkspartei in die Minderheit zu versetzen.

Im Grossen Rat allerdings besaßen Schweizerische Volkspartei und Freisinnige immer noch die Mehrheit. Freilich hatte die Schweizerische Volkspartei bei den Wahlen für die Legislative weit schlechter abgeschnitten als bei jenen zum Regierungsrat und von ihren bisher 78 Sitzen 9 verloren, die Freie Liste dafür 11 gewonnen. Die Berner Bürger hatten also widersprüchlich gewählt, und ihr Wille liess sich nicht leicht deuten. Besonders überraschte das gute Abschneiden der Schweizerischen Volkspartei und der Bisherigen bei den Regierungsratswahlen. Freilich war der Bericht der Besonderen Untersuchungskommission zum Thema Spesen, Reisen und Autoreparaturen anfangs Mai 1986 noch nicht veröffentlicht, sondern bewusst bis nach dem Wahltermin zurückgehalten worden¹¹⁵.

Wenig später zeugten dann zwei weitere Urnengänge wieder von deutlichem Unbehagen gegenüber der Exekutive. Im Juni 1987 nahm das Volk eine Initiative «Gegen die Wählbarkeit von Regierungsräten in die Bundesversammlung» hoch an und rund zwei Jahre später auch ein Volksbegehren für die Verkleinerung des Regierungsrates von 9 auf 7 Mitglieder. Hier fiel der Entscheid mit 57 000 gegen 49 000 Stimmen allerdings verhältnismässig knapp aus. Das Oberland und der französischsprachige Berner Jura verwarfen, ebenso die Mehrzahl der Amtsbezirke. Ausgegangen war die Initiative von Personen am rechten Flügel der beiden grossen bürgerlichen Parteien. Sie wollte einesteils die Leistung von Regierung und Verwaltung heben, andernteils aber auch Voraussetzungen schaffen,

um bei den Erneuerungswahlen von 1990 die Vertreter der Freien Liste leichter wieder aus der Regierung entfernen zu können¹¹⁶.

Das gelang tatsächlich. 1990 fanden sich Freisinnige und Schweizerische Volkspartei wieder zu einer gemeinsamen Liste, die drei Sitze für die Schweizerische Volkspartei und zwei für die Freisinnigen gewann. Die Sozialdemokraten mussten sich mit den übrigen zwei begnügen. Diese Verteilung entsprach nicht dem Ergebnis der gleichzeitigen Grossratswahlen. Dort gewannen die Sozialdemokraten 8 Sitze hinzu, die Freie Liste behauptete ihre 12 Mandate, während die Freisinnigen, die schon 1986 zurückgekehrt waren, nochmals 5 Sitze verloren. Angesichts dieser Resultate mag man sich fragen, ob die Finanzaffäre eine Wende in der bernischen Politik eingeleitet oder ob sie bloss ein Intermezzo dargestellt habe. Vorläufig deuten die Zeichen eher auf die zweite Variante¹¹⁷.

III. KAPITEL

ABSCHLUSS UND AUSBLICK

1. DER KANTONSWECHSEL DES LAUFENTALS

Unerwartete Folgen hatte die Finanzaffäre für den nördlichsten Zipfel des Kantons. Das Laufental hatte 1975 einen Anschluss an den neuen Kanton Jura abgelehnt. Dafür stand es ihm frei, Verbindung mit einem anderen benachbarten Kanton zu suchen. Das Vorgehen dafür regelte ein Gesetz vom November 1975, das unter anderem eine Bezirkskommission für das Laufental schuf, welche die nötigen Vorbereitungen zu treffen hatte und nur von den Laufentalern selber gewählt wurde. Mehrere Volksabstimmungen im Bezirk bestimmten schliesslich 1980 Basel-Land als den Kanton, mit dem Verhandlungen zu führen seien. So entstand ein Anschlussvertrag, den die Laufentaler jedoch am 11. September 1983 bei einer Stimmbeteiligung von 93 % mit 4675 Nein gegen 3575 Ja verwarfen. Das war eine deutliche Entscheidung gegen einen Kantonswechsel. So schien das Selbstbestimmungsverfahren abgeschlossen und die Zugehörigkeit des Laufentals zu Bern endgültig besiegelt zu sein. Allerdings tauchten damals schon Vorwürfe auf, der Kanton Bern habe durch die finanzielle Unterstützung seiner Anhänger im Laufental das Abstimmungsergebnis auf unzulässige Art beeinflusst.

Solche Einwände gewannen an Gewicht, als der Bericht der Besonderen Untersuchungskommission zeigte, dass insgeheim viel mehr Geld ins Laufental geflossen war, als die Regierung bisher zugegeben hatte. Deshalb erhoben einige Laufentaler eine Abstimmungsbeschwerde, aber der bernische Grosse Rat trat darauf nicht ein, weil eine Volksentscheid nur binnen einer Frist von drei Tagen angefochten werden könne. Doch waren ja im Herbst 1983 die verdeckten Zahlungen Berns noch gar nicht bekannt gewesen.

Nun begann ein oft bemühtes Hin und Her zwischen der bernischen Legislative und dem schweizerischen Bundesgericht in Lausanne. Dieses gab mehreren Beschwerden von Laufentaler An-

hängern eines Kantonswechsels recht, so dass die Volksabstimmung schliesslich am 12. November 1989 wiederholt werden musste. Nun siegten, wenn auch verhältnismässig knapp, die Pro-Baselbieter mit 4650 gegen 4343 Stimmen. Auch jetzt musste das Bundesgericht eine Beschwerde beurteilen, da der Berner Grosse Rat in einer Mischung von Trotz und Hilflosigkeit das Abstimmungsergebnis nicht anerkennen wollte, um so den berntreuen Laufentalern seine Sympathie zu bekunden. Aber nach dem Entscheid aus Lausanne und nach Abstimmungen im Baselbiet und in der gesamten Eidgenossenschaft war es dann am 1. Januar 1994 so weit, dass das Laufental von Bern zu Basel-Land übertreten konnte¹¹⁸.

Damit waren die Auseinandersetzungen abgeschlossen, welche die Finanzaffäre hinterher auf einem Nebenschauplatz der politischen Kämpfe im Jura ausgelöst hatte. Der Kanton Bern mochte dabei wie ein Verlierer aussehen. Aber es sprach für ihn, dass er nicht schmollend der Vergangenheit nachtrauerte, sondern zur gleichen Zeit seine Zukunft auf ein solideres Fundament zu bauen suchte.

2. DIE VERFASSUNGSREVISION VON 1993

Im Sommer 1993 nahm das Volk eine neue Kantonsverfassung an, die nach genau 100 Jahren ihre Vorgängerin von 1893 ablöste. In weiten Teilen ordnete sie zwar nur Bisheriges neu, gestaltete es übersichtlicher und formulierte es zeitgemässer, in einzelnen Punkten aber änderte sie Grundlegendes. So stiess sie bei den sozialen Grundrechten in Neuland vor und ging mancher anderen Kantonsverfassung voraus¹¹⁹.

Dass sie in einer Zeit der Wirren und Spannungen im Kanton im Einvernehmen der Beteiligten entstehen konnte und von allen Seiten mitgetragen wurde, gibt Hoffnung für die Zukunft, auch wenn dem Verständigungswerk die Zeit der Bewährung noch bevorsteht.

Auch nach markanten Ereignissen steht der Lauf der Geschichte nicht still, und er lässt sich nicht einteilen in sauber voneinander getrennte Abschnitte. Weder mit der Lösung des Nordjuras und des

Laufentals von Bern noch mit der Verfassung von 1993 begann für den Kanton Bern eine Zeit mit völlig neuen Voraussetzungen. Altes wirkte weiter, und viele Probleme blieben, wenn auch zum Teil in anderer Form als früher oder mit einem anderen Stellenwert nach Bedeutung und Dringlichkeit.

Heute stehen Fragen im Vordergrund, die sich in der Gesamteidgenossenschaft, ja im übrigen Europa und in anderen Erdteilen ähnlich stellen wie im Kanton Bern und die nicht hier allein entschieden werden können, sondern nur in grösseren Räumen und Zusammenhängen. Im Jura allerdings sind es in erster Linie Einheimische und Berner, welche bereinigen müssen, was an Gegensätzen auch nach der Gründung des neuen Kantons 1978 und nach dem Übergang des Laufentals an das Baselbiet übriggeblieben ist. Nachdem das eidgenössische Stimmvolk am 10. März 1996 dem Anschluss der Gemeinde Vellerat an den Kanton Jura seinen Segen gegeben hat, tauchen nun Forderungen auf, auch Moutier und andere Ortschaften müssten über einen Kantonswechsel entscheiden dürfen. Unklar ist, ob auf beiden Seiten die Jurafrage Jüngere noch gleich stark bewegt wie die Kämpfergeneration in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und ob die Bindungen zwischen dem Südjura und Altbern ihre Kraft auch bei kommenden Generationen behalten. Doch greifen die Gedanken jetzt schon über Kantons- und Landesgrenzen hinaus und erwägen die Bildung einer Region Jura, die auch den Kanton Neuenburg und vielleicht sogar Gegenden im benachbarten Frankreich umfassen könnte.

Sicher hat das Gewicht der französischsprachigen Minderheit im Kanton Bern in Politik, Wirtschaft und Kultur abgenommen, und es wird besonderer Anstrengungen bedürfen, damit sie nicht den Eindruck erhält, sie sinke zur vernachlässigten Randgruppe herab. Überhaupt rückten Romandie und alemannische Schweiz eher wieder etwas auseinander, zum Beispiel bei wichtigen eidgenössischen Volksabstimmungen. Bern verhielt sich dabei oft ähnlicher wie die Welschen als andere Kantone weiter im Osten der Schweiz und näherte sich damit dem Ziel, «als Mittler zwischen der deutschsprachigen und der französischsprachigen Schweiz» zu wirken, wie es die Kantonsverfassung von 1993 in ihrem Artikel 2 vorsieht.

Die Auseinandersetzungen um den Jura hatten seit der Jahrhundertmitte im Kanton so viel Energie, Denkkraft und Zeit der Behörden, der Politiker und der Öffentlichkeit überhaupt beansprucht, dass darob manches andere zur Bewältigung auf spätere, vermeintlich ruhigere Zeiten zurückgelegt wurde. Verschiedenes davon gehört in den weiten Rahmen gesamtschweizerischer, ja internationaler Entwicklungen, etwa die Zunahme, die wachsende Durchmischung und die soziale Umschichtung der Einwohnerschaft, ihre Verlagerung aus Randgebieten oder Kernstädten in die Agglomerationen oder das gewaltige Wachstum des Verkehrs mit ungeahnten Möglichkeiten für die Mobilität des Menschen wie für die Belastung und die Gefährdung von Landschaft und Lebensqualität.

Dabei spüren andere Kantone diesen Wandel deutlicher als Bern. So liegt in Bern der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung tiefer als im eidgenössischen Durchschnitt. Tiefer ist allerdings auch das Volkseinkommen und entsprechend schwerer die Steuerlast, die zum Teil herrührt von der hohen Verschuldung des Staates und dem Zinsendienst, den sie nach sich zieht, aber auch von der Last der Milliardenverluste, welche die Kantonbank in der jüngsten Vergangenheit erlitten hat.

Beim Verkehr sind einzelne Entscheide, welche bis in die Gegenwart nachwirken, schon früher gefallen. Vergeblich forderte das Wallis eine Nationalstrasse durch den Rawil als Verbindung zum Berner Oberland, und die «Transjurane», die in der Nord-Süd-Richtung den Jura unter sich und mit der übrigen Schweiz verbindet, wurde erst lange nach allen anderen Autobahnstrecken bewilligt. Von den Eisenbahnprojekten berühren den Kanton Bern besonders die «Bahn 2000» im Mittelland und die «Neue Alpentransversale» NEAT am Lötschberg. Angesichts der überbordenden Kosten lassen sich aber diese Pläne wohl nur zum Teil verwirklichen. Unklar sind ebenfalls die Aussichten der gewaltigen Stausee-Vorhaben an der Grimsel, die stark in die Natur der Bergwelt eingreifen würden.

Auch im Spital- und im Bildungswesen stehen Kantone und Gemeinden vor Aufgaben, deren Lösung neue Einstellungen und

Denkweisen fordert. Ist damit der nach Art und Herkommen im ganzen eher konservative Berner überfordert? Zwar hat er 1986 überraschend eine «rot-grüne» Kantonsregierung gewählt und sich 1990 für das Schulmodell 6/3 entschieden, das die neun Jahre der Volksschulzeit in einer für Bern unvertrauten Weise auf die verschiedenen Schulstufen verteilt. Aber solche Überraschungen wirkten eher als unerwartete Zwischenspiele und nicht als eine Wende zu Neuem von Dauer und Beständigkeit. Wird Bern ohne einen solchen Aufbruch die Zukunft und ihre Probleme meistern können?

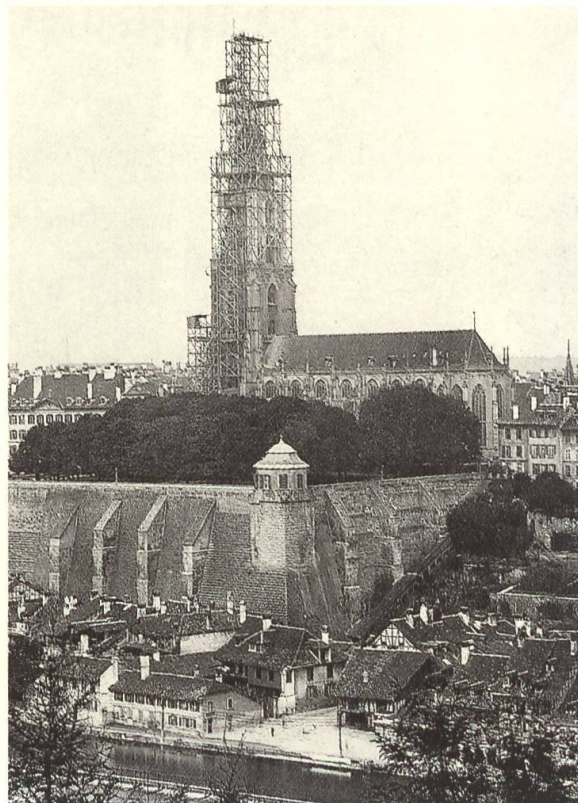
BILDTEIL



1



2



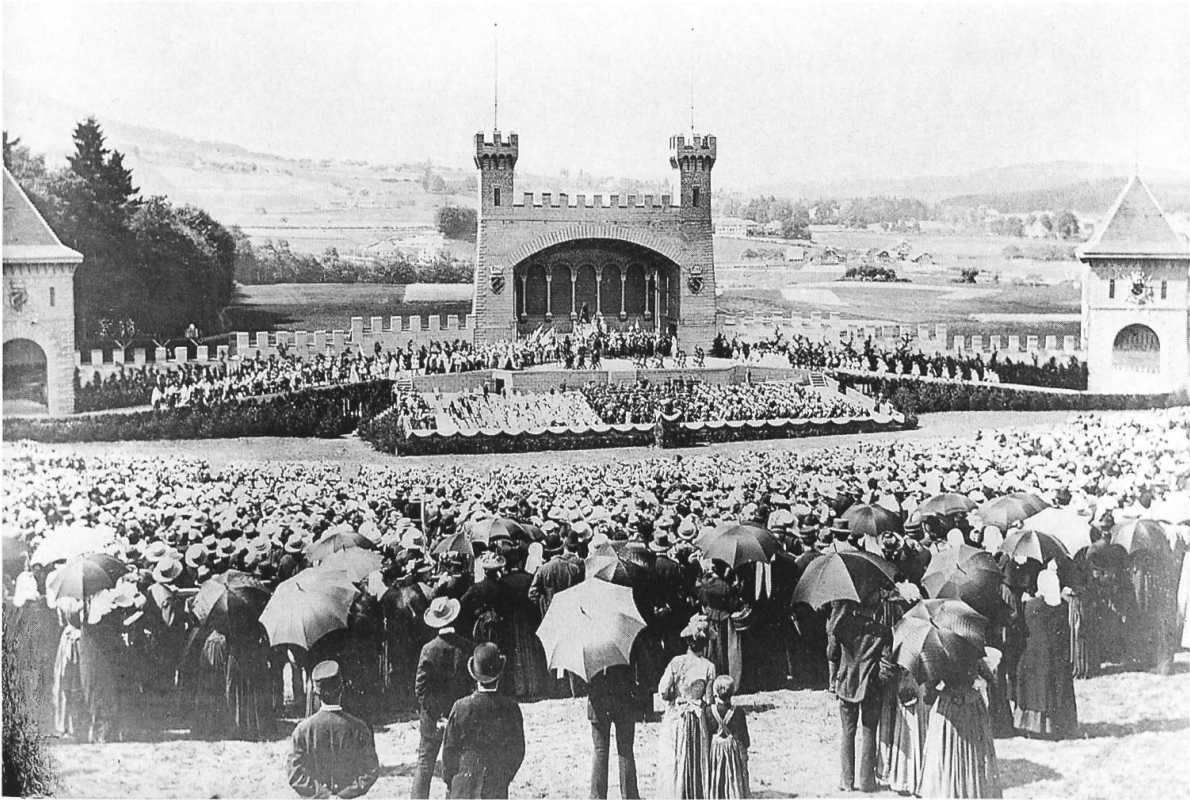
3

1 Bern um 1860, von der Grossen Schanze aus gesehen

2 Der Christoffelturm in Bern während der Abbrucharbeiten, Januar 1865

3 Das Münster zur Zeit des Turmausbaus, 1889 bis 1893





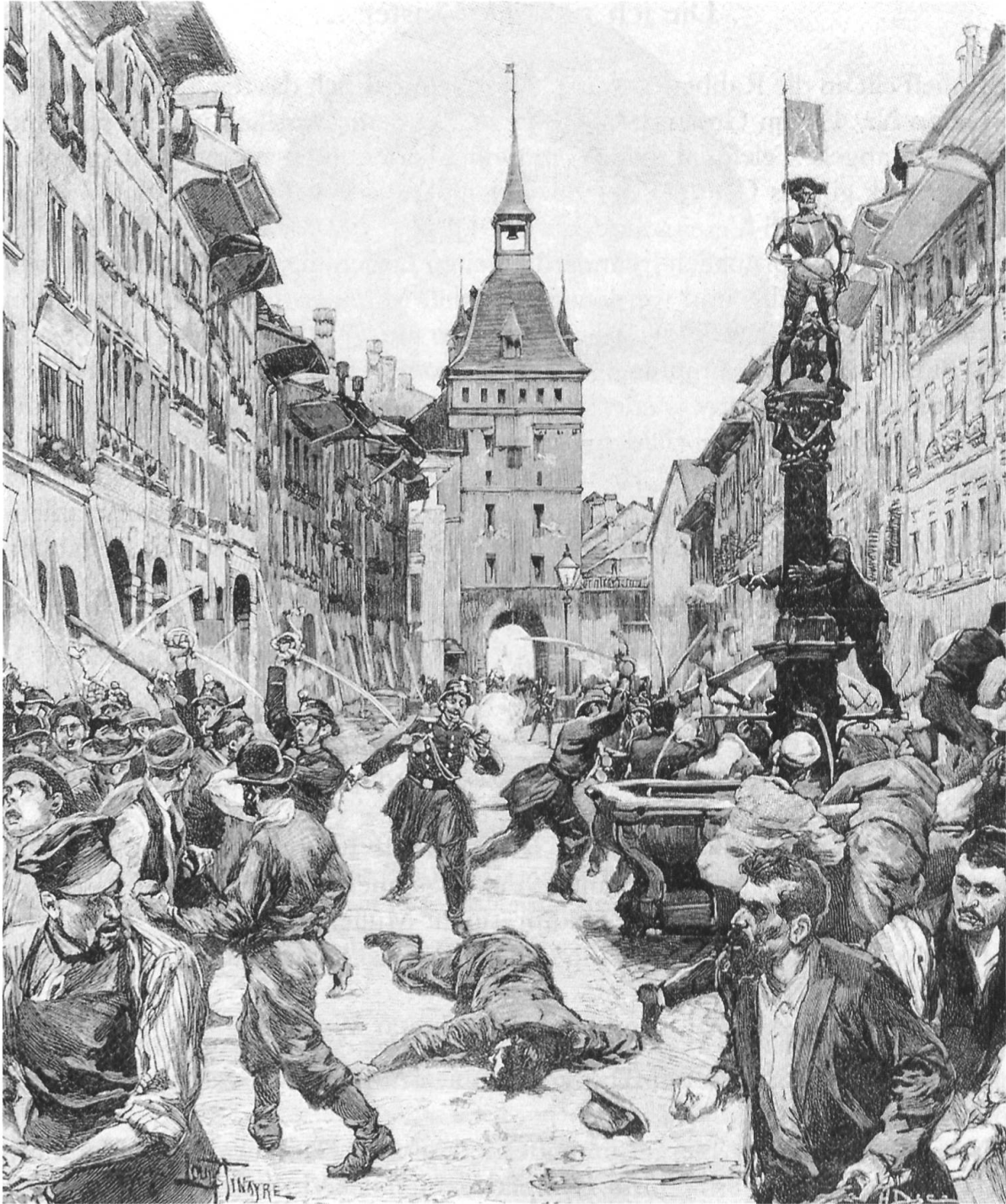
5



6

5 Festspiel an der Gründungsfeier der Stadt Bern, August 1891

6 Szene aus dem Festzug anlässlich der Gründungsfeier 1891: Die Berner Bären



7

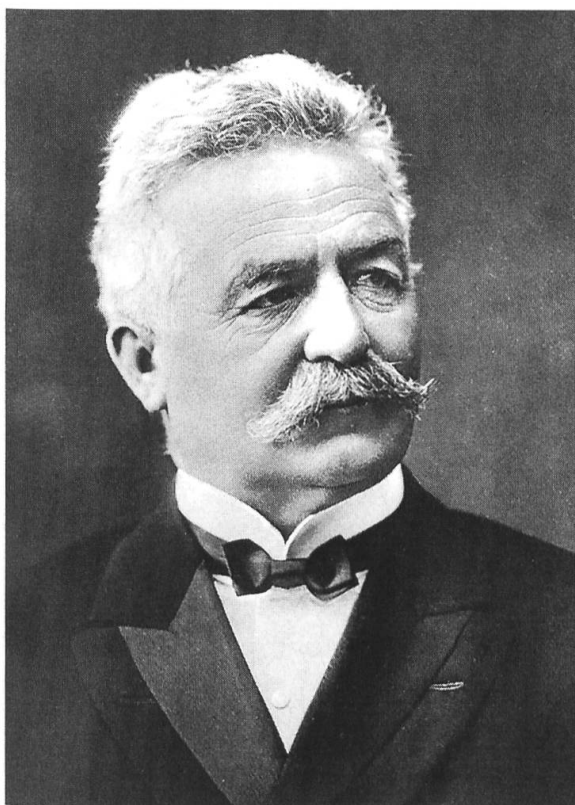
7 Der Käfigturmkravall vom 19. Juni 1893



8



9



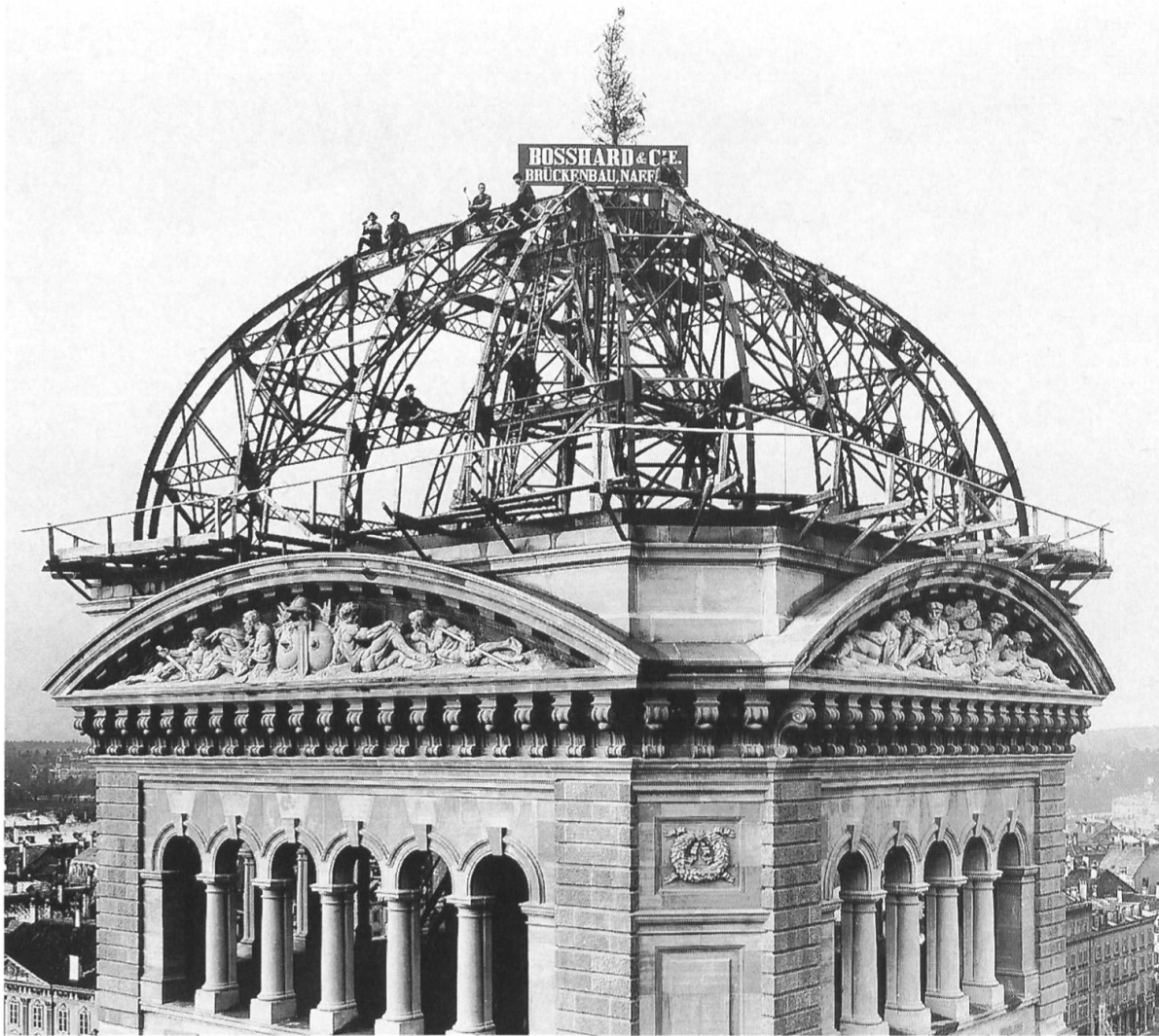
10



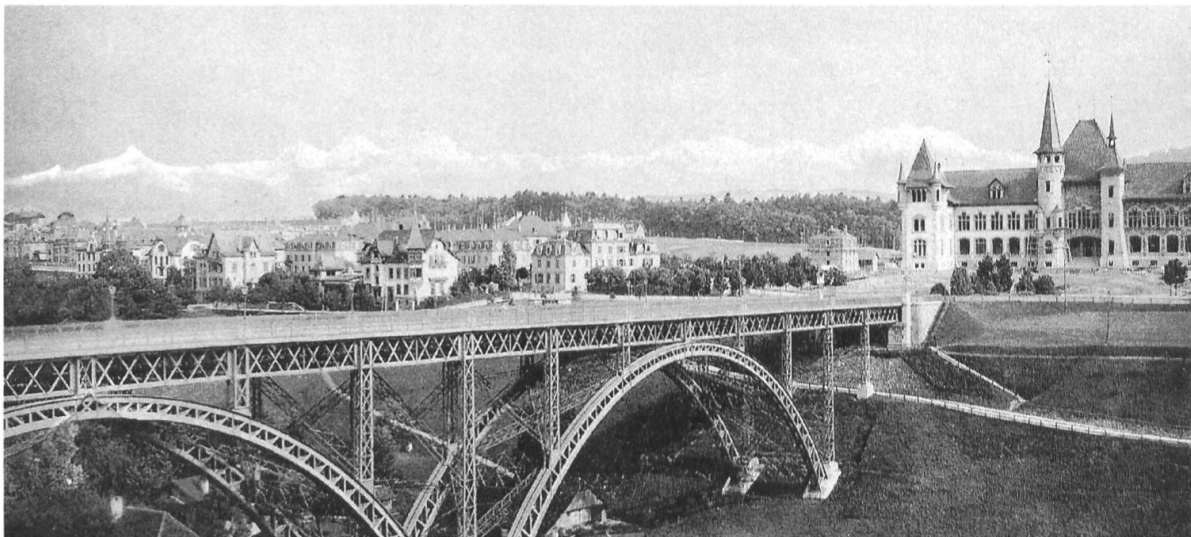
11

8 *Albert Steck (1843–1899)*
 10 *Eduard Müller (1848–1919)*

9 *Nikolaus Wassilieff (1857–1920)*
 11 *Friedrich Ernst Bühlmann (1848–1936)*



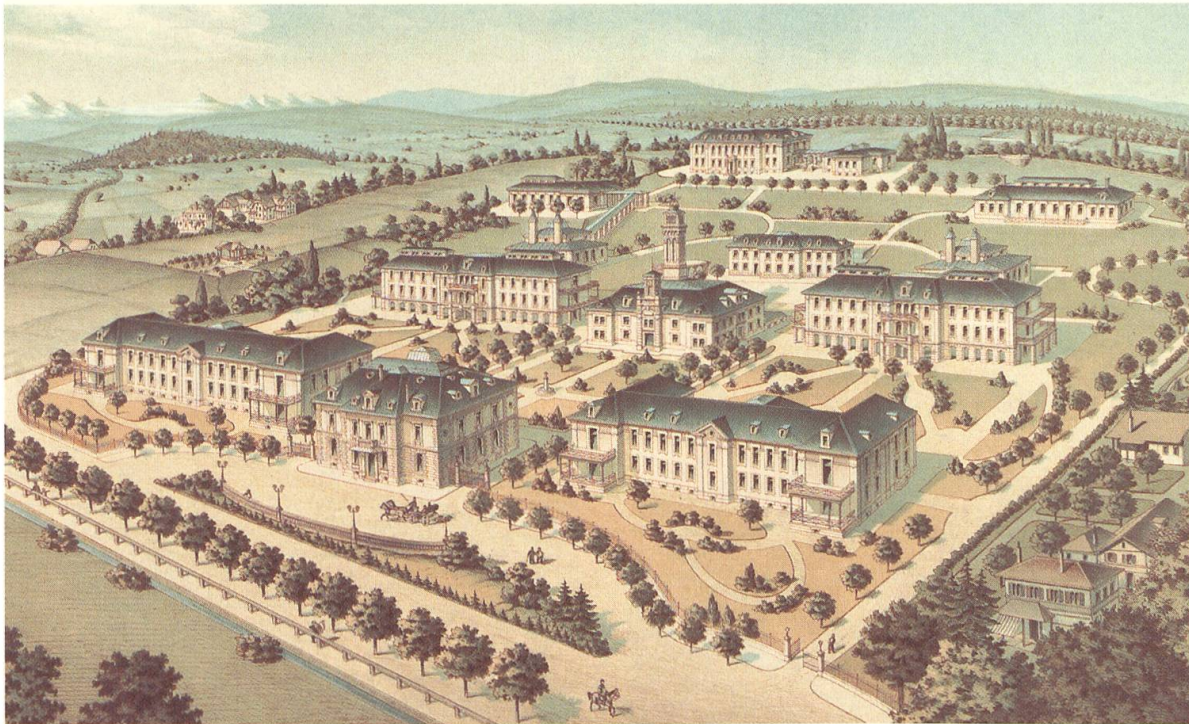
12



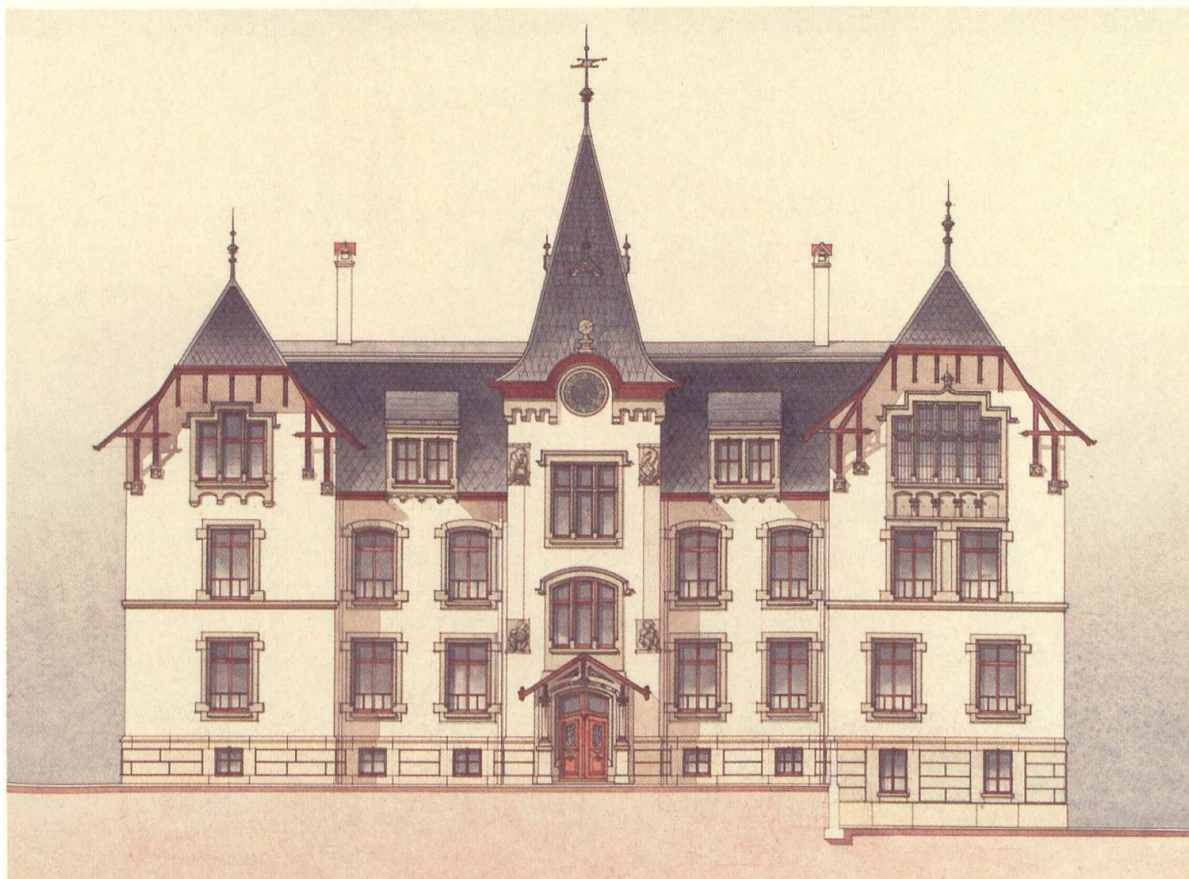
13

12 Montage des eisernen Kuppelgerüsts am Parlamentsgebäude, 1901

13 Bern: Kirchenfeldbrücke und Historisches Museum, um 1895



14

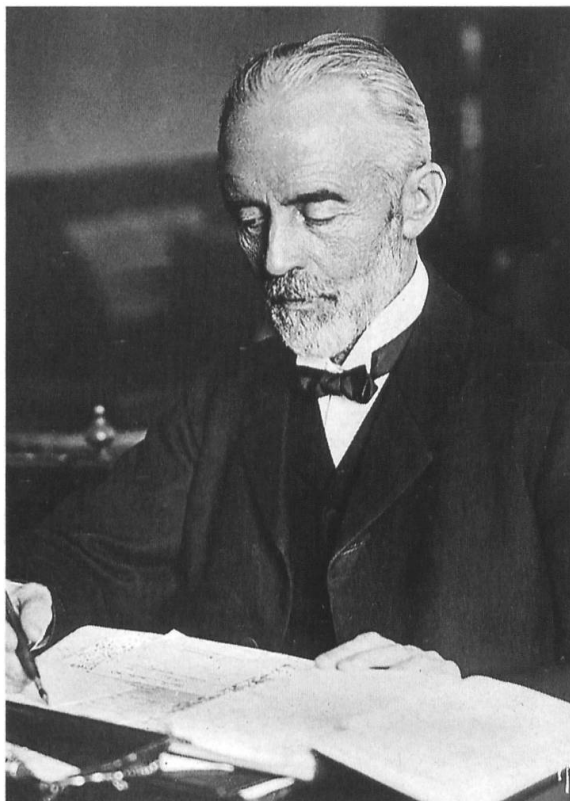


15

- 14 *Das neue Inselspital in Bern, erbaut 1881–1886*
 15 *Das Oberseminargebäude in Bern, erbaut 1904–1905*



16

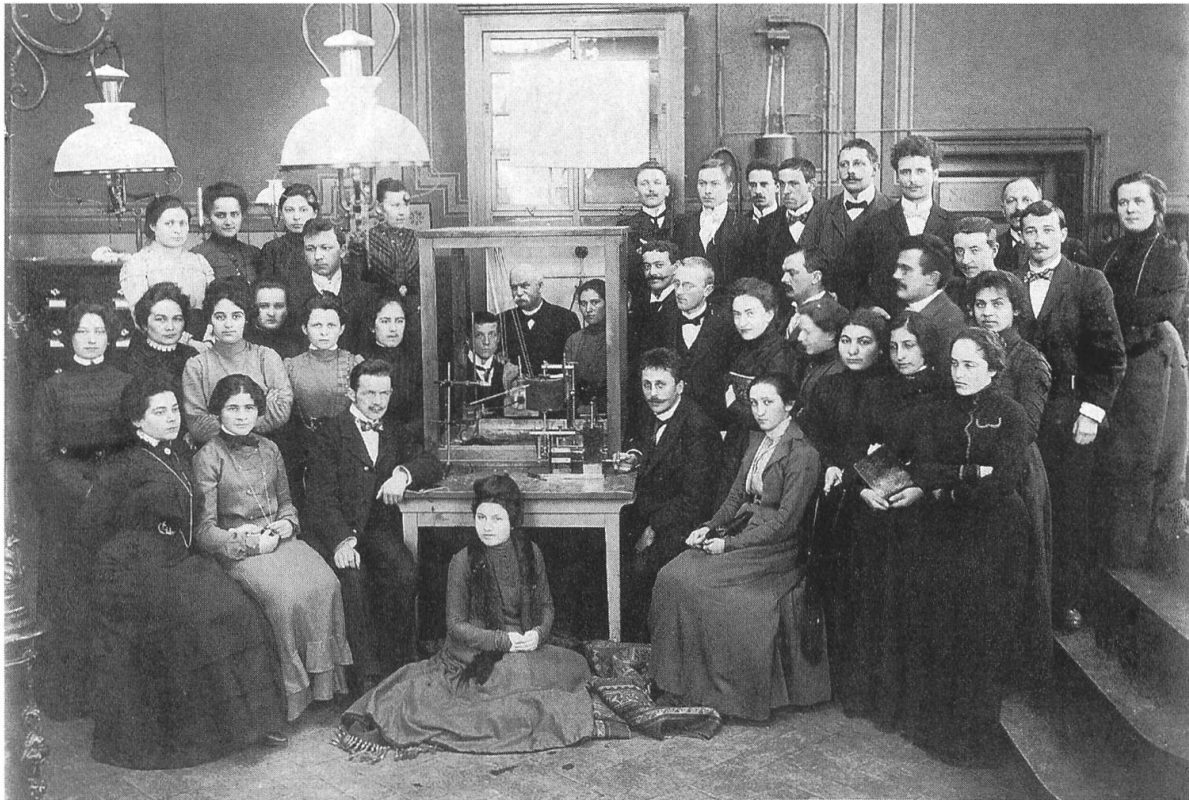


18

16 *Albert Gobat (1843–1914)*

17 *Theodor Kocher (1841–1917)*

18 *Das neue Universitätsgebäude auf der Grossen Schanze in Bern, erbaut 1900–1903*



19



20



21

19 Prof. Hugo Kronecker mit Studierenden im Physiologischen Institut

20 Albert Einstein als eidgenössischer Beamter, 1904

21 Gertrud Woker (1878–1968)



22

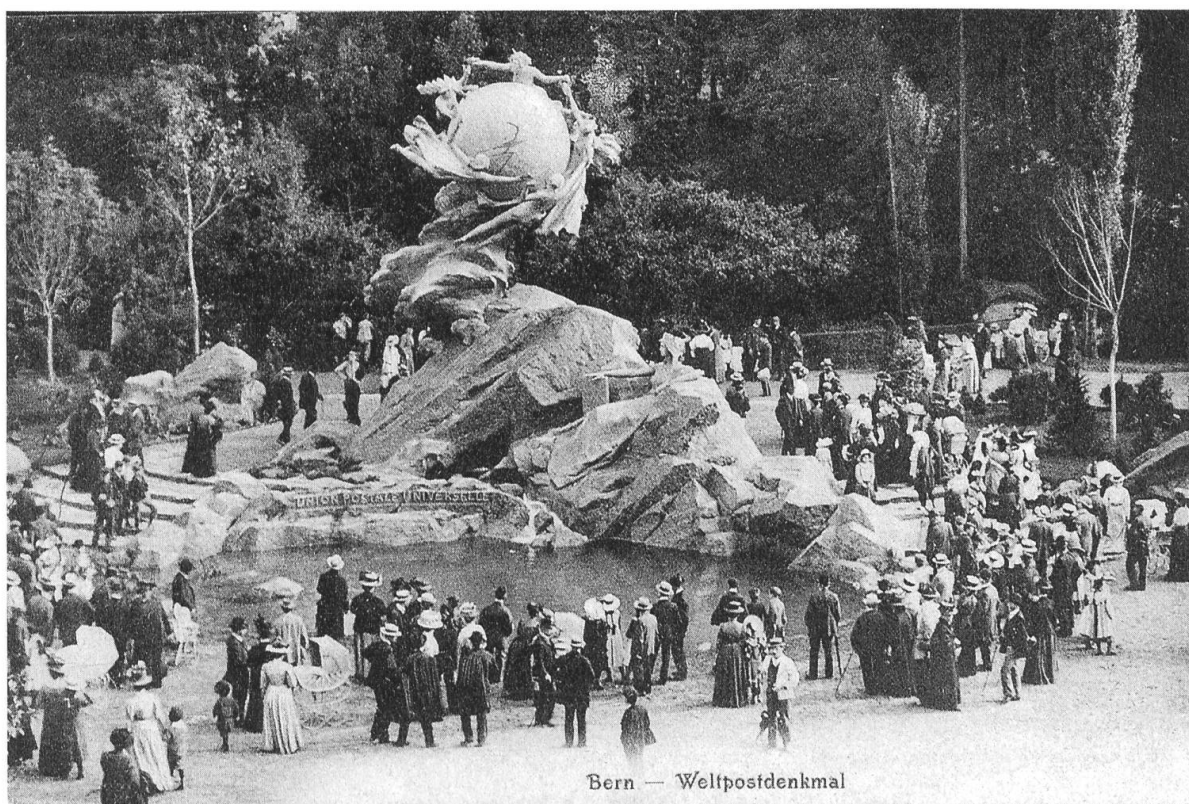


23

22 Das Kantonale Technikum von Burgdorf, um 1910
 23 Das Kantonale Technikum von St-Imier, um 1901



24



25

24 Einweihung des Welttelegrafendenkmals auf dem Helvetiaplatz in Bern, 22. Dezember 1922

25 Das Weltpostdenkmal in Bern, um 1910



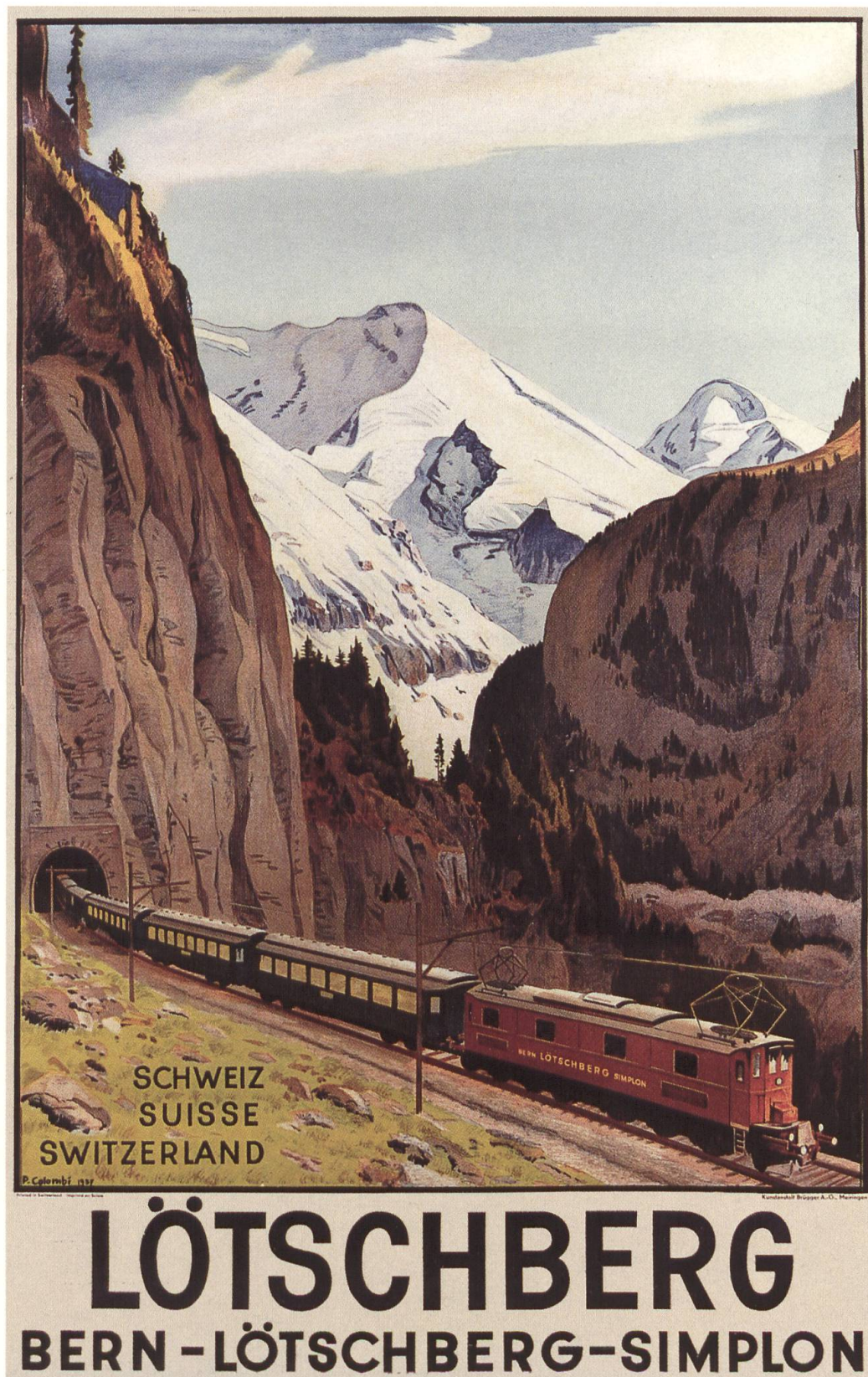
26

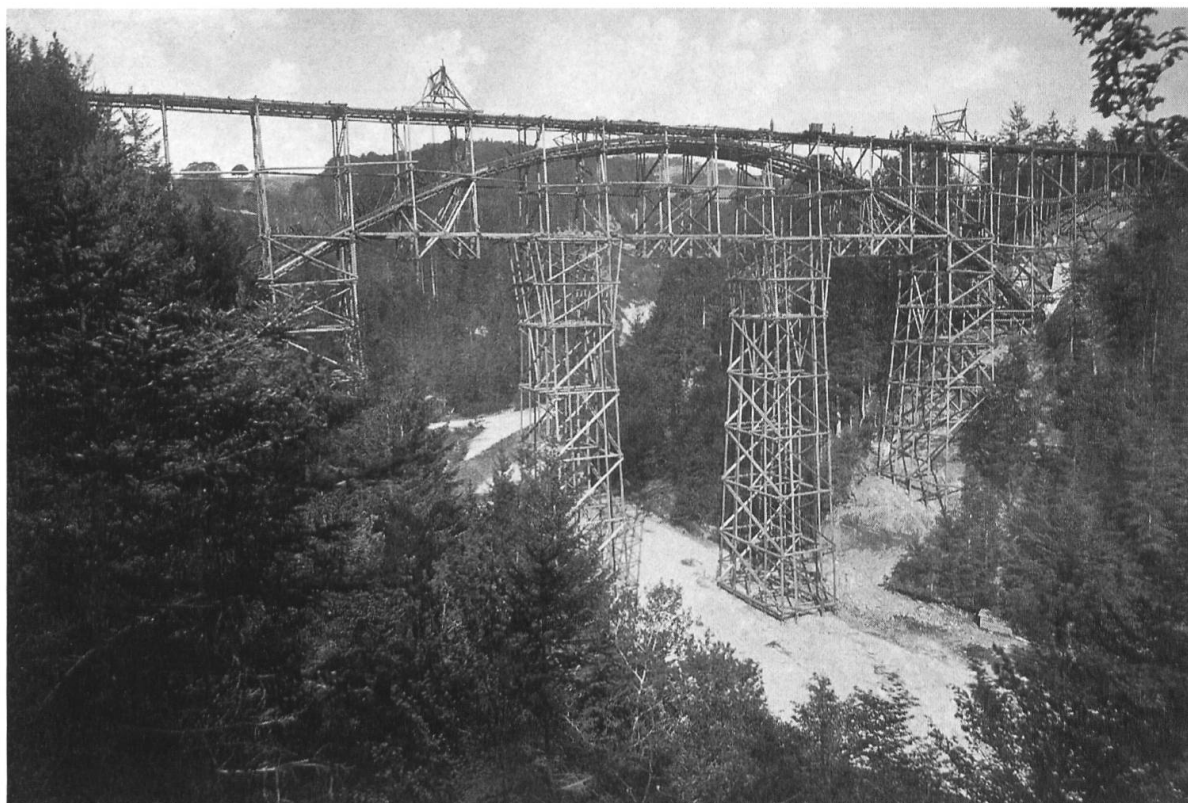


27

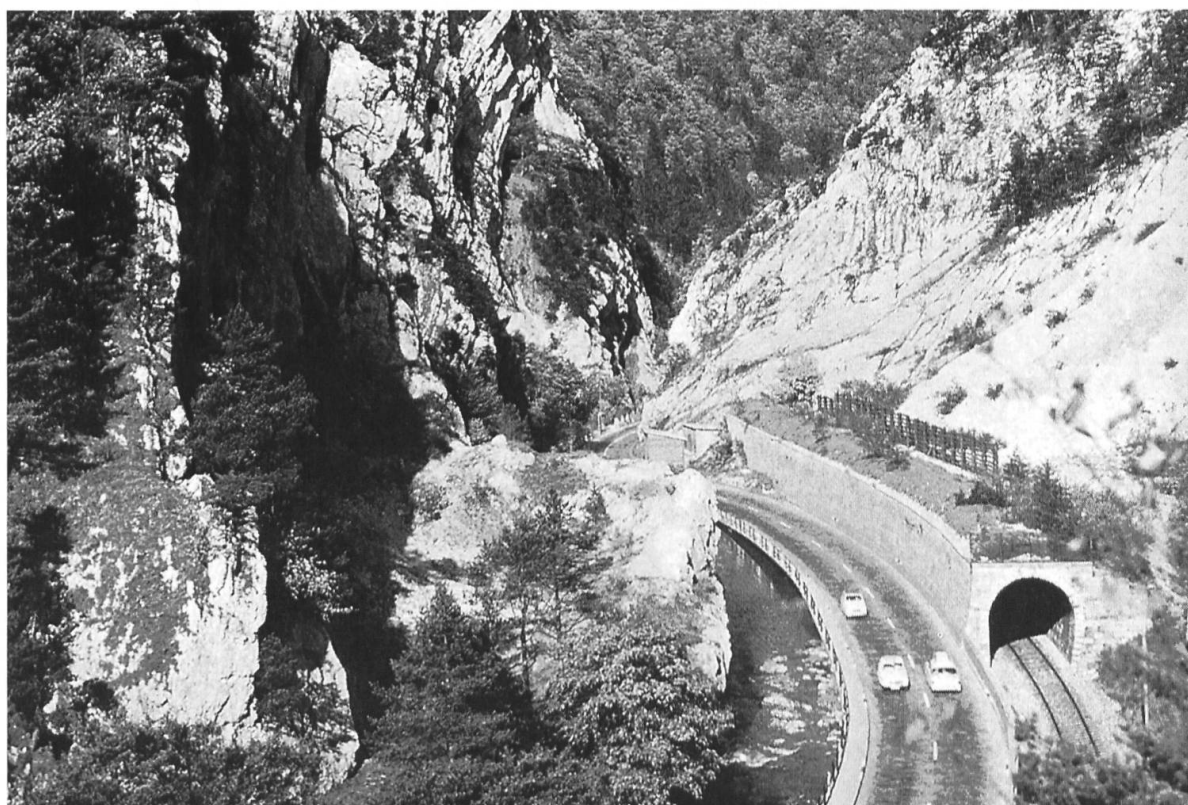
26 Jungfrauabahn: Station Eigergletscher kurz nach der Eröffnung, 1898

27 Arbeiter beim Bau der Lötschbergbahn, um 1911



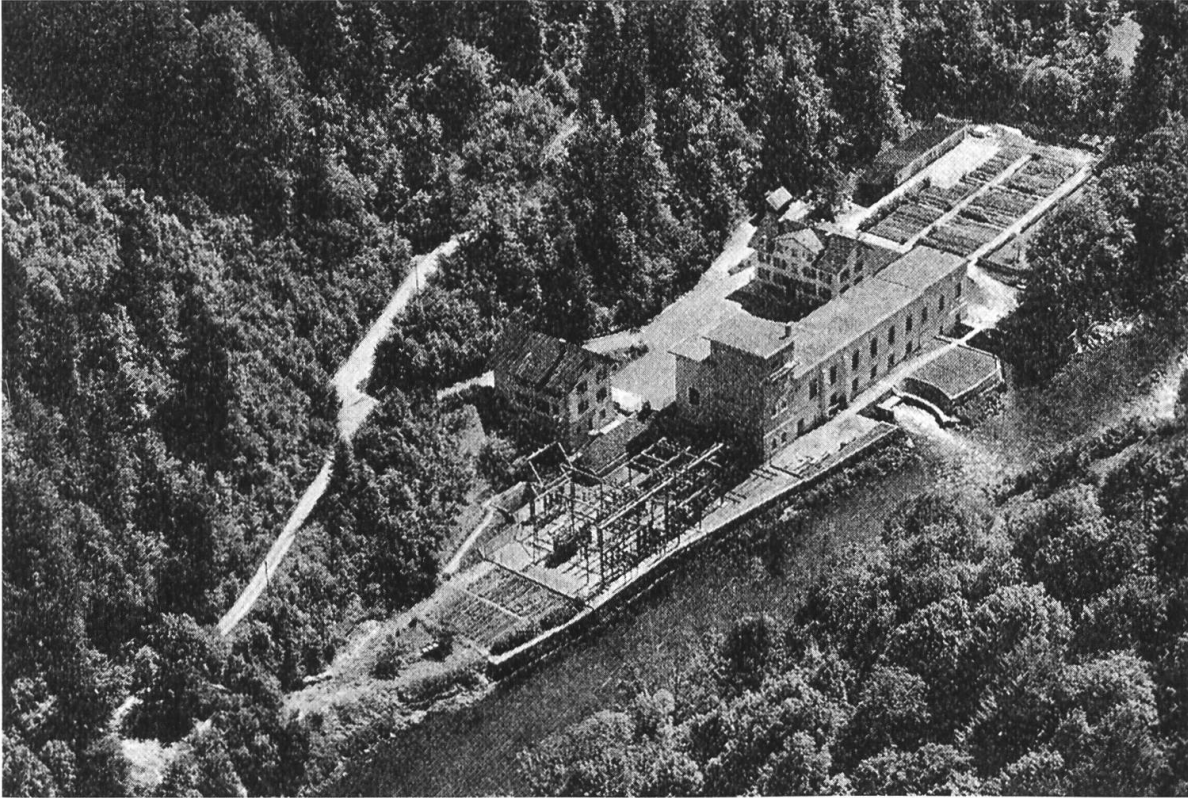


29

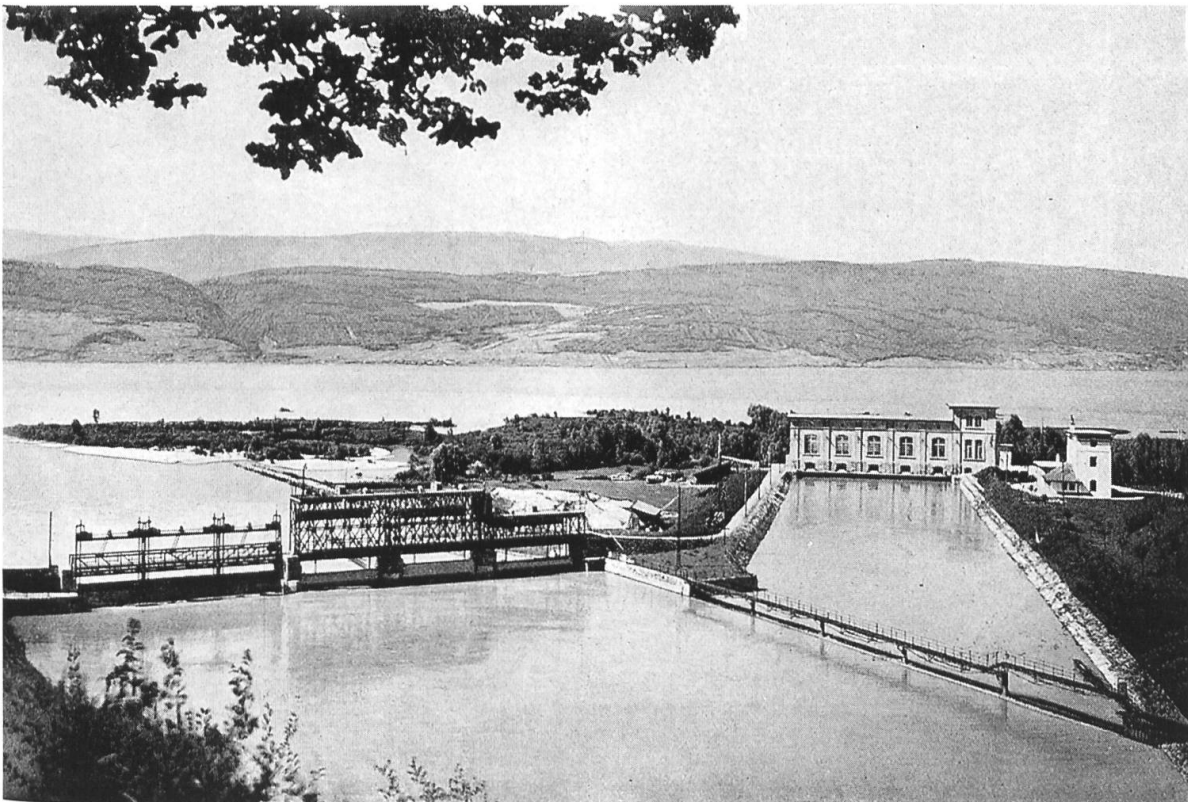


30

29 Bau der Schwarzwasserbrücke an der Bern–Schwarzenburg-Strasse, um 1882
 30 Strasse und Eisenbahn im Berner Jura (Gorges de Court)



31



32

31 *Das Wasserkraftwerk von La Goule, 1893*

32 *Wasserkraftwerk Hagneck, erbaut 1897 bis 1899*



33



34



35

33 *Das alte Grimselhospiz versinkt in den Fluten, September 1930*

34 *Gottlieb Bühler (1855–1937)*

35 *Eduard Will (1854–1927)*



36



37

36 Kaiserbesuch in Bern, 6. September 1912

37 Ferdinand Hodler und August Heer porträtieren General Wille im Hotel Bellevue Bern, 1915

Schweizerische Landesausstellung Bern 1914. Ansicht gegen Süden.

Wetterhorn Schreckhorn Finsteraarhorn Eiger Mönch Jungfrau



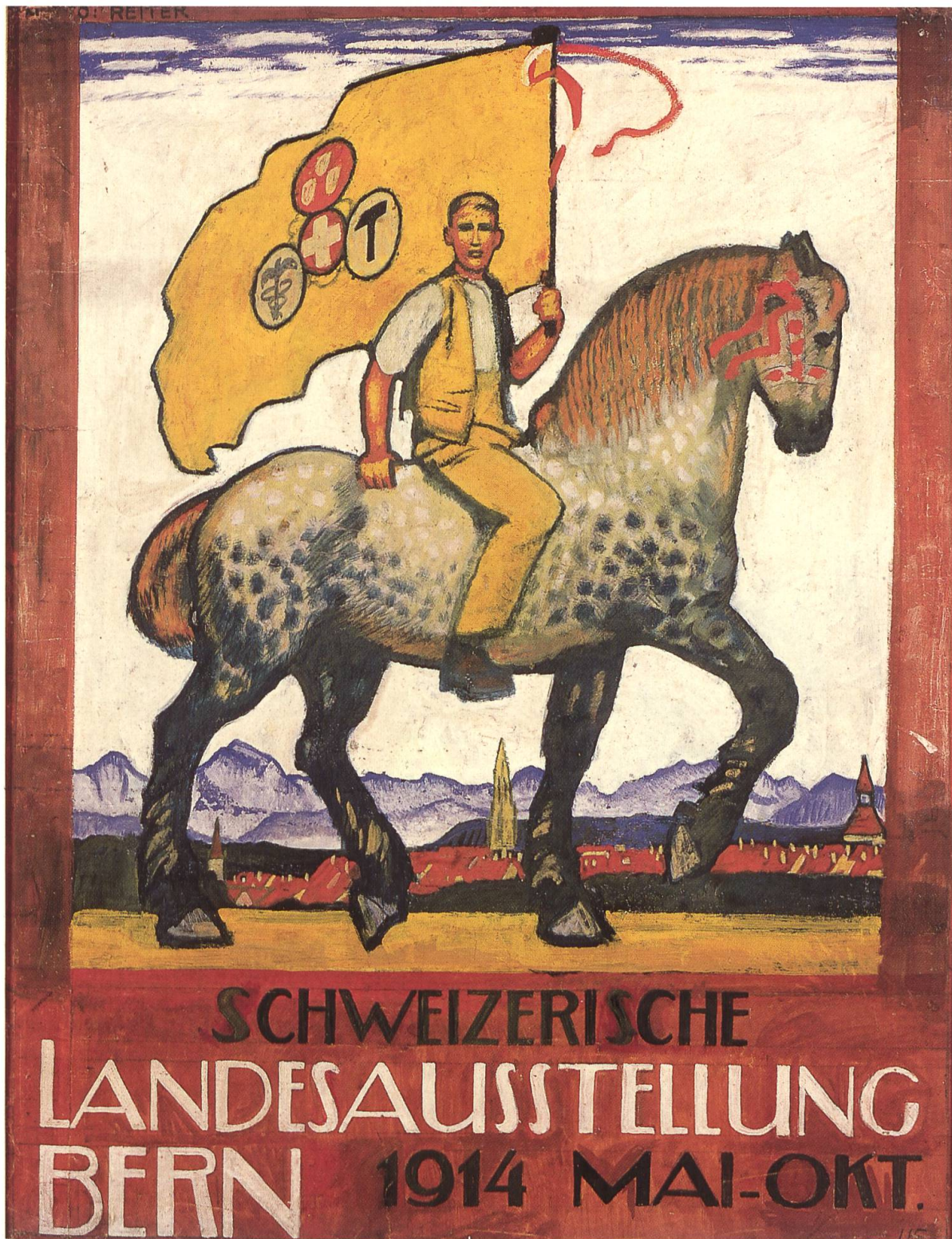
38

Schweizerische Landesausstellung Bern 1914. Ansicht gegen Süden.

Blüemlisalp Niesen Doldenhorn Gurten



39

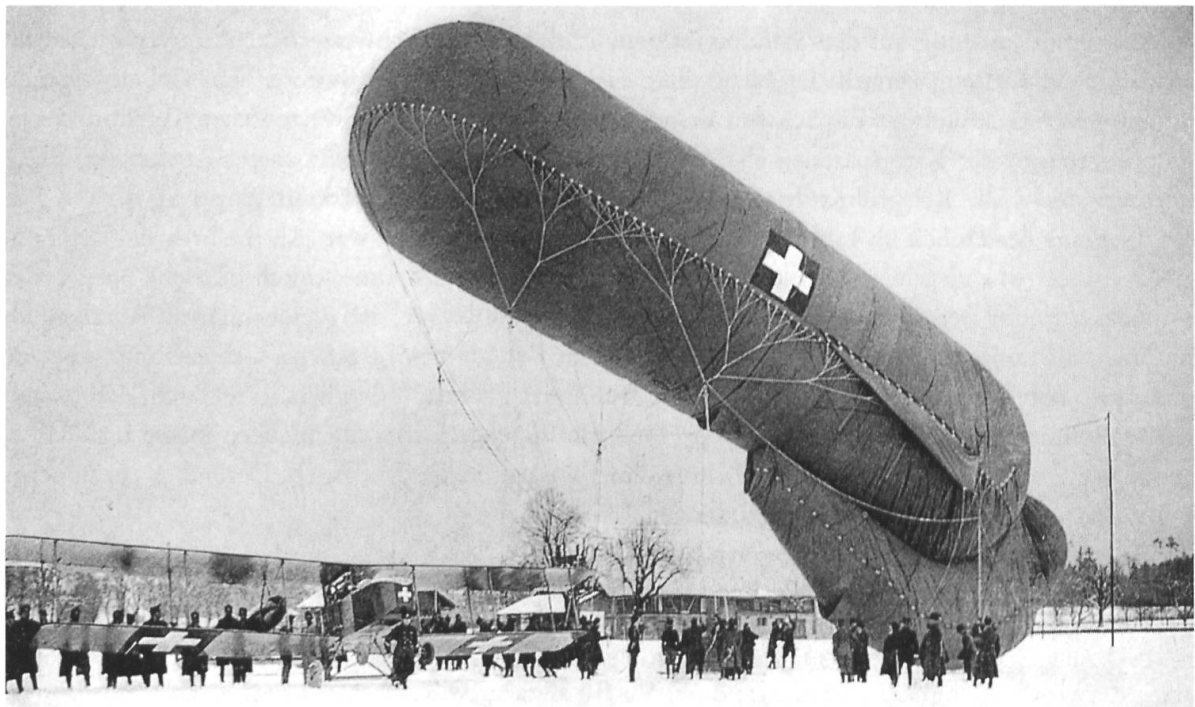


40

40 Emil Cardinaux' «Reiter», das heftig umstrittene offizielle Ausstellungsplakat der Schweizerischen Landesaussstellung in Bern 1914



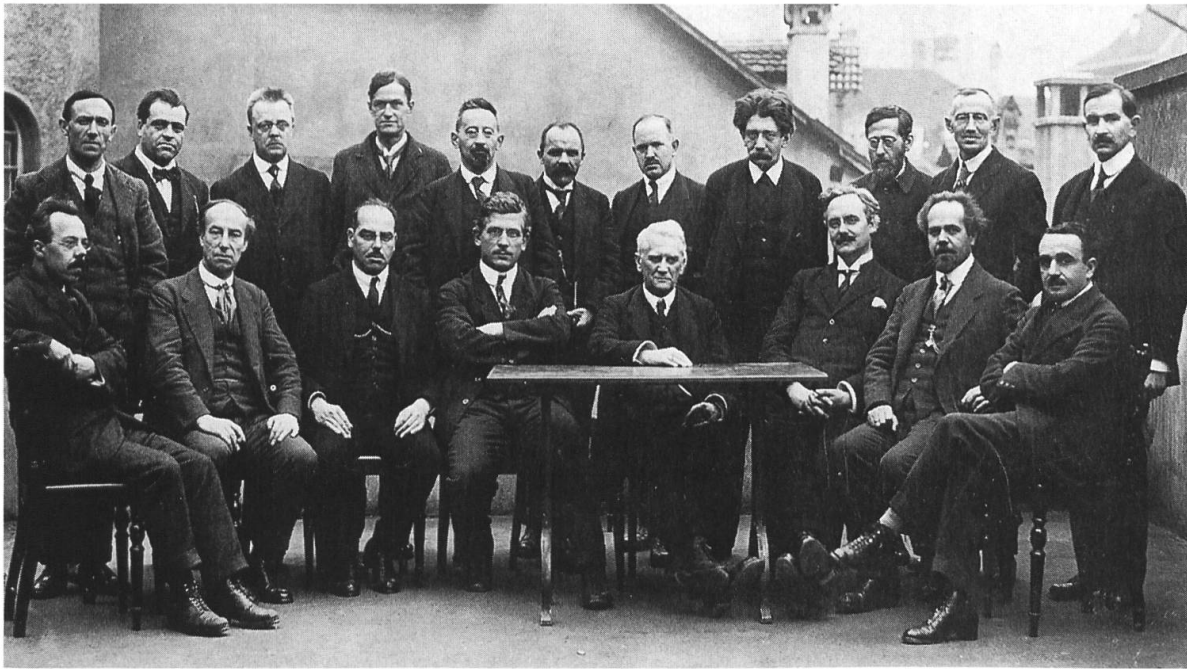
41



42

41 *Symbolfigur im Ersten Weltkrieg: «Gilberte de Courgenay»*

42 *Ballontruppen der Schweizer Armee*



43



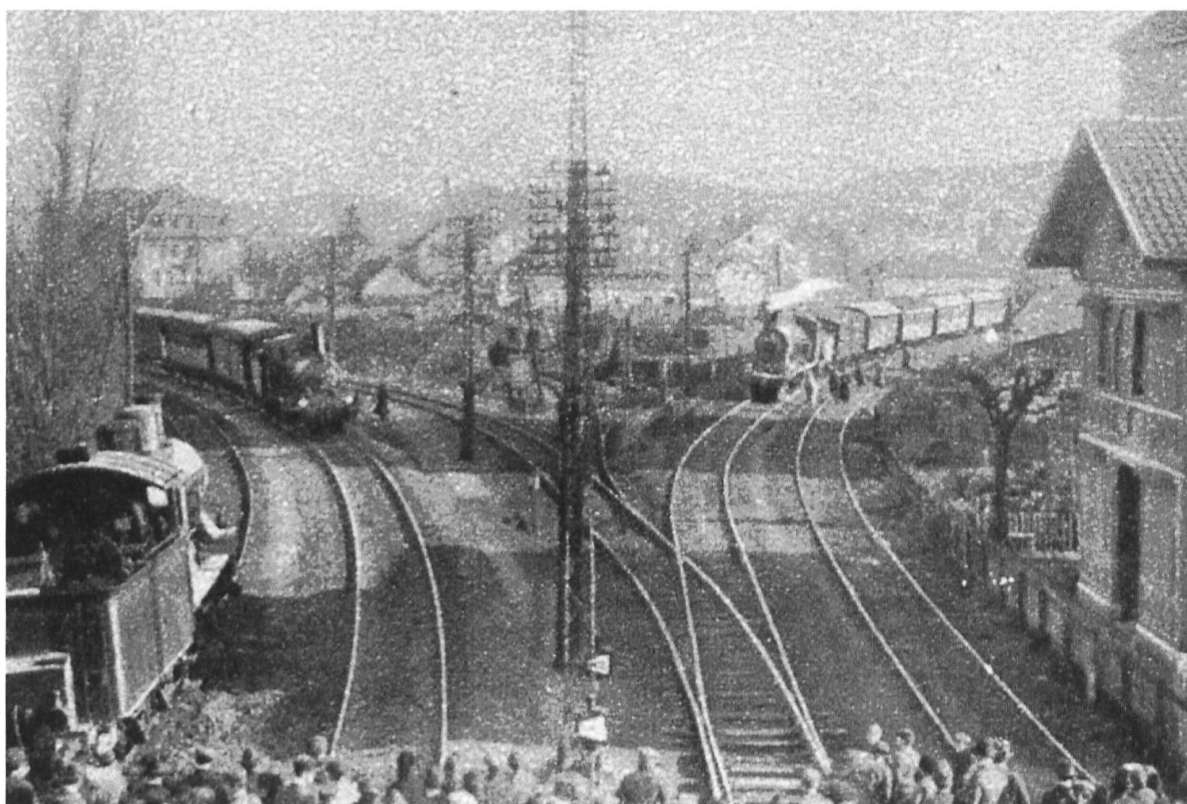
44

43 Sozialistenkonferenz in Bern im Februar 1919

44 Ausweisung der sowjetischen Gesandtschaft in Bern, 12. November 1918



45



46

45 *Landesstreik 1918: Truppenkonzentration auf dem Kirchenfeld in Bern, November 1918*

46 *Landesstreik 1918: Streikende halten zwei Militärtransportzüge von Bern und Delémont in Richtung Biel auf, November 1918*



47



48



49



50

47 «Wir wollen Glück und Zufriedenheit». Postkarte der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei für die Nationalratswahlen von 1922. (Atelier Häusler Bern)

49 «Wählt Sozialdemokraten». Wahlplakat für die Sozialdemokratische Partei von Otto Baumberger, 1929

48 «Bärn stimmt rot!». Wahlplakat für die Sozialdemokratische Partei von Carl Schärer, 1927

50 «Wählt bürgerlich». Wahlplakat der Freisinnigen und der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei von Friedrich Traffelet, s.d.



51



52

51 Rudolf Minger (1881–1955) und Robert Grimm (1881–1958)

52 Ernst Laur als Redner an der grossen Bauerndemonstration vom 9. September 1928 auf dem Bundesplatz in Bern



53



54



55

53 Eröffnungsumzug der SAFFA, 25. August 1928

54 Rosa Neuenschwander (1883–1962) als Rednerin an der Bundesfeier in Bern, 1. August 1941

55 Helene von Mülinen (1850–1924)



56



57

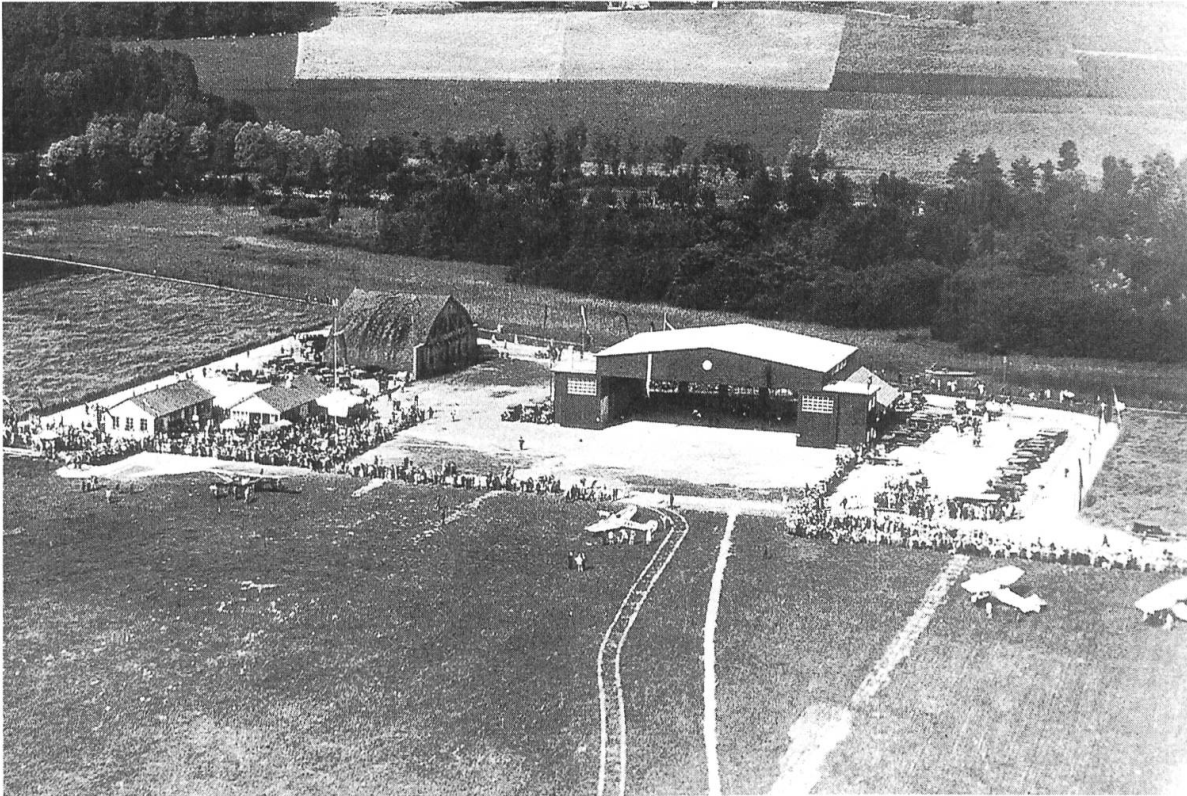


58

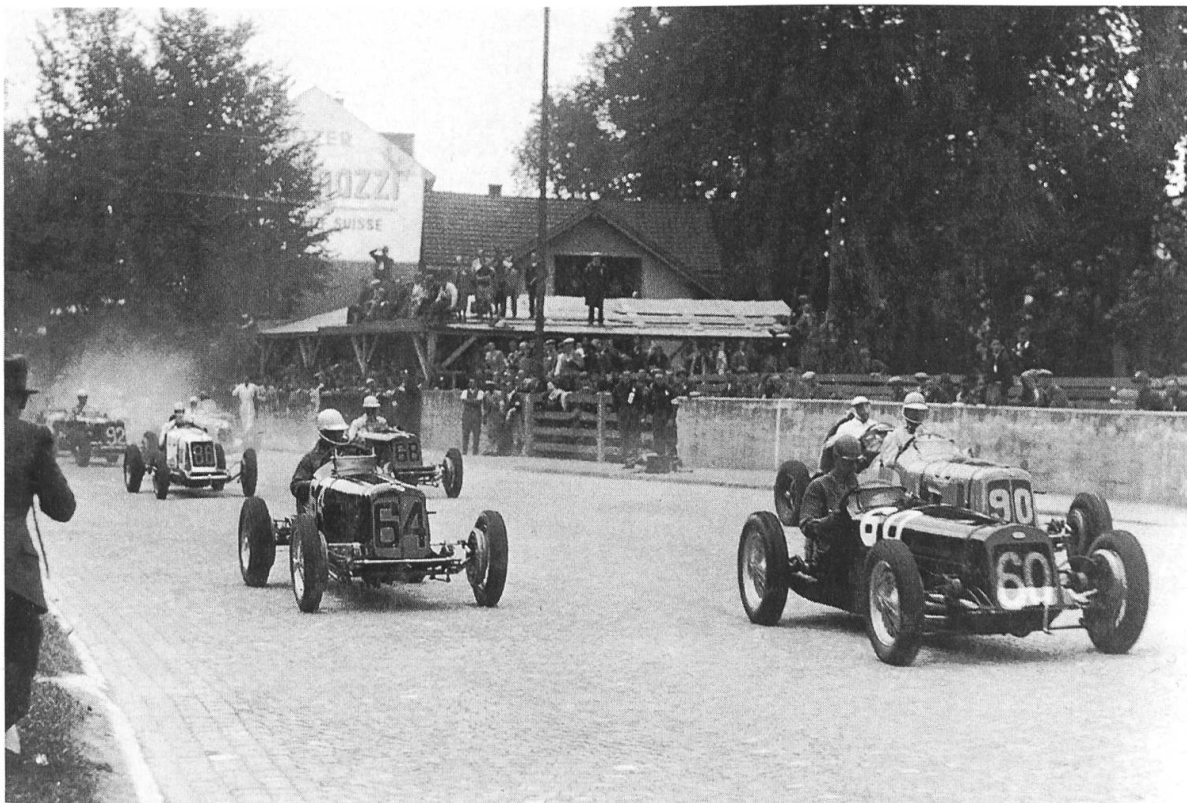
56 «Marsch auf Bern». Kundgebung der Nationalen Front auf dem Bundesplatz, 23. Mai 1937

57 Hans Müller (1891–1988)

58 Die «Romfahrt» einer Schweizer Frontistendelegation, 17. Oktober 1933



59



60

59 Eröffnung des Flugplatzes Belpmoos, 14. Juni 1929

60 Der «Grosse Preis der Schweiz» auf der Bremgartenstrecke, 23. August 1936

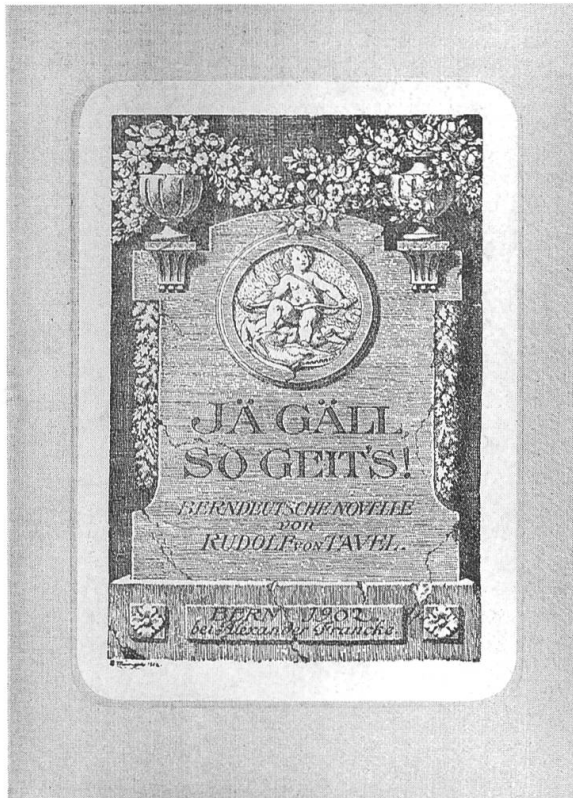


61



62

61 «Bärnfest 1934», Festumzug vom 23./24. Juni 1934: Trachtengruppe aus Schwarzenburg und Guggisberg
 62 Historischer Festzug zur Laupenfeier, 24. Juni 1939



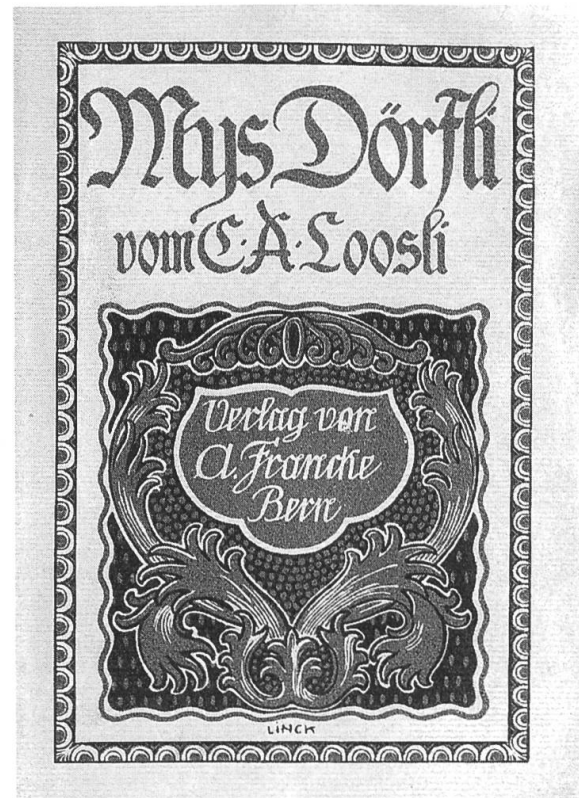
63



64



65



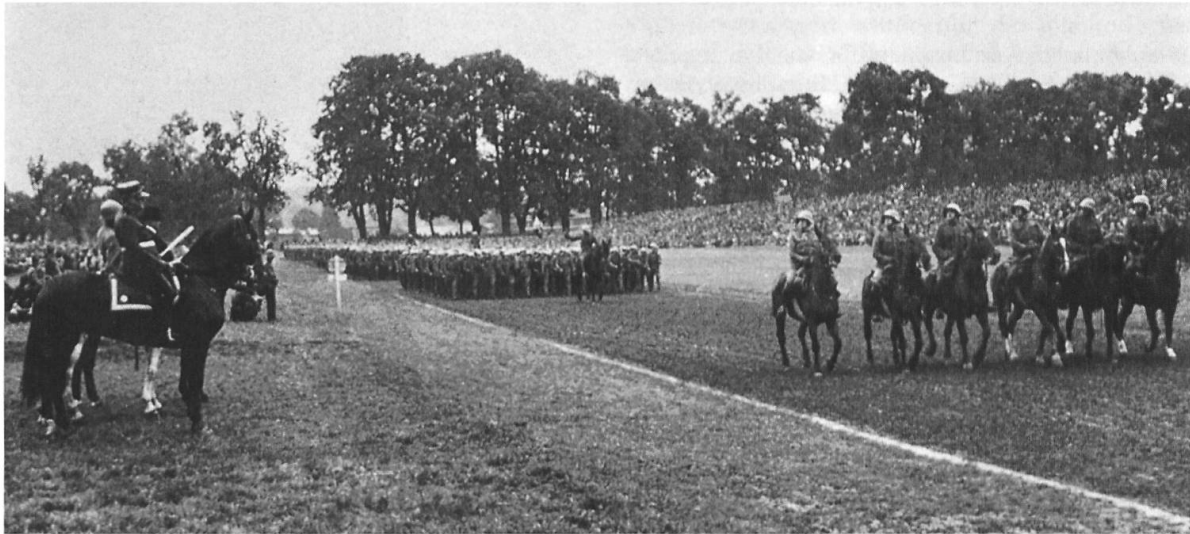
66

63 Rudolf von Tavel (1866–1934)

65 Simon Gfeller (1868–1943)

64 Emanuel Friedli (1846–1939)

66 Carl Albert Loosli (1877–1959)



67



68

67 Das grosse Defilee der 3. Division vor Bundesrat Minger und Oberstkorpskommandant Prisi 1937
 68 Kriegsmobilmachung 1939: Einrückende Wehrmänner im Berner Hauptbahnhof



69



70

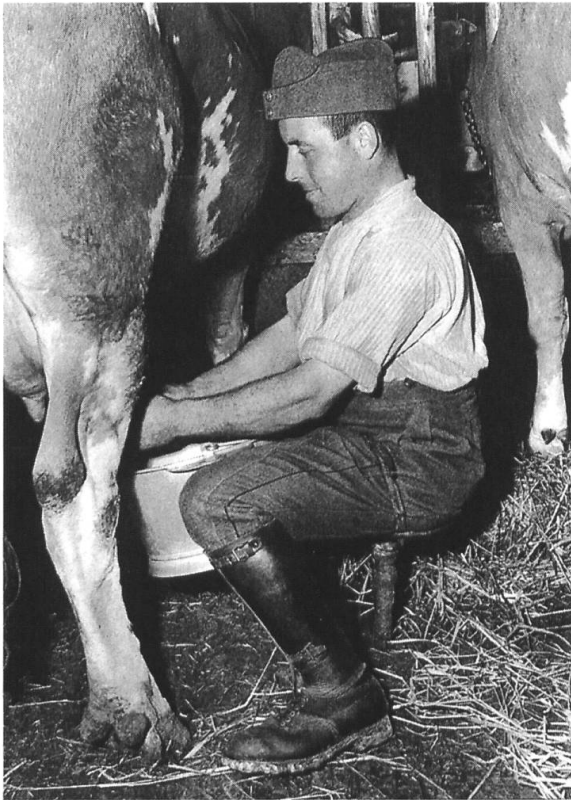


71

69 Bundesrat Eduard von Steiger (1881–1962)

70 Bundesrat Markus Feldmann (1897–1958)

71 Friedrich Traugott Wahlen (1899–1985) orientiert Ackerbaustellen-Leiter der Gemeinden über Einzelheiten seines Anbauwerks



72



73

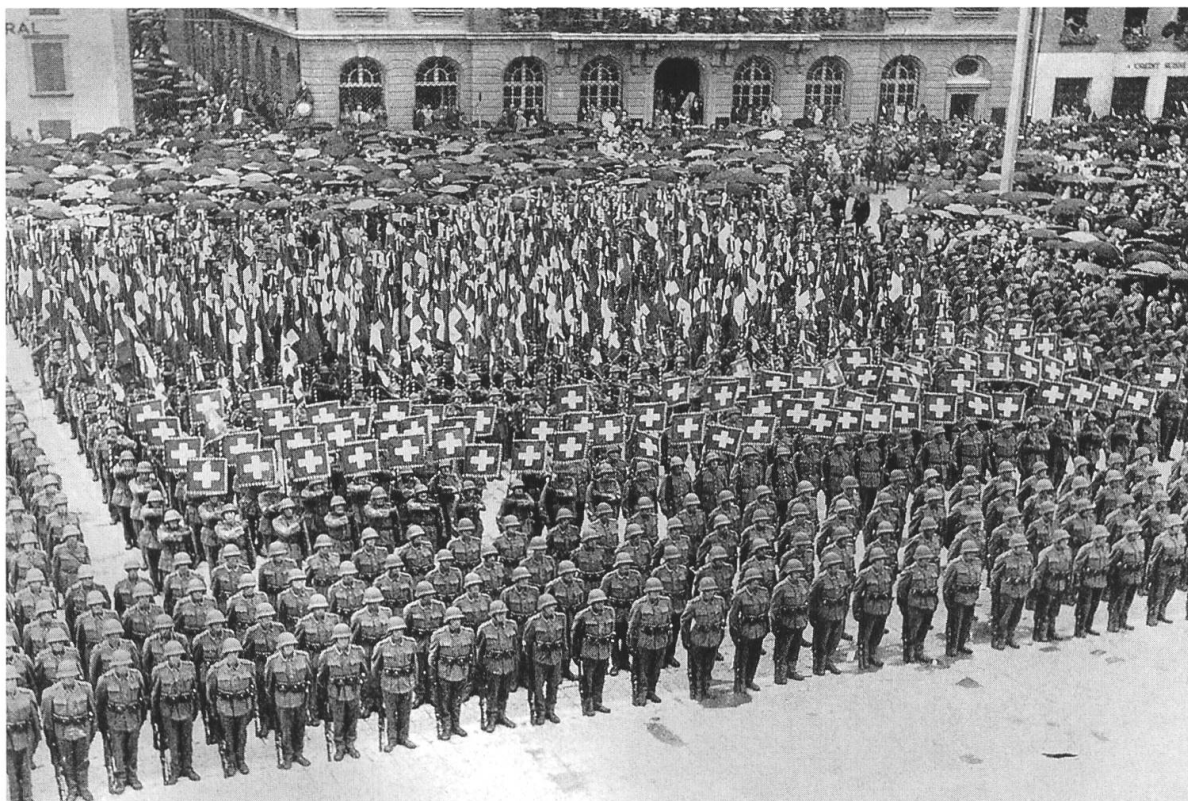


74

72 Innere Landesverteidigung: Soldaten übernehmen die Arbeit ihrer Aktivdienst leistenden Kameraden

73 Das schweizerische Anbauwerk: Kartoffeln vor dem Bundeshaus

74 Die Mitarbeit der Frauen beim Mehranbau



75



76

75 Fahnenhebung auf dem Bundesplatz, 19. August 1945

76 Triumphaler Empfang Winston Churchills in Bern, 17. September 1946



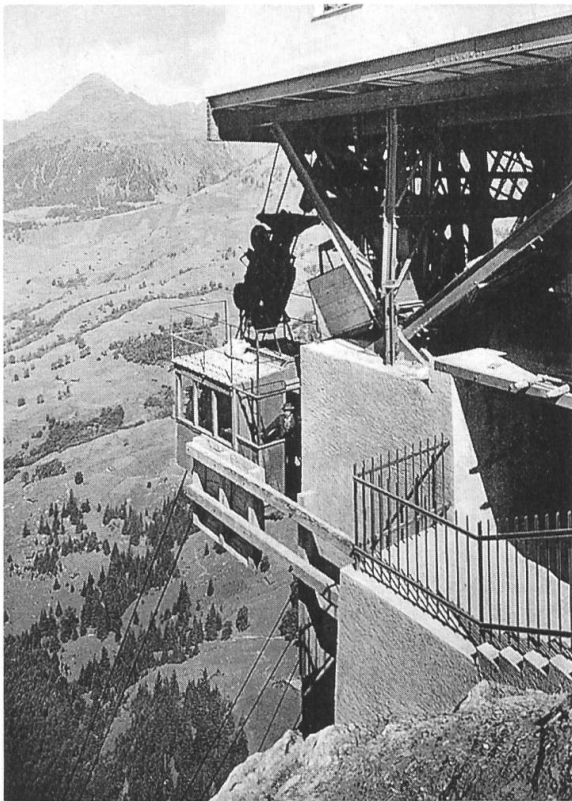
77



78

77 Projekt einer Autobahn im Grauholz, 1960

78 Das Kernkraftwerk Mühleberg der BKW



79



80



81



82

79 Wetterhorn-Aufzug. Station Enge
81 Bau der Schilthornbahn, 1965–1967

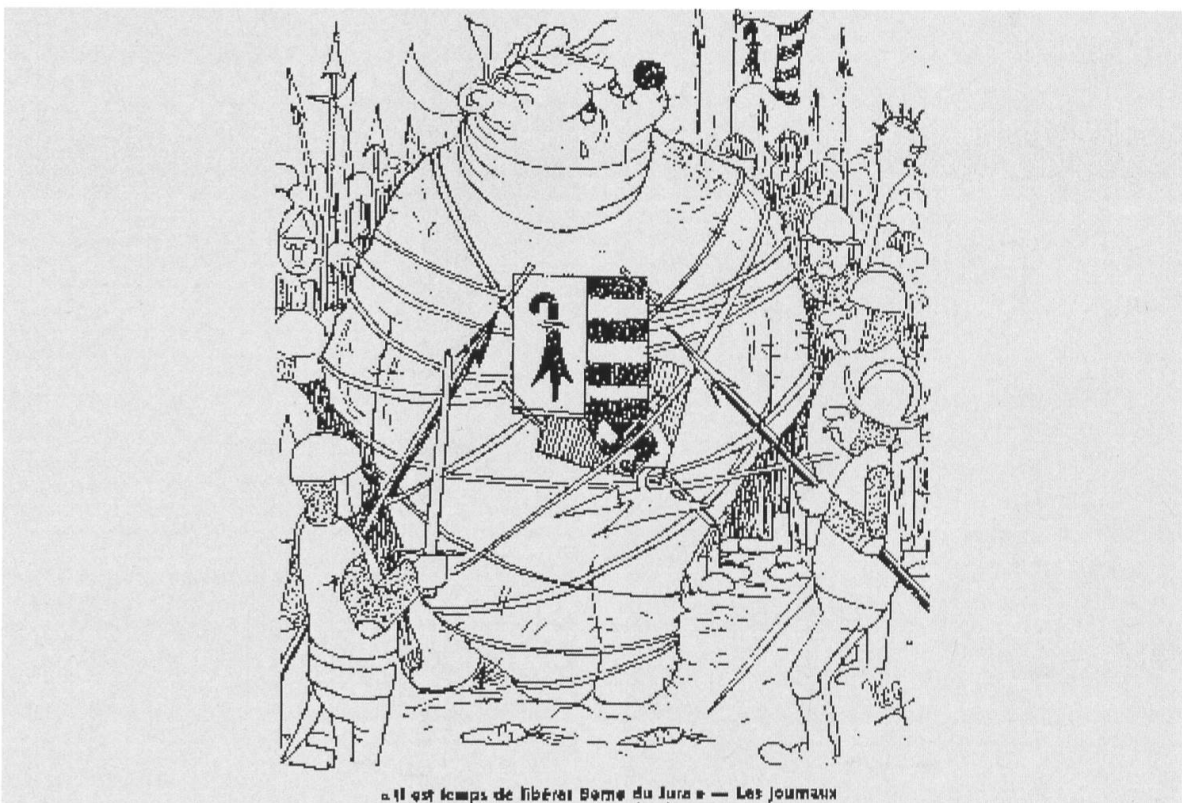
80 Bergbahn Grindelwald–First
82 Fernseh- und Richtstrahlstation der PTT
auf dem Chasseral



83



84



85

«Il est temps de libérer Bern du Jura» — Les Joumanx

83 Georges Moeckli (1889–1974)

84 Roland Béguelin (1921–1993)

85 «Es ist Zeit, Bern vom Jura zu befreien»



86



87

86 *Jurassische Fahnen*

87 *Die Zerstörung des Berner Gerechtigkeitsbrunnens, in der Nacht vom 12. auf den 13. Oktober 1986*



88



89



90

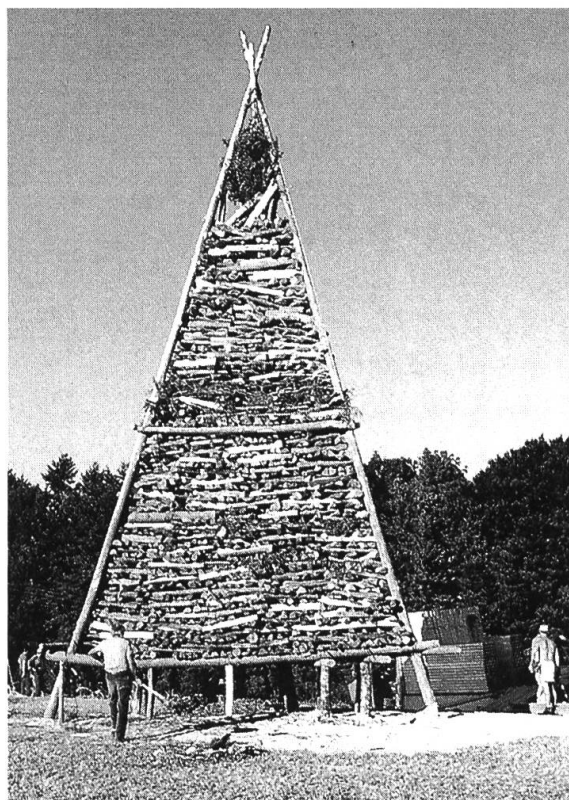
88 Unterzeichnung der Juraverträge durch Regierungsrat Ernst Jaberg, Bundesrat Kurt Furgler und Regierungspräsident François Lachat, 21. Dezember 1978

89 Rudolf Hafner (*1951)

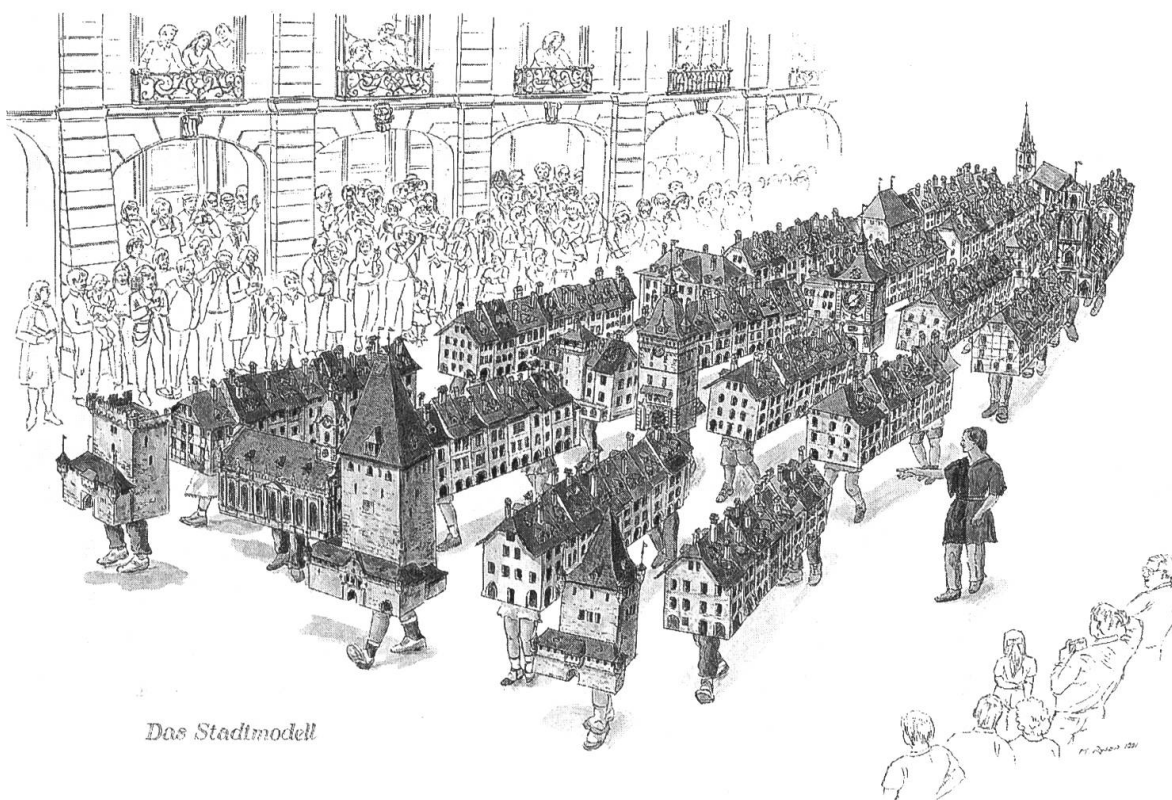
90 Rosmarie Felber (*1916)



91



92

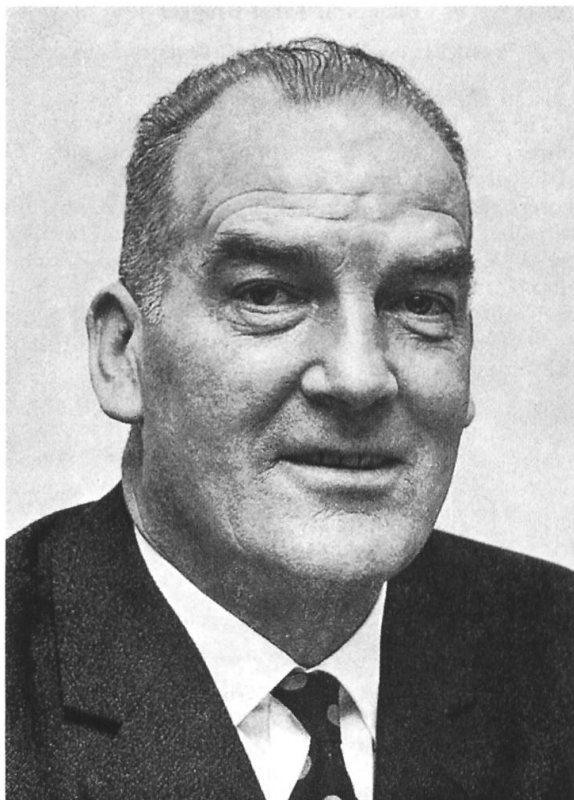


93

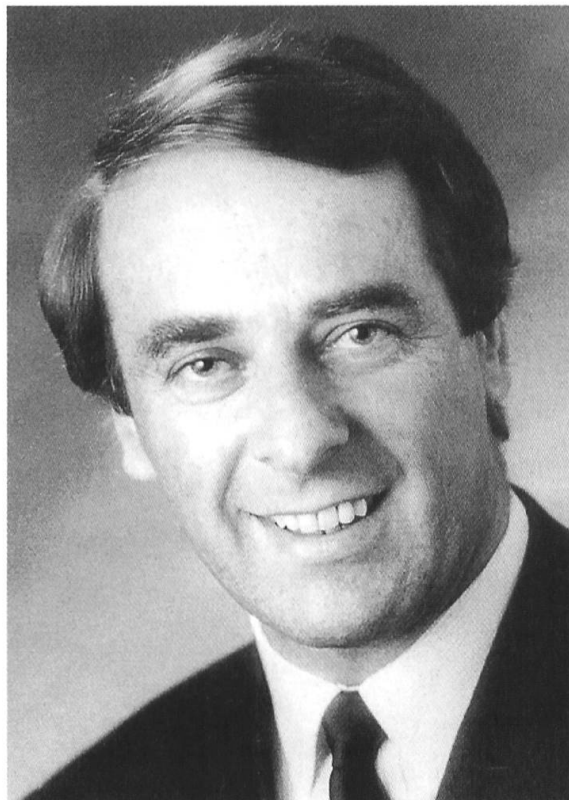
91 BE 800: Bärner Rendez-vous, 22./23. Juni 1991: Präsentation des Seelandes

92 BE 800: Chutzenfeuer, 31. Mai 1991: ein Chutzen im Kanton Aargau

93 Festzug «Bern 800», 8. September 1991: Das Stadtmodell



94



95



96

94 Bundesrat Rudolf Gnägi (1917–1985)

95 Bundesrat Adolf Ogi (*1942)

96 Regierungsratswahlen vom 17. April 1994



97

29

6. Juni 1993

² Diese Bestimmung tritt in Kraft, sobald dieser Abtrennung in der eidgenössischen Volksabstimmung zugestimmt wird.

Bern, 10. November 1992

Im Namen des Grossen Rates

Die Präsidentin:

Der Staatsschreiber:

Sch. Maria Frieda. Meyer

L. K. Peig

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates vom 23. Juni 1993

Der Regierungsrat des Kantons Bern, nach Zusammenstellung der Protokolle über die Volksabstimmung vom 6. Juni 1993, beurkundet:

Die Verfassung des Kantons Bern (Totalrevision) ist mit 266 362 gegen 75 911 Stimmen angenommen worden.

Der Volksvorschlag (Zusatzfrage) ist mit 172 285 gegen 150 816 Stimmen angenommen worden. Demnach wird verfügt:

Die Verfassung ist öffentlich bekanntzumachen und in die Gesetzesammlung aufzunehmen.

Für getreuen Protokollauszug

Der Staatsschreiber:

L. K. Peig

98

97 Die Unterzeichnung des Archivexemplars der neuen Kantonsverfassung, 19. Januar 1994

98 Verfassung des Kantons Bern vom 6. Juni 1993, Schluss

ANHANG

ANMERKUNGEN

- ¹ GRUNER von Steiger 58 ff., 68 ff.
² Statist. Jb. Schweiz. 1891, 7. – Mitt. Statist. B. Kt. BE 1900, 1, 6, 148. – Ergebnisse Vz. 1888, 16 ff. – MÜHLEMANN 138 f. – GRUNER von Steiger 113.
³ MÜHLEMANN 12, 98, 100 ff., 103 f. – GRUNER von Steiger 113. – StVB 1872, 493.
⁴ MÜHLEMANN 130 f., 142 ff., 145 f., 148 f., 161, 168 ff., 170 f., 172. – StVB 1857 (Direktion des Innern) 16.
⁵ Frutigbuch 401 ff. – MÜHLEMANN 135. – GRUNER von Steiger 150 ff.
⁶ MÜHLEMANN 137, 172, 177, 179, 278 ff. – StVB 1870, 377. – Stat. Jb. Kt. BE 4 (1871), 114. – Mitt. Statist. B. Kt. BE 1890, 1, 5.
⁷ GRUNER von Steiger 26 ff. – DELLSPERGER 230 ff. – GUGGISBERG 669 ff.
⁸ MAURER 46. – BOVET PIERRE 46.
⁹ DÜRRENMATT Mutz, wach ufl 4, 5, 15. – DÜRRENMATT Titelgedichte 1884–1886, 240. – MAURER passim.
¹⁰ GRUNER von Steiger 48, 68 ff., 71 f., 73 ff. – MAURER 76 ff., 81 f., 84 ff., 90 f., 92 f.
¹¹ GRUNER von Steiger 94 ff. – FELLER Stadt 288 ff., 291 ff. – MAURER 93.
¹² FREUDIGER 11 ff., 21 ff.
¹³ VON RODT 108. – BÄCHTIGER 181 ff., 185, 195, 207, 209, 211, 216.
¹⁴ SCHWEIZER 2 ff. – INSA 349 ff. – FELLER Stadt 284 f., 297, 300. – GROSJEAN 147 ff. – Basler Nachrichten 1903, 6. Juni, Nr. 152, 1. Beilage.
¹⁵ GRUNER von Steiger 52. – TBlGR 1877, 449, 476 ff., 481, 618 f., 683 ff.; 1878, 5.
¹⁶ TBlGR 1879, 306 ff., Beilagen 17, 18; 1880, Beilage 20; 1881, 14 ff., 39.
¹⁷ GRUNER von Steiger 76 ff., 78, 79 ff. – MAURER 153 f. – TBlGR 1883, 174 f., 252, 325. – VVR 3 ff., 5 ff.
¹⁸ VVR 10 ff., 30, 33, 36, 37 ff., 113 ff., 151 ff., 225 ff., 625 ff.
¹⁹ VVR 214, 249 ff., 621 ff., 876 ff., 891. – TBlGR 1885, 54.
²⁰ GRUNER von Steiger 93 f., 97, 104 ff. – MAURER 103. – TBlGR 1888, 34, 38, 324; 1889, 7 f.
²¹ GRUNER von Steiger 108 f. – TBlGR 1890, 100, 106, 109, 126 ff., 137.
²² MAURER 168. – TBlGR 1890, 182 f.; 1891, 187, 272, 353, 363, Beilage 43; 1892, 158 f., 162, Beilage 7.
²³ TBlGR 1892, 157 ff., 177, 189, 396, Beilage 12; 1893, 18 ff., 31, 184 ff.
²⁴ TBlGR 1893, 227, 311.
²⁵ TBlGR 1896, 23 ff., 116, 434 ff., Beilage 6; 1897, 356 ff., 378, Beilage 33.
²⁶ TBlGR 1902, 83 f., 262 ff.; 1903, Beilage 34; 1904, 69 ff., 75, 104, Beilage 6; 1905, Beilage 29; 1906, 139.
²⁷ GRUNER von Steiger 195 f. – Berner Tagblatt 1904, Nrn. 307 und 310; TBlGR 1906, 263.
²⁸ GRUNER Arbeiter 406 ff., 446 ff., 468 ff., 536 ff., 573 ff., 576, 788 ff., 791 f., 794 f., 808, 834 ff. – WYSS.

- ²⁹ GRUNER Arbeiter 516 ff., 559 ff., 600 ff., 621 ff.
- ³⁰ GRUNER 1988 2/2, 1416; 3, 94, 140. – BIELER 60, 254, 264 f., 294. – AEMMER 110 f.
- ³¹ GRUNER 1988 3, 154 ff., 159. – GRUNER von Steiger 153 f. – AEMMER 154 ff., 204 ff., 224 ff., 227, 229 f., 236, 249. – KÄSTLI 1989, 72.
- ³² NBTB 1896, 266; 1897, 320. – TBlGR 1893, 329 ff., 332, 346; 1896, 116. – GDuV 1893, 173 und BIELER, FRITZSCHE, STAUFFER.
- ³³ ZIMMERMANN 1992. – WEGELI 3 ff.
- ³⁴ WEGELI 7 ff. – ZIMMERMANN 1987. – DURRER 115, 138 f., 145, 155, 159, 211 ff. – TBlGR 1889, 71 ff., 74, 77, 84 f., 121 ff., Beilage 1; 1893, 284.
- ³⁵ BTB 1891, 300 f.; 1893, 303. – Festbericht 1 ff., 7 ff., 14 ff., 27, 52, 69 ff., 78, 82 ff., 106, 109 ff., 124 ff., 148 ff., 150 ff. – TBlGR 1891, 36 ff., 39, 371 f. – StVB 1891, 10. – GDuV 1891, 458.
- ³⁶ WÄLCHLI *passim*.
- ³⁷ MEYER PAUL 27 ff., 51 f. – FELLER Uni 329 ff. – SIGG 119. – StVB 1885, 158. – TBlGR 1886, 59, 114, 408 ff.; 1887, 34 ff.; 1888, 43, Beilage 1; 1889, 85.
- ³⁸ TBlGR 1887, 210, 246 ff.; 1888, 16, 38 ff.; 1889, 290 ff., Beilage 23; 1890, 181 f.; 1891, 112, Beilagen 13 und 15.
- ³⁹ BTB 1863, 315. – HERREN 30. – ALTERMATT 93.
- ⁴⁰ VOLMAR 1938, 17, 94, 96 ff. – VON WALDKIRCH. – VOLMAR 1911, 238.
- ⁴¹ VOLMAR 1938, 105 ff., 107 ff. – TBlGR 1891, 151 ff., Beilagen 19 und 20; 1897, 18 ff., 21, 30 f., 46, 73, 162; 1902, 69 ff., 81 f., 288, Beilagen 5 und 6.
- ⁴² VOLMAR 1938, 116 ff., 124 ff., 130 ff., 134 ff., 140, 145, 338 ff. – ANDREAE 13 ff. – TBlGR 1906, 283 ff., 299 ff., 309, 343, 349 ff., 351 f., Beilage 12.
- ⁴³ ANDREAE 1 ff., 35, 59, 65, 81 ff., 85 ff., 280 ff., 288. – VOLMAR 1938, 276 ff. – TBlGR 1909, 146 ff.; 1912, 213 ff., 239, 335 ff., 381, 405, Beilage 6.
- ⁴⁴ MEYER HANS R. 130. – DÜRRENMATT Titelgedichte 1905–1907, 280 f. – TBlGR 1897, 30.
- ⁴⁵ BALTHASAR 113 ff. – MESSERLI 75 ff., 86 ff. – DÜRRENMATT Titelgedichte 1894/95, 46 f. – GDuV 1894, 43 f.
- ⁴⁶ StVB 1882, 47; 1883, 80; 1911, 256.
- ⁴⁷ TBlGR 1904, 36, 59 ff., 280, Beilage 2; 1905, 178 ff.; 1906, 122. – GDuV 1900, 8 ff.
- ⁴⁸ GDuV 1892, 146 ff., 199 ff. – TBlGR 1891, 521; 1904, Beilage 2.
- ⁴⁹ PFISTER 282. – Planungsatlas 204 ff. – STUDER *passim*. – SBB 5, 500 ff. – URFER. – TBlGR 1864, 6 ff.
- ⁵⁰ Planungsatlas 209 ff., 212 f. – NEUHAUS. – RUBI 54. – Statist. Jb. BE 1872, 184. – MÜHLEMANN 162 ff., 164. – GDuV 1874, 111 ff.
- ⁵¹ WILL 1924, 5 ff., 9. – BOURQUIN 23, 25. – BÖSCHENSTEIN.
- ⁵² WILL 1924, 13 ff. – MÜLLER UELI 28, 49 f. – TBlGR 1905, 188 ff.; 1906, 688 f., Beilage 26; 1907, 47 ff., 541, Beilage 2.
- ⁵³ WILL 1924, 25 ff., 29 ff. – MÜLLER UELI 58 ff. – MOLL Wangen. – STETTLER.
- ⁵⁴ MÜLLER UELI 69 ff., 72 ff., 75, 91. – MOLL 1945.
- ⁵⁵ MÜLLER UELI 93 ff., 125 ff.
- ⁵⁶ Hochschulgeschichte 70, 81, 424. – StVB 1884, 199.
- ⁵⁷ Hochschulgeschichte 500 ff. – FELLER Uni 196, 221, 383. – HANS VON SCHEEL, Frauenfrage und Frauenstudium, Jena, 1873, 16. – StVB 1875.

- ⁵⁸ URNER 67 f., 578. – SCHLAEPFER Anhang II. – FELLER Uni, 455. – BOVET GEORGES 39 ff. – VETTER.
- ⁵⁹ Dipl. Dok. 5, XLII, 521, 615, 645, 659, 673, 705. – URNER 558. – Berner Tagblatt 1912, Nm. 415–417.
- ⁶⁰ URNER 527 ff.
- ⁶¹ MÜLLER HANS-PETER 2, 7, 9, 17 ff., 67 f., 69, 71, 74, 84 f., 174.
- ⁶² MÜLLER HANS-PETER 23 ff., 27 f., 32, 77 ff., 79 ff., 86 ff., 140. – TBlGR 1906, 443 f., 447 ff.; 1913, 448; 1914, 88 ff., 110.
- ⁶³ LE DINH 42 – Heimatschutz Jahresbericht 1907/08, 3, 11; 1910/11, 3, 8 f.; 1911/12, 11; 1912/13, 8; 1914/15, 26 ff.; 1915/16, 26 ff. – Heimatschutz, 1. Jg., 1906, 2. – GDuV 1902, 59 ff.; 1907, 97 ff. (Art. 4); 1911, 63. – TBlGR 1906, 697. – SCHWARZ 56. – BÜHLMANN 131.
- ⁶⁴ MARTIG 164 f. – Adm. Ber. LA 2 ff., 22 ff., 27 f., 391 ff. – TBlGR 1909, 607 ff.
- ⁶⁵ MARTIG 165 f., 168. – HENSEL 15, 93. – BÜCHLER 128 ff. – NBTB 1912, 220, 241. – Rückblick LA 7. – Adm. Ber. LA 18.
- ⁶⁶ MARTIG 168. – BÜCHLER 20 f., 22 f., 116 f., 128 ff. – NBTB 1915, 279, 281, 284, 286. – Adm. Ber. LA 183 ff., 186, 244 ff., 259, 260, 263. – Rückblick LA 6, 342, 349. – Pol. Jb. 1914, 721.
- ⁶⁷ TBlGR 1915, 15, 82 ff.; 1918, 283. – NBTB 1915, 282. – Berner Tagblatt 1914, Nr. 489. – NHJ 257 f. – FELL-DORIOT 119. – WEGELIN 4, 105 ff.
- ⁶⁸ TBlGR 1884, 142 ff.; 1903, 29 ff., 36 ff., 43, 51, 65, 493, Beilage 4.
- ⁶⁹ TBlGR 1906, 328 ff., 453; 1911, 479 ff.; 1916, 9, 49 ff. – SCHNEIDER. – JAGGI.
- ⁷⁰ TBlGR 1918, 88 ff., 230, Beilagen 2 und 13. – SCHRANER.
- ⁷¹ ZsfStuVW 1917, 337, 340, 344, 346. – GDuV 1915, 1 ff.; 1916, 151 ff. – TBlGR 1916, 547 ff., 712 ff., 717, 725, Beilage 12. – KÄSTLI 1989, 159 ff.
- ⁷² AEMMER 212 ff., 217 ff., 234 ff., 236 ff., 238 ff., 246 ff., 248 ff. – KÄSTLI 1989, 111 ff. – TBlGR 1910, 417; 1916, 562.
- ⁷³ VOIGT passim. – MCCARTHY passim.
- ⁷⁴ GAUTSCHI Lenin 95 ff., 140 ff., 155, 201 ff. – VOIGT 122 ff. – NADEZDA KONSTANTINOVA KRUPSKAJA, Erinnerungen an Lenin, Zürich: 1929/1933, 2, 158.
- ⁷⁵ GAUTSCHI Landesstreik 86 ff., 156 ff., 162, 210, 225 ff., 247 ff., 257 ff., 278 ff., 288 f. – MARBACH 64. – Le Jura bernois 1918, 11. Nov., 4.
- ⁷⁶ GAUTSCHI Landesstreik 240 ff., 292, 296, 324 ff., 329 ff. – MARBACH 48 ff., 51. – Landesstreik-Prozess 1, 365. – TBlGR 1918, 737. – Der Bund, 11. Nov. 1918, Nr. 484. – Nachlass Wildbolz, MS IV, Nr. 630, Bericht über den Ordnungsdienst der Gruppe Bern im November/Dezember 1918, erstattet von Oberskorpskommandant Wildbolz; Bern, 10. Februar 1919, 20, 21, Beilagen 6 und 13 (z. T. auch abgedruckt in GAUTSCHI Dokumente, 236 ff., 408 ff.).
- ⁷⁷ KÄSTLI 1989, 186 ff. – GAUTSCHI Landesstreik 350 ff. – KOHLER 61 ff. – VOIGT 206. – Landesstreik-Prozess 1, 528; 2, 1200 ff. – TBlGR 1918, 472, 753, Beilage 30. – Der Bund, 11. November 1918, Nr. 484, 3.
- ⁷⁸ SONDEREGGER 23, 42 ff., 45, 46 ff., 51 ff. – StVB 1918, 229. – NUSSBAUM, 5, 46 ff.
- ⁷⁹ TBlGR 1916, 325; 1919, 7, Beilage 1; 1921, 206. – Vortrag Eingemeindung 2, 44. – SCHÜTZ/MÜLLER 116 ff. – SCHMALZ, SCHMOCKER, GALLATI.
- ⁸⁰ MOSER DANIEL 94 ff. – JUNKER Bauern 47 f., 60 ff., 66 ff., 68 ff., 72, 84, 101 f., 103 ff., 110, 118 ff.

- ⁸¹ MOSER DANIEL 52.
- ⁸² TBlGR 1896, 116; 1897, 208, 266, Beilage 17; 1900, 179, 315, 322 ff., 328, 361, Beilage 25. – Mitt. Statist. B. Kt. BE 1905, I, 67; 1920, I, 20, 36. – MAURER 120 ff.
- ⁸³ TBlGR 1900, 324; 1918, 539 f., 840; 1919, 1007, Beilage 24; 1920, 6 ff., 504 ff., 915 ff.; 1921, 6. – GDuV 1921, 45 ff.; 1922, 18 ff.
- ⁸⁴ Mitt. Statist. B. Kt. BE 1920, 47, 48 ff., 60. – MAURER 70 (Anm.).
- ⁸⁵ TBlGR 1919, 574; 1925, 3. – Mitt. Statist. B. Kt. BE 1922, II, 88 f.; NF, Heft 12, 13, 18, 24, 76 ff.
- ⁸⁶ TBlGR 1933, 5; 1938, 239; 1946, 303. – MOSER PETER 127 ff. – RIESEN 37 ff.
- ⁸⁷ FELLER Stadt 304 ff. – WULLSCHLEGER 18 ff., 25 ff., 31 ff. – NBTB Jahreschroniken. – Vierteljahresbericht des statistischen Amtes der Stadt Bern 1957, 119 ff.
- ⁸⁸ RIESEN 9 ff., 31 ff., 33 ff., 36 f., 50 ff., 88 ff., 107 f., 131 f. – MOSER PETER 118 f., 121 f. – TBlGR 1935, 618. – Mitt. Statist. B. Kt. BE, NF, Nr. 17, 42, 78; Nr. 21; Nr. 25. – Beiträge zur schweiz. Statistik, Heft 5, 18 f.
- ⁸⁹ ROTH 32 ff., 38 ff., 61 f., 63 ff., 73 ff., 100 ff., 180 f. – Mitt. Statist. B. Kt. BE, NF, Hefte 17 und 19.
- ⁹⁰ FLURY. – TRÖSCH. – ROTH 164 ff. – Mitt. Statist. B. Kt. BE, Heft 17, 86.
- ⁹¹ LÜTHI 24 ff., 39 ff., 74 ff.
- ⁹² TBlGR 1945, 409 ff., 472 ff., 482, 585 f. – Hochschulgeschichte 85. – Krauchthal 15 f. – GRIMM.
- ⁹³ TBlGR 1899, 3, 175, 285 ff., Beilage 29; 1900, 28 ff., 282 ff., 360; 1916, 450, 759 ff.; 1931, 261 ff., 560 f.; 1932, 6. – GDuV 1917, 159 ff. (Art. 27).
- ⁹⁴ TBlGR 1928, 449 ff.; 1929, 104 ff., 459 f.; 1943, 10 ff., 377 f. – GDuV 1917, 198 (Art. 102).
- ⁹⁵ TBlGR 1955, Beilage 25; 1956, 342 f.; 1968, 196 f.; 1972, 5 f. – StVB 1968 bis 1970.
- ⁹⁶ TBlGR 1918, 382; 1919, 1255 f. – NHJ 259. – HENECKA 108.
- ⁹⁷ TBlGR 1947, 333 ff., 338; 1948, 485, 490, 543; 1959, 761.
- ⁹⁸ TBlGR 1947, 796 ff.; 1948, 19, 204; 1949, 90 ff., 528 ff., Beilage 1; 1950, 102 ff., 592. – HAUSER. – COMMENT/HUBER/VON GREYERZ.
- ⁹⁹ HENECKA 143 ff., 159 ff., 178 ff. – TBlGR 1959, 265, 384, 388, Beilage 16.
- ¹⁰⁰ TBlGR 1948, 19; 1954, 155; 1959, 757 ff.; 1960, 207. – Der Bund 1960, Nr. 173. – HENECKA 205 ff. – REYMOND 38.
- ¹⁰¹ TBlGR 1962, 219 ff.; 163, 52 ff. – HENECKA 227 ff.
- ¹⁰² TBlGR 1962, 237, 447. – HENECKA 198 ff.
- ¹⁰³ TBlGR 1964, 429 f. – Bericht 1963, 35. – HENECKA 209, 229 ff., 234 ff., 245 ff., 250 f., 252 ff., 260 f., 262.
- ¹⁰⁴ TBlGR 1968, 765 ff. – Bericht 1963, 35 f. – HENECKA 271, 278. – Kommission der 24, 3 f., 107 f., 110. – Schweiz. Politik 1969, 32 f.
- ¹⁰⁵ TBlGR 1969, 370 ff., 419, 856 ff., 869, Beilagen 29, 63. – Bericht 1963, 35. – Schweiz. Politik 1969, 34. – Der Bund 1970, Nr. 50. – HENECKA 290.
- ¹⁰⁶ Vortrag des RRes 1972. – TBlGR 1973, 775 ff.; 1974, 285. – PRONGUÉ 52 ff., 63 ff.
- ¹⁰⁷ TBlGR 1974, 419 ff., 604 ff.; 1975, 320 ff., 563.
- ¹⁰⁸ TBlGR 1976, Beilage 19; 1977, 4; 1981, 5. – TBlR 187, 175 f., Beilagen 9, 17, 18. – GDuV 1981, 211 ff.
- ¹⁰⁹ TBlGR 1972, 275. – StVB 1951 bis 1973. – GDuV 1972, 82 f.
- ¹¹⁰ TBlGR 1977, 211 ff., 435 ff., Beilage 10; 1978, 3.

- ¹¹¹ DÄPP 13 ff. – TBlGR 1985, 898 ff. – Bericht BUK 9.
- ¹¹² Bericht BUK 15 ff. – TBlGR 1981, 575, 799 ff.; 1982, 137 ff.
- ¹¹³ Bericht BUK 64 ff., 72 f., 168. – Teilbericht BUK Mai 1986, 6 ff., 24. – TBlGR 1981, 1016 f.; 1983, 632 f.
- ¹¹⁴ Teilbericht BUK Mai 1986, 2, 6 ff., 16 ff., 19, 24. – TBlGR 1985, 1132 ff.
- ¹¹⁵ TBlGR 1980, Beilage 38; 1981, 5; 1986, 384 f. – StVB 1986, 4.
- ¹¹⁶ TBlGR 1987, 901; 1989, 1032.
- ¹¹⁷ TBlGR 1990, 338. – StVB 1990, 4.
- ¹¹⁸ TBlGR 1983, 870; 1985, 1095 ff.; 1990, 3. – GDuV 1975, 214 ff. – StVB 1980, 3.
- ¹¹⁹ TBlGR 1933, 936. – GDuV 1993, 375 ff.

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

1. QUELLEN

1.1 *Handschriftliche*

Die Bestände des Staatsarchivs.	StAB
Eidgenössische Militärbibliothek (Nachlass Eduard Wildbolz).	Nachlass Wildbolz

1.2 *Gedruckte*

Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern für das Jahr ... (Staatsverwaltungsbericht).	StVB
Bericht des Regierungsrates des Kantons Bern über die Entwicklung der Beziehungen des Staates Bern zu seinem jurassischen Landesteil. Bern: 1963.	Bericht 1963
Kommission der 24. Bericht zur Jurafrage 1968. Biel: 1968.	Kommission der 24
Erster Bericht der Kommission der guten Dienste für den Jura vom 13. Mai 1969. Bern: 1969.	
Zweiter Bericht der Kommission der guten Dienste für den Jura vom 7. September 1971. Bern: 1971.	
Bericht der Besonderen Untersuchungskommission (BUK) vom 26. August 1985 zuhanden des Grossen Rates des Kantons Bern betreffend die Beanstandungen des Rudolf Hafner vom 27. August 1984. Bern: 1985.	Bericht BUK
Teilbericht der Besonderen Untersuchungskommission (BUK) über die bisher vorliegenden Untersuchungser- gebnisse für den Zeitraum Dezember 1985 bis April 1986. Bern: 1986.	
Teilbericht der Besonderen Untersuchungskommission (BUK) vom 26. Mai 1986. Bern: 1986.	Teilbericht BUK Mai 1986
Teilbericht der Besonderen Untersuchungskommission zuhanden des Grossen Rates für den Zeitraum Juli- November 1986. Bern: 1986.	

Schlussbericht der Besonderen Untersuchungskommission zuhanden des Grossen Rates für den Zeitraum Dezember 1986 bis Mai 1987. Bern: 1987.	
COMMENT, ALBERT/HUBER, HANS/VON GREYERZ, HANS: Gutachten über die Vereinigungsurkunde des Jura mit dem Kanton Bern. Bern 1948.	COMMENT/ HUBER/ VON GREYERZ
Diplomatische Dokumente der Schweiz 1848–1945. 5 (1904–1914). Bern: 1983.	Dipl. Dok.
DÜRRENMATT, ULRICH (Chrischte Frymueth): Mutz, wach' uf! Zürich: 1877.	DÜRRENMATT Mutz, wach' uf!
DÜRRENMATT, ULRICH: Bärentalpen. Herzogenbuchsee: 1878.	
DÜRRENMATT, ULRICH: Titelgedichte (Nach Jahrgängen). Herzogenbuchsee: 1882 ff.	DÜRRENMATT Titelgedichte
Die Ergebnisse der Eidgenössischen Volkszählung vom 1. December 1888, 1. Bern: 1892.	Ergebnisse Vz. 1888
GAUTSCHI, WILLI (Hg.): Dokumente zum Landesstreik 1918. 2. Aufl. Zürich: 1988.	GAUTSCHI Dokumente
Gesetze, Dekrete und Verordnungen des Kantons Bern. 1846 ff.	GDuV
Die 700jährige Gründungsfeier der Stadt Bern. Festbericht, herausgegeben vom Organisationskomite. Bern: 1891.	Festbericht
Heimatschutz. Zeitschrift der schweizerischen Vereinigung für Heimatschutz. 1906 ff.	Heimatschutz
Bernische Vereinigung für Heimatschutz. Jahresberichte.	Heimatschutz Jahresbericht
HUBER, HANS/IMBODEN, MAX/PYTHON, LOUIS: Bericht an den Regierungsrat des Kantons Bern über die Vorschläge der jurassischen Grossräte. Fillistorf: 1965.	
HUBER, HANS/IMBODEN, MAX/PYTHON, LOUIS: Zusätzlicher Bericht an den Regierungsrat des Kantons Bern über die Vorschläge der jurassischen Grossräte. Fillistorf: 1966.	
Politisches Jahrbuch der Schweizerischen Eidgenossenschaft, hg. von Carl Hilty. Bern: 1886–1917.	Pol. Jb.
Die III. Schweizerische Landesausstellung in Bern im Kriegsjahr 1914. Ein Rückblick. Bern: 1914.	Rückblick LA
Schweizerische Landesausstellung in Bern 1914. Administrativer Bericht. Bern: 1917.	Adm. Ber. LA

Der Landesstreik vor Kriegsgericht. Stenogramm der Verhandlungen. 1–2. Bern: 1919.	Landesstreik-Prozess
Mitteilungen des Statistischen Bureaus des Kantons Bern. 1883 ff., ab 1929 Neue Folge.	Mitt. Statist. B. Kt. BE
Statistisches Jahrbuch der Schweiz. Bern, ab 1891	Statist. Jb. Schweiz
Statistisches Jahrbuch des Kantons Bern. Bern 1866 ff.	Statist. Jb. BE
Schweizerische Politik/Année politique Suisse. Bern: 1967 ff.	Schweiz. Politik
Tagblatt des Grossen Rates des Kantons Bern (ab 1846).	TBlGR
Tagblatt des Rates der 187 (1977/78).	TBlR 187
Verhandlungen des Verfassungsrathes des Kantons Bern. Bern: 1883.	VVR
Vortrag des Gemeinderates der Stadt Bern an den Stadtrat betreffend die Eingemeindung der Gemeinden Bümpliz und Ostermundigen. Bern: 1915.	Vortrag Eingemeindung
Vortrag des Regierungsrates an den Grossen Rat über die Bildung von Regionen und die Ausgestaltung des Jura-statuts. Bern: 1972.	Vortrag des RRes 1972
VETTER, FERDINAND: Die Schweiz – eine «deutsche Provinz»? Meine Nürnberger Rede und ihre Folgen. Berlin: 1902.	VETTER
WILL, EDUARD: Ausnützung der Wasserkräfte des Hagneckkanals. Schlussbericht. Biel 1899.	
WILL, EDUARD: Denkschrift über die 25jährige Entwicklung der Aktiengesellschaft Bernische Kraftwerke. Bern: 1924.	WILL 1924

1.3 *Memoiren*

BOVET, GEORGES: Chemin faisant. Genève: 1945.	BOVET GEORGES
BÜHLMANN, FRIEDRICH: Lebenserinnerungen. (BZ 1963, 89–137).	BÜHLMANN
MANN, CARL H.: Spiesse und Nägel eines Friedfertigen. Erinnerungen aus den Jahren 1882–1885. Bern: 1885.	
SCHEURER, KARL: Tagebücher (hg. von Hermann Böschenstein). Bern: 1971.	
SCHNEIDER, ERNST: Aus meinen Lern- und Lehrjahren. Bern: 1956.	SCHNEIDER
SCHWARZ, FRITZ: Wenn ich an meine Jugend denke. Bern: 1959.	SCHWARZ

1.4 Zeitungen

Basler Nachrichten
Berner Tagblatt
Der Bund
Le Jura bernois

2. DARSTELLUNGEN

- AEMMER, ROBERT WALTER: Die Sozialdemokratie im Kanton Bern 1890–1914. Zürich: 1973. AEMMER
- ALTERMATT, URS (Hg.): Die Schweizer Bundesräte. Zürich: 1991. ALTERMATT
- ANDREAE, CHARLES: Die Baugeschichte der Lötschbergbahn. Bern: 1940. ANDREAE
- Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern. 1 ff., 1848 ff. AHVB
- BÄCHTIGER, FRANZ: Zur Revision des Berner Christoffel. (Jahrbuch des Bernischen Historischen Museums, 59/60, 1979/1980). BÄCHTIGER
- BALTHASAR, ANDREAS: Zug um Zug. Eine Technikgeschichte der Schweizer Eisenbahn aus sozialhistorischer Sicht. Basel: 1993. BALTHASAR
- BERLIN COURT, ALAIN: Julikrawall und Generalstreik in Biel. (Neues Bieler Jahrbuch 1968, 89–101).
- Berner Taschenbuch 1 ff., 1852 ff.; ab 1896 Neues Berner Taschenbuch. BTB, NBTB
- Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde. 1 ff., 1939 ff. BZ
- Bibliographie der Berner Geschichte. Hg. von der Burgerbibliothek Bern. Bern: 1975 ff.
- BIELER, PETER: Albert Steck 1843–1899. Olten: 1960. BIELER
- BILAND, ANNE-MARIE: Bernisches Historisches Museum. Architekturführer. Bern: 1994.
- BÖSCHENSTEIN, HERMANN: Eduard Will. Zürich: 1981. BÖSCHENSTEIN
- BOURQUIN, WERNER: Oberst Eduard Will. Biel: 1949. BOURQUIN

- BOVET, PIERRE: Les examens de recrue dans l'armée suisse 1854–1913. Neuchâtel: 1935. BOVET PIERRE
- BÜCHLER, HERMANN: Drei schweizerische Landesausstellungen, BÜCHLER Zürich 1883 – Genf 1896 – Bern 1914. Zürich: 1970.
- Die Burgergemeinde Bern. Gegenwart und Geschichte. Bern: 1986.
- CARRIÈRE, HENRI: Le Cercle romand de Berne 1886–1936. Bern: o.J.
- DÄPP, HEINZ (Hg.): Finanzaffäre im Kanton Bern. Basel: 1986. DÄPP
- DELLSPERGER, RUDOLF/NÄGELI, MARKUS/RAMSER, HANSUELI: Auf dein Wort. Beiträge zur Geschichte und Theologie der Evangelischen Gesellschaft des Kantons Bern im 19. Jahrhundert. Bern: 1982. DELLSPERGER
- DOMENICONI, ROBERT: Jura. Le plébiscite du 23 juin 1974. o. O.: 1974.
- DURRER, ROBERT: Heinrich Angst. Glarus: 1948. DURRER
- Elektrizitätswerk Wynau 1895–1945. Denkschrift zum 50jährigen Bestehen der Gesellschaft. Langenthal: o.J.
- FELL-DORiot, JEANNE: Cet étonnant Virgile Rossel. Delémont: 1988. FELL-DORiot
- FELLER, RICHARD: Die Universität Bern 1834–1934. Bern: 1935. FELLER Uni
- FELLER, RICHARD: Die Stadt Bern seit 1798. (AHVB 46, 2, 1962, 253–306). FELLER Stadt
- FISCHER, HANS: Fünfundzwanzig Jahre Gymnasium Biel. Biel: 1927.
- FLURY, DOROTHEA: Biel im Frontenfrühling. (Bieler Jahrbuch 1989, 7–41). FLURY
- FREUDIGER, HANS: Die Bevölkerung Berns und ihre Entwicklung in den letzten 100 Jahren. Bern: 1949. FREUDIGER
- FRITZSCHE, BRUNO: Der Käfigturmkrawall 1893. In: Geschichte in der Gegenwart. Festgabe für Max Silberschmidt, 157–178. Zürich: 1981. FRITZSCHE
- Das Frutigbuch. Bern: 1977.
- GALLATI, RUDOLF: Aarmühle Interlaken. Eine Ortsgeschichte. Interlaken: 1991. GALLATI

- GAUTSCHI, WILLI: Der Landesstreik 1918. Zürich: 1968. GAUTSCHI
Landesstreik
- GAUTSCHI, WILLI: Lenin als Emigrant in der Schweiz. Zürich: 1973. GAUTSCHI Lenin
- GNÄGLI, UELI: Albert Gobat – Vermittler zwischen deutsch und welsch? Akzessarbeit Univ. Bern 1976 (Masch.schr.).
- VON GREYERZ, HANS: Nation und Geschichte im bernischen Denken. Bern: 1953.
- GRIMM, ROBERT: Das Rathaus zu Bern. Bern: 1944 (Berner Heimatbücher, Nr. 16). GRIMM
- GROSJEAN, GEORGES: Die Entwicklung des Berner Stadtbildes seit 1800. In: Bern – von der Naturlandschaft zur Stadtregion (hg. von Klaus Aerni). Bern: 1973. GROSJEAN
- GRUNER, ERICH: Edmund von Steiger. Dreissig Jahre neuere bernische und schweizerische Geschichte. Bern: 1949. GRUNER
von Steiger
- GRUNER, ERICH: Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert. Bern: 1968. GRUNER Arbeiter
- GRUNER, ERICH: Die Parteien in der Schweiz. 2. Aufl. Bern: 1977.
- GRUNER, ERICH: Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880–1914. 1–3. Zürich: 1987–1988. GRUNER 1988
- GUGGISBERG, KURT: Bernische Kirchengeschichte. Bern: 1958. GUGGISBERG
- HAAS, LEONHARD: Carl Vital Moor 1852–1932. Zürich: 1970.
- HAFNER, RUDOLF: «Und keiner durfte das Maul auf tun ...» Neuausschwil/Basel: 1988.
- HARDER, HANS-JOACHIM: Der Kanton Jura. Bern: 1978.
- HAUSER, ANDREAS/RÖLLIN, PETER: Bern. (INSA-Inventar der neueren Schweizer Architektur 1850–1920, 2, 347–544). INSA
- HAUSER, MICHEL: Le Comité de Moutier. Fribourg: 1979. HAUSER
- 25 Jahre Bernischer Heimatschutz. In: Heimatschutz, Zeitschrift der schweizerischen Vereinigung für Heimatschutz, 25. Jg., Heft 6, 1930.
- HENECKA, HANS-PETER: Die jurassischen Separatisten. Meisenheim am Glan: 1972. HENECKA

HENSEL, BENJAMIN: Die Ausstellungsarchitektur der Schweizerischen Landesausstellungen von Bern 1914 und Zürich 1939. Zürich: 1983.	HENSEL
HERREN, MADELEINE: Bern im Brennpunkt internationaler Bestrebungen. In: Bern – Schweiz – Europa. Bern: 1991, 21–38.	HERREN
Hochschulgeschichte Berns 1528–1984. Bern: 1984.	Hochschul- geschichte
Illustrierte Berner Enzyklopädie. Hg. Peter Meyer. 1–4. Bern: 1981–1987.	
JAGGI, ARNOLD: Das deutsche Lehrerseminar des Kantons Bern 1833–1933. Bern: 1933.	JAGGI
100 Jahre Ingenieurschule Biel 1890–1990. Biel: 1990.	
100 Jahre Ingenieurschule Burgdorf 1892–1992. Burgdorf: 1992.	
JENKINS, JOHN: Jura Separatism in Switzerland. Oxford: 1986.	
JUNKER, BEAT: Die Bauern auf dem Wege zur Politik. Die Entstehung der bernischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei. Bern: 1968.	JUNKER Bauern
KÄSTLI, TOBIAS: Das rote Biel 1919–1939. Bern: 1988.	
KÄSTLI, TOBIAS: Die Vergangenheit der Zukunftsstadt. Arbeiterbewegung, Fortschritt und Krisen in Biel 1815–1919. Bern: 1989.	KÄSTLI 1989
KLÖTI, THOMAS: Die Teilnehmer des Käfigturm-Krawalls. (Seminararbeit, ungedruckt. Bern: 1978).	
KOHLER, FRANÇOIS: La grève générale dans le Jura. Dans: Vuilleumier, Marc (Ed.), La grève générale de 1918 en Suisse. Genève: 1977, 61–78.	KOHLER
KREIS, GEORG: Juli 1940. Die Aktion Trump. Basel: 1973.	KREIS
LE DINH, DIANA: Le Heimatschutz, une ligue pour la beauté. Lausanne: 1992.	LE DINH
LÜTHI, URS: Der Mythos von der Weltverschwörung. Basel: 1992.	LÜTHI
MARBACH, FRITZ: Der Generalstreik 1918. Bern: 1969.	MARBACH
MARTIG, PETER: Die schweizerische Landesausstellung in Bern 1914. (BZ 1984, 163–179).	MARTIG

MARTIGNONI, WERNER: Parteispenden und politische Praxis im Kanton Bern. Bern: 1988.	
MAURER, THERES: Ulrich Dürrenmatt 1849–1908. (AHVB 59, 1975, 11–427).	MAURER
McCARTHY, ADOLF: Robert Grimm. Bern: 1989.	McCARTHY
MESMER, BEATRIX: Die Bevölkerung. In: Illustrierte Berner Enzyklopädie, 3. Wabern-Bern: 1987, 158–169.	
MESMER, BEATRIX: Ausgeklammert – eingeklammert. Frauen und Frauenorganisationen in der Schweiz des 19. Jahrhunderts. Basel: 1988.	
MESSERLI, JAKOB: Gleichmässig, pünktlich, schnell. Zeiteinteilung und Zeitgebrauch in der Schweiz im 19. Jahrhundert. Zürich: 1995.	MESSERLI
MEYER, HANS REINHART: Die Bernischen Dekretsbahnen. Wohlen: 1940.	MEYER HANS R.
MEYER, PAUL: Das Städtische Gymnasium in Bern 1880–1930. Bern: 1930.	MEYER PAUL
MOLL, ERNST: Die Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft im Kanton Bern. In: Festgabe für Ernst Scherz, Direktor der Kantonalbank Bern, zum 60. Geburtstag. Zürich: 1937.	MOLL 1937
MOLL, ERNST: Das Elektrizitätswerk Wangen 1895–1941. Bern: 1944.	MOLL Wangen
MOLL, ERNST: Das Mühleberg-Werk. Bern: 1945.	MOLL 1945
MOLL, ERNST: Bernische Kraftwerke AG 1898–1948. Bern: 1949.	
MOSER, DANIEL VINZENZ: Geschichte der Freisinnig-demokratischen Partei des Kantons Bern 1890–1922. Bern: 1977.	MOSER DANIEL
MOSER, PETER: Der Stand der Bauern. Frauenfeld: 1994.	MOSER PETER
MÜHLEMANN, CHRISTIAN: Untersuchungen über die Entwicklung der wirtschaftlichen Kultur und die Güterverteilung im Kanton Bern. (Mitteilungen des Bernischen Statistischen Bureaus, 1905 2. Bern: 1905).	MÜHLEMANN
MÜLLER, HANS-PETER: Die schweizerische Sprachenfrage vor 1914. Wiesbaden: 1977.	MÜLLER HANS-PETER
MÜLLER, UELI: Elektrifizierung der Politik oder Politik der Elektrifizierung? Liz. arbeit, Bern: 1992.	MÜLLER UELI

NEUHAUS, WERNER: Der Wetterhornaufzug, die erste Luftseilbahn der Schweiz. Grindelwald: 1980.	NEUHAUS
Nouvelle histoire du Jura. Porrentruy: 1984.	NHJ
NUSSBAUM, WALTER: Die Grippe-Epidemie 1918–1919 in der schweizerischen Armee. Bern: 1981 (vervielfältigt).	NUSSBAUM
PFISTER, CHRISTIAN: Geschichte des Kantons Bern seit 1798, Bd. IV: Im Strom der Modernisierung. Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt 1700–1914. Bern: 1995. (AHVB 78, 1995).	PFISTER
Planungsatlas, Kanton Bern. 3. Lieferung. Historische Planungsgrundlagen. Bern: 1973.	Planungsatlas
PRONGUÉ, BERNARD: Le Jura et le plébiscite du 23 juin 1974. Porrentruy: 1974.	PRONGUÉ
REYMOND, FRANÇOIS-L.: La question jurassienne et l'évolution du mouvement séparatiste 1959–1964. (Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft 5, 1965, 29–84).	REYMOND
RIESEN, RENÉ: Die Schweizerische Bauernheimatbewegung (Jungbauern). Bern: 1972.	RIESEN
VON RODT, EDUARD: Bern im neunzehnten Jahrhundert. Bern: 1898.	VON RODT
ROTH, FRITZ: Die Schweizer Heimatwehr. (AHVB 58, 1974, 9–217).	ROTH
ROTHEN, GOTTLIEB: Hundert Jahre Mädchenschule in der Stadt Bern. Bern: 1936.	
RUBI, RUDOLF: Vom Bergbauernhof zum Fremdenort. Grindelwald: 1986.	RUBI
Sammlung Bernischer Biographien. 1–5. Bern: 1884–1906.	SBB
SCHIBLER, HEINZ: Der Kampf um die Lötschbergbahn im Grossen Rat des Kantons Bern. In: Festgabe Hans von Greyerz zum 60. Geburtstag. Bern: 1967, 577–592.	
SCHLAEPFER, RUDOLF: Die Ausländerfrage in der Schweiz vor dem Ersten Weltkrieg. Zürich: 1969.	SCHLAEPFER
SCHMALZ, KARL LUDWIG: Bolligen. Bern: 1982.	SCHMALZ
SCHMOCKER, HANS: Konolfingen. Konolfingen: 1983.	SCHMOCKER
SCHRANER, ERNST: Hundert Jahre Lehrerinnen- und Arbeitslehrerinnenausbildung im Kanton Bern. Bern: 1938.	SCHRANER

SCHÜTZ, SIMON/MÜLLER, PAUL: Bümpliz. Bern: 1952.	SCHÜTZ/MÜLLER
SCHWEINGRUBER, MAX/ZWAHLEN, ULRICH: Krauchthal. Krauchthal: 1988.	Krauchthal
SCHWEIZER, JÜRIG: Das Kirchenfeld in Bern. Basel: 1980.	SCHWEIZER
SIGG, HERMANN: Meine Erinnerung an Georg Finsler. Bern: 1950.	SIGG
SONDEREGGER, CHRISTIAN: Die Grippeepidemie 1918/19 in der Schweiz. Liz. arbeit, Bern: 1991.	SONDEREGGER
STAUFFER, PETER: 60 Mann und ein Befehl ... Der «Käfig- turmkrawall» vom 19. Juni 1893 (BZ 1993, 203–232).	STAUFFER
STETTLER, KARL: Robert Müller-Landsmann 1852–1905. Ein oberoargauischer Industriepionier. In: Jahrbuch des Oberoargaus 1987, 179–191.	STETTLER
STUDER, GOTTLIEB: Über Eis und Schnee. Die höchsten Gipfel der Schweiz und die Geschichte ihrer Besteigung. 2. Aufl. Bern: 1896.	STUDER
TEUSCHER, WILHELM: Die Lötschbergbahn als Zubringer zum Simplon. Bern: 1889.	
TEUSCHER, WILHELM: Die Lötschbergbahn in ihrer Bedeu- tung für den internationalen Verkehr. Bern: 1893.	
TEUSCHER, WILHELM: Die Lötschbergbahn. Bern: 1898.	
TRÖSCH, ERNST: Der Fronten-Krawall in Bützberg. In: Jahrbuch des Oberoargaus 1974, 161–173.	TRÖSCH
URFER, HANS: Die Höhenmatte in Interlaken. Interlaken: 1964.	URFER
URNER, KLAUS: Die Deutschen in der Schweiz. Frauenfeld: 1976.	URNER
VOIGT, CHRISTIAN: Robert Grimm. Bern: 1980.	VOIGT
VOLMAR, FRIEDRICH: Der Einfluss der Entwicklung grös- serer Stadtgemeinden auf ihre Nachbargemeinden. In: Monatsschrift für bernisches Verwaltungsrecht und Notariatswesen, Bd. 3, Heft 1 (Januar 1905).	
VOLMAR, FRIEDRICH: Zur Revision des bernischen Gemein- deggesetzes. In: Monatsschrift für bernisches Verwal- tungsrecht und Notariatswesen, Bd. 12, Heft 8/9 (August/September 1914).	
VOLMAR, FRIEDRICH: Bernische Alpenbahnpolitik 1850–1906. Langnau: 1911.	VOLMAR 1911

VOLMAR, FRIEDRICH: Der Entwicklungsgang der Bernischen Transitverkehrspolitik. Bern: 1931.	VOLMAR 1931
VOLMAR, FRIEDRICH: Die Lötschbergbahn. Deren Gründungsgeschichte. Bern: 1938.	VOLMAR 1938
WÄLCHLI, KARL (u. a.): Bernische Denkmäler. Bern: 1987.	WÄLCHLI
VON WALDKIRCH, EDUARD: Wilhelm Teuscher, ein bernischer Staatsmann. Bern: 1934.	VON WALDKIRCH
WEGELI, RUDOLF: 50 Jahre Bernisches Historisches Museum. Bern: 1944.	WEGELI
WEGELIN, PETER: Carl Spittlers Schweizer Standpunkt. Horgen: 1981.	WEGELIN
WEGELIN-ZBINDEN, SIBYLLE: Der Kampf um den Gotthardvertrag. o.O.: 1974.	
WIDMER, THOMAS: Die Schweiz in der Wachstumskrise der 1880er Jahre. Zürich: 1992.	
WULLSCHLEGER, BERNHARD: Die Einwohnergemeinde der Stadt Bern. Bern: 1980.	WULLSCHLEGER
WYSS-BELLEVILLE, ELFRIEDE: Pierre Coullery und die Anfänge der Arbeiterbewegung in Bern und der Westschweiz. Basel: 1987.	WYSS
Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, Bern: 1865 ff.	ZsfStuVW
ZIMMERMANN, KARL: Pfahlbauromantik im Bundesratshaus. (BZ 1987, 117–151).	ZIMMERMANN 1987
ZIMMERMANN, KARL: Die Antiquarische Gesellschaft von Bern (1837–1858). (BZ 1992, 59–96).	ZIMMERMANN 1992
ZURLINDEN, SAMUEL: Die politischen Parteien in der Schweiz. In: Jahrbuch der Zürcherischen Freitagszeitung 1907, 2, Zürich: 1907.	

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN ABBILDUNGEN

Umschlagbild und Frontispiz:

Hotel Gurnigelbad nach dem Wiederaufbau von 1905

Anton Reckziegel (1865–1936)

Aquarell / Bleistift («Bains du Gurnigel près Berne. Altitude 1150 M.»)

Bildgrösse: 55 × 98,5 cm

Schweizerisches Alpines Museum, Bern

Die Quellen im Gurnigelwald waren schon im 16. Jahrhundert für ihre Heilwirkung bekannt. In der Mitte des 19. Jahrhunderts begann unter dem Hotelier Jakob Hauser der Aufstieg des Gurnigelbades zum Treffpunkt der mondänen europäischen Gesellschaft. 1902 brannte das Hotel (600 Betten) vollständig ab. 1905 konnte der luxuriöse Neubau (mit 450 Betten eines der grössten Hotels der Schweiz) eingeweiht werden. Der damals bekannte Plakatgrafiker Anton Reckziegel schuf die farbenprächtige Ansicht, die für Werbezwecke vielfach verwendet wurde. Der Zweite Weltkrieg beendete die Hotelaera; 1946 wurde der Hotelkomplex abgerissen.

I *Bern um 1860, von der Grossen Schanze aus gesehen*

Lithografie von J. Arnout, herausgegeben bei J. Dalp in Bern

StAB T.GD 81

Mit der Wahl Berns zur Bundesstadt (1848) beginnt sich das Antlitz der Stadt zu wandeln. Seit dem 15. November 1858 fahren die Züge der Centralbahn über die Eisengitter-Brücke («rote Brücke») in den Kopfbahnhof Bern, von wo sie – nach einer Spitzkehre – seit dem 2. Juli 1860 Richtung Freiburg weiterfahren. Hinter dem Christoffelturm ist das 1857 bezogene «Bundesratshaus» (heute Bundeshaus-West) zu erkennen, rechts davon das 1859 eröffnete «Hotel Bernerhof» (heute Eidgenössisches Finanzdepartement). Die Grosse Schanze diente immer noch als Exerzierplatz für die Artillerie.

2 *Der Christoffelturm in Bern während der Abbrucharbeiten, Januar 1865*

Zeitgenössische Fotografie
StAB T.B 206

Der Christoffelturm (erstellt 1344–1346) wurde – nachdem seit 1834 bereits die Schanzen eingeebnet oder umgestaltet worden waren – zum Symbol für den ideologischen Gegensatz zwischen Altgesinn-ten (Konservativen) und den Fortschrittsgläubigen (Radikalen). Nach einer heftigen Abstimmungskampagne entschieden die Stadt-berner Stimmbürger am 15. Dezember 1864 für den Abbruch (415 Befürworter, 411 Gegner).

3 *Das Münster zur Zeit des Turmausbaus, 1889 bis 1893*

Zeitgenössische Fotografie
Aus: U. Gisiger / J. Bernhardt: Das Berner Münster. Bern, 1970

Nach dem Bau des untern Achtecks (1521) wurde der weitere Aufbau des Turmes eingestellt. Weiterbauprojekte ab 1796 wurden vorerst nicht realisiert. Seit 1881 nahm sich ein Münsterbau-Komitee (ab 1887 Münsterbau-Verein) energisch des Ausbau-Projektes an, weil der «Schönheitssinn» es verlange und es «Ehrensache» für die Bundesstadt sei, das Werk der Vorfahren zu vollenden. Der Ausbau erfolgte nach den Plänen von August Beyer, der auch den Turm des Ulmer-Münsters ausgebaut hatte. Der Schlussstein wurde am 25. November 1893 aufgesetzt.

4 *Staatsverfassung des Kantons Bern vom 4. Juni 1893, Titelblatt*

StAB Fach Bern-Oberamt, 1893, Juni 4.

Während es sich bei den Exemplaren mit den Originalunterschriften der Verfassungen von 1831 und 1846 um blosse Kanzleireinschriften handelt, wurde das Original-Exemplar der Verfassung von 1893 als kalligrafisches Prunkstück gestaltet, mit farbigem Bernerwappen, geschmückt mit dem Staatssiegel, das an einer rotschwarzen Kordel

mit Quaste hängt, sowie eingebunden in rotem Leder. Darin spiegelt sich nicht nur der Zeitgeschmack, es kommt auch die Befriedigung zum Ausdruck, dass es mit diesem «Werk des Friedens» (Regierungspräsident Friedrich Eggli) endlich gelungen war, jahrelange Revisionsbemühungen zum Abschluss zu bringen.

5 *Festspiel an der Gründungsfeier der Stadt Bern, August 1891*

Zeitgenössische Fotografie
StAB T.C 423

6 *Szene aus dem Festzug anlässlich der Gründungsfeier 1891: Die Berner Bären*

Zeitgenössische Fotografie
StAB T.C 416

Die grossangelegte «Saecularfeier» von 1891 war wohl die erste historische Manifestation in Bern seit 1831, die ohne die sonst üblichen ideologischen Anfechtungen – sei es von radikal-freisinniger, sei es von konservativer Seite – durchgeführt werden konnte. Um so glanzvoller gestalteten sich die vier Festtage (14.–17. August), wobei das Festspiel auf der Freilichtbühne im Kirchenfeld und der historische Festzug in der Innenstadt (Abb. 6 zeigt den Zug auf dem Christoffelplatz, heute Bubenbergplatz) einen Zulauf der Bevölkerung aus Stadt und Land erlebten, wie ihn Bern noch nie gesehen hatte.

7 *Der Käfigturmkrawall vom 19. Juni 1893*

Zeitgenössischer Holzschnitt. Zeichnung von Louis Tinayre nach Skizzen von Legat und Forestier
BHM, Inventar-Nr. 51445 (Foto S. Rebsamen)

Als Berner Arbeitslose 1893 an einem heissen Sommerabend gegen ausländische Konkurrenz protestierten und dabei Verhaftete aus dem Käfigturm befreien wollten, schlugen Polizei und Militär hart

zurück. Dieser rücksichtslose Einsatz und der anschliessende Prozess mit manchen Mängeln förderten bei den Arbeitern den Glauben, sie seien Opfer einer Klassenjustiz. So rückten sie mehr und mehr von den Radikalen ab, denen sie bisher nahegestanden hatten, und die Spaltung zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum wurde immer deutlicher.

8 *Albert Steck (1843–1899)*

Zeitgenössische Fotografie
Schweizerische Landesbibliothek

Eine wichtige Rolle in der Frühgeschichte der Sozialdemokratie spielte der Berner Jurist Albert Steck. Vom liberal-konservativen Lager herkommend, setzte er sich seit 1886 intensiv für die Belange der Arbeiterbewegung ein. Auf Initiative Stecks gelang 1888 im dritten Anlauf die endgültige Gründung der SPS. Diese betrachtete er als demokratische Volkspartei, entsprechend wandte er sich gegen die Theorie des revolutionären Klassenkampfes. Als Redaktor des «Schweizerischen Sozialdemokraten» wurde er 1892 in den Grossen Rat und zwei Jahre später in den Stadtrat von Bern gewählt.

9 *Nikolaus Wassilieff (1857–1920)*

Zeitgenössische Fotografie
Schweizerische Landesbibliothek

Der bekannte Vorkämpfer der Arbeiterbewegung Nikolaus Wassilieff kam 1878 nach abenteuerlicher Flucht durch mehrere europäische Länder von Russland her in die Schweiz. Wie viele seiner Landsleute studierte er in Bern Medizin; in Zürich liess er sich zudem zum Typografen ausbilden. 1890 wurde der promovierte Mediziner bei der Arbeiterunion Bern erster lokaler Arbeitersekretär der Schweiz. Nach dem Käfigturmkrawall von 1893 wurde er in einem zweifelhaften Prozess verurteilt. Zwei Jahre später wurde der populäre Wassilieff – im Volksmund «Waschlisepp» genannt – in den Berner Stadtrat gewählt.

10 *Eduard Müller (1848–1919)*

Fotografie F. Fuss, Bern, 1907
StAB T.D 18

Eduard Müller, Spross eines alten Seeländer Geschlechts aus Nidau, prägte die bernische Politik seit den 1870er Jahren entscheidend mit. Als unbestechlicher Gerichtspräsident wirkte er ohne Rücksicht auf parteipolitische Interessen, was ihm, dem überzeugten Freisinnigen, den Beinamen «Der rote Müller» eintrug. 1882 wurde Eduard Müller in den Berner Grossen Rat gewählt, zwei Jahre später vertrat er den Kanton Bern im Nationalrat. 1888 wurde er Berner Stadtpräsident. Als Nachfolger des unerwartet verstorbenen Carl Schenk wählte die Bundesversammlung am 16. August 1895 Eduard Müller in den Bundesrat. Der Jurist Müller setzte sich als Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements für die Vereinheitlichung des schweizerischen Strafrechts ein. 1897 wechselte er ins Militärdepartement, wo er sich grosse Verdienste um die Militärreformen vor dem Ersten Weltkrieg erwarb. Eduard Müller verstarb am 9. November 1919 im Amt.

11 *Friedrich Ernst Bühlmann (1848–1936)*

Zeitgenössische Fotografie
StAB T.B 49.1

Zeit seines Lebens war Fritz Ernst Bühlmann mit seinem Geburtsort Grosshöchstetten eng verbunden. Dort leitete er das von seinem Vater übernommene Advokaturbüro und dort amtierte er von 1873–1896 als Gemeindepräsident. Als Berner Grossrat setzte er seit 1875 vor allem in Verkehrs-, Energie- und Eisenbahnfragen wichtige Akzente. Im Grossen Rat lernte er Gottlieb Bühler kennen, mit dem ihn fortan eine enge Freundschaft verband. 1876 wurde er Nationalrat, im Jahr 1900 dessen Präsident. 1878 wurde Bühlmann in den Berner Regierungsrat gewählt, konnte es sich aber in Anbetracht seiner politischen Machtfülle leisten, die Wahl abzulehnen. Mit dem späteren General Wille war Bühlmann Hauptinitiant der neuen

Truppenordnung vor dem Ersten Weltkrieg. Als Präsident der nationalrätlichen Kommission setzte er sich für die Militärorganisation von 1907 ein. Im Ersten Weltkrieg war Bühlmann Mitglied der Neutralitätskommission.

12 *Montage des eisernen Kuppelgerüsts am Parlamentsgebäude, 1901*

Zeitgenössische Fotografie
Burgerbibliothek Bern

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts erfuhr die Südansicht der Stadt Bern eine markante Veränderung: Nach Bundesratshaus (1857, heute Bundeshaus-West), Hotel Bernerhof (1859), Hotel Bellevue (1864, heutiger Bau 1911), Bundeshaus-Ost (1892, Architekt Hans Wilhelm Auer) wurde von 1894 bis 1902 das Parlamentsgebäude (Erbauer ebenfalls H. W. Auer) errichtet mit seinen drei Kuppeln (Aufrichtefest für die Hauptkuppel: 11. April 1900) und der mächtigen Bundesterrasse. Den Abschluss dieser Monumentalbauten an der Südkante der Stadt bildete das Casino der Burgergemeinde (1909).

13 *Bern: Kirchenfeldbrücke und Historisches Museum, um 1895*

Zeitgenössische Fotografie
StAB T.B 244

Nach intensiv geführter Abstimmungskampagne genehmigte die Burgergemeinde am 19. November 1881 den Verkauf des Kirchenfeldes an die «Berne-Land-Company». Diese englische Gesellschaft musste sich verpflichten, die Kirchenfeldbrücke zu erbauen (eingeweiht 1883) und auf dem Kirchenfeld ein Erschliessungsstrassennetz zu errichten, ein Musterbeispiel neubarocker Stadtplanung. Neben vielen Privatvillen entstanden in der Folge auf dem Kirchenfeld auch zahlreiche öffentliche Bauten, so das Bernische Historische Museum (1892–1894).

14 *Das neue Inselspital in Bern, erbaut 1881–1886*

Lithografie Lips, Bern
StAB AD 465 (Imprimate)

Die sanitarischen und räumlichen Verhältnisse im alten Inselspital an der Inselgasse waren im 19. Jahrhundert mit den Forderungen der modernen Heilkunde in immer bedenklicheren Widerspruch geraten. Prominente Mediziner, allen voran Professor Theodor Kocher, setzten sich deshalb vehement für einen Spitalneubau ein. Nach einer öffentlichen Geldsammlung im Jahre 1877 und nach dem Verkauf der alten Insel an die Eidgenossenschaft zum Preis von Fr. 750 000 war die Finanzierung eines Neubaus gesichert. Mit den Architekten Friedrich Schneider und Alfred Hodler wurde 1880 ein Bauleitungsvertrag abgeschlossen; 1881 begannen die Arbeiten. Bereits drei Jahre später konnten die ersten Kranken in die neue, nach dem Pavillonsystem angelegte Krankenanstalt überführt werden. Am 30. November 1884, dem 530. Jahrestag der Stiftung der Insel, wurde die neue Anlage mit einem Einweihungsgottesdienst ihrer Bestimmung übergeben. Zwei Jahre später war der «Neue Insel Spital in Bern» vollendet; mit der Herausgabe einer farbigen Lithografie wurde der Neubau stolz der Öffentlichkeit vorgestellt.

15 *Das Oberseminargebäude in Bern, erbaut 1904–1905*

Aufnahme der Hauptfassade vom April 1909
StAB AA III 797

Seit 1880 waren Bestrebungen im Gange, die Primarlehrerausbildung im Seminar Hofwil zu reorganisieren. Im Februar 1903 beschloss der Grosse Rat, inskünftig zwei Jahrgänge mit je zwei Seminarklassen in Hofwil, zwei Jahrgänge mit je zwei Klassen als Oberseminar in Bern führen zu lassen. Da im gleichen Jahr die Berner Hochschule das neue Gebäude auf der Grossen Schanze beziehen konnte, wurde dem Oberseminar zunächst das alte Hochschulgebäude am nördlichen Brückenkopf der Kirchenfeldbrücke zugewiesen. Weil die Burgergemeinde Bern an dieser Stelle mög-

lichst rasch mit dem Bau des Casinos beginnen wollte, galt es für das Oberseminar einen neuen Standort zu finden. Nach Planstudien, die Grossrat und Baumeister Friedrich Heller-Bürgi angefertigt hatte, entwarf der leitende Kantonsbaumeister Konrad von Steiger Pläne für ein neues Oberseminargebäude im Muesmattquartier. Mitte August 1904 wurde mit dem Bau begonnen, anfangs 1905 war er unter Dach. Die abgebildete Aufnahme der Hauptfassade im Massstab 1:100 entstand im April 1909.

16 *Albert Gobat (1843–1914)*

Originalfoto Emil Vollenweider, Bern
StAB T.B 227.2

Charles Albert Gobat wurde am 21. Mai 1843 in Tramelan geboren. Nach dem Studium der Rechte in Basel und Heidelberg wirkte er als Rechtsanwalt in Delémont. 1882 wurde der freisinnige Politiker Mitglied des Grossen Rates; im selben Jahr erfolgte seine Wahl zum Regierungsrat. Als bernischer Erziehungsdirektor hatte er grossen Anteil am Aufbau eines modernen Bildungssystems. Besondere Akzente legte er auf die Gymnasialreform und den Ausbau der Universität Bern. Von 1884 bis 1890 wirkte Gobat als Ständerat, von 1890 bis 1914 als Nationalrat. Ein weiterer Schwerpunkt seiner Tätigkeit galt dem Ausbau der Eisenbahnen im Jura. Besondere Ehre brachte Gobat sein Wirken als Pionier der Friedensbewegung ein: 1892 präsidierte er die 4. Konferenz der Interparlamentarischen Union, die ihn mit der Schaffung eines ständigen Büros in Bern betraute. 1902 erhielt Albert Gobat für seinen Einsatz im Dienste des Weltfriedens den Friedensnobelpreis.

17 *Theodor Kocher (1841–1917)*

Fotografie, 1907
StAB T.B 364.1

Theodor Kocher und Bern, zwei Namen, die untrennbar miteinander verbunden sind! Ein Menschenleben lang, von 1872 bis 1917,

lehrte der berühmte Arzt an der Universität seiner Vaterstadt. Das Berner Inselspital stieg in dieser Zeit zum medizinischen Zentrum von europäischem Rang auf. Seiner Durchsetzungskraft verdankte der für damalige Verhältnisse wegweisende Inselneubau auf der Kreuzmatte seine Entstehung. Die neuartigen Operationsmethoden, die Kocher entwickelte, fanden weltweite Anerkennung. Wegweisend waren insbesondere seine neuen Erkenntnisse der operativen Behandlung der Schilddrüse und des Kropfes. Zahlreiche Preise wurden ihm verliehen. Die höchste Ehrung wurde Theodor Kocher 1910 zuteil, als ihm der Nobelpreis für Medizin zugesprochen wurde.

18 *Das neue Universitätsgebäude auf der Grossen Schanze in Bern, erbaut 1900–1903*

Foto H. Völlger, Bern
StAB AA III 912

Die Entwicklung der 1834 gegründeten Berner Hochschule war in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens eine langsame. Im Jahre 1865 fanden sich erst 200, im Jahre 1870 gegen 300 Studenten ein. Von da an begann aber eine rasche Zunahme der Hörerzahlen: Als sich der Grosse Rat 1898 zum erstenmal zur Neubaufgabe zu äussern hatte, waren nahezu 800 Studierende eingeschrieben. Die Errichtung eines neuen Universitätsgebäudes auf der Grossen Schanze wurde fast einhellig als Notwendigkeit betrachtet. Nach den Plänen der Architekten Alfred Hodler und Eduard Joos entstand ein Gebäude, das sowohl den Bedürfnissen der Universität wie auch den architektonischen Anforderungen der Zeit standhielt. Der im Jahre 1900 begonnene Bau wurde am 4. Juni 1903 vom damaligen Unterrichtsdirektor Albert Gobat dem amtierenden Rektor, Prof. Theodor Kocher, übergeben. Das Universitätsgebäude gehört noch heute zu den repräsentativen Bauwerken der Stadt Bern.

19 *Prof. Hugo Kronecker mit Studierenden im Physiologischen Institut*

Foto, 1903
StAB BB III b 472

Ungefähr seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts waren an der Universität Bern auch Frauen als Studierende zugelassen. Viele von ihnen kamen aus Russland und liessen sich zu Ärztinnen ausbilden. Wie sehr sie um die Jahrhundertwende das Bild der medizinischen Fakultät prägten, zeigt das Gruppenbild aus dem Physiologischen Institut.

20 *Albert Einstein als eidgenössischer Beamter, 1904*

Zeitgenössische Fotografie
Aus: M. Flückiger: Albert Einstein in Bern. Bern, 1974

Albert Einstein kam 1902 als 23jähriger nach Bern, wo er als technischer Experte am eidgenössischen Patentamt arbeitete, von 1908 an als Privatdozent an der Hochschule Vorlesungen hielt und seinen Freundeskreis pflegte. Seine bedeutendsten Einsichten zur theoretischen Physik nahmen hier bereits Gestalt an, doch verliess er Bern schon 1909 nach einem Ruf an die Universität Zürich.

21 *Gertrud Woker (1878–1968)*

Zeitgenössische Fotografie
StAB T.B 993

Gertrud Woker, Tochter des Geschichtsprofessors Philipp Woker, wurde 1906 Privatdozentin und lehrte als erste Naturwissenschaftlerin an der Universität Bern physikalisch-chemische Biologie. Den Titel einer Professorin – nach der Philosophin Anna Tumarkin erst die zweite in Bern – erhielt sie allerdings erst 1933.

22 *Das Kantonale Technikum von Burgdorf, um 1910*

Ansichtskarte

StAB T.A Burgdorf 101

23 *Das Kantonale Technikum von St-Imier, um 1901*

Fotografie

Aus: Ecole d'ingénieurs de Saint-Imier, agrandissement et rénovation. Kantonale Baudirektion, 1991

StAB BC 185 / 13

Der zunehmende Konkurrenzdruck aus dem Ausland führte auch im Kanton Bern zum Ausbau der gewerblich-industriellen Berufsbildung. Schon 1866 – im Jahr der Gründung der Uhrenfabrik Longines – wurde in St-Imier eine «Ecole d'horlogerie» gegründet, die 1901 ein neues Schulgebäude beziehen konnte und sich seither zur «Ecole d'ingénieurs» entwickelt hat.

1890 (Oktober) wurde in der Volksabstimmung ein Gesetz betreffend Errichtung eines kantonalen Technikums angenommen. In Konkurrenz mit Bern und Biel erhielt Burgdorf den Zuschlag, wo bereits 1892 der Unterricht aufgenommen und 1893 das erste Schulgebäude fertiggestellt wurde. Im unterlegenen Biel wurde auf zunächst kommunaler Basis im Wintersemester 1890/91 ein «Westschweizerisches Technikum» eröffnet. Mit diesen drei Techniken hatte der Kanton Bern im schweizerischen Vergleich um 1900 einen Spitzenplatz erreicht.

24 *Einweihung des Welttelegrafendenkmals auf dem Helvetiaplatz in Bern, 22. Dezember 1922*

Ansichtskarte

StAB T 12

Am 17. Mai 1865 wurde in Paris die Internationale Telegrafenen-Union gegründet. Zwanzig Staaten, darunter die Schweiz, gehörten dieser Vereinigung der Telegrafenenverwaltungen ursprünglich an.

Die Union besass ein Zentralorgan, das «Bureau international des Administrations télégraphiques», das seinen Sitz in Bern einrichtete. 1908 beschlossen die Delegierten der angeschlossenen Länder, aus Anlass des 50jährigen Bestehens der Organisation im Jahr 1915 in Bern ein Denkmal zu errichten. Nach dem Entwurf des Italieners Giuseppe Romagnoli entstand ein Kunstwerk, das – nach langjährigen Diskussionen um den Standort – auf dem Helvetiaplatz aufgestellt wurde. Mit mehr als siebenjähriger Verspätung wurde das Denkmal am 22. Dezember 1922 in Anwesenheit des französischen Botschafters Henri Allizé, des schweizerischen Bundespräsidenten Robert Haab und des Schöpfers des Kunstwerks feierlich eingeweiht.

25 *Das Weltpostdenkmal in Bern, um 1910*

Ansichtskarte
StAB T.A Bern

Am 15. September 1874 versammelten sich im Berner Rathaus des Äusseren Standes Abgeordnete aus 22 Ländern zu einem internationalen Postkongress. Es war dies die Geburtsstunde des «Allgemeinen Postvereins», 1878 in «Weltpostverein» umbenannt. Von allem Anfang an war Bern zum Sitz dieser internationalen Organisation vorgesehen. Zum 25jährigen Jubiläum des Weltpostvereins beschlossen die Delegierten, ihrer Institution auch künstlerisch Ausdruck zu verleihen und in Bern ein Weltpostdenkmal zu errichten. Als Sieger eines Wettbewerbs ging der Pariser Künstler René de Saint-Marceaux hervor. Am 4. Oktober 1909 wurde das Denkmal eingeweiht. Es zeigt die Weltkugel, um die herum, als Allegorien der Erdteile, fünf Frauengestalten schweben. Neben dem Erdball wacht die sitzende Berna, die rechte Hand auf einen Schild mit Berner Wappen gestützt. Obwohl in Künstlerkreisen umstritten, erfreute sich das Weltpostdenkmal bei der Berner Bevölkerung rasch grosser Beliebtheit, wie die kurz nach der Einweihung entstandene fotografische Aufnahme eindrücklich belegt.

26 *Jungfraubahn: Station Eigergletscher kurz nach der Eröffnung, 1898*

Zeitgenössische Fotografie
StAB BB 5/6

Die Anfänge der Jungfraubahn reichen in die neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts zurück. Der Erbauer, der Zürcher Industrielle Adolf Guyer-Zeller (1839–1899), verfolgte ein Projekt, das die Grenzen der damaligen technischen Möglichkeiten streifte. Zwischen 1896 und 1912 wurde mit bescheidensten Hilfsmitteln ein Bahnprojekt realisiert, welches dem Berner Oberländer Tourismus auf Jahrzehnte hinaus eine Spitzenstellung sicherte. Die Absicht Adolf Guyers, die Bahn bis auf den Gipfel der Jungfrau zu führen, blieb zwar ein Traum, dennoch konnte die am 1. August 1912 eröffnete Station Jungfraujoch für sich beanspruchen, höchstgelegene Bahnstation Europas zu sein. Das erste Teilstück der Bahn (Kleine Scheidegg–Eigergletscher, 2320 m ü.M.) konnte am 19. September 1898 dem Betrieb übergeben werden. Die zeitgenössische Fotografie zeigt die Station Eigergletscher kurz nach der Eröffnung.

27 *Arbeiter beim Bau der Lötschbergbahn, um 1911*

Zeitgenössische Fotografie
StAB N Bühler 6

Zu den herausragenden Leistungen des bernischen Eisenbahnbaus gehört zweifellos die Erstellung der Bern–Lötschberg–Simplon-Bahn. Zwischen 1906 und 1913 wurde in schwierigem Gelände und mit einfachsten Hilfsmitteln ein Bahntrasse erstellt, das auf der 28,5 km langen Strecke zwischen Spiez und Brig neben unzähligen anderen Kunstbauten 38 Tunnel aufwies. Zwei grosse Unglücksfälle forderten insgesamt 37 Menschenleben, mehrheitlich Tunnelarbeiter aus Italien. Noch heute gehört die BLS zu den wichtigsten Verkehrsadern des Kantons Bern. Das Werk aus der Zeit der Eisenbahnpioniere bildet nach wie vor einen wesentlichen Bestandteil des europäischen Schienennetzes. Die zeitgenössische Fotografie aus dem Nachlass des langjährigen BLS-Direktionspräsidenten

Gottlieb Bühler zeigt eindrücklich die extremen Bedingungen, unter welchen die Bahn zustande kam.

28 *Werbeplakat der Bern–Lötschberg–Simplon-Bahn, 1937*

Plinio Colombi

Farblithografie, 102 × 64 cm

Schweizerisches Alpines Museum, Bern

Die 1913 eröffnete Bern–Lötschberg–Simplon-Bahn entwickelte sich rasch zur unentbehrlichen Lebensader der bernischen Volkswirtschaft. Insbesondere der Tourismus im Berner Oberland erfuhr durch die BLS einen enormen Aufschwung. Die internationale Ausrichtung der Berner Alpenbahn drückte sich unter anderem in ihrer Werbung aus: die BLS sprach darin ein europäisches Publikum an; neben den landschaftlichen Vorzügen des Berner Oberlands wurde der Stellenwert der Bahnlinie als Nord-Süd-Verbindung hervorgehoben. Zeitgenössische Künstler von Rang und Namen – auf dem abgebildeten Plakat der in Spiez lebende Tessiner Plinio Colombi – waren für die grafische Gestaltung der Plakate zuständig.

29 *Bau der Schwarzwasserbrücke an der Bern–Schwarzenburg-Strasse, um 1882*

Zeitgenössische Fotografie

StAB T.D 80

Noch im 19. Jahrhundert galt das Schwarzenburgerland als das Armenhaus des Kantons Bern. Ein wesentlicher Grund für die wirtschaftliche Rückständigkeit der Region war ihre schlechte verkehrsmässige Erschliessung. Das Schwarzenburgerland bildete, wie das Tagblatt des Grossen Rates von 1836 festhielt, «eine abgeschlossene Insel zwischen Bern und Freiburg». Mit dem Bau einer steinernen, gewölbten Brücke über das Schwarzwasser im Jahre 1831 trat eine Verbesserung der Verhältnisse ein. Doch erst die 1882 eröffnete eiserne Hochbrücke über den Schwarzwassergraben

brachte eine ganzjährig befahrbare, sichere Strassenverbindung zwischen Bern und Schwarzenburg.

30 *Strasse und Eisenbahn im Berner Jura (Gorges de Court)*

Fotografie, um 1965

Aus: Images du Jura. Photographies de Jean Chausse. Neuchâtel, 1965

Nebst zahlreichen anderen Aufgaben betrachtete der liberale bernische Staat nach 1831 auch die verkehrsmässige Erschliessung des Kantons als sein Ressort. In den Strassenbaugesetzen von 1834 und 1849 erfuhr dabei der Jura reichliche Beachtung. Wichtige Verkehrsverbindungen wie die neue Taubenlochstrasse von Biel nach Reuchenette, der Ausbau in der Klus von Court 1836 und 1845 (vgl. Abbildung) und die Laufentalstrasse von Delémont bis zur Kantonsgrenze wurden in jener Zeit gebaut. Ein weiteres Strassenbauprogramm von 1863 sah erneut 32 auszubauende Strassen 2. Klasse vor, davon 27 im Jura.

31 *Das Wasserkraftwerk von La Goule, 1893*

Fotografie

Aus: Les Intérêts du Jura. XI^e Année, 1969

32 *Wasserkraftwerk Hagneck, erbaut 1897 bis 1899*

Fotografie, um 1924

Aus: Wasserkraftwerke der Schweiz. Hrsg. vom Schweiz. Wasserwirtschaftsverband. Zürich, 1924

Das letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts brachte als Folge des industriellen Aufschwungs eine Neuorientierung in der Energiegewinnung. Der Kanton Bern mit seinen zahlreichen Bergen und Flussläufen konnte hierbei von natürlichen Vorteilen profitieren. In allen Landesteilen entstanden zahlreiche kleinere Elektrizitätswerke, welche die Beleuchtung einzelner Ortschaften oder den elektrischen Betrieb einzelner industrieller Anlagen übernahmen. Parallel dazu entstanden grosse Werke, die mit weitverzweigten Verteilungsnet-

zen das ganze Kantonsgebiet mit elektrischem Strom versorgten. Zu den ersten grossen Werken gehörte das Wasserkraftwerk von La Goule am Doubs bei Noirmont, welches durch die 1893 gegründete Société des Forces Electriques de la Goule betrieben wurde und laut Staatsvertrag je zur Hälfte für Frankreich und die Schweiz Strom erzeugte. Eine der ersten Grossanlagen im alten Kantonsteil war das Elektrizitätswerk Hagneck, welches in den Jahren 1897–1899 erbaut wurde und das durch die Juragewässerkorrektion entstandene Gefälle beim Einfluss der Aare in den Bielersee nutzte.

33 *Das alte Grimselhospiz versinkt in den Fluten, September 1930*

Zeitgenössische Fotografie
StAB N Bühler 14

Kurz vor dem Ersten Weltkrieg wurde die Grimselregion durch die Gesellschaft der Bernischen Kraftwerke (BKW) erworben in der Absicht, im «Aarboden» einen Stausee zur Errichtung eines Kraftwerks anzulegen. Dass diesem Plan Opposition erwachsen musste, lag auf der Hand. Erst 1925 wurde das Projekt in einer Volksabstimmung genehmigt. An den nun gegründeten «Oberhasli Kraftwerken» beteiligten sich neben der BKW die Städte Basel, Bern und Zürich. Die erste Stufe der Oberhasli-Werke, die Stauseen Grimsel und Gelmer mit der Zentrale Handeck I, wurde von 1925 bis 1932 erstellt. Das geschichtsträchtige alte Grimselhospiz musste dabei dem Fortschritt geopfert werden. Es versank, wie die zeitgenössische Fotografie belegt, im September 1930 in den Fluten.

34 *Gottlieb Bühler (1855–1937)*

Zeitgenössische Fotografie
Aus: Zur Eröffnung der Berner Alpenbahn Bern–Lötschberg–Simplon. Auszug aus: H. Hartmann: Grosses Landbuch «Berner Oberland». Interlaken, 1913

Zu den markantesten Persönlichkeiten des bernischen politischen Lebens im ersten Drittel unseres Jahrhunderts gehörte der Jurist und Oberst Arnold Gottlieb Bühler aus Aeschi. Als Mitglied und lang-

jähriger Präsident der Direktion der BLS 1906–1937, als Direktionspräsident der Bernischen Kraftwerke 1922 ff. und als Direktionspräsident der Kraftwerke Oberhasli gehörte Gottlieb Bühler zu den Pionieren des Eisenbahnbaus und der Wasserkraftgewinnung im Kanton Bern. Als Grossrat (1881–1922) und Nationalrat (1889–1922) leistete der freisinnige Politiker bahnbrechende Arbeit zur verkehrsmässigen und wirtschaftlichen Erschliessung des Oberlandes. Die «Neue Zürcher Zeitung» ging in einem ihrer Kommentare so weit, ihn den «unumschränkten Herrscher im Berner Freisinn» zu nennen.

35 *Eduard Will (1854–1927)*

Zeitgenössische Fotografie
StAB T.B 817

Der aus einfachen Verhältnissen stammende Eduard Will gehörte zu den grossen Förderern des Kraftwerknetzes im Kanton Bern. Die Entstehung des Kraftwerkes in Hagneck war weitgehend seiner Pionierleistung zu verdanken. Da sich der Kanton an der Finanzierung des Hagneck-Projekts nicht beteiligen wollte, suchte Will nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten und fand sie in der Zusammenarbeit mit Motor-Columbus. Erst später erkannten die kantonalen Behörden die Notwendigkeit, die einheimischen Kraftwerke dem spekulativen Interesse ausländischen Kapitals zu entziehen. Ebenfalls verdient machte sich Eduard Will um den Ausbau der Kraftwerke von Spiez, Kandergrund, Kallnach, Bellefontaine und Wangen a. A. Massgeblich beteiligt war er an der Elektrifizierung der Bern–Lötschberg–Simplon-Bahn. Im Militär nahm Will den Rang eines Oberstkörpskommandanten (1909–1912, 1914–1916) ein.

36 *Kaiserbesuch in Bern, 6. September 1912*

Zeitgenössische Fotografie
StAB T 3

Vom 3. bis 6. September 1912 besuchte der deutsche Kaiser die Schweiz. Wilhelm II. kam in Begleitung des Generalstabschefs des deutschen Heeres, Generaloberst von Moltke, und weiterer hoher Offiziere. Im Mittelpunkt des Kaiserbesuchs stand die Besichtigung der Manöver der Schweizer Armee in der Ostschweiz und in Zürich. Am 6. September reiste der Kaiser nach Bern, wo er von Bundespräsident Forrer sowie den Präsidenten des National- und des Ständerats am Bahnhof empfangen wurde. Der Kaiserbesuch stellte für Bern einen politischen und gesellschaftlichen Höhepunkt dar, an dem die gesamte Bevölkerung in ausserordentlichem Masse teilnahm. Erst später wurde erkannt, dass der Besuch des deutschen Kaisers vornehmlich militärpolitische Gründe hatte und im Zusammenhang mit der deutschen Lagebeurteilung im Falle eines Krieges gegen Frankreich stand.

37 *Ferdinand Hodler und August Heer porträtieren General Wille im Hotel Bellevue Bern, 1915*

Fotografie von Franz Henn ab Original-Glasplatte
StAB N Henn

Am Rande der grossen Politik spielten sich im Hotel Bellevue in Bern Szenen ab, die uns die «Ausnahmegunst des Schicksals» (Carl Spitteler) der Schweiz im Ersten Weltkrieg vor Augen führen: Von Februar bis Mai des Kriegsjahres 1915 sass General Wille während 30 Stunden dem Maler Ferdinand Hodler und dem Bildhauer August Heer Modell. Wille zögerte offenbar lange, sich vom «grossen Nationalmaler Ferdinand Hodler» porträtieren zu lassen, da er noch keine Gelegenheit gehabt habe zu beweisen, dass er seiner Aufgabe als Heerführer gewachsen sei.

38/39 *Schweizerische Landesausstellung in Bern 1914. Ansicht gegen Süden*

Offizielle Ansichtskarten
StAB T 4

Auf Initiative des kantonal-bernischen Gewerbeverbandes fand vom 15. Mai bis 2. November 1914 auf dem Areal des Berner Neufelds, des Viererfelds und des Mittelfelds die dritte Schweizerische Landesausstellung statt. Der nationale Grossanlass liess Bern für ein halbes Jahr zum Zentrum der schweizerischen Politik, des Handels und der Industrie, aber auch der Bildung und der Kunst werden. Die S. L. A. B. 1914 zog an der Schwelle zur Moderne Bilanz über die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung des 19. Jahrhunderts. Sie offenbarte aber auch die Kluft, welche die kulturelle Schweiz in zwei Lager teilte. Bis Ende Juli betraten über zwei Millionen Besucherinnen und Besucher das Ausstellungsgelände. Die Kriegsmobilmachung führte dann zu einem rasanten Rückgang des Besucherstroms. Als kurzweiliger Leistungsschau war der S. L. A. B. 1914 Erfolg beschieden; eine politisch integrierende Wirkung – wie etwa die «Landi 1939» – erzielte sie indessen nicht.

40 *Emil Cardinaux' «Reiter», das heftig umstrittene offizielle Ausstellungsplakat der Schweizerischen Landesausstellung in Bern 1914*

Original-Plakatentwurf
Bildgrösse: 99 × 129 cm
Staatsarchiv des Kantons Bern (Foto G. Howald)

Schon lange bevor die Landesausstellung 1914 ihre Pforten öffnete, hatte sie ihren Skandal: Der Entscheid der Jury, dem Reiterplakat des bekannten Kunstmalers Emil Cardinaux den ersten Preis zuzusprechen, entfachte vor allem in der welschen Schweiz einen Sturm der Entrüstung. Am «Bohnenross», wie Cardinaux' grünliches Pferd spöttisch genannt wurde, schieden sich die Geister. Den konservativen Vertretern einer dem «Volksempfinden» verpflichteten Kunst erschien das Plakat zu modern, während die Befürworter einer vorwärts gerichteten «neuen Kunst» das Urteil der Jury begrüßten.

Die Ausstellungsleitung musste schliesslich ein neues Plakat drucken lassen. An Stelle des Reiters warb nun eine unverfängliche Jungfraulandschaft des Tessiner Malers Plinio Colombi für die Landesausstellung.

41 *Symbolfigur im Ersten Weltkrieg: «Gilberte de Courgenay»*

Zeitgenössische Fotografie

Aus: H. R. Kurz: Dokumente der Grenzbesetzung 1914–1918. Zürich, 1970

Die wochenlangen Dienstleistungen in den Grenzgebieten, für die Bernertruppen vor allem im Tessin und im Berner Jura, führten dazu, dass viele Wehrmänner und ihre Familien eine ganz neue Beziehung zu diesen vorher eher wenig bekannten Gegenden und der dort wohnhaften Bevölkerung gewannen. Legendär wurde die Wirtstochter Gilberte Montavon, Hôtel de la Gare in Courgenay, durch das Soldatenlied «La petite Gilberte» von Hans in der Gand (1917 komponiert) und den populären Film «Gilberte de Courgenay» (mit Anne-Marie Blanc, 1941).

42 *Ballontruppen der Schweizer Armee*

Fotografie von 1916

Aus: H. R. Kurz: Dokumente der Grenzbesetzung 1914–1918. Zürich, 1970

Durch den Bau der Ballonhalle auf der grossen Allmend (vis-à-vis Stadion Wankdorf, eingeweiht Juli 1902, abgerissen September 1978) wurde Bern, Waffenplatz der Ballonpioniere, im Aktivdienst 1914–1918 zum ersten schweizerischen Zentrum der Militäraviatik, da auch die am 1. August 1914 geschaffene Fliegerabteilung zunächst die vorhandene Infrastruktur der Ballontruppe benützte, bevor das Flugfeld von Dübendorf melioriert war und dann zum Zentrum der Schweizer Militärflieger ausgebaut wurde.

43 *Sozialistenkonferenz in Bern im Februar 1919*

Zeitgenössische Fotografie

Aus: A. McCarthy: Robert Grimm. Der schweizerische Revolutionär. Bern, 1989

Am 3. Februar 1919 wurde im Volkshaus in Bern eine von Robert Grimm organisierte Konferenz führender europäischer Sozialisten eröffnet. Angesichts der revolutionären Ereignisse in Russland und Deutschland schien es notwendig, über die Zukunft der Arbeiterschaft zu diskutieren. Es kamen Vertreter aus Frankreich, Norwegen, Russland, Deutschland, Österreich, Spanien, Rumänien, Italien, Griechenland, England, aus der Tschechoslowakei und aus der Schweiz. Die schweizerischen Sozialisten wurden nur als Gäste zugelassen, damit nicht der Eindruck entstehe, die Konferenz wolle sich in innenpolitische Angelegenheiten der Schweiz einmischen. Die zeitgenössische Fotografie zeigt die Teilnehmer der Berner Konferenz. Obere Reihe von links nach rechts: ein Unbekannter, ein Spanier, Tschudi, Fenner, Brockway, Rosenfeld, Huggler, Grimm, Friedrich Adler, Martow, Graber, Bauer. Untere Reihe: ein Engländer, Wallhead, Hilferding, Reinhard, Ledebour, Longuet, Crispian, Paul Faure.

44 *Ausweisung der sowjetischen Gesandtschaft in Bern, 12. November 1918*

Zeitgenössische Fotografie

Aus: Schweizer Illustrierte Zeitung, Nr. 46/47, 23. 11. 1918

Nach der Machtübernahme der Bolschewiki in Russland beschloss der Bundesrat, mit der neuen sowjetischen Regierung de facto Beziehungen aufzunehmen. Einer sowjetischen Mission unter Jean Berzin wurde daraufhin die Einreise in die Schweiz gestattet, unter der Bedingung, keine agitatorische Tätigkeit aufzunehmen. Genau diesen Vorwurf musste sich die sowjetische Gesandtschaft im Zusammenhang mit dem Landesstreik 1918 gefallen lassen, mit dem Ergebnis, dass sie am 12. November aus der Schweiz ausgewiesen wurde. Die Ausweisung der Mission Berzin stellte den Anfang einer langen Kette von schweizerisch-sowjetischen Problemen während

der Zwischenkriegszeit dar, die erst mit der diplomatischen Anerkennung der Sowjetunion im Jahr 1946 ein Ende fand.

Die zeitgenössische Aufnahme zeigt die Abreise der russischen Gesandtschaft aus Bern. Unter dem Schutz einer Dragonerschwadron überquert das Fahrzeug den Bahnhofplatz.

45 *Landesstreik 1918: Truppenkonzentration auf dem Kirchenfeld in Bern, November 1918*

Zeitgenössische Fotografie

Aus: Schweizer Illustrierte Zeitung, Nr. 46/47, 23. 11. 1918

46 *Landesstreik 1918: Streikende halten zwei Militärtransportzüge von Bern und Delémont in Richtung Biel auf, November 1918*

Zeitgenössische Fotografie

Aus: Schweizer Illustrierte Zeitung, Nr. 46/47, 23. 11. 1918

Lebensmittelknappheit, Teuerung und Grippe führten unter dem Eindruck der Revolutionen in Russland und Deutschland im Jahr 1918 auch in der Schweiz zu sozialen Spannungen. Das aus führenden Arbeitervertretern zusammengesetzte «Oltener Komitee» erhob deshalb unter Androhung eines Landesstreiks dringende Forderungen an die Landesregierung. Im November 1918 kam es tatsächlich in verschiedenen Schweizer Städten zu Streikaktionen, auf welche die bürgerlichen Regierungen mit Truppenaufgeboten reagierten. Während es in anderen Städten zu heftigen Zusammenstössen mit Todesopfern kam, reagierten die Behörden der Bundesstadt mit Bedacht. Vor allem verstand es in Bern der militärische Befehlshaber, Oberstkorpskommandant Eduard Wildbolz, seine Truppen geschickt einzusetzen, ohne die demonstrierenden Arbeiter zu provozieren.

Auf dem Berner Kirchenfeld wurden während des Streiks grössere Truppenkontingente zusammengezogen (Abbildung 45). Im Hintergrund das Bundeshaus, rechts davon das Hotel «Bellevue», in dem der Bundesrat in jenen kritischen Tagen wohnte.

In Biel wurden während des Eisenbahnerstreiks zwei Militärzüge, die von Bern und Delémont her kamen, von den Streikenden angehalten und blockiert (Abbildung 46).

- 47 «*Wir wollen Glück und Zufriedenheit*». Postkarte der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei für die Nationalratswahlen von 1922. [Atelier Häusler Bern]

- 48 «*Bärn stimmt rot!*». Wahlplakat für die Sozialdemokratische Partei von Carl Scherer, 1927

- 49 «*Wählt Sozialdemokraten*». Wahlplakat für die Sozialdemokratische Partei von Otto Baumberger, 1929

- 50 «*Wählt bürgerlich*». Wahlplakat der Freisinnigen und der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei von Friedrich Traffelet, s. d.

Nach zwei erfolglosen Anläufen in den Jahren 1900 und 1910 stimmten Volk und Stände am 13. Oktober 1918 einer Verfassungsänderung zu, die für die Nationalratswahlen den Proporz einführte. Auf kantonaler Ebene zogen die Stimmbürger am 30. Januar 1921 mit und ersetzten das bisher geltende Majorz- ebenfalls durch das Proporzsystem. Obwohl sich die Parteien seit dem Ersten Weltkrieg vermehrt mit wirtschaftlichen Spitzenverbänden auseinanderzusetzen hatten, wurde ihre Funktion als Meinungs- und Parolenbildner nach der Einführung des Proporzwahlsystems eher noch bedeutender als zuvor. Durch das Aufstellen von Wahllisten, Listenverbindungen und die Kumulation einzelner Kandidaten eröffnete sich den Parteien ein wichtiges neues Betätigungsfeld. Es lag auf der Hand, dass nun auch die Bedeutung der Wahl- und Abstimmungspropaganda zunahm. In einer Zeit ohne Radio- und Fernsehreklame spielten die Wahlplakate im Prozess der Meinungsbildung des Stimmvolkes eine wichtige Rolle. Nicht selten stellten sich

in den zwanziger Jahren bedeutende zeitgenössische Künstler und Grafiker in den Dienst der politischen Parteien.

51 *Rudolf Minger (1881–1955) und Robert Grimm (1881–1958)*

Zeitgenössische Fotografie

Aus: A. McCarthy: Robert Grimm. Der schweizerische Revolutionär. Bern, 1989

Rudolf Minger gehört zweifellos zu den bekanntesten Bernern des 20. Jahrhunderts. Als eigentlicher Wegbereiter, Gründungsmitglied und erster Präsident hatte er entscheidenden Anteil an der Gründung der Bernischen Bauern- und Bürgerpartei. Von seiner Herkunft Bauer, entwickelte Rudolf Minger im Laufe seiner politischen Laufbahn staatsmännische Fähigkeiten, die auch bei seinen Gegnern Anerkennung hervorriefen. Auf wirkungsvolle Weise vertrat er auf kantonaler wie auf eidgenössischer Ebene die Interessen des schweizerischen Bauernstandes. 1929 in den Bundesrat gewählt, trat Minger als entschiedener Förderer der Landesverteidigung und als kompromissloser Verteidiger der schweizerischen Unabhängigkeit auf. Seine Appelle an die Tugenden des schollenverbundenen «Nährstandes» wirkten echt und bildeten die Grundlage zu seiner Volkstümlichkeit und zu seiner ausserordentlichen Popularität.

Robert Grimm, Zeitgenosse und politischer Antipode Mingers, ist am andern Ende des Parteienspektrums anzusiedeln. Auch er spielte während Jahrzehnten in der Schweizer Politik, darüber hinaus auch auf internationalem Parkett eine bedeutende Rolle. Bis in die 1920er Jahre war Grimms Haltung klassenkämpferisch und oppositionell. Der engagierte Sozialist vertrat die Schweiz an den Kongressen der Sozialistischen Internationale und organisierte, unter dem Einfluss Lenins, die Konferenzen von Zimmerwald (1915) und Kiental (1916). Seit den 1930er Jahren wich Grimm zusehends von der linksextremen Linie ab und bekannte sich schliesslich als Berner Regierungsrat (1938–1946) und Nationalrat (1911–1919 und 1920–1955) zu den Grundsätzen der schweizerischen Neutralität und der Landesverteidigung.

Obwohl Persönlichkeiten von höchst unterschiedlichem Charakter, gab es zwischen Rudolf Minger und Robert Grimm erstaunliche Gemeinsamkeiten: beide vertraten Oppositionen, Gruppen, die erst nach und nach in das politische Gefüge des Bundesstaates integriert wurden. Beide gelangten von einer kämpferischen, frühen Phase zu einer Politik der Mässigung und Integration. Jeder von beiden verkörperte auf seine Weise den Wandel, der sich in der Politik und der Gesellschaft unseres Landes in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vollzog. Die zeitgenössische Fotografie zeigt Rudolf Minger (Mitte) und Robert Grimm (rechts) zusammen mit Bundesrat Johannes Baumann (links) im Tierpark in Bern.

52 *Ernst Laur als Redner an der grossen Bauerndemonstration vom 9. September 1928 auf dem Bundesplatz in Bern*

Zeitgenössische Fotografie
StAB T 62

Strukturelle Mängel und die weltweite Wirtschaftskrise machten der Landwirtschaft am Ende der zwanziger Jahre schwer zu schaffen. Die bernische BGB rief deshalb die Bauern aus der ganzen Schweiz auf den 9. September 1928 zu einer Kundgebung auf dem Bundesplatz in Bern zusammen. Unter anderen wandten sich Bundesrat Rudolf Minger und Professor Ernst Laur an die über 20 000 Demonstranten. In einer Resolution wurde der vermehrte Schutz für die landwirtschaftliche Produktion verlangt. Der «Bauerntag» von 1928 war eine Machtdemonstration des schweizerischen Bauernstandes und der Versuch, kurz vor der Herbstsession 1928 Druck auf die eidgenössischen Räte auszuüben.

53 *Eröffnungsumzug der SAFFA, 25. August 1928*

Zeitgenössische Fotografie
StAB T 61

Die Schweizerische Ausstellung für Frauenarbeit (SAFFA) wurde auf Initiative Rosa Neuenschwanders durchgeführt. Sie zeigte ein-

drücklich das neu entstandene Selbstbewusstsein der Frauen, die sich zunehmend in Berufsverbänden organisierten. Die Ausstellung auf dem Viererfeld in Bern wurde zum nationalen Ereignis: Rund 800 000 Personen besuchten die SAFFA, welche die Leistungen der Frau in Familie, Beruf, Kunst und Wissenschaft darstellen wollte. Im Eröffnungsumzug vom 25. August 1928 wurden auch für damalige Verhältnisse heisse Themen aktualisiert: die mitgeführte Schnecke sollte das Tempo der Fortschritte des Frauenstimmrechts in der Schweiz symbolisieren.

54 *Rosa Neuenschwander (1883–1962) als Rednerin an der Bundesfeier in Bern, 1. August 1941*

Zeitgenössische Fotografie

Aus: Rosa Neuenschwander. Berner Heimatbuch 87. Bern, 1962

Rosa Neuenschwander gilt zweifellos als *die* Vorkämpferin für die Rechte der Frau im Kanton Bern. Am 3. April 1883 in Brienz geboren, erlebte Rosa Neuenschwander als junge Frau die Diskriminierung des weiblichen Geschlechts im Berufsleben am eigenen Leibe: die gelernte Buchhandlungsgehilfin wurde als Frau nicht in den Kaufmännischen Verein aufgenommen. Rosa Neuenschwander setzte sich nun vehement für die Frauenberufsbildung ein. 1913 gründete sie die Vereinigung kaufmännischer weiblicher Angestellter der Stadt Bern. Von 1921 bis 1954 wirkte sie im Auftrag verschiedener Frauenverbände als erste vollamtliche Berufsberaterin für Mädchen in der Schweiz. 1928 war sie massgeblich an der Durchführung der SAFFA beteiligt. Daneben galt ihr Streben der hauswirtschaftlichen Ausbildung junger Mädchen und – als Mitbegründerin des Bernischen Landfrauenverbandes und des Schweizerischen Bäuerinnenverbandes – der Förderung der weiblichen Landjugend. Während des Zweiten Weltkriegs war Rosa Neuenschwander Initiantin der Bäuerinnenhilfe.

55 *Helene von Mülinen (1850–1924)*

Fotografie

Burgerbibliothek Bern / Gosteli-Archiv Worblaufen

Als Tochter einer angesehenen Berner Familie erhielt Helene von Mülinen eine klassisch-humanistische Ausbildung. Musik, alte Sprachen und später auch die Theologie prägten das Leben und Denken der jungen Frau. Durch die Theologiestudien kam sie in Kontakt mit der katholisch-apostolischen Gemeinde Bern, der sie später auch beitrug. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts trat Helene von Mülinen als Begründerin verschiedener Frauenvereinigungen der Stadt Bern in Erscheinung. Sie war Leiterin des Bundes schweizerischer Frauenvereine und nahm in dieser Funktion an internationalen Kongressen teil. Zudem setzte sie sich für den Frauen- und Mädchenschutz ein. Helene von Mülinen sah sich selber nicht als Feministin, sondern als sozial engagierte Vorkämpferin der Frauenbewegung.

56 *«Marsch auf Bern». Kundgebung der Nationalen Front auf dem Bundesplatz, 23. Mai 1937*

Zeitgenössische Fotografie

Aus: B. Glaus: Die Nationale Front. Zürich, 1969

Unter dem Einfluss der nationalsozialistischen Machtentfaltung in Deutschland entstanden auch in der Schweiz rechtsextreme Gruppierungen («Frontenfrühling»). Trotz des immer wieder geäußerten Anspruchs, eine zahlenmässig umfangreiche Bewegung zu sein, blieb die Zahl der aktiven Mitglieder der Fronten im Kanton Bern relativ gering. Durch spektakuläre Kundgebungen wie dem «Marsch auf Bern» der Nationalen Front vom 23. Mai 1937 sollte in der Öffentlichkeit der Eindruck einer dynamischen Massenbewegung erweckt werden.

57 *Hans Müller (1891–1988)*

Zeitgenössische Fotografie

Aus: Grosshöchstetten. Grosshöchstetten, 1985

Hans Müller, der Bauernsohn aus Gomerkinden, kam 1915 als junger Sekundarlehrer nach Grosshöchstetten. Parallel zum Schuldienst studierte er weiter und erlangte 1921 die Doktorwürde; ein Jahr später bestand er die Prüfung für das höhere Lehramt. Anstelle der ihm nun offenstehenden wissenschaftlichen schlug Müller eine politische Laufbahn ein. Als Sekretär des Vereins abstinenter Schweizerbauern setzte er sich gegen den Alkoholismus ein. Seit 1926 wirkte Müller als treibende Kraft der Jungbauernbewegung. Als deren «Führer» leitete er die Bauernheimatbewegung, wie die Jungbauern offiziell hiessen, ohne Einschränkung und autoritär. Die Bewegung fand auf dem Möschberg bei Grosshöchstetten ihr eigentliches Zentrum.

58 *Die «Romfahrt» einer Schweizer Frontistendelegation, 17. Oktober 1933*

Zeitgenössische Karikatur

Aus: Basler Arbeiter-Zeitung, Nr. 256, 1. 11. 1933

Die faschistische Propaganda, in der Regel zuwenig energisch bekämpft, führte in verschiedenen Regionen der Schweiz zur Gründung profaschistischer Organisationen, die auch vor offiziellen Besuchen in Deutschland und Italien nicht zurückschreckten. Unter der Leitung des Waadtländer Obersten Arthur Fonjallaz wurde am 17. Oktober 1933 eine Delegation von Schweizer Frontisten von Mussolini in Rom empfangen. Im Namen der bernischen Heimatwehr wurde dem Duce ein holzgeschnittener Bär überreicht, der einige Tage später Gegenstand einer Karikatur in der Basler Arbeiter-Zeitung wurde.

59 *Eröffnung des Flugplatzes Belpmoos, 14. Juni 1929*

Zeitgenössische Fotografie

Aus: R. Ellwanger: Flughafen Bern-Belp. Die Geschichte des «Mösli». Gümligen/Bern, 1989

In den Jahren 1910 bis 1928 war das Berner Beundenfeld Zentrum des zögernd aufkommenden Flugbetriebs in der Region. Ein zweites, kleineres Flugfeld lag bei Oberlindach. Beide Flugfelder genügten jedoch im Laufe der Jahre den wachsenden Bedürfnissen der Luftfahrt nicht mehr. Deshalb wurde 1919 eine aus Fachleuten und Vertretern der Stadtbehörden zusammengesetzte «Flugplatzkommission» ins Leben gerufen, welche die Neuorganisation des Berner Luftverkehrs regeln sollte. Als günstiger Standort eines Flugplatzes erwies sich sehr bald das Areal südlich der Stadt Bern, das Belpmoos zwischen Aare und Gürbe. 1928 stimmten die Stadtberner Stimmbürger dem Ankauf von 30 Hektaren Land für den künftigen Flugplatz zu. Durch Stadtratsbeschluss vom 8. März 1929 wurde daraufhin der Bau des Flugplatzes im Belpmoos mit den entsprechenden Dienstgebäuden und Flugzeughallen beschlossen. In völlig unbernischem Tempo vollzog sich nun der Anschluss Berns ans nationale Flugnetz: bereits am 8. Juni 1929 konnte der allgemeine Flugbetrieb aufgenommen werden. Im Rahmen eines grossen Flugtages, an dem unter anderen der bekannte Flugpionier Walter Mittelholzer teilnahm, wurde der Flugplatz Belpmoos am 14. Juni 1929 eröffnet.

60 *Der «Grosse Preis der Schweiz» auf der Bremgartenstrecke, 23. August 1936*

Zeitgenössische Fotografie

Aus: A. Cimarosti: Grand Prix Suisse. Bern und Stuttgart, 1992

Seit der Jahrhundertwende bis in die 1920er Jahre lag das Zentrum der schweizerischen Automobilbewegung in der Region um Genf. In Genf hatten sich die grossen Autohersteller angesiedelt, dort wurde 1898 der Automobilclub der Schweiz gegründet, dort fanden auch die ersten Wettrennen statt. Der Anschluss an den grossen internationalen Rennsport erfolgte indessen erst 1934, als auf der

legendären Bremgarten-Rundstrecke bei Bern zum erstenmal der Grosse Preis der Schweiz zur Austragung kam. Während gut zwei Jahrzehnten gehörten die Rennen im Bremgartenwald zu den Topereignissen des internationalen Automobilrennsports. Fahrer wie Rudolf Caracciola, Hermann Lang oder der «Lokalmatador» Emanuel de Graffenried gehörten zu den Helden jener Zeit. Die traurigen Ereignisse von Le Mans – zahlreiche Zuschauer des berühmten 24-Stunden-Rennens fanden im Juni 1955 den Tod – führten zu einem generellen Verbot von Rundstreckenrennen in der Schweiz und damit zum Abbruch der Schweizer Renntradition.

- 61 *«Bärnfest 1934», Festumzug vom 23./24. Juni 1934: Trachtengruppe aus Schwarzenburg und Guggisberg*

Zeitgenössische Fotografie
StAB T 65

1922 hatte man zugunsten des «Bärndütsch»-Werkes von Emanuel Friedli erstmals ein «Bärndütschfest» organisiert. Nach 1924 und 1927 fand die jetzt «Bärnfest» genannte Veranstaltung (Trachtenumzug am Samstag und Sonntag, Festreiben auf dem Münsterplatz und der Plattform) bei der Bevölkerung ein überaus grosses Echo. An sich organisiert zur Förderung des Trachtenwesens und der Heimatschutzbewegung, wurde der Anlass in der ökonomisch und politisch von Sorgen überschatteten Zeit ganz allgemein als Bekenntnis zur Bernerart gewertet, insbesondere um die Verbundenheit von Landvolk und Stadtvolk zu dokumentieren.

- 62 *Historischer Festzug zur Laupenfeier, 24. Juni 1939*

Zeitgenössische Fotografie
StAB Bibliothek (Feste und Feiern)

Am Vorabend des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges ergriffen Organisatoren und Behörden die Gelegenheit, das Jubiläum «600

Jahre Laupenschlacht» zu einer Demonstration bernischer Wehrbereitschaft auszugestalten. Der überwältigende Zustrom des Publikums – insbesondere zum historischen Festzug unter dem Motto: «Berner verteidigen ihre Heimat» – bewies, dass die Bevölkerung die Botschaft wohl verstand. Den Helden von Laupen, Rudolf v. Erlach, verkörperte im Festzug sein Nachkomme, Oberst Rudolf v. Erlach!

63 *Rudolf von Tavel (1866–1934)*

«Jä gäll, so geit's!», 1901, erster Mundart-Roman

64 *Emanuel Friedli (1846–1939)*

«Lützelflüh», 1905, erster der sieben veröffentlichten Bände

65 *Simon Gfeller (1868–1943)*

«Heimisbach», 1910, erstes Mundartwerk

66 *Carl Albert Loosli (1877–1959)*

«Mys Dörfli», 1910, erster Mundartband

Hans von Greyerz («Nation und Geschichte im bernischen Denken», 1953) legt dar, wie sich seit der Saecularfeier von 1891 im Kanton Bern eine markante Hinwendung zur Geschichtspflege in der Heimatschutzbewegung äusserte, die u. a. der «Mundartliteratur den Weg bahnte». Stellvertretend für alle anderen Berndeutsch-Publikationen sind hier vier Buchtitel vorgestellt, die bei allen vier Autoren das erste veröffentlichte Werk in – oder bei Friedli zu – bernischer Mundart darstellten.

67 *Das grosse Defilee der 3. Division vor Bundesrat Minger und Oberstkörpskommandant Prisi 1937*

Zeitgenössische Fotografie

Aus: Die Berner Division 1875–1985. Bern, 1985

Nachdem 1936 das Schweizervolk eine Wehranleihe des Bundes von 235 Millionen Franken um 100 Millionen überzeichnet hatte, war jedermann klar, dass der Wille der Schweizer, für die Stärkung der Armee einzutreten, ungebrochen war. Eine neue Truppenordnung, die auf den 1. Januar 1938 in Kraft trat, stellte einen weiteren Schritt zur Erhöhung der militärischen Schlagkraft dar.

Vom 18. bis 22. September 1937 fanden im Raume Seeland/Jura-südfuss/Fraubrunnenamt/Bern grosse Manöver der verstärkten 3. Division («Berner Division») statt. Sie wurden zu einer letzten machtvollen Demonstration des Verbandes in seiner alten Zusammensetzung und fanden am 23. September mit einem grossen Defilee auf dem Beundenfeld in Bern ihren Abschluss. Vor Bundesrat Rudolf Minger und Oberstkörpskommandant Friedrich Prisi defilierten in einem anderthalbstündigen Vorbeimarsch an die 20 000 Wehrmänner. Trotz behördlicher Warnungen (Kinderlähmung!) war der Publikumsaufmarsch enorm. Rund 100 000 Zuschauerinnen und Zuschauer bezeugten durch ihr Erscheinen ihre Verbundenheit mit der Schweizer Armee.

68 *Kriegsmobilmachung 1939: Einrückende Wehrmänner im Berner Hauptbahnhof*

Fotografie (H. Steiner)

Aus: Die Schweiz in Waffen. Grenzbesetzung 1939. Murten, 1940

Im Unterschied zu 1914 wurde die Schweiz im Spätsommer 1939 vom Kriegsausbruch nicht überrascht. «Mit Ruhe und Würde», wie es der Berner Gemeinderat in einer Proklamation formulierte, «hat die gesamte Bevölkerung die Verfügung des Bundesrates über die Kriegsmobilisation der Schweizerarmee aufgenommen». Anfangs September rückten die Wehrmänner zu ihren Sammelplätzen ein.

Die unheimliche politische Spannung, die jene Tage prägte, konnte nicht verhindern, dass «die Mobilisation vom 3. bis 5. September klappte» (Hans von Greyerz).

Die Spannung und Ungewissheit spiegelt sich auch auf den Gesichtern jener einrückenden Wehrmänner, die im Berner Hauptbahnhof von ihren Angehörigen Abschied nahmen, um im Aktivdienst ihren Beitrag zur Verteidigung des Vaterlandes zu leisten.

69 *Bundesrat Eduard von Steiger (1881–1962)*

Fotografie

Aus: Jahrbuch der eidgenössischen Räte und Gerichte 1951. Bern, 1951

Spross einer bernischen Patrizierfamilie, erwarb sich v. Steiger das bernische Fürsprecher-Patent und praktizierte in Langenthal, Burgdorf und ab 1909 in Bern. Er war seit 1914 als Parlamentarier aktiv: Stadtrat von Bern (1914–1917), Grossrat (1914–1939), Burgerrat von Bern (1921–1933). 1939 wurde v. Steiger in den bernischen Regierungsrat gewählt, wo er die Volkswirtschaftsdirektion führte. Am 10. Dezember 1940 wurde er – als erster Stadtberner – in den Bundesrat gewählt (Nachfolger Mingers auf dem Sitz der BGB). Bis zu seinem Rücktritt (Dezember 1951) stand er dem Justiz- und Polizeidepartement vor, das mit seinen Aufgabenbereichen (Asylpolitik, Staatsschutz, Überwachung von Presse und Radio) in jenen Kriegsjahren besonders heikle und sensible Gebiete umfasste. So blieb denn Kritik an seiner Politik nicht aus, weniger während der Kriegsjahre (v. Steiger wurde immer wieder mit sehr guten Resultaten gewählt, auch zweimal zum Bundespräsidenten Dez. 1944/ Dez. 1950) als dann nach Kriegsende.

70 *Bundesrat Markus Feldmann (1897–1958)*

Fotografie

Aus: Jahrbuch der eidgenössischen Räte, Gerichte und Gesandten 1957. Bern, 1957

In Thun und Bern aufgewachsen, erwarb Feldmann das bernische Fürsprecher-Patent (1921) und promovierte zum Dr. iur. (1924).

Seit 1922 war er Redaktor bei der «Neuen Berner Zeitung» (dem Organ der damaligen BGB) und stand ihr seit 1928 als Chefredaktor vor, wobei er – nicht zuletzt mit seinen weltpolitischen Berichten im Zweiten Weltkrieg – der Zeitung weitherum ein hohes Ansehen verschaffte. Seit 1935 war er Nationalrat und wurde dann im Mai 1945 in den Regierungsrat gewählt (seit 1947 Erziehungsdirektor/Kirchendirektor). Am 13. Dezember 1951 wurde er zum Bundesrat gewählt, nachdem er schon 1940 von der bernischen BGB an erster Stelle vorgeschlagen worden war, wobei aber dann die BGB-Fraktion v. Steiger vorzog. Wie v. Steiger führte er das Justiz- und Polizeidepartement. In der Ungarnkrise (1956) hatte sich sein Departement gegenüber der Flüchtlingswelle (rund 15 000 Personen) zu bewähren. Dass seine Vorlage für die Einführung des Frauenstimmrechts im Februar 1959 von den Stimmberechtigten verworfen wurde, musste er nicht mehr erleben; er starb am 3. November 1958 unerwartet im Amte.

- 71 *Friedrich Traugott Wahlen (1899–1985) orientiert Ackerbaustellen-Leiter der Gemeinden über Einzelheiten seines Anbauwerks*

Zeitgenössische Fotografie

Aus: H. Böschstein: *Bedrohte Heimat*. Schweizer Heimatbücher 114. Bern, 1963

Obwohl er auch als Bundesrat (Dezember 1958 bis Dezember 1965), insbesondere als «Aussenminister», für das Ansehen der Schweiz in Europa und der Welt Bedeutendes leistete, ist F.T. Wahlen beim Schweizervolk vor allem als Leiter des Anbauwerkes – des «Plan Wahlen» – in Erinnerung geblieben. Nach einer landwirtschaftlichen Ausbildung auf der Rütli und dem Agronomie-Studium (mit Dokortitel) an der ETH wirkte Wahlen lange Jahre in Kanada, bevor er Direktor der Eidg. Versuchsanstalt in Oerlikon wurde. Seit 1938 war er daneben für den Ausbau der landwirtschaftlichen Produktion innerhalb der Kriegswirtschaft verantwortlich, wobei seine Zürcherrede vom 15. November 1940 ihn zum Vater der «Anbauschlacht» machte. Er war auch Zürcher Ständerat (1942–1949), bevor er dann ab 1949 bis zur Wahl in den Bundesrat für die

FAO in leitender Position weltweit landwirtschaftliche Probleme bearbeitete.

72 *Innere Landesverteidigung: Soldaten übernehmen die Arbeit ihrer Aktivdienst leistenden Kameraden*

Zeitgenössische Fotografie

Aus: Die Schweiz in Waffen. Grenzbesetzung 1939. Murten, 1940

73 *Das schweizerische Anbauwerk: Kartoffeln vor dem Bundeshaus*

Zeitgenössische Fotografie

Aus: B. Junker / R. Maurer: Kampf und Verantwortung. Bernische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei 1918–1968. Bern, 1968

74 *Die Mitarbeit der Frauen beim Mehranbau*

Zeitgenössische Fotografie

Aus: B. Junker / R. Maurer: Kampf und Verantwortung. Bernische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei 1918–1968. Bern, 1968

«Wir halten durch!» Mit diesem Motto leistete die «Anbauschlacht» nicht nur einen Beitrag zur wirtschaftlichen Landesversorgung, darüber hinaus trugen die vielfältigen Aktivitäten auch zur Hebung des Durchhaltewillens beim Schweizervolk bei.

Im Dorfe einquartiertes Militär übernahm in der dienstfreien Zeit Stallarbeiten für den andernorts im Aktivdienst stehenden Bauern; um ein Zeichen zu setzen, wurden sogar auf der kleinen Parkanlage vor dem Bundeshaus-West Kartoffeln angepflanzt; wo der Mann im Aktivdienst weilte, übernahm die Frau auch schwere Feldarbeit, wie hier im Morillongut in Wabern bei Bern.

75 *Fahnenmehrung auf dem Bundesplatz, 19. August 1945*

Fotografie (H. von Allmen)

Aus: Die Schweiz in Waffen. Ein Erinnerungsbuch über den Aktivdienst 1939/45 für Volk und Armee. Murten und Zürich, 1945

Mit einer Fahnenmehrung vor dem Bundeshaus ging am 19. August 1945 die Zeit des Aktivdienstes zu Ende. Gleichzeitig trat General Guisan als Oberbefehlshaber der Schweizer Armee zurück. Die Veranstaltung entwickelte sich zur eindrucklichen Feier, zum Moment der Besinnung und der Dankbarkeit. Für den General wurde die Fahnenmehrung auch zum persönlichen Triumph. «Er hatte sich bei Offizieren, Soldaten und Zivilbevölkerung ein überwältigendes Ansehen als Wächter des Landes und in allen Schichten eine ungewöhnliche Anhänglichkeit an seine Person erworben. Diese entsprach seinem Geschick, im richtigen Augenblick das richtige, mahnend-ermutigende Wort zu sprechen, die richtige Geste zu tun. Er war vom Volk als der Inbegriff seines Widerstandswillens erkannt und anerkannt» (Hans von Greyerz).

76 *Triumphaler Empfang Winston Churchills in Bern, 17. September 1946*

Zeitgenössische Fotografie

StAB Bibliothek

Noch einmal liess die Berner Bevölkerung ihren Emotionen freien Lauf, als am 17. Dezember 1946 der britische Premier Winston Churchill die Bundesstadt besuchte. Nach einer Rede vor dem Rathaus und nach einem Empfang im Grossratssaal folgte Churchills triumphale Fahrt durch die Gassen Berns. Die Angst und die Ungewissheit der vergangenen Jahre entluden sich schlagartig; die Dankbarkeit gegenüber dem Retter vor der nationalsozialistischen Tyrannei kannte keine Grenzen. «Blut und Tränen» hatte Churchill den Briten vor dem Krieg versprochen. Nun kam er als Wegbereiter des Friedens und der Zusammenarbeit der Mächte in einem geeinten und friedlichen Europa.

77 *Projekt einer Autobahn im Grauholz, 1960*

Ölgemälde von Werner Zihler
StAB Bilderarchiv

Das rasante Anwachsen des Strassenverkehrs in den fünfziger Jahren machte den Bau eines leistungsfähigen Strassennetzes unumgänglich. Das Generationenwerk des Nationalstrassenbaus, das in jener Zeit seinen planerischen Anfang fand, tangierte den Kanton Bern in hohem Masse. Am 10. Mai 1962 wurde das erste Teilstück der N1 auf bernischem Boden, die Strecke Grauholz–Bern, dem Verkehr übergeben. Mit welcher Sorgfalt die Planer des Nationalstrassenbaus ihre Aufgabe lösten, beweist das abgebildete Ölgemälde von Werner Zihler, der im Jahr 1960 nach einer Vorlage des Kantonsoberingenieurs Gottlieb Bachmann ein Bild der zukünftigen Autobahn bei Schönbühl malte, das als Grundlage für das spätere Projekt diente.

78 *Das Kernkraftwerk Mühleberg der BKW*

Werbeprospekt der Bernischen Kraftwerke AG
StAB BC 21/14

Nie zuvor hatte die Gewinnung von Strom und Energie die Gemüter in ähnlicher Weise erregt wie seit dem Bau von Kernkraftwerken in verschiedenen Regionen unseres Landes. Von den einen als saubere und zukunftsorientierte Art der Energiegewinnung gepriesen, wurden die Atomkraftwerke von ihren Gegnern als lebensgefährdende Zeitbomben gefürchtet. Es liegt denn auf der Hand, dass die Bernischen Kraftwerke (BKW) erst nach zähen Verhandlungen vom Bund die Erlaubnis erhielten, bei Mühleberg, ungefähr 1,8 km unterhalb des seit 1921 bestehenden Aarekraftwerks, ein Kernkraftwerk zu bauen. Nach nahezu sechsjähriger Bauzeit wurde das KKW Mühleberg am 6. November 1972 dem ordentlichen Betrieb übergeben. Knapp ein halbes Jahr später, am 3. April 1973, erfolgte die offizielle Einweihung des Werks. Rund ein Drittel des von den BKW produzierten Stromes wird im KKW Mühleberg erzeugt.

Damit kommt dem Kernkraftwerk Mühleberg für die bernische Elektrizitätsversorgung eine Schlüsselstellung zu.

79 *Wetterhorn-Aufzug. Station Enge*

Ansichtskarte

StAB T.A Grindelwald 148

Der Wetterhorn-Aufzug, die erste Luftseilbahn der Schweiz, wurde 1903 projektiert vom deutschen Ingenieur W. Feldmann. Mit Zustimmung der Bergschaften und finanzieller Beteiligung der Gemeinde Grindelwald baute eine Aktiengesellschaft, in der auch L. R. von Salis, der Schwiegersohn des Jungfraubahn-Erbauers, vertreten war, dieses technische Wunderwerk, das am 24. Juli 1908 kollauiert wurde, und zwar in der ersten Etappe bis zur Station Engi (1677 m ü. M. in der Steilwand des Wetterhorns). Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges setzte dem Bahnbetrieb ein Ende, ohne dass weitere Etappen in Richtung auf den Wetterhorn-Gipfel realisiert worden wären. Im Sommer 1934 wurde die Bahn abgebrochen. In den paar Jahren seiner Betriebsdauer war der Wetterhorn-Aufzug eine technisch-touristische Attraktion ersten Ranges gewesen.

80 *Bergbahn Grindelwald-First*

Werbeprospekt aus dem Jahr 1947

StAB Be 2 Grindelwald

Schon seit 1931 bemühte man sich um den Bau einer Standseilbahn nach der Langenbalmegg/First. 1938 stimmte auch die Gemeindeversammlung von Grindelwald einem Beitrag von Fr. 75 000.- zu. Wegen des Zweiten Weltkrieges konnte jedoch nicht mit den Bauarbeiten begonnen werden. Während des Krieges entwickelte das Werk Bern der Ludwig von Roll'schen Eisenwerke AG ein neues System für Bergbahnen: die Sesselbahn. 1946 bewilligte die Gemeinde einen neuen Kredit für eine Sesselbahn mit 4 Etappen. Ausgeführt von der Firma Losinger AG gingen die Bauarbeiten sehr

rasch vor sich, am 1. März 1947 konnte die Bahn eröffnet werden. Die Firstbahn errang rasch die Gunst des Publikums, nicht zuletzt dank einer Werbung, die bis nach Japan drang und so der Jungfrau-Region einen neuen, ausbaufähigen Markt erschloss.

81 *Bau der Schilthornbahn, 1965–1967*

Fotografie der Bergstation im Bau

Aus: V. Gurtner: Schilthorn umsteigen. Konterfei der Luftseilbahn. Zürich, 1978

Mit der Schilthornbahn erhielt die Region – neben der Jungfrau-bahn und dem Wetterhorn-Aufzug – erneut ein technisches Wunderwerk der Superlative: längste Luftseilbahn Europas, höchstes Drehrestaurant der Welt («Piz Gloria»). Kein Wunder, dass sich James Bond der eben erst vollendeten Bahn bediente, um «Im Dienste Ihrer Majestät» (1968/69) seine gefährliche Mission zu erfüllen. Der 2967 m ü. M. gelegene Schilthorngipfel war schon bekannt als Ausgangspunkt des berühmten Inferno-Rennens, als sich auf Initiative des in Mürren aufgewachsenen Ernst Feuz 1959 ein Komitee um eine Konzession für die Bahn bewarb, die in 4 Etappen 2103 m Höhendifferenz überwindet. Eröffnung der gesamten Bahn: 12. Juni 1967.

82 *Fernseh- und Richtstrahlstation der PTT auf dem Chasseral*

Fotografie von Fernand Rausser

Aus: Der Berner Jura und sein Kanton. Bern, 1986

Nicht nur Touristik-Anlagen können der Horizontlinie von Gebirgszügen ein neues Antlitz geben. Von weither ist der Chasseral heute eindeutig zu bestimmen, weil seine Silhouette geprägt wird von der am 7. Juni 1983 eingeweihten 120 Meter hohen Mehrzweckanlage. Bereits 1947 diente eine Richtstrahlanlage auf dem Chasseral als Relaisstation der Telefonverbindung zwischen Zürich und Genf. Mit der jetzt bestehenden Mehrzweckanlage ist der Chasseral zu einer «Drehscheibe» im schweizerischen Telefonie- und Fernseh-Richtstrahl-Netz geworden (Mehrkanaltelefonie zwi-

schen Zürich/Basel/Genf/Lausanne/Yverdon/Bern; TV zwischen den Studios von Genf und Zürich und TV-Versorgung in der Westschweiz; Verteilnetz des schweizerischen Autorufs; Sender für TV-Regionalprogramme).

83 *Georges Moeckli (1889–1974)*

Fotografie

Aus: Berner Staatsbuch. Bern [1945]

Nach seiner Ausbildung zum Primar- und Sekundarlehrer war der Sozialdemokrat Georges Moeckli von 1915 bis 1938 in Delémont als Progymnasiallehrer tätig, bevor er am 22. Mai 1938 in den Regierungsrat gewählt wurde. Vorher gehörte er dem Grossen Rate (1932–1935) und dem Nationalrate (1935–1938) an; von 1949 bis 1959 war er bernischer Ständerat. Moeckli leitete die Fürsorgedirektion. Als er – nach einer Neuwahl – 1947 in die Baudirektion wechseln wollte, lehnte der Grosse Rat den Antrag der Regierung ab. Ohne sein Verschulden entstand so die «Affäre Moeckli», die der Juraproblematik neue Virulenz verschaffte. Nach seinem Rücktritt als Regierungsrat (1954) hat sich Moeckli intensiv für Verkehrsfragen, insbesondere auch im Jura, eingesetzt.

84 *Roland Béguelin (1921–1993)*

Fotografie

Aus: Nouvelle Histoire du Jura. Porrentruy, 1984

Roland Béguelin wurde in Tramelan geboren. In Neuenburg studierte er Wirtschaftswissenschaften und wurde dann Gemeindeschreiber in Tramelan. 1947 war er Mitbegründer des «Rassemblement jurassien» (Generalsekretär). Ab 1952 wirkte er in Delémont als Chefredaktor des «Jura libre». Nach der Schaffung des Kantons Jura wurde Béguelin erster Präsident des jurassischen Kantonsparlamentes. Bis zu seinem Tod kämpfte er für den Anschluss des Berner Juras an den Kanton Jura.

85 «*Es ist Zeit, Bern vom Jura zu befreien*»

Karikatur

Aus: *Le Jura libre*, Nr. 994, 21. Januar 1970

Für den 1. März 1970 wurde das Bernervolk aufgerufen, einem Verfassungszusatz zuzustimmen, der das Verfahren für eine Reihe von Plebisziten festlegte, die der Bevölkerung des Juras erlauben sollten, ihre Haltung in bezug auf eine Trennung von Bern festzulegen. Die Karikatur im Organ der Separatisten widerspiegelt das Echo der bernischen Presse auf den Entscheid des Comité directeur du Rassemblement jurassien, diesem Verfassungszusatz zuzustimmen.

86 *Jurassische Fahnen*

Fotografie

Aus: J.-L. Rais: *L'histoire du drapeau jurassien*. Moutier, s. d.

Im Zusammenhang mit der Bereinigung der öffentlichen Wappen im Kanton Bern (1943/44) wurde auch der Wunsch geäußert, es seien Landesteilfahnen zu gestatten. Zwei solcher Fahnen wurden schliesslich anerkannt: Jurfahne (Regierungsratsbeschluss vom 12. September 1951) und Landesteilfahne Oberland (RRB vom 29. Mai 1953). Die Jurfahne war vom Heraldiker Paul Boesch schon 1947 entworfen worden. Sie wurde von den separatistischen Kreisen sehr bald für ihre Bewegung in Anspruch genommen und vor allem bei Auftritten in der Öffentlichkeit oft in grosser Anzahl mitgetragen. Der neue Kanton Jura hat in seiner Verfassung das Wappen als offizielles Kantonswappen verankert. Die Blasonierung lautet: Gespalten von Silber mit einem roten Baselstab und von Rot mit drei silbernen Balken.

- 87 *Die Zerstörung des Berner Gerechtigkeitsbrunnens in der Nacht vom 12. auf den 13. Oktober 1986*

Fotografie (Stadtpolizei Bern)
Denkmalpflege der Stadt Bern

Die militanten Kreise der separatistischen Bewegung, insbesondere des «Groupe Bélier», suchten eine breite Öffentlichkeit durch spektakuläre Aktionen auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Dass auch wertvolles Kulturgut, wie hier der Gerechtigkeitsbrunnen in der Berner Altstadt (Figur der Justitia 1543 von Hans Gieng geschaffen), nicht verschont blieb, erweckte weitherum Empörung, nicht nur im Kanton Bern.

- 88 *Unterzeichnung der Juraverträge durch Regierungsrat Ernst Jaberg, Bundesrat Kurt Furgler und Regierungspräsident François Lachat, 21. Dezember 1978*

Fotografie (Hansueli Trachsel)
Der Bund, Nr. 300, 22. Dezember 1978

122 Einzelverträge regeln für die drei ehemals bernischen nordjurassischen Amtsbezirke den Übergang der Staatshoheit vom Kanton Bern zum neuen Kanton Jura. Am 21. Dezember 1978 signierten die Mitglieder der «Tripartite», der Dreierdelegation von Eidgenossenschaft, Bern und Jura, die einzelnen Verträge. Nachdem schon am Vortag der Bundesrat die abgeänderte Bundesverfassung auf den 1. Januar 1979 in Kraft gesetzt hatte, stand nun nichts mehr im Weg, dass der Kanton Jura ab Neujahr 1979 seine volle kantonale Souveränität erlangte.

- 89 *Rudolf Hafner (*1951)*

Fotografie (Hansueli Trachsel)
Der Bund: Jahrbuch 1985

Nach einer kaufmännischen Lehre bildete sich Rudolf Hafner zum Betriebsökonom HWW aus und war dann seit 1980 als Revisor bei der Finanzkontrolle des Kantons Bern angestellt. Am 23. August

1984 verschickte er an alle Mitglieder des Grossen Rates eine 23seitige Eingabe, in welcher er die Durchführung einer Disziplinaruntersuchung gegen den Regierungsrat verlangte. Damit löste er ein politisches Erdbeben aus, das als «Finanzaffäre» in die bernische Geschichte einging. Hafner war dann 1986/87 Mitglied des bernischen Grossen Rates und von 1987 bis 1995 Nationalrat.

90 *Rosmarie Felber* (★1916)

Fotografie (Hansueli Trachsel)
Der Bund: Jahrbuch 1985

Nachdem am 23. August 1984 Revisor Hafner seine Eingabe verschickt hatte, reagierte der Grosse Rat sehr rasch. Bereits am 27. August 1984 beschloss er, eine parlamentarische besondere Untersuchungskommission (BUK) einzusetzen. Am 5. September 1984 ernannte das Büro die Mitglieder, als Präsidentin wurde Frau Rosmarie Felber (CVP, Bern, seit 1978 Grossrätin) eingesetzt. Der Bericht der BUK erschien am 26. August 1985.

In einem Rückblick auf ihre Tätigkeit als Präsidentin der BUK erklärte Frau Felber am 6. Oktober 1987 vor Angehörigen der schweizerischen Kantonsparlamente: «Zu hoffen bleibt, dass bald einmal die heute noch bestehende Verunsicherung neuem, gegenseitigen Vertrauen weicht. Denn prinzipielles Misstrauen ist keine Basis für eine gute und gesunde Politik und Behördenarbeit. Lieber nehme ich einen Fehler in Kauf, der begangen oder nicht entdeckt wurde, weil man zu sehr vertraut hat, als dass ich eine Atmosphäre grundsätzlichen Misstrauens befürworten würde, die zu Lähmung, Verdacht, Unsicherheit und Hemmung aller Abläufe führen müsste.» (Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde, 1987, S. 159)

- 91 *BE 800: Bärner Rendez-vous, 22./23. Juni 1991: Präsentation des Seelandes*

Aus: 800 Jahre Bern. Schlussbericht des Stiftungsrates. Bern, 1994

- 92 *BE 800: Chutzenfeuer, 31. Mai 1991: ein Chutzen im Kanton Aargau*

Aus: 800 Jahre Bern. Schlussbericht des Stiftungsrates. Bern, 1994

- 93 *Festzug «Bern 800», 8. September 1991: Das Stadtmodell*

Zeichnung von Martin Ryser

StAB T 207

Die Rechtsnachfolger der alten Stadtrepublik Bern: der Kanton, die Einwohnergemeinde und die Burgergemeinde Bern, errichteten eine Stiftung, um die 800-Jahr-Feier der Gründung Berns im Jahre 1191 gemeinsam und auf eine zeitgemässe Weise zu begehen. Unter vielen anderen Aktivitäten (u. a. Besuch in den Amtsbezirken «Bärner Visite», Schaffung eines Velo- und Wanderwegnetzes) fanden bei der Bevölkerung grossen Anklang: die Präsentation der Landesteile in der Kantonshauptstadt («Bärner Rendez-vous»), der Alarm im Netz der rekonstruierten Wachtfeuer (Chutzen) vom Waadtland bis in den ehemals bernischen Aargau hinunter, der Festzug «Bern 800», ein mentalitätsgeschichtlicher Überblick über 800 Jahre bernische Entwicklung, der – wie seinerzeit der legendäre Umzug von 1953 anlässlich der Feier «600 Jahre Bern im Bund» – als wohl gelungenes Beispiel historischer Öffentlichkeitsarbeit in die Geschichte eingehen wird.

- 94 *Bundesrat Rudolf Gnägi (1917–1985)*

Fotografie

Aus: Jahrbuch der eidgenössischen Behörden. Bern, 1975

Geboren am 3. August 1917, nahm Rudolf Gnägi nach der Gymnasialzeit in Biel das juristische Studium an der Universität Bern auf. Nach nur zwei Jahren Anwaltstätigkeit beschritt Gnägi die «klassische» BGB-Karriere: Von 1946 bis 1952 wirkte er als Sekretär der

Bernischen und Schweizerischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei und des Bernischen Bauernverbandes. Von 1952 bis 1965 war er bernischer Regierungsrat, von 1953 bis 1965 Nationalrat. Am 8. Dezember 1965 wählte ihn die Bundesversammlung als Nachfolger von Friedrich Traugott Wahlen in den Bundesrat. Nach zwei Jahren im Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement wechselte Gnägi 1968 ins Militärdepartement. In seine Amtszeit fielen die Ausarbeitung des Konzepts des Armeeleitbildes für die 80er Jahre, die Umrüstung der Kavallerie, die Revision des Militärstrafrechts und des Dienstreglements, die Modernisierung der Bewaffnung («Tiger»-Flugzeuge) sowie der Spionagefall Jeanmaire.

95 *Bundesrat Adolf Ogi (*1942)*

Fotografie

Aus: Jahrbuch der eidgenössischen Behörden, Verwaltungen und Bundesbetriebe. Bern, 1994

Als Nachfolger des Bündners Leon Schlumpf wurde Adolf Ogi am 9. Dezember 1987 in den Bundesrat gewählt. Er holte damit für die Berner SVP den 1979 verlorenen «Berner Sitz» wieder zurück. Obwohl Nationalrat von 1979 bis 1987 und Präsident der Schweizerischen Volkspartei von 1984 bis 1988, galt Ogi als politischer «Quereinsteiger». Landesweites Ansehen hatte er sich als Generaldirektor der Intersport Schweiz Holding und als Direktor des Schweizerischen Ski-Verbandes verschafft. Nach seiner Wahl in den Bundesrat übernahm Ogi das Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement. Sein Streben galt der Koordination von öffentlichem und privatem Verkehr sowie der Harmonisierung der schweizerischen und der europäischen Verkehrspolitik. 1996 wechselte er ins Militärdepartement. 1993 war Adolf Ogi Bundespräsident.

96 *Regierungsratswahlen vom 17. April 1994*

Fotografie (Alessandro della Valle)

Der Bund, Nr. 89, 18. 4. 1994

Die Berner Regierungsratswahl vom 17. April 1994 brachte ein schweizerisches Novum: Bern wurde zum ersten Kanton, in dessen Regierung zwei Frauen sassen. Neben der bereits seit 1992 amtierenden Baudirektorin Dori Schaer-Born (SP) wurde neu die SVP-Vertreterin Elisabeth Zölch gewählt. Im übrigen setzten die Wählerinnen und Wähler im April 1994 auf Kontinuität. Nach dem Zwischenspiel mit zwei Mitgliedern einer «Freien Liste» (1986–1990) blieb die Berner Regierung diesmal fest in bürgerlicher Hand (SVP 3 Sitze, FdP 2, SP 2).

Die Pressefotografie aus dem Berner «Bund» zeigt unter dem Titel «Die neue alte Berner Regierung» die neu- bzw. wiedergewählten Regierungsmitglieder vor dem Rathaus. Von links nach rechts sind zu erkennen: Peter Schmid, Mario Annoni, Hermann Fehr, Dori Schaer, Elisabeth Zölch, Peter Widmer und Hans Lauri.

97 *Die Unterzeichnung des Archivexemplars der neuen Kantonsverfassung, 19. Januar 1994*

Fotografie

StAB T 224

98 *Verfassung des Kantons Bern vom 6. Juni 1993, Schluss*

StAB F Bern-Oberamt 1993, Juni 6.

Damit die Kantonsverfassung vom 6. Juni 1993 nicht nur als Text innerhalb der Reihe der amtlichen Sammlung der Gesetze, Dekrete und Verordnungen des Kantons Bern verfügbar ist, wurde – in wesentlich einfacherer Ausstattung, aber doch in Analogie zur Verfassung von 1893 – ein Archivexemplar erstellt, das am 19. Januar 1994 im Beisein von Staatsarchivar Karl F. Wälchli durch die

Grossratspräsidentin Eva-Maria Zbinden und den Staatsschreiber Kurt Nuspliger unterzeichnet wurde. Die Unterzeichnung stellte nicht nur einen historischen Moment für den Kanton Bern, sondern auch einen Meilenstein im Prozess der Verwirklichung der politischen Rechte der Frauen dar: zum erstenmal in der Geschichte des bernischen Staatswesens unterschrieb eine Frau ein Verfassungswerk!

PERSONEN- UND ORTSREGISTER

- Aare*: 42, 43, 109, 115, 120, 121, 122, 205, 328, 341
Aargau: 13, 291, 356
Aarwangen: 27, 30, 184, 195
Adelboden: 108
Aebi, Friedrich: 76
Aeschi: 17, 328
Ajoie: 167, 224
Alexander II.: 15
Alexander III.: 15
Algerien: 224
Allizé, Henri: 324
Ammann, Johann: 51
Angst, Heinrich: 83
Anliker, Ernst: 195, 196
Annoni, Mario: 358
Appenzell Innerrhoden: 126, 226
Arlberg: 97
Arosa: 113
Auer, Hans Wilhelm: 44, 318
Augsburger, Ulrich: 242
- Bachmann, Gottlieb*: 349
Baden (Aargau): 116
Baden (Deutschland): 92
Bakunin, Michail: 70
Ballmoos: 188
Balmhorn: 111
Bannwil: 120
Bärtschi, René: 237, 242
Basel, Fürstbistum: 13, 219, 221, 232
Basel-Land: 150, 245, 246, 247
Basel-Stadt: 15
Basel: 40, 81, 82, 83, 90, 105, 119, 123, 133, 158, 204, 205, 320, 328, 352
Bauder, Robert: 216
Baumann, Johannes: 337
Baumberger, Otto: 275, 335
Beatenberg: 113
Beck, Gottlieb: 37
- Béguelin, Roland*: 219, 222, 288, 352
Belgien: 92, 93, 100, 145
Bellefontaine: 329
Belpmoos: 279, 341
Berberat, Romain: 223, 225
Berchtold V.: 87
Berger, Gottlieb: 17
Berlin: 119
Bern-Stadt:
– Aargauerstalden: 127
– Allmend: 204, 332
– Altenberg: 39, 42
– Altstadt: 27, 42, 44, 85, 206, 354
– Bahnhof Bern: 76, 161, 282, 345
– Bahnhofplatz: 334
– Bellevue: 44, 165, 269, 318, 330, 334
– Bernerhof: 39, 313, 318
– Beundenfeld: 140, 341, 344
– Bibliotheksgalerie: 80
– Bierhübeli: 129, 177, 178
– Bollwerk: 139
– Breitenrain: 43
– Bremgartenfriedhof: 70
– Bremgartenwald: 140, 159, 279, 341, 342
– Brücke, rote: 205, 313
– Brückfeldquartier: 140
– Bubenbergplatz: 315
– Bundesgasse: 39, 40
– Bundeshaus-Ost: 44, 318
– Bundeshaus-West: 39, 44, 82, 284, 313, 318, 334, 347
– Bundesplatz: 41, 204, 276, 278, 285, 337, 348
– Bundesratshaus: 82
– Bundesterrasse: 318
– Burgerspital: 87
– Casino: 44, 45
– Casinoplatz: 80, 318, 320
– Christoffelgasse: 40

Bern-Stadt (Fortsetzung)

- Christoffelplatz: 315
 - Christoffelturm: 40, 41, 42, 44, 135, 253, 313, 314
 - Daheim: 207
 - Dählhölzliwald: 85
 - Dalmazi: 42
 - Elfenau: 21
 - Felsenau: 117, 120
 - Fischermätteli: 43
 - Friedenskirche: 43
 - Gerechtigkeitsbrunnen: 289, 354
 - Grosse Schanze: 40, 45, 206, 253, 260, 313, 319, 321
 - Heiliggeistkirche: 41
 - Helvetiaplatz: 43, 82, 93, 140, 263, 323, 324
 - Hirschengraben: 87
 - Historisches Museum: 43, 83, 258, 318
 - Hodlerstrasse: 81
 - Holligen: 43, 140
 - Innere Enge: 75
 - Inselgasse: 319
 - Inselspital: 44, 259, 319, 321
 - Johanneskirche: 43
 - Jubiläumsplatz: 85
 - Jubiläumsstrasse: 85
 - Käfigturm: 40, 76, 78, 256, 315, 316
 - Kirchenfeld: 42, 43, 76, 78, 85, 90, 140, 274, 315, 334
 - Kirchenfeldbrücke: 44, 82, 258, 318, 319
 - Kleine Schanze: 40, 41, 93
 - Kornhaus: 43
 - Kornhausplatz: 45
 - Länggasse: 43
 - Länggassquartier: 39, 140, 148, 159
 - Lorraine: 39, 43, 75
 - Marzili: 43, 113
 - Marzilitor: 41
 - Matte: 75, 120, 137
 - Monbijouquartier: 151
 - Muesmattquartier: 320
 - Münster: 41, 44, 45, 51, 85, 107, 108, 145, 253, 314
 - Münsterplatz: 342
 - Murifeld: 140
 - Muristalden: 27, 32, 148, 150
 - Neufeld: 140, 331
 - Nydegg: 40
 - Nydeggbrücke: 39, 42
 - Oberseminar: 259, 319, 320
 - Obstbergquartier: 39
 - Parlamentsgebäude: 44, 258, 318
 - Pauluskirche: 43
 - Plattform: 342
 - Rathaus: 206, 348
 - Rathaus des Äusseren Standes: 324
 - Schauplatzgasse: 40
 - Schosshalde: 39
 - Spitalacker: 43
 - Stadttheater: 45
 - Universitätsgebäude: 45, 260, 321
 - Untertorbrücke: 39, 42
 - Viererfeld: 140, 331, 338
 - Vögelibibliothek: 80, 81
 - Volkshaus: 160, 333
 - Waisenhaus: 43
 - Waisenhausplatz: 88, 166
 - Waisenhausstrasse: 81
 - Wankdorf: 140, 332
 - Weltpost-Denkmal: 93, 263, 324
 - Welttelegraphen-Denkmal: 93, 263, 323
 - Zeitglocken: 43
- Bernoulli, Karl Albrecht:* 142
- Berzine, Jean:* 163, 333
- Beyer, August:* 44, 314
- Biel:* 17, 20, 22, 25, 30, 47, 52, 62, 67, 73, 74, 82, 88, 90, 91, 105, 113, 115, 116, 131, 139, 151, 156, 157, 167, 173, 184, 185, 186, 191, 202, 208, 209, 216, 221, 323, 327, 334, 335, 356
- Bielersee:* 115, 328
- Biglen:* 194
- Bigler, Fritz:* 196, 197, 198
- Bismarck, Otto v.:* 15
- Bitzius, Albert:* 17, 28
- Blanc, Anne-Marie:* 332
- Blankenburg:* 168
- Blaser, Ernst:* 237, 241

- Blausee*: 204
Blocher, Eduard: 132
Blösch, Eduard: 19, 83, 87
Blösch, Emil: 85
Blumenstein: 134
Blümlisalp: 112
Bödeli: 111, 112, 174
Bodensee: 146
Boesch, Paul: 353
Bolligen: 172, 173, 207
 – *Wegmühle*: 207
Bond, James: 351
Borel, Eugène: 93
Bösiger, Walter: 192
Bözingen: 115, 157, 173
Brahms, Johannes: 85
Brawand, Samuel: 192, 214, 216
Breithorn: 98, 99
Brenner: 97
Brienzen: 22, 106
Brienzer Rothorn: 113
Brienzersee: 111, 113
Brig: 98, 99, 101, 102, 325
Broger, Raymond: 226
Brügg: 157
Brunner, Rudolf: 17, 41, 49, 50, 51, 55, 56, 57, 68
Brüstlein, Alfred: 135, 158
Bubenbergr, Adrian v.: 87
Bühler, Arnold Gottlieb: 56, 64, 98, 176, 179, 268, 317, 326, 328
Bühlmann, Fritz: 17, 55, 56, 64, 89, 135, 136, 176, 257, 317
Bümpliz: 159, 171, 172, 173
Büren an der Aare: 134, 157, 184, 191, 208
Büren, Otto v.: 18, 33, 37
Burgdorf: 20, 25, 27, 67, 88, 90, 91, 106, 132, 151, 262, 323, 341
Buri, Dewet: 216
Burkhardt, Johann: 53, 54
Bürki, Ernst: 195
Bürki, Friedrich: 80, 81
Bürki, Gotthelf: 237, 242
Burnat-Provins, Marguerite: 138
Burren, Friedrich: 132, 135, 180, 187, 191
Bützberg: 202
Caracciola, Rudolf: 342
Cardinaux, Emil: 140, 271, 331
Cattin, André: 223
Ceppi, Pierre: 216
Charmillot, Paul: 213
Chasseral: 287, 351
Chatelain, Jean-Pierre: 222
Châtillon: 231
Chaudet, Paul: 225
China: 169
Choulat, Eduard: 133
Churchill, Winston: 285, 348
Colombi, Plinio: 326, 332
Comment, Albert: 216
Comtesse, Robert: 93
Corban: 231
Corgémont: 131
Cortébert: 221
Coullery, Pierre: 68
Courchapoix: 231
Courgenay: 272, 332
Courrendlin: 231
Court: 327
Courtelay: 47, 64, 73, 131, 188, 191, 208, 209, 220, 231
Därligen: 106
Darwin, Charles: 42
Daucourt, Ernest: 82
Davinet, Edouard: 43
Davos: 71, 113
de Gaulle, Charles: 219
Decoppet, Camille: 93
Delémont s. Delsberg
Delsberg: 32, 73, 131, 167, 184, 203, 209, 215, 220, 222, 223, 224, 225, 231, 234, 320, 327, 334, 335, 352
Demme, Kurt: 90
Den Haag: 93
Deutschland: 92, 103, 124, 127, 128, 133, 145, 147, 205, 333, 334, 339, 340
Diabletets: 111
Disraeli, Benjamin: 15
Doubs: 119, 328
Droz, Numa: 93

Dübendorf: 332
Dübi, Paul: 223
Düby, Emil: 158
Ducommun, Elie: 93
Dürrenmatt, Hugo: 175, 189
Dürrenmatt, Ulrich: 19, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 38, 48, 49, 53, 54, 55, 56, 57, 62, 63, 73, 74, 79, 82, 84, 99, 100, 102, 105, 107, 148, 152, 174, 175, 184, 186, 207
Duttweiler, Gottlieb: 236

Ederswiler: 232
Eggli, Friedrich: 315
Eiger: 112, 129
Eigergletscher: 264, 325
Einstein, Albert: 261, 322
Elay: 132
Elsass: 105
Emmental: 19, 20, 44, 47, 60, 74, 106, 109, 117, 136, 157, 178, 189, 194, 199
Engadin: 113
Engels, Friedrich: 68
Epsach: 188
Erlach, Rudolf v.: 41, 84, 87, 343
Erlach, Rudolf v. (Reg.rat): 191
Erlach, Rudolf v. (Oberst): 343
Erlach: 47, 149, 190

de Fallière, Armand: 128
Faulhorn: 112
Favre, Henri-Louis: 237, 241
Fehr, Hermann: 358
Felber, Rosmarie: 238, 290, 355
Feldmann, Markus: 216, 217, 283, 345, 346
Feldmann, W.: 350
Fell, Paul: 216
Fellenberg, Philipp Emanuel v.: 21, 148
Feuz, Ernst: 351
Finsler, Georg: 88, 89
Finsteraarhorn: 111
Folletête, Casimir: 56, 82, 86
Fonjallaz, Arthur: 199, 340
Forrer, Ludwig: 93, 135, 330
Françillon, André: 222, 223

Frankfurt am Main: 115
Frankreich: 15, 92, 100, 103, 105, 112, 119, 125, 128, 144, 147, 203, 219, 247, 328
Fraubrunnen: 149, 344
Freiberge: 30, 184, 190, 207, 220, 223, 224, 231, 234
Freiburg: 30, 126, 313, 326
Freiburghaus, Jakob: 176, 177, 178, 179
Freud, Sigmund: 150
Frey, Emil: 93
Friedli, Emanuel: 281, 342, 343
Frienisberg: 109
Frieswil: 109
Froidevaux, Léon: 145
Frutigen: 23, 30, 56, 64, 98, 99, 101, 102, 108, 176, 199, 200, 201, 210
Furgler, Kurt: 290, 354

Gampelen: 157, 191
Garraux, Emil: 133
Gasterntal: 98, 103
Geiser, Henri: 221
Gemmi: 98
Genf: 15, 40, 67, 82, 92, 107, 125, 139, 140, 141, 143, 171, 174, 341, 351, 352
Genfersee: 146
Gertsch, Fritz: 165
Gesell, Silvio: 150
Gfeller, Simon: 135, 151, 281, 343
Gieng, Hans: 354
Giessbachfälle: 113
Giovanoli, Fritz: 192, 216
Gladstone, William: 15
Gnägi, Gottfried: 177
Gnägi, Rudolf: 216, 226, 227, 292, 356
Gobat, Albert: 17, 32, 50, 62, 63, 82, 88, 89, 93, 125, 126, 131, 133, 148, 149, 150, 152, 260, 320, 321
Goldiwil: 173
Gomerkinden: 194, 340
Gondiswil: 195, 196
Gonzenbach, August v.: 18
Goppenstein: 103
Gorges de Court: 266, 327
Gotthard: 97, 98, 105, 140

Gotthelf, Jeremias: 17, 28
Graber, Pierre: 226
Graffenried, Emanuel v.: 342
Grandval: 231
Grasburg: 109
Graubünden: 111, 112
Grauholz: 13, 286, 349
Grenchen: 167
Grenchenberg: 105
Greyerz, Hans v.: 216, 343, 345, 348
Greyerz, Otto v.: 132, 135, 137, 151
Grimm, Robert: 73, 122, 158, 159, 160, 161, 162, 164, 168, 188, 192, 193, 197, 206, 214, 276, 336, 337
Grimsel: 98, 108, 122, 248, 268, 328
Grindelwald: 113, 149, 192, 287, 350
Gross, Victor: 81
Grossbritannien: 15
Grosses Moos: 105
Grosse Scheidegg: 108, 112, 134
Grosshöchstetten: 17, 55, 56, 64, 89, 135, 176, 195, 317, 340
Guggisberg: 31, 280, 342
Guisan, Henri: 204, 348
Gümligen: 106, 204
Gürbe: 341
Gürbetal: 105
Gurnigel: 313
Gurten: 113
Guyer-Zeller, Adolf: 325
Gysenstein: 174

Haab, Robert: 324
Hadorn, Werner: 186
Hafner, Rudolf: 237, 238, 241, 290, 354, 355
Hagneck: 116, 117, 121, 267, 327, 328, 329
Haller, Albrecht v.: 111
Handeck I: 123, 328
Harder: 113
Hasle (b. Burgdorf): 194
Hasliberg: 108
Hauser, Jakob: 313
Heer, August: 269, 330
Heidelberg: 320

Heller-Bürgi, Friedrich: 320
Herzogenbuchsee: 33
Hesse, Hermann: 143
Hindelbank: 151, 152
Hirter, Johann: 101, 135, 176, 188
Hitler, Adolf: 205
Hodler, Alfred: 319, 321
Hodler, Ferdinand: 83, 135, 141, 269, 330
Hoffmann, Arthur: 144, 164
Hofstetter, Benjamin: 243
Hofwil: 148, 149, 151, 152, 194, 319
Höhenmatte: 112
Holland: 92
Huber, Hans: 216
Huber, Henri: 216
Huber, Jakob: 204

Ilg, Konrad: 158
In der Gand, Hans: 332
Indermühle, Karl: 137
Interlaken: 101, 106, 112, 129, 157, 189, 191, 204, 214, 222
Italien: 92, 97, 99, 100, 103, 108, 127, 128, 199, 340

Jaberg, Ernst: 226, 229, 230, 290, 354
Jeanmaire, Jean-Louis: 357
Jeanneret, Charles: 215, 222
Jegenstorf: 204
Jena: 150
Jenny, Johann: 176, 178, 179
Joliat, Louis: 64, 65
Jolissaint, Pierre: 17
Joos, Eduard: 321
Joss, Fritz: 179, 180
Jost, Adolf: 161
Jungfrau: 111, 113, 129, 325
Jungfraujoch: 113, 129, 325
Jungfrauregion: 351
Jura, Kanton: 247
Jura, nördlicher: 167
Jura: 14, 20, 46, 50, 51, 53, 54, 56, 58, 59, 60, 61, 62, 64, 70, 86, 90, 97, 113, 115, 130, 131, 132, 133, 139, 144, 145, 149, 167, 170, 175, 178,

- 182, 188, 189, 196, 203, 209, 213, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 225, 227, 228, 229, 230, 233, 234, 235, 236, 243, 246, 247, 248, 320, 327, 332, 344, 352, 353, 354
- Kaech*, Arnold: 122
Kallnach: 119, 121, 329
Kandergrund: 119, 200
Kandersteg: 98, 119, 329
Karrer, Karl: 17
Kästli, Jakob: 148
Keller, Gottfried: 128
Kiental: 159, 161, 336
Kirchdorf: 57
Kissling, Richard: 87
Kleine Scheidegg: 112, 113, 325
Kloten: 204
Kocher, Theodor: 135, 159, 260, 319, 320, 321
Kohler, Simon: 226
Köln: 44
Köniz: 20, 53, 139, 172
Konolfingen: 174, 200
Konstanz: 129
Krähenbühl, Hans: 237, 241
Krattigen: 200
Krauchthal: 204
Kronecker, Hugo: 261, 322
Kunz, Gottfried: 64, 102, 117, 139
Kurz, Albert: 40
- La Chaux-de-Fonds*: 68
La Goule: 119, 267, 328
La Scheulte: 132
Lachat, François: 290, 354
Ladame, James: 98
Lajoux: 231
Lang, Hermann: 342
Längenberg: 160
Langenbruck: 150
Langenthal: 67, 174, 345
Langhans, Friedrich und Eduard: 28, 29
Langnau: 17, 20, 67, 135, 204
Lanz, Alfred: 87
- Laufen*: 47, 60, 63, 99, 184, 190, 191, 215, 219, 220, 221, 224, 231, 232, 239, 245, 246, 247, 327
Laupen: 42, 52, 84, 86, 190, 205, 280, 342, 343
Laur, Ernst: 276, 337
Lauri, Hans: 358
Lausanne: 82, 223, 225, 245, 246, 352
Lauterbrunnen: 98, 113
Le Mans: 342
Le Noirmont: 203, 328
Leman: 146
Lengacher, Ludwig: 199, 200
Lengnau: 74, 157
Lenin: 159, 160, 161, 162, 163
– *Uljanow*: 159
Lenz, Gottlieb: 62
Lerber, Theoderich v.: 27
Les Genevez: 231
Les Rangiers: 225, 226
Leu, Max: 87
Leubringen: 113
Leysin: 113
Ligerz: 113
Lips, Frau: 125
Lohner, Emil: 133, 150, 152, 191
Löhrer, Frau: 125
Loosli, Carl Albert: 135, 143, 147, 173, 203, 281, 343
Lötschberg: 98, 99, 100, 101, 104, 105, 248, 264, 265, 325, 326, 329
Lotzwil: 51
Löwen (Belgien): 145
Lütschinentäler: 111, 113
Luzern: 14, 82, 83, 97
Lyss: 157
- MacMahon*, M.E.P.M.: 15
Madretsch: 131, 157, 173
Magglingen: 113
Maillart, Robert: 43
Malleray: 133
Mann, Carl Heinrich: 184
Männlichen: 204
Marti, Eduard: 17, 49, 76, 82, 97
Martig, Emanuel: 150

Martignoni, Werner: 237, 241
Marx, Karl: 25, 68, 69, 70
Matterhorn: 134
Meiringen: 108, 132, 134
Merligen: 109
Mervelier: 231
Merz, Leo: 191, 213
Mett: 74, 157, 173
Mettier, Hans: 56
Meyer, Kurt: 237, 242
Minger, Rudolf: 176, 177, 178, 179, 180, 188, 276, 282, 336, 337, 344, 345
Mitholz: 204
Mittelholzer, Walter: 341
Mittelland: 19, 20, 74, 105, 109, 149, 174, 178, 196, 248
Mittelwallis: 130
Moekli, Georges: 192, 213, 214, 215, 216, 222, 288, 352
Moine, Virgile: 216, 217, 225, 226
Moltke, Helmut: 330
Mönch: 112, 129
Mont Cenis: 97
Mont Soleil: 113
Mont-Tramelan: 214
Montana: 113
Montavon, Gilberte: 272, 332
Montblanc: 111
Montreux: 106, 141
Moor, Karl: 63, 69, 72, 73, 156, 158, 184
Moossee: 80
Morillongut (Wabern): 347
Möschberg: 195, 340
Moser, Carl: 139, 142, 179, 191
Moutier: 105, 118, 131, 132, 203, 208, 209, 215, 220, 231, 239, 247
Mouttet, Henri: 215, 216
Muggli, Arnold: 183
Mühleberg: 120, 121, 122, 286, 349, 350
Mülenen: 199
Mülinen, Egbert Friedrich v.: 207
Mülinen, Helene v.: 207, 277, 339
Mülinen, Wolfgang Friedrich v.: 86
Müller, Bernhard: 237, 242
Müller, Eduard: 37, 56, 76, 82, 191, 257, 317

Müller, Gustav: 100, 102, 121, 122, 157, 158
Müller, Hans: 194, 195, 196, 197, 198, 278, 340
Müller-Landsmann, Jakob Robert: 119
Münchenbuchsee: 28, 32, 119, 148, 152
Münsingen: 36, 40
Munzinger, Carl: 85
Muri bei Bern: 18, 71, 80, 106, 172
Mürren: 113, 351
Murten: 86
Mussolini, Benito: 199, 201, 340

Näff, Wilhelm: 92
Napoleon: 13
Neubrücke: 121
Neuenburg: 68, 70, 82, 105, 107, 247, 352
Neuenburgersee: 146
Neuenschwander, Rosa: 277, 337, 338
Neuenstadt: 30, 47, 49, 64, 82, 131, 190, 191, 209, 220, 231
Neuhaus: 109
Nidau: 47, 64, 74, 157, 173, 184, 209, 317
Niedersimmental: 190, 200
Niesen: 113
Niesenbahn: 136
Nobs, Ernst: 168
Nordamerika: 169
Nordjura: 19, 29, 31, 52, 57, 58, 59, 61, 62, 63, 64, 74, 122, 157, 174, 184, 185, 190, 208, 213, 216, 219, 224, 234, 246
Nürnberg: 69, 127
Nuspliger, Kurt: 359
Nydegger, Hans: 32

Oberaargau: 19, 20, 38, 52, 54, 57, 58, 59, 62, 73, 74, 119, 120, 157, 174, 178, 184, 196
Oberburg: 35
Oberhasli: 56, 108, 111, 118, 120, 121, 123, 136, 185, 186, 190, 208, 210, 328, 329
Oberland: 19, 20, 62, 63, 74, 97, 106, 108, 111, 112, 113, 114, 115, 117,

- 139, 157, 161, 178, 196, 199, 200,
 204, 243, 248, 326, 329, 353
Oberlindach: 341
Obersimmental: 52, 168, 200, 210
Oberwallis: 130
Obwalden: 30, 126, 169
Ochsenbein, Ulrich: 19
Oerlikon: 119
Ogi, Adolf: 292, 357
Olten: 162, 164
Ostermundigen: 171, 172, 173
Österreich: 112, 159
Österreich–Ungarn: 15
Ostschweiz: 129, 140, 146, 147, 330
Ott, Gottlieb: 33, 34

Paris: 68, 82
Pays d'Enhaut: 169
Perrefitte: 231
Petitpierre, Max: 226
Pfister, Christian: 26
Pieczynska, Emma: 207
Pieterlen: 129, 130, 157
Pilet-Golaz, Marcel: 198
Port: 74, 157
Portugal: 92
Porzig, Walter: 204
Prisi, Friedrich: 282, 344
Pruntrut: 20, 86, 88, 110, 118, 131, 158,
 184, 186, 209, 216, 220, 224, 231, 234

Rawil: 248
Rebévelier: 231
Reckziegel, Anton: 313
Reichel, Alexander: 74, 77
Reichenbach: 199
Reimann, Gottfried: 74, 157
Reinhard, Ernst: 214
Reuchenette: 327
Rhonetal: 98
Riga: 151
Riggisberg: 204
Rikli, August: 74, 174
Robert, Leni: 243
Rohrbachgraben: 188
Rom: 199, 340

Romagnoli, Giuseppe: 324
Romandie: 147, 164, 226, 247
Rosenlaui-Bahn: 134
Rosenlaui: 108
Rossel, Virgile: 86, 145
Rossemaison: 231
Roth, Hans: 189
Rothpletz, Ferdinand: 180
Rousseau, Jean-Jacques: 111
Ruchti, Eduard: 112
Rudolf, Alfred: 192
Ruffy, Eugène: 93
Rumendingen: 188
Russland: 15, 124, 159, 162, 163, 164,
 176, 316, 322, 333, 334
Rüti bei Zollikofen: 21, 346

Saanen: 52, 106, 169, 185
Saignelégier: 204, 223, 226, 230
Saint-Marceaux, René de: 324
Salis, Louis Rudolf v.: 350
Salvisberg, Friedrich: 40
Sardinien: 92
Saussure, Horace-Bénédict de: 111
Schaer-Born, Dori: 358
Schaffhausen: 129, 204
Schallenberg: 109
Schär, Johann Jakob: 135
Schattenhalb: 132
Scheel, Hans v.: 125
Schelten (La Scheulte): 132, 231
Schenk, Karl: 28, 35, 37, 81, 317
Scherer, Carl: 275, 335
Scherz, Jakob: 17
Scherzligen: 106
Scheurer, Alfred: 17, 33, 52, 64, 82, 99
Scheurer, Karl: 133, 157, 191
Schilthorn: 287, 351
Schlumpf, Leon: 357
Schmid, Peter: 237, 242, 358
Schneeberger, Oskar: 157, 158, 166
Schneider, Ernst: 150, 151, 152, 194
Schneider, Friedrich: 319
Schnell, Brüder: 27
Schönbühl: 349
Schreckhorn: 112

- Schürch*, Ernst: 205
Schwadernau: 177
Schwarz, Fritz: 189, 236
Schwarzenburg: 30, 49, 62, 90, 105, 184, 191, 199, 210, 280, 326, 327, 342
Schwarzwaldalp: 108
Schwarzwasserbrücke: 109, 266, 326
Schwitzguébel, Adhémar: 70
Schwyz: 30, 84
Schynige Platte: 113
Seehof (Elay): 132
Seeland: 19, 20, 74, 117, 170, 178, 191, 291, 344, 356
Seematter, Arnold: 216
Seftigen: 190, 200
Seiler, Friedrich: 112
Sempach: 84, 85
Siebenmann, Friedrich: 59
Siegenthaler, Fritz: 177
Siegenthaler, Peter: 242
Siegenthaler, Walter: 216, 222
Signau: 52, 122, 186, 190, 200
Sigriswil: 163
Simmental: 106, 199, 200, 201
Simonin, Henri: 191, 213
Simplon: 97, 99
Snell, Wilhelm: 39
Solothurn: 105, 106, 134
Sommer, Henri: 237
Sonderegger, Emil: 163, 164, 165, 202
Sonvillier: 70
Sörenberg: 160
Spengelried: 176
Spiez: 117, 201, 204, 325, 329
Spitteler, Carl: 147, 330
Splügen: 140
St-Imier: 20, 22, 67, 113, 131, 132, 213, 215, 222, 262, 323
St.-Immortal: 70, 167
St. Gallen: 171
St. Moritz: 111
Stähli, Fritz: 216
Stalden: 174
Stämpfli, Jakob: 17, 40, 104, 116
Staufffer, Alfred: 191, 192
Staufffer, Karl: 87
Steck, Albert: 71, 72, 73, 257, 316
Steck, Johann Rudolf: 71
Steffisburg: 201
Steiger, Arnold v.: 57
Steiger, Edmund v.: 18, 29, 34, 35, 37, 38, 52, 58, 74, 85
Steiger, Eduard v.: 283, 345, 346
Steiger, Konrad v.: 320
Stein am Rhein: 204
Stockmar, Josef: 64
Strassburg: 105
Strasser, Gottfried: 49
Strättligen: 173
Stump, Jakob: 149, 150, 151, 152
Südjura: 17, 46, 58, 62, 74, 157, 219, 231, 236
Südtirol: 224
Sumiswald: 17, 20
Sustenstrasse: 205

Taaffe, Eduard: 15
Tannboden: 204
Taubenlochstrasse: 327
Tavannes: 223
Tavel, Rudolf v.: 135, 143, 146, 147, 281, 343
Tessenberg: 113
Tessin: 30, 77, 164, 332
Teuscher, Wilhelm: 29, 98
Theiler, Luzius: 239, 240
Thorberg: 204
Thun: 20, 32, 33, 67, 76, 101, 106, 111, 122, 151, 152, 157, 169, 173, 195, 199, 200, 204, 345
Thunersee: 109, 111, 113
Tinayre, Louis: 315
Tobler, Gustav: 150
Trachselwald: 47, 90, 122, 190, 210
Traftelet, Friedrich: 275, 335
Tramelan: 73, 167, 320, 352
Trub: 177
Trump, Georg: 205
Tschumi, Hans (Bern): 179, 180, 191
Tschumi, Hans (Interlaken): 214, 222, 223
Tübingen: 27
Tumarkin, Anna: 322

Türler, Heinrich: 168

Twann: 28

Ulm: 44

Uri: 30, 169

Utzenstorf: 204

Vellerat: 232, 247

Vetter, Ferdinand: 127, 128, 129, 132

Vielbringen: 196

Vierwaldstättersee: 113

Visp: 98

Vögelin, Salomon: 81

Volmar, Friedrich: 172, 191

Waadt: 13, 19, 356

Wabern: 347

Wahlen, Friedrich T.: 226, 283, 346, 357

Wahleren: 20

Wälchli, Karl: 358

Waldstätten: 83, 205

Wallis: 98, 99, 111, 112, 248

Wander, Georg und Karl Albert: 126

Wangen an der Aare: 30, 74, 120, 184,
329

Wassilieff, Nikolaus: 71, 72, 73, 77, 79,
158, 257, 316

Wattenwil, Jean v.: 21

Wattenwyl, Albert v.: 18, 52

Weber, Heinrich: 85

Wechlin, Heinrich: 202

Weingart, Johann August: 30

Weissenstein: 105

Wengernalp: 113

Westschweiz: 28, 70, 134, 147, 155, 164

Wetterhorn: 113, 287, 350

Widmann, Josef Viktor: 88, 128

Widmer, Peter: 358

Wien: 82, 240

Wildbolz, Eduard: 165, 166, 334

Wildermett, Sigmund Heinrich: 129

Wildstrubel: 99, 100, 101, 102, 130

Wilhelm II.: 128, 129, 145, 164, 330

Will, Eduard: 116, 117, 119, 122, 123,
176, 268, 329

Wille, Ulrich: 165, 167, 269, 317, 330

Winterthur: 90

Witzwil: 145

Wohleibücke: 109

Wohlen bei Bern: 109, 150

Woker, Gertrud: 261, 322

Woker, Philipp: 322

Worb: 106, 196, 204

Worblaufen: 176

Württemberg: 92

Wynau: 119, 120

Wyss, Ernst: 135

Yverdon: 352

Zeller, Eduard: 27

Zbinden, Eva-Maria: 359

Zermatt: 111

Zraggen, Karl: 74, 157, 158

Zihler, Werner: 349

Zimmerwald: 159, 160, 161, 162, 336

Zölch, Elisabeth: 358

Zollikofen: 86, 106

Zuber, Friedrich: 75

Zürcher, Johannes: 151

Zürich: 19, 81, 82, 83, 88, 90, 115, 125,
129, 132, 139, 140, 141, 142, 155,
160, 163, 164, 167, 171, 174, 176,
183, 199, 204, 205, 316, 322, 328,
330, 351, 352